G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Friedhelm Baukloh
Republikaner Böll

William Borm, MdB
Das große Unbehagen

Lösche/Börnsen/Nevermann/Häußermann/Fitterling
Kritik junger Sozialdemokraten an der Bundeskonferenz der SPD

Martin Hall, Los Angeles
Politische Konfrontation in den USA

Hans-Jürgen Haug
Demokratisierung der Schule durch politische Schülerorganisationen

Hans G. Helms
Kritik der westdeutschen Marx-Engels-Ausgaben

Einzelheft 3,- DM
Abonnement monatlich 2,50 DM
Studentenabonnement 2,— DM

Dezember 12 1967
XII. Jahrgang

INHALT

Chronik des Monats November 1967 1203

Kommentare und Berichte

Republikaner Böll (Friedhelm Baukloh) 1206

Von der Pfund- zur Dollarkrise (Karl-Heinz Stanzick) 1209

Krisenherd Mittelmeerraum (Horst Heiden) 1212

William Borm, MdB, Das große Unbehagen 1216

Lösche/Börnsen/Nevermann/Häußermann/Fitterling
Kritik junger Sozialdemokraten an der Bundeskonferenz der SPD vom 13.—15. November in Bad Godesberg 1223

Friedhelm Baukloh, Landsmannschaften als Stützen der „neuen Ostpolitik" 1235

Hannes Heer, Die Monopole und die Festung Wissenschaft 1242

Martin Hall, Los Angeles, Politische Konfrontation in den USA 1255

Hans-Jürgen Haug, Demokratisierung der Schule durch politische Schülerorganisationen 1262

Hans G. Helms, Kritik der westdeutschen Marx-Engels-Ausgaben 1272

Günther Anders, Neue Vietnam-Glossen 1288

Bogislaw v. Bonin, Abrechnung mit einem Monstrum (Zu Herman Kahns Buch „Eskalation") 1297

Fernseh-Spalte

Bilanz und Popanz (E. H. Wahl) 1302

Die politische Satire

Gefährliche Demokraten (Dietrich Kittner) 1303

Bücher

Rudi Ver, Requiem auf einen Rechtsstaat (Bertram v. Wintzigerode) 1304

Zur Buchreihe „Politica" des Luchterhand-Verlages (Walter Hollstein) 1307

Deutschlandpläne, Hrsgb. Kurt Hirsch (Rolf Seeliger) 1309

Neuerscheinungen/Eingesandte Bücher 1310

Friedhelm Baukloh

Landsmannschaften als Stützen der „neuen Ostpolitik"

I

In der Wochenzeitung „Christ und Welt", die in der Agitation gegen die Vertriebenen-Denkschrift der EKD der Springerpresse nicht nachstand, hat der ehemalige SPD-Sprecher, Wehner-Vertraute und heutige Chefredakteur des bundeseigenen „Deutschlandfunk" Franz Barsig für die „neue Ostpolitik" der Bundesregierung und speziell für den sozialdemokratischen Beitrag dazu geworben.[1]) Barsig befindet sich dabei in voller Übereinstimmung mit den Ausführungen, die Herbert Wehner am 29. 10. d. J. bei einer SPD-Konferenz in Dortmund machte.[2]) „Ausgangs- und Angelpunkt" der neuen Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition sind, laut Barsig in „Christ und Welt", „drei Essentials':

„Die Nichtanerkennung des anderen Teiles Deutschlands als Ausland, was impliziert, daß dieser Teilstaat auch nicht völkerrechtlich anerkannt werden kann; Die Nichthinnahme der kommunistischen These, daß Westberlin ein besonderes politisches Gebilde ist . . . Die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze gegenüber Polen." [3])

Bei einer „Beratung" des Präsidiums der SPD mit dem Präsidium des Bundes der Vertriebenen (BdV) am 6. 10. d. J. in Bonn [4]) sind diese „drei Essentials" von beiden Seiten als Grundlage gemeinsamen politischen Handelns fixiert worden. Das erklärte am 8. 10. d. J. vor der Landsmannschaft Westpreußen in Witten (Ruhr) der stellvertretende Vorsitzende des BdV, der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans Edgar Jahn, der bei dieser Gelegenheit Herbert Wehner gegen Angriffe und „Verkennung" seitens einiger Vertriebenenorgane in Schutz nahm und „einen großen Patrioten" nannte, der „nüchtern und hart" jeglicher „Verzichtromantik" in bezug auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie entgegentrete.[5]) Jahn meinte in Witten zur Großen Koalition, sie sei für die Durchsetzung des „Heimatrechts" der Vertriebenen insofern ein nicht zu unterschätzender Fortschritt, als nunmehr die beiden großen staatstragenden Parteien der Bundesrepublik eine gemeinsame Politik zu verantworten hätten, wobei er die „konstruktive Zusammenarbeit zwischen Bundeskanzler Kiesinger und Minister Wehner" mit dem Vertrauensverhältnis zwischen dem BdV-Präsidenten, dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Reehs, und sich selbst als CDU-MdB verglich.

Springers „Welt" hat sicherlich aus solcher Perspektive recht mit der Behauptung: „Es besteht auch kein Anlaß, die Vertriebenen als Bremser der Entspannungspolitik der Bundesregierung zu beargwöhnen." Der BdV habe „zur Großen

1) Franz Barsig, „Bonn im Zwischenraum", in „Christ und Welt", Stuttgart, 3. 11. 1967.
2) vgl. Westfälische Rundschau, Dortmund, 30. 10. 1967.
3) s. Anmerkung 1.
4) vgl. Neue Kommentare, Frankfurt a. M., X. Jahrgang, Nr. 20.
5) vgl. Westfälische Rundschau, Dortmund, 9. 10. 1967.

Koalition eine Partnerschaft hergestellt, die auch und gerade die Ostpolitik der Bundesregierung einschließt, so lange deutsche Lebensrechte nicht preisgegeben werden".[6]) Tatsächlich kopiert der BdV die Große Koalitionsregierung in Bonn durch das Gespann Reehs-Jahn in seiner Führungsspitze mit Akribie. Koordinator der neuen Ostpolitik der Vertriebenenverbände ist dabei — nach dem Tode von Seebohm und Jaksch — immer mehr Jahn geworden. Jahn, der auch Vorsitzender der Pommerschen Landsmannschaft ist, hat zudem seinen Vertrauten Walter Haack, der zum Führungskreis der Pommerschen Landsmannschaft gehört, mit Erfolg als Geschäftsführer des Beirats für ostpolitische Aufgaben der SPD-Bundestagsfraktion empfohlen, eine Funktion, die Haack seit Juni dieses Jahres ausübt.[7]) Jahn hat noch eine weitere politisch-propagandistische Funktion seit Jahren inne. Er ist Leiter der „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise", die zweieinhalb Millionen DM aus dem „Reptilienfonds" der Bundesregierung bekommt. Die AKD finanziert daraus u. a. auch Veranstaltungen, deren Teilnehmer ausschließlich aus rechtsradikalen Jugendbünden stammen, dem Deutschen Jugendkorps, Jugendbund Kyffhäuser, Jung-Stahlhelm. Laut „stern" hat Jahn „seine politische Karriere als Parteipropagandist der Nazis begonnen". Nach einem „Politik-Studium auf Reichskosten in Berlin war der Hitlerjugendführer kurz vor Kriegsschluß zum NS-Führungsoffizier avanciert und sollte Wehrmachtssoldaten auf strammen Durchhaltekurs trimmen." Propaganda definierte Jahn, diesem Bericht zufolge, so: sie arbeite „darauf hin, den Denkprozeß des Menschen zu entlasten und das Denken letztlich auszuschalten". Dem ehemaligen US-Präsidenten Eisenhower warf Jahn in den fünfziger Jahren vor, er habe stets die Sprache der Waffen verhindert, obwohl gerade das „der einzige Weg im Umgang mit der Sowjetunion" sei.[8])

Die Vertriebenenverbände und Landsmannschaften haben auf die Große Koalition und die von ihr angekündigte „neue Ostpolitik" geschmeidig und zielbewußt reagiert. Sie haben ihr Management verjüngt, andererseits einen starken radikalen Rückhalt in dem neugebildeten „CSU-Arbeitskreis Deutschland- und Ostpolitik" behalten, der von dem sudetendeutschen einstigen Henlein-Propagandisten und heutigen CSU-Bundestagsabgeordneten Dr. Walter Becher geleitet wird.[8]) Dort sind die alten Vokabeln zu hören und die Kritik an allen etwaigen „Aufweichungstendenzen" — wie sie die Vertriebenen allerdings weniger von der Regierung als von Teilen der Presse, des Funks und des Fernsehens fürchten — erklingt in vertrautem Ton. Indem die Vertriebenenfunktionäre ihre „Essentials" zur Basis der „neuen Ostpolitik" machen konnten, haben sie einerseits ihren politischen Einfluß nicht nur behauptet, sondern ausgebaut. Sie haben andererseits in dem CSU-Arbeitskreis Deutschland- und Ostpolitik eine starke Bremse in der Hand, falls innerhalb der Großen Koalition doch, wider Erwarten, etwa im Umkreis von Brandt, realistischere Ansichten über Ostpolitik an Boden gewinnen sollten, wonach es freilich zur Zeit kaum aussieht.

Franz Barsig interpretiert die von Kiesinger-Wehner-Reehs-Jahn konzipierte Ostpolitik wohl zutreffend in „Christ und Welt", wenn er sagt, Bonn strebe eine „Politik des Zwischenraums" an. Diese Politik soll den Anschein ernstlicher Bemühungen um eine Ost-West-Entspannung gegenüber der Weltöffentlichkeit und gegenüber der Bevölkerung in der Bundesrepublik aufrechterhalten, ohne daß die Bundesregierung tatsächlich Schritte zur Entspannung erwägt. Barsig schreibt, die entscheidenden Fragen der Ostpolitik müßten derzeit im Blick auf

---

6) „Die Welt", Hamburg, 2. 9. 1967.
7) vgl. Neue Kommentare, Frankfurt a. M., X. Jahrgang, Nr. 12.
8) „stern", Hamburg, Nr. 48, 1967.

die Länder des Warschauer Pakts „wegen unvereinbarer Positionen ausgeklammert" werden. Man müsse sich aber bemühen, „den Zwischenraum zu füllen". Dieser Zwischenraum sieht nach diesen Vorstellungen so aus:

„Verhandlungen über ein System von Gewaltverzichtserklärungen", „Intensivierung des Osthandels", „Vielfältige Schritte zur Rüstungsbegrenzung, allerdings auf der Basis der Gleichwertigkeit und ohne Aufgabe der NATO", „Intensivierung des kulturellen Austausches", „Weitgehende behördliche Kontakte zwischen den beiden Teilen Deutschlands, die je nach dem Gegenstand und den Erfolgsaussichten bis zu Spitzenbegegnungen gesteigert werden können".

Die Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung, wie sie inzwischen auch von dem CSU-Bundestagsabgeordneten Schulze-Vorberg aufgegriffen worden sind, dienen vornehmlich der Funktion, den guten Willen der Bundesregierung zu proklamieren trotz harter Ablehnung eines Atomwaffensperrvertrags durch Bonn. Diese Vorschläge zielen nicht auf eine echte Rüstungsbegrenzung ab. Auch Strauß und seine Freunde halten es aber für opportun, einige Lippenbekenntnisse in Richtung Abrüstung möglichst unverbindlich zu leisten, auf die sie sich berufen wollen, wenn die Diskussion über den Atomwaffensperrvertrag, wie in der Madrider Rede von Strauß [9]) bereits angekündigt, gleichzeitig die angestrebte Teilhaberschaft der Bundesrepublik an Atomwaffen wieder hart akzentuiert auf die Tagesordnung setzt, auch gegenüber den USA mit nationalistischen Reminiszenzen unter dem Stichwort „Jalta" verbünden. Die wehrpolitische „Zwischenraumaktivität", wie sie Barsig und Schulze-Vorberg empfehlen, hat ebenso den Segen des Vorstands des BdV wie der propagandistische Versuch weiterer — in der Sprache Wehners und Barzels — „Einwirkungen" propagandistischer Art auf die DDR durch Anregungen von Kontakten „bis hin zu Spitzenbegegnungen" mit DDR-Behörden, wobei Bonn allein bestimmen will, worüber gesprochen werden soll. „Mit all diesen Aktivitäten schieben wir der anderen Seite den Schwarzen Peter zu", sagte Jahn in Witten.

„Bei dieser Einschätzung der Lage haben Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen ein besonderes Gewicht", stellt Barsig fest. Der „Deutschlandfunk" mit dem ehemaligen Staatssekretär im Gesamtdeutschen Ministerium, Thediek, als Intendant und Barsig als Stellvertreter ist zweifellos aus Bonner Sicht eine Idealform von Regierungspropaganda durch ein Massenmedium und hat sich den besonderen Dank des BdV gesichert. In einer Anfrage an Bundesinnenminister Lücke hat der sudetendeutsche CSU-Abgeordnete Dr. Walter Becher wissen wollen, welche Möglichkeiten die Bundesregierung habe, auch auf die Darstellung der Bundespolitik in den öffentlich-rechtlichen Funk- und Fernsehanstalten einzuwirken. Lücke mußte einräumen, daß das Grundgesetz solche Perfektionierung staatlicher Meinungslenkung nicht zuläßt. Er mußte es bei der Bekundung seiner „Sorge" über diese, von der Verfassung geschützte, Freiheit der Meinungsäußerung bewenden lassen.

II

Das gute Einvernehmen in Sachen Ostpolitik zwischen BdV und den Regierungsparteien CSU, CDU und SPD hat eine Stütze, die der CDU/CSU nicht unangenehm ist (und auch Wehner zumindest als Argument gegen rebellierende Stimmen im eigenen Lager durchaus zupaß kommt): Es ist das Verhältnis der Landsmannschaften zur NPD.

---

[9]) vgl. Neue Kommentare, Frankfurt a. M., X. Jahrgang, Nr. 15.

Die vom „Arbeitskreis für ostpolitische Publizistik e. V." in Bonn herausgegebene Studentenzeitschrift „actio", Sprachrohr der landsmannschaftlichen Studentenorganisation „Ostpolitischer Deutscher Studentenverband (ODS)", der in den Führungsgremien des BdV Sitz und Stimme hat, veröffentlichte dazu einen bemerkenswerten Beitrag ihres Redakteurs Alexander Boddin: „Die Vertriebenen und die NPD".[10]) Dieser Beitrag darf zumindest als eine gründliche offiziöse Darstellung des Verhältnisses Landsmannschaften—NPD gewertet werden. Zu den ständigen Mitarbeitern von „actio" gehören immerhin so einflußreiche Autoren wie Bundesminister a. D. Gradl (CDU), Weihbischof Dr. Adolf Kindermann (Königstein), der Leiter der Königsteiner Anstalten der katholischen Kirche für Ostforschung, und, in den ersten Nummern, der verstorbene BdV-Präsident Wenzel Jaksch, SPD-Bundestagsabgeordneter.

Alexander Boddin kritisiert in dieser Studie zunächst, daß CDU und SPD in der Vergangenheit die Anliegen der Landsmannschaften nie als solch essentielle Programmpunkte betrachtet hätten wie etwa die Wiedergutmachung oder das Verhältnis zu den Kirchen. Nur aus „taktischen Notwendigkeiten" hätten sich CDU und SPD für die politischen Ziele des BdV ausgesprochen. „Zudem begannen einflußreiche Kader der evangelischen Kirche in den letzten Jahren auf die Verleumdungskampagne ostblinder Massenmedien in überraschend profaner Bravour einzuschwenken". Die politische Willenskraft der Landsmannschaften selbst sei dadurch gemindert worden, daß „die zweite Vertriebenengeneration der apolitischen Faszination der neuen Wohngebiete erlag".

In dieser Situation habe das Auftauchen der NPD belebend gewirkt. „Erst als eine neue Partei, die NPD, sich formierte, die das ostdeutsche Anliegen zu einem Kernpunkt ihres Programms erhob und nicht zuletzt deswegen beachtlichen Zulauf gewann, änderte sich etwas ... Strauß erkannte als erster die reale Stimmenlage. Kurz vor der bayerischen Landtagswahl bekannte er sich unüberhörbar zum Recht der Sudetendeutschen und gewann mit klarer Distanz die Wahl. In der Wahlnacht bemerkte er zu seinem Erfolg, daß er noch weit größer gewesen wäre, hätte er das nationale Anliegen der Wähler noch stärker berücksichtigt. In der Tat, so lange die Konjunktur der NPD anhält, zeugt sie für die stimmenträchtige Relevanz ostdeutscher Interessen."

Dem Vorhandensein der NPD schreibt Boddin es zu, daß eine wesentliche ostpolitische Kursänderung derzeit auch von CDU und SPD nicht gewagt werden könne. „Man mag es bedauern und verurteilen, aber leugnen läßt es sich nicht, die NPD ist heute eine conditio sine qua non im Kampf um Ostdeutschland. Sie hindert den Verzicht."

Wie sehr Kiesinger diese Argumentation vertraut ist, zeigt seine Äußerung in dem Informationsgespräch mit Henri Nannen, die der „stern"-Chefredakteur als wörtliche Äußerung so wiedergibt: „De Gaulle meinte, wir sollten die Oder-Neiße-Linie anerkennen. Sicher wäre das eine Erleichterung für unsere Außenpolitik nach Osten wie nach Westen, aber es könnte eine Welle des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik heraufbeschwören. Diese Gefahr will ich keineswegs eingehen." [11])

Ob diese Äußerung nun explizit so gefallen ist oder nur sinngemäß, ist nicht so wichtig wie die sich verdichtende Beobachtung, daß man — vor allem dem Ausland gegenüber — in Bonn heute sehr schnell mit der „Gefahr des Anwachsens

10) vgl. Süddeutsche Zeitung, München, 31. 10. 1967.
11) Alexander Boddin, „Die Vertriebenen und die NPD", in „actio", Bonn, Nr. 1/1967.

des Rechtsradikalismus" bei der Hand ist, um damit die eigene unveränderte Politik der Nichtanerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu „begründen".

Die Funktionäre der Landsmannschaften sehen es jedenfalls mit Behagen, daß sie, nach dem Scheitern des BHE, heute in der NPD eine offensichtlich viel wirksamere — weil über das Ghetto der Landsmannschaften hinausdringende — Partei als Bundesgenossen haben, mit der sie sich zwar nach außen nicht zu solidarisieren brauchen, die aber die Politik der „Rückgewinnung der deutschen Ostgebiete" dennoch mit unverdünntem nationalistischen Eifer betreiben kann. So kann der BdV innerhalb und außerhalb der Großen Koalition wirksam jeden noch so spärlichen Ansatz zu konkreter Verständigungspolitik und Friedensbereitschaft Bonns gegenüber Osteuropa und gegenüber der Anerkennung der bestehenden Realitäten verhindern und sich gleichwohl als Mitträger der Fassade neuer Ostpolitik feiern lassen. So wie das Bundeskanzler Kiesinger beim Kongreß der Ostdeutschen Landesvertretungen in Bonn besorgte, als er ausführte:

„Am 21. Februar dieses Jahres hatten der Bundesaußenminister und ich ein ausführliches Gespräch mit dem Ständigen Rat der Ostdeutschen Landesvertretungen. Am gleichen Tage sprachen wir auch mit den Vertretern des Sudetendeutschen Rates und der Sudetendeutschen Landsmannschaft ... Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Ständigen Rat und der Bundesregierung wurde vereinbart." [12])

Dazu ist anzumerken, daß diese ständige gegenseitige Konsultation zwischen dem Rat der Ostdeutschen und Sudetendeutschen Landsmannschaften einerseits und Bundeskanzler und Bundesaußenminister andererseits, ab April unter Hinzuziehung von Minister Wehner und Minister v. Hassel, von den vorhergegangenen Bundesregierungen in gleicher Form nicht praktiziert wurde. Jahn schrieb dazu im „Echo der Zeit", dies sei eine bemerkenswerte Intensivierung des Verhältnisses zwischen Landsmannschaften und Bundesregierung im Zuge der neuen Ostpolitik.[13])

Kiesinger versicherte den Landsmannschaften: „Es wird in unserer Ostpolitik nichts hinter dem Rücken der Vertriebenen geschehen. Meine Regierung ist keine Regierung des illusionären Verzichtes. Im Gegenteil: sie ist eine Regierung, die sich gerade durch die Zusammenarbeit der stärksten politischen Parteien bemüht, der Vertretung der nationalen Interessen das größtmögliche Gewicht zu geben ... Diese Bundesregierung ist sich ihrer Obhutspflicht für alle Deutschen bewußt, und sie wird in ihrer Ostpolitik die Interessen des ganzen deutschen Volkes niemals aus den Augen verlieren. Wir müssen uns darum in die Bewegung, in die die Weltpolitik geraten ist, einschalten, wenn wir sie unseren Lebensinteressen nutzbar machen wollen. Ich kann, meine Damen und Herren, unser Ziel in einem sehr einfachen Satz zusammenfassen: Wir wollen so viel wie möglich für Deutschland retten. Dazu bedarf die Bundesregierung Ihres Vertrauens und Ihrer Unterstützung." [14])

Brandt versicherte bei der gleichen Veranstaltung: „Vor drei Jahren hat der jetzige Minister für Gesamtdeutsche Fragen, mein Freund Herbert Wehner, auf dem 1. Kongreß der Ostdeutschen Landesvertretungen gesagt: ‚Wenn Sie mit dieser Veranstaltung feststellen wollten, wie die politischen Parteien zu den von Ihnen

12) „stern", Hamburg, Nr. 43, 1967.
13) vgl. Neue Kommentare, Frankfurt a. M., X, Jahrgang, Nr. 10.
14) Echo der Zeit, Recklinghausen, Nr. 12, 1967.

gehegten Rechtsvorstellungen stehen, so will ich Ihnen und darf ich Ihnen für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands rundheraus sagen: Sie können auf uns rechnen.' Daran hat sich nichts geändert, es sei denn, man wollte darin eine Veränderung erblicken, daß wir Sozialdemokraten heute die Regierungsverantwortung wesentlich mittragen." [15])

Brandt empfahl damit sich und die SPD, nicht ohne Grund den Gewährsmann Wehner zitierend, als entschiedene Vorkämpfer der „Rechtsvorstellungen", die ostpolitisch von den Landsmannschaften gehegt werden. Er präsentierte sich damit vor diesem Auditorium auch als Testamentsvollstrecker des politischen Erbes seines Parteifreundes Wenzel Jaksch. Das sollten all die bedenken, die Hoffnungen auf Kursänderungen durch Willy Brandt aufgrund gelegentlicher Trinksprüche des Außenministers setzen.

Wie der zentrale Informationsdienst des BdV „Deutscher Ostdienst" (dod) am 18. 10. 1967 mitteilte, hat Herbert Wehner dem BdV gegenüber am 6. 10. 1967 folgende Erklärung abgegeben: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hält sich klar an die Erklärungen der Bundesregierung vom 13. Dezember 1966 und vom 12. April 1967 sowie an das seit Bildung der Großen Koalition in Briefen an die Verantwortlichen im anderen Teil Deutschlands Gesagte. Unterschiedlichen Interpretationen einzelner Gruppen über den Entspannungsbegriff und die deutsche Ostpolitik ist entgegenzuhalten, daß die Bundesregierung den Anspruch der Deutschen nicht aufgeben kann und wird, in einer europäischen Sicherheits- und Friedensordnung eine gerechte Lösung auch der deutschen Frage zu erwirken... Eine Friedensordnung ohne das Recht der Völker auf Selbstbestimmung und ohne ein modernes Volksgruppenrecht im Einklang mit den Menschenrechten wäre keine gerechte Ordnung."

Auf Fragen des stellvertretenden BdV-Vorsitzenden Jahn (CDU), wie das SPD-Präsidium zu „Verzichtstendenzen" stehe, die gelegentlich von sozialdemokratischen Organisationen und Mitgliedern, u. a. im „Glienicker Papier" der SPD-Westberlin geäußert worden seien, antwortete Wehner dem BdV, „daß die positive Haltung der SPD" zu den Forderungen und Ansprüchen der Landsmannschaften „im ganzen gesehen und nicht mit Fleiß lediglich abweichende oder zweifelhafte Stellungnahmen addiert werden sollten".[17]) Diese „Klarstellungen" wurden von der Landsmannschaftspresse übereinstimmend äußerst positiv bewertet.

III

Welche realen Ziele die angebliche Entspannungspolitik der Bundesregierung mit Hilfe der Großen Koalition und mit Zustimmung der Vertriebenenfunktionäre verfolgt, das hat in der „Deutschen Tagespost" der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Eduard Adorno, mit Offenherzigkeit geschildert.[16]) Die „Deutsche Tagespost" stellte ihm die Frage: „Herr Staatssekretär Adorno, inwieweit sehen Sie eine Möglichkeit, einerseits die kritische finanzielle Lage der Bundeswehr mit den strategischen Forderungen der NATO in Einklang zu bringen, andererseits aber die gegenwärtigen Entspannungs- und Verständigungsbemühungen mit einer Stärkung des Abwehrbündnisses NATO zu vereinbaren?"

15) s. Anm. 12.
16) a.a.O.
17) Deutscher Ostdienst (dod), Bonn, 18. 10. 1967.

Adorno antwortete: „Ohne eigene militärische Sicherung ist weder eine Friedenspolitik noch die gleichzeitig beabsichtigte Entspannung möglich und erreichbar. Die Bundesregierung sieht es daher auch künftig als ihre Aufgabe an, den wirksamsten Schutz der Bundesrepublik Deutschland innerhalb des NATO-Bündnisses aufrechtzuerhalten ... Und schließlich müssen die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten mit den sicherheitspolitischen Notwendigkeiten in einem ausgewogenen Verhältnis bleiben."

Bei Adorno klingt durch, was in letzter Zeit in den Kommentaren der Springerpresse immer wieder anklang (wenn etwa in der „Welt" der Kommentator Wilfried Hertz-Eichenrode die Regierung der DDR eine „Bürgerkriegspartei" nennt, auf die aus der Bundesrepublik „offensiv" geantwortet werden müsse [17]): daß das Intermezzo der „neuen Ostpolitik" nur der Vorbereitung einer noch intensiveren Rüstung dienen sollte, zu der man das Alibi angeblich gescheiterter Entspannungsversuche sich vorab beschaffen möchte, ohne diese verbalen Entspannungsofferten jemals im Sinne der Anerkennung des Status quo substantiiert zu haben.

In der gleichen Nummer der „Deutschen Tagespost", in der Staatssekretär Adorno feststellt: „Unser deutsches Sicherheitsbedürfnis und unsere Bündnisverpflichtungen lassen keine Minderung der Kampfkraft der Bundeswehr zu", bemerkt in einem Grundsatzartikel der Strauß-Berater Prof. Dr. Hugo Staudinger zur Ostpolitik Bonns: „Selbst wenn sich eindeutige Erfolge eingestellt hätten oder wenn zumindest nicht von Mißerfolgen gesprochen werden könnte, bliebe diese neue Politik fragwürdig und gefährlich. Denn sie stellt weithin nicht nur die Programme bestimmter Parteien, sondern auch die Grundlagen unserer gesamten politischen Ordnung in Frage oder macht sie zumindest praktisch unglaubwürdig. Es scheint daher an der Zeit zu sein, daß sich alle drei Parteien die Frage vorlegen, bis zu welchem Punkt man aus einer wohlverstandenen Opportunität auf den einzelnen Gebieten der Politik gehen kann, ohne daß unaufgebbare Prinzipien preisgegeben werden." [18])

Hier wird ein Problem berührt, das den Politikern der Großen Koalition in Bonn nicht wenig Kopfzerbrechen macht. Daß nämlich allein ihr Reden von Entspannungspolitik, von neuer Ostpolitik, von einem Beitrag der Bundesrepublik zur europäischen Friedensordnung schon — wie Staudinger diagnostiziert — ein Verstoß gegen ihre politischen Prinzipien des Kalten Krieges, der Nichtanerkennung der Realitäten, der weiteren Rüstungspolitik (bei finanzieller Misere) ist, weil dadurch in der Bevölkerung Hoffnungen auf eine wirkliche Änderung der Politik geweckt werden, die dieses „establishment" (zu dem Staudinger listig die FDP mit hinzurechnet) unmöglich verwirklichen kann. Das Problem der staatlichen Informationspolitik ist nun die Umschaltung auf den alt-neuen Kurs der Politik der militärischen Stärke, zu dem Franz Josef Strauß in Madrid schon einige Stichworte geliefert hat. Daß er seine „Nie-wieder-Jalta"-Rede, die jeden BdV-Funktionär begeistern mußte, offensichtlich mit Bedacht gerade in Madrid hielt, zeigt an, worauf nach dem Scheinversuch in Entspannung nun abgezielt wird. Und es stellt sich die Frage, wie viele Demokraten den Anführern der Großen Koalition auf diesem gefährlichen Weg noch zu folgen bereit sind.

---

18) Deutsche Tagespost, Würzburg, Nr. 126, 1967.
19) vgl. „Der Spiegel", Hamburg, Nr. 46, 1967.
20) Prof. Dr. Hugo Staudinger, „Prinzip und Opportunität", in „Deutsche Tagespost", Würzburg, Nr. 126, 1967.

Von der Pfund- zur Dollarkrise

Mit dem Beschluß der englischen Regierung in der Nacht vom 18. zum 19. November 1967, das Pfund Sterling um knapp 15 v. H. abzuwerten, streckte das Kabinett Wilson vor einer scheinbar unaufhaltsamen Lawine von Spekulation die Waffen. Die fieberhafte Flucht aus dem Pfund ließ die Geschäftsumsätze in dieser Währung in den Vortagen auf den internationalen Devisenmärkten alarmierend anschwellen. Die Londoner City zwang die Bank von England zur Aufnahme eines sprunghaft anwachsenden Pfundangebots, für das sich kaum noch Käufer zur alten Währungsparität fanden. Der sich ausbreitende Vertrauensschwund und die zunehmende Unsicherheit griffen schließlich auch auf den US-Dollar über. Das Nervenzentrum des westlichen Währungssystems selbst schien hiermit getroffen, der Manövrierspielraum der englischen Regierung erschöpft. Die Abwertung, seit dem Sieg der Labour-Party im Oktober 1964 unzählige Male vorausgesagt und jeweils feierlich dementiert, wurde Tatsache. Die Pfund-Krise der letzten Jahre kam damit zu einem vorläufigen Ende, die Krise der westlichen Währungsordnung schwelt jedoch weiter.

Die auf der Konferenz von Bretton Woods kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges beschlossene Vereinbarung über die Schaffung eines internationalen Zahlungssystems (International Monetary Fund) trug deutlich sichtbar die Schriftzüge der westlichen Hauptsiegermächte England und USA. Das Pfund wurde zusammen mit dem Dollar zu einer der beiden Reservewährungen der westlichen Welt erklärt. Die Notenbanken anderer Länder, vornehmlich die des britischen Commonwealth, sollten neben Gold auch Pfundguthaben als Währungsreserve halten dürfen. Als internationale Handels- und Finanzwährung wurde dem englischen Pfund ebenbürtig neben dem Dollar eine dominierende Rolle zugewiesen.

Entsprach dieses währungspolitische Konzept noch der englischen Vormachtstellung im britischen Kolonialreich bei Kriegsausgang, so geriet der Leitwährungsanspruch des Pfundes in der Nachkriegszeit zunehmend in Widerspruch zu den veränderten politischen Realitäten. Dem allmählichen und widerstrebenden Rückzug der Engländer aus ihren kolonialen Besitzungen folgte das beharrliche Vordringen des amerikanischen Einflusses in den formal unabhängig gewordenen neuen Staaten der Dritten Welt. Der Machtverlust Englands im Commonwealth-System war Ursache und Folge zugleich für die immer wiederkehrenden wirtschaftlichen Schwächeanfälle des Landes nach Kriegsende. Spärlicher fließenden Kapitalgewinnen aus Übersee standen steigende finanzielle Aufwendungen für den Unterhalt militärischer und wirtschaftlicher Stützpunkte im Ausland gegenüber. Die in den fünfziger Jahren teilweise in Rivalität und teilweise im Bündnis mit den USA übernommene Aufgabe des „containment" revolutionärer und nationaler Befreiungsbewegungen drohte die englische Wirtschaftskraft auszuhöhlen. Die Anlehnung an die USA nahm damit mehr und mehr den Charakter einer Abhängigkeit an. Immer häufiger kamen die USA den britischen Währungsbehörden zu Hilfe, wenn der Außenwert des Pfundes durch internationale politische oder wirtschaftliche Ereignisse, wie zum Beispiel bei der Suez-Krise 1956, in Gefahr geriet.

Zu keinem Zeitpunkt seit 1945 waren die britischen Währungsreserven in Gold und Devisen ausreichend, um jeden Ansturm der Spekulation aus eigener Kraft überstehen zu können. Die Liquidation des Pfundes als Weltwährung war seit der Auflösung des britischen Kolonialimperiums überfällig. Die großen ausländischen Sterling-

guthaben der Länder des Commonwealth-Raumes und der britischen Einflußzonen, die sich auch gegenwärtig noch auf einen Betrag von etwa sechs Milliarden Dollar belaufen, wurden zu einem Damoklesschwert, das über der britischen Währungspolitik schwebte. Jeder plötzliche Abzug von Teilen dieser Einlagen konnte das labile Gebäude der englischen Finanzverfassung zum Einsturz bringen. Es kann nicht verwundern, daß gerade hierin die internationale Spekulation ihre Chance sah. Gleich einem privaten Schuldner, der es unterläßt, seine Ausgaben auf die Höhe seiner Einnahmen zu beschränken, lieferte sich England in den sechziger Jahren dem Wohlwollen seiner Gläubiger aus. Während in den fünfziger Jahren jede Pfundkrise noch beinahe lautlos und in kordialem Einvernehmen der westlichen Notenbanken gemeistert werden konnte, wurde der Preis für Stützungskredite von den internationalen Finanzzentren allmählich heraufgesetzt. 1961 proklamierte der damalige konservative Schatzkanzler Lloyd zum erstenmal eine „Lohnpause" und schuf damit das Modell für die perfektioniertere Einkommenspolitik des Lohnstopps seiner Labour-Nachfolger. Das berüchtigte „Einfrieren" der Löhne, Preise und Gewinneinkommen traf allein die Arbeitnehmer mit voller Härte. Mit den flankierenden Maßnahmen aus dem Instrumentenkasten konservativer Wirtschaftspolitik erreichte die Labour-Regierung im Sommer dieses Jahres zwar die größte Arbeitslosigkeit seit 1939 und eine lange Phase annähernder wirtschaftlicher Stagnation, nicht aber den erhofften Ausgleich der Zahlungsbilanz. Die elegischen Klagen in der Führung der Labour-Party über die „häßlichen Gnome von Zürich", die als Vertreter der kapitalistischen Weltfinanzzentren die politischen Kreditbedingungen der schweizer und anderer Banken heraufgeschraubt hätten, kamen zu spät. Die Erfolge in zwei Unterhauswahlen erwiesen sich als Pyrrhussiege. Die Londoner City behielt über Whitehall die Oberhand. Parlamentsneuwahlen zum gegenwärtigen Zeitpunkt würden mit Sicherheit für Labour in einer verheerenden Niederlage enden. Nicht der nationale Prestigeverlust der Abwertung oder der verblaßte Glanz des Pfundes haben dabei, wie die letzten Unterhausnachwahlen ausweisen, die Arbeitnehmerwähler enttäuscht und verbittert. Vielmehr muß die nunmehr gescheiterte Politik der Verteidigung des alten Pfundstandards, für die der Bevölkerung so viele unnütze Opfer auferlegt wurden, die volle Verantwortung für die beispiellose Abkehr ehemaliger Labour-Anhänger von ihrer Partei tragen.

Die wachsende Verstrickung Englands in finanzielle Abhängigkeit gegenüber den Mitgliedern des Zehnerklubs der westlichen Notenbanken, die die Labour-Regierung weitgehend ihrer innenpolitischen Entscheidungsfreiheit beraubte, ließ auch das Verhältnis der USA zu Großbritannien nicht unberührt. Auf außenpolitischem Gebiet desavouierte die Labour-Party mit der Billigung des amerikanischen Ausrottungskrieges in Vietnam ihr eigenes Wahlprogramm, in dem Labour nationale Unabhängigkeitsbewegungen in der Dritten Welt noch anerkannte.[1]) Die uneingeschränkte Öffnung der britischen Industrie für amerikanische Kapitalanlagen, so darf vermutet werden, gehörte ebenfalls zu den stillschweigenden Konditionen der währungspolitischen Kooperation Englands mit den Vereinigten Staaten. Wenige Tage vor dem Abwertungsbeschluß äußerte sich Premierminister Wilson unmißverständlich zu diesen weniger sichtbaren Aspekten der englischen Beziehungen zu den USA, als er warnend erklärte: „Es gibt keine Zukunft für Europa oder für Großbritannien, wenn wir zulassen, daß die amerikanische Industrie- und Geschäftstätigkeit die strategischen Wachstumsindustrien in

[1]) Vgl.: The Labour Party's Manifesto for the 1964 General Election, London 1964.

unseren einzelnen Ländern in einem Maße beherrschen, daß die Amerikaner und nicht wir über Tempo und Richtung des industriellen Fortschritts in Europa bestimmen . . ." [2]) Die Abwertung des Pfundes ist vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Expansion der USA weit mehr als ein bloßer währungstechnischer Eingriff. Sie muß als Versuch der englischen Regierung bewertet werden, durch die Aufgabe von unhaltbaren Positionen im Weltwährungssystem die eigene wirtschaftspolitische Souveränität zurückzugewinnen. Die bis heute heftig umstrittene Forderung General de Gaulles nach einer grundlegenden Reform der Weltwährungsordnung erhielt durch den englischen Schritt eine unerwartete Rechtfertigung und leitete kurz nach der Pfundabwertung zu einem Angriff der Spekulation auf den Dollar selbst über. Auf seiner Pressekonferenz vom 4. Februar 1965 unterbreitete de Gaulle erstmalig der Weltöffentlichkeit seinen Vorschlag einer Rückkehr zum reinen Goldstandard im internationalen Finanzverkehr. Mit seiner Verwirklichung würde der Dollar seine Reservewährungseigenschaft einbüßen. Im internationalen Handels- und Kapitalverkehr bliebe allein das Gold die allgemein anerkannte Recheneinheit. Die Abdankung des Dollars als Leitwährung wäre gleichbedeutend mit dem Verzicht der amerikanischen Regierung auf eine Reihe von ungerechtfertigten Vorteilen und Privilegien, die heute den USA kraft ihrer Währungsautorität zufallen. Die Tatsache, daß Dollarguthaben bei den Notenbanken der westlichen Welt den gleichen Rang wie Goldvorräte innehaben und von ihnen als Reserve gehalten werden, gestattet der US-Regierung schon für viele Jahre Defizite in der Zahlungsbilanz, die nicht durch Goldexport ausgeglichen werden müssen. Damit steht es im freien Ermessen der USA, sich selbst ohne oder zu sehr geringen Zinsen ausländische Kredite einfach dadurch zu verschaffen, daß sie ihr Gesamtdefizit weiter anwachsen lassen. Solange die ausländischen Gläubigerzentralbanken stillhalten und nicht etwa plötzlich auf die Einlösung ihrer Dollarguthaben in Gold bestehen, können die USA ihre geschöpften Devisen im Ausland zum Beispiel für den Erwerb hochrentabler Kapitalanlagen oder zur Finanzierung von Militärbasen und zur Führung begrenzter Kriege verwenden. Nicht zuletzt in der Absicht, diesen Finanzierungsmechanismus der sich ausbreitenden amerikanischen Wirtschafts- und Militärmacht zu blockieren, hat sich die französische Zentralbank aus dem Klub der Notenbanken der wichtigsten Industrieländer weitgehend zurückgezogen und einen großen Teil der eigenen Dollarbestände schon vor geraumer Zeit in Gold umgewandelt.

Nachdem mit der Pfundabwertung eine weitere Verteidigungslinie des Währungssystems von Bretton Woods aufgegeben werden mußte, steht der Dollar nunmehr im Zentrum spekulativer Attacken. Die französische Antidollar-Kampagne hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Kurz nach der Pfundabwertung setzten hausseartige Goldkäufe großen Umfangs ein. Die Währungsstabilität des Dollars ist einer ernsten Probe unterworfen. Die Dollarbaissiers rechnen damit, daß schließlich die Gläubigerkette der USA an ihrer schwächsten Stelle reißt. Ein Run aus dem Dollar in Gold, wird — nach dieser Annahme — irgendwann dazu führen, daß Gläubigerzentralbanken sich weigern, weiter Dollars zu akkumulieren. Eine Korrektur der Dollarparität gegenüber dem Gold nach unten wäre schließlich unabwendbar und würde die Spekulation belohnen.

Es soll hier nicht versucht werden, die Erfolgschancen der gegen den Dollar mit soviel Vehemenz gerichteten Spekulation einzuschätzen. Kein Zweifel kann jedoch darüber bestehen, daß eine

[2]) Vgl.: Britische Nachrichten vom 14. November 1967, Nr. 35, Bonn 1967, S. 1 f.

Goldpreiserhöhung, d. h. Dollarabwertung, es den USA erheblich erschweren würde, ihre selbstherrliche Rolle als Weltgendarm aus eigener Machtvollkommenheit im bisherigen Umfang auszuüben. Ähnlich wie die Pfundabwertungen von 1948 und 1967 die englische Regierung gezwungen haben, ihr weltumspannendes Stützpunktsystem einer Revision zu unterziehen, wäre eine Dollarabwertung für die USA unvermeidlicher Anlaß für eine Überprüfung der bisherigen Militärkonzeption. Eine der erfreulicheren Folgen der Pfundabwertung war denn auch eine Kürzung der englischen Verteidigungsausgaben im nächsten Jahr um mehr als hundert Millionen Pfund (etwa eine Mrd. DM), die die Labour-Regierung nun augenscheinlich ohne Gefährdung der äußeren Sicherheit für vertretbar hält. Karl-Heinz Stanzick

Krisenherd Mittelmeerraum

Es bedurfte nicht des Zypern-Konflikts, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß in diesem nun auslaufenden Jahr der Mittelmeerraum in wachsendem Maße zum Schauplatz beunruhigender militärischer und politischer Vorgänge geworden ist. Immerhin hat die zeitweilig dramatische Krise um die Mittelmeerinsel — nach dem Putsch in Griechenland und nach dem Nahost-Krieg — noch einmal deutlich gemacht, wie sehr der mediterrane Raum in den Schnittpunkt gegensätzlicher politischer Interessenlinien geraten ist, deren Ausgangspunkte nur zu einem geringen Teil in diesem Gebiet selbst liegen.

Die Untersuchung der veränderten Situation im Mittelmeerraum wird von der Tatsache ausgehen müssen, daß die Vereinigten Staaten, unterstützt von einer Reihe anderer NATO-Partner, offenkundig bestrebt sind, ihr militärisches und politisches Engagement in diesem Gebiet wesentlich zu verstärken. Einer der wichtigsten Gründe für dieses Vorgehen war und ist die Sorge um das Auseinanderfallen des Pakts an seiner Südostflanke. Die Führungsmächte der Allianz mußten spätestens im Frühjahr dieses Jahres erkennen, daß der Erosionsprozeß übernationaler Strukturen in diesem Raum, der die CENTO bereits jedes konkreten Inhalts entleert hat, mit Macht auch auf die NATO übergreifen würde.

Das galt besonders für Griechenland, wo im Rahmen eines demokratischen Willensbildungsprozesses eine Regierung an die Macht zu kommen „drohte", die mit hoher Wahrscheinlichkeit im Innern eine sozialprogressive, nach außen eine zur Neutralität tendierende Politik betrieben hätte. Hier kam der Putsch der Generale just zum richtigen Zeitpunkt, um eine solche Entwicklung abzuwenden. Die von intimen Kennern der griechischen Verhältnisse aufgestellte Behauptung, der Aktionsplan der Putschisten sei mit den Intentionen des allgegenwärtigen amerikanischen Geheimdienstes CIA abgestimmt und von diesem unterstützt worden, konnte bis heute nicht widerlegt werden. Zahlreiche Ereignisse vor und auch nach der Errichtung der Militärdiktatur verleihen dieser Annahme hohe Wahrscheinlichkeit.

Anzeichen einer akuten Paktmüdigkeit waren und sind aber auch in der Türkei zu beobachten. Dieses Land, das dem Atlantikpakt nicht zuletzt aus der Hoffnung heraus beigetreten ist, hier für die Bewältigung seiner riesigen zivilen Aufgaben wirksame Unterstützung zu finden, sieht sich in dieser Hinsicht eher behindert als gefördert. Seine Paktbindung hat die Aufnahme fruchtbarer Beziehungen zu seinen natürlichen Nachbarn erheblich erschwert. Die Regierung in Ankara bemüht sich seit einiger Zeit um eine spürbare Ver-

besserung ihres Verhältnisses vor allem zur Sowjetunion. Die Gewährung freier Passage durch den Bosporus für sowjetische Marine-Einheiten zur Zeit der Nahost-Krise ist nur ein Zeichen der beginnenden politischen Neuorientierung. In Washington, aber auch in Bonn, beobachtet man diese Entwicklung mit Sorge.

In diesem Zusammenhang scheint es geboten, auf einige Aspekte des Zypern-Konflikts hinzuweisen, die in der bundesdeutschen Presse weitgehend vernachlässigt worden sind. Zypern ist seit der Erlangung seiner Unabhängigkeit — garantiert im Londoner Abkommen von 1959 — ein neutraler Staat. Diese Neutralität jedoch ist von Anfang an gefährdet. Die permanente Bedrohung dieses Status geht dabei ausschließlich von der NATO aus. Ganz deutlich wurde das während der großen Zypern-Krise des Jahres 1964. Vor allem die USA und Großbritannien wollten die Feindseligkeiten zwischen der griechischen und der türkischen Bevölkerungsgruppe zum Anlaß nehmen, eine NATO-Eingreiftruppe auf der Insel landen zu lassen. Das Motiv dieses Planes war nicht so sehr Schlichtung der verlustreichen inneren Auseinandersetzungen, sondern vor allem der auf längere Frist konzipierte Plan, der Insel ein NATO-Schutz-Statut aufzuzwingen, das den Pakt de facto zu Eingriffen in die außenpolitische Handlungsfreiheit des Staates ermächtigt und damit einen schrittweisen Abbau seiner Neutralität gestattet hätte. Dieser Plan scheiterte am Widerstand des auf strikte Neutralität bedachten Staatspräsidenten Makarios, der sich der diplomatischen Unterstützung der Dritten Welt und des Ostens sicher war. Statt der NATO übernahm schließlich die UNO interne Sicherungsaufgaben auf Zypern.

Dennoch blieb Zypern schon wegen seiner geographischen Lage im östlichen Mittelmeer für die NATO interessant. Nicht nur, daß es ein ideales strategisches Bindeglied zwischen dem Süd-

C.H.Beck

Günther Anders
Die Schrift an der Wand

Tagebücher 1941–1966. VII, 428 Seiten.
In Leinen DM 24.–

Die Tagebücher von Günther Anders sind ein Menetekel unserer Zeit. Sie handeln vom Tod und Töten und kulminieren in dem »Logbuch« einer Reise, die der Verfasser nach genau fünfzigjähriger Abwesenheit in seine Vaterstadt Breslau unternahm.

»Ein wohlkomponiertes, komplexes, dabei ungemein frisches und brisantes Buch, dessen Lektüre man nicht beginnen kann, ohne sofort gepackt, durchgeschüttelt, schließlich verändert zu werden. Leidenschaftliches Engagement und offene Form gehen hier eine höchst fruchtbare Verbindung ein; die unabschätzbaren, weit über das Belletristische hinausgreifenden Möglichkeiten der diaristischen Form werden von einem überlegenen Geist, einem unbestechlichen Frager, furchtlosen Entlarver, denkenden Moralisten beinahe beiläufig, scheinbar anstrengungslos genutzt und gemeistert.
Hier liegt eins jener raren Bücher vor, die man freiwillig sein Leben lang nicht mehr aus der Hand gibt.«
Wolfgang Hädecke im »Hessischen Rundfunk«

ostzipfel der NATO und den amerikanischen Basen in Nordafrika wäre; die Einbeziehung Zyperns in die militärische Infrastruktur des Pakts garantierte die Kontrolle des östlichen Mittelmeers, wäre ein Ersatz für die aufgelassenen Raketenbasen in der Türkei und Italien, diente im Ernstfall der Einschließung der sowjetischen Schwarzmeer-Flotte und wäre schließlich eine Basis für die Aufsicht über die unsicheren Partner Türkei und Griechenland, zumal sich die USA und einige ihrer europäischen Verbündeten sicher keine allzu großen Illusionen über die Stabilität des gegenwärtigen Regimes machen. Zypern könnte schließlich auch Ersatz für den bevorstehenden Verlust der US-Militärstützpunkte in Libyen bieten.

All diese Interessen bestimmen das Verhalten bestimmter NATO-Kreise auch in der jüngsten Zypern-Krise. Noch muß die Frage offen bleiben, ob die mit Wissen und Billigung der Machthaber in Athen provozierten Unruhen auf der Insel — es ist erwiesen, daß die griechische Luftwaffe bereits alarmiert war, noch ehe die Panzereinheiten der griechischen Nationalgarde gegen türkische Dörfer vorgingen — auch amerikanischen Stellen vorzeitig bekannt waren. Stellt man jedoch die Frage, wem eine Vereinigung Zyperns mit Griechenland unter den gegebenen politischen Bedingungen nützen würde, so kann nicht bestritten werden, daß die Ausdehnung des Machtbereichs der amerikahörigen Generale in Athen auf die Mittelmeerinsel geradezu ideal in die strategischen Planungen Washingtons passen würde. Nicht ohne Grund hat sich die Haltung des Staatspräsidenten Makarios zur Enosis-Parole merklich abgekühlt; statt dessen ist er seit Monaten darum bemüht, in aller Stille ein sachlicheres Verhältnis zur Regierung in Ankara zu schaffen — ein Umstand, der zur Klärung der Ursachen für den Ausbruch der Krise mit herangezogen werden sollte.

Der Putsch in Griechenland, die erneute Krise um Zypern und auch der Nahost-Krieg, dessen vorläufiges militärisches Ergebnis sich mit den Versuchen Washingtons, die innere Stabilität und den außenpolitischen Einfluß der neutralen arabischen Staaten zu brechen, auffallend deckt, sind Symptome verschärfter machtpolitischer Auseinandersetzungen im mediterranen Raum. Dieses im Schnittpunkt dreier Kontinente — Europa, Asien und Afrika — liegende Gebiet findet in letzter Zeit in den Planungen und Aktionen der NATO auffallende Beachtung. Hierzu einige Fakten: Der NATO-Ministerrat hat auf seiner Sitzung im Dezember vergangenen Jahres eine militärische Stärkung der Flanken des Pakts beschlossen. Der besondere Akzent lag dabei auf Griechenland und der Türkei. Die wichtigsten alliierten Kommandos in diesem Raum sind mit amerikanischen Militärs besetzt. Landgebundene Spezialeinheiten der NATO, die die Funktion von hochbeweglichen Eingreiftruppen haben, haben seit ihrer Aufstellung neun Manöver abgehalten. Davon ereigneten sich allein sechs an der Südflanke des Pakts. Das letzte fand — unter maßgeblicher Beteiligung von Bundeswehreinheiten — Ende August und Anfang September in Nordgriechenland statt. Wenige Monate zuvor waren im Ionischen und Adriatischen Meer große Flottenmanöver abgehalten worden, deren taktischer Schwerpunkt die Demonstration großangelegter Landungsoperationen war. Gegenwärtig trägt die amerikanische Sechste Flotte die Hauptlast des NATO-Engagements im Mittelmeer, genau genommen ist sie die einzige effektive Streitmacht des Westens in diesem Gebiet. Die USA werden an diesem Zustand, der ihnen weitreichenden politischen Einfluß sichert, im Grunde nichts ändern wollen. Dennoch zielen sie aus taktischen Gründen darauf ab, das militärische Engagement im Mittelmeer auf breitere Schultern zu verteilen. Geplant ist eine multinationale Seestreit-

macht der NATO, die — als Gegenstück zu den integrierten landgebundenen Eingreif-Verbänden des Pakts — die Südflanke der NATO und ihren geostrategischen Vorraum kontrollieren soll. Das Militärkomitee des Pakts hat die Bildung dieser besonderen Marine-Einheit bereits gebilligt, eine Beschlußfassung des NATO-Ministerrats ist zu erwarten.

Daneben existieren exakt ausgearbeitete Pläne für eine Einbeziehung Spaniens in den Atlantikpakt. Gerade auch von bundesdeutscher Seite ist diese Forderung immer wieder erhoben worden. In der Tat käme die Einbeziehung Spaniens, das bisher nur durch bilaterale Stützpunkt-Verträge militärisch an die USA gebunden ist, im wesentlichen aber eine neutrale Politik verfolgt, dem allgemeinen strategischen Ziel des Westens nahe, die Sowjetunion von den Weltmeeren abzuschneiden. Für die Bundesrepublik hätte ein Beitritt Spaniens zudem spezifische Werte, die in engem Zusammenhang mit den Uranvorkommen des Landes und seiner Eignung als strategisches Hinterland zumindest für die bundesdeutsche Luftwaffe stehen. Spanien jedoch zeigt zur Zeit wenig Neigung, diesen Wünschen zu entsprechen. Statt dessen bezeichnete sein Außenminister Castiella Spaniens Aufgabe am Eingang zum Mittelmeer als „Friedenswächter am Schnittpunkt der Diagonale östlicher und westlicher Verteidigungsallianzen" und räumte der Sowjetunion ausdrücklich das Recht eines Mittelmeeranliegers ein.

Die besorgniserregende militärische und politische Aktivität des Westens im Mittelmeerraum, die im Zeichen des Versuchs einer maritimen Isolation der UdSSR steht, hat die Sowjetunion veranlaßt, ihrerseits Flotteneinheiten ins Mittelmeer zu entsenden. Im Westen — und hier wieder besonders in der Bundesrepublik — ist dies lautstark als Bedrohung der westlichen Positionen in diesem Gebiet dargestellt worden. Tatsächlich läßt sich aber nicht leugnen, daß die militärische Präsenz der UdSSR im Mittelmeer weit eher ein Faktor des Ausgleichs ist, dessen positive Funktion darin besteht, die Sechste US-Flotte vor abenteuerlichen Interventionen in die Angelegenheiten der Anliegerstaaten zu bewahren. Daß dies teilweise — wenn auch widerwillig — selbst hierzulande so verstanden wird, geht aus einer Bemerkung des Athener Korrespondenten des „Rheinischen Merkur" hervor, der im Zusammenhang mit der Zypern-Krise feststellte: „. . . seit dem Einmarsch der sowjetischen Flottenverbände in das östliche Mittelmeer kann man die amerikanischen Kriegsschiffe nicht mehr als unangefochtene Beherrscher dieses Raumes ansehen." (Rh. M. Nr. 47/67)

Diese Änderung der Machtverhältnisse kann im Interesse internationaler Stabilität nur begrüßt werden. Der Fall Vietnam zeigt, zu welch brutalen Eingriffen in die inneren Angelegenheiten anderer Völker die USA in jenen Gebieten der Welt fähig sind, in denen sie sich im Besitz der militärischen Überlegenheit glauben. Abenteuer dieser Art an der Südflanke Europas müssen im Ansatz gestoppt werden, weil hier die Gefahr einer Ausweitung regionaler Konflikte zum großen Krieg extrem hoch ist.

Horst Heiden

William Borm, MdB

Das große Unbehagen

I

Unbehagen ist das Ergebnis nach einem Jahr Großer Koalition. Die CDU ist beunruhigt über die sozialdemokratische Ostpolitik, die SPD hat mit ihren eigenen Untergliederungen zu schaffen, die Gewerkschaften, von Helmut Schmidt als „Brunnenvergifter" tituliert, fühlen sich verraten, Studenten und mit ihnen ein Teil der Jugend wehren sich gegen Reaktion und Restauration, das Ausland endlich stellt besorgt ein Erstarken des Neonazismus fest. Unbehagen an den Deutschen, Unbehagen unter den Deutschen kennzeichnet die Situation. Nicht von ungefähr widmete die „Neue Zürcher Zeitung" am 12. November d. J. ihr Titelblatt dem Thema: „Deutsche Unruhe". Der Autor des Artikels meinte damit nicht die offizielle Politik der Regierung, denn: „Sie bewegt sich zur Zeit gemessen, wenn auch — wie die zunehmenden inneren Friktionen der Koalition verraten — mit leicht steigender Nervosität in der Szenerie einer Sackgasse hin und her, die ihr zum Teil von außen gestellt worden ist, die sie aber mit kräftigen Parolen, die gerne das Beiwort ‚aktiv' führen, gefällig drapiert hat." Eine andere Schweizer Zeitung formulierte es noch drastischer mit dem Satz: „Bonn bietet das Bild einer Staatsmacht, die ihre Probleme nicht erkennen will, um sie nicht lösen zu müssen." Doch der unmittelbare Ausgangspunkt der Unruhe, die außerparlamentarische Opposition von rechts und links, läßt den Autor des NZZ-Artikels besorgt fragen: „... wird Deutschland wieder ein unsicherer Kanton, beginnt ein altes Spiel von neuem, wird (trotz Alleman) Bonn wieder wie Weimar?" Während in der Bundesrepublik im Vordergrund der Besorgnisse die „linke" außerparlamentarische Opposition steht, ist es im Ausland die „rechte". Dort erzeugt die neonazistische NPD Unbehagen, in Sonderheit, weil sie bis heute schon in sechs Landesparlamente einzog.

Seltsam: Eine Partei, die drauf und dran ist, auf legalem Wege eine dunkle Vergangenheit wieder auferstehen zu lassen, erzeugt in der Bundesrepublik nur halb so viel Unbehagen wie einige Jünglinge, deren Grund zur Unruhe (nicht ihre Handlungen) sogar noch einigermaßen verständlich ist, und die nur eine, freilich aktive, Minderheit unter den Studenten darstellen. Immer noch beeinflussen Korporationen das studentische Denken, und der NPD-nahe Deutsche Studentenanzeiger ist die größte deutsche Studentenzeitung! — Das Hochspielen der relativ kleinen extremen Linken zu einer „Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung" ist einwandfrei gesteuert von restaurativen Kräften, für die der Feind schon immer links stand. Konservativ-reaktionäres Obrigkeitsdenken war noch immer der Nährboden des Rechtsradikalismus.

Exaltierte Aktionen Jugendlicher bieten für die herrschenden Kreise willkommenen Anlaß, dem Deutschen die Angst vor der Linken wieder einzuimpfen und den Staat insgesamt nach rechts zu führen. Antikommunismus ist seit 50 Jahren das bewährte Rezept der Reaktion.

Während der Rheinische Merkur in seinem Leitartikel vom 20. Oktober von einem „Feldzug der Außerparlamentarier" sprach und eine „Antikoalitions-

campagne" witterte, wurde Felix von Eckardt, einst enger Vertrauter Konrad Adenauers, schon sehr viel deutlicher. Unter der Überschrift „Kommt unsere staatliche Existenz ins Rutschen?" schrieb er am 26. 10. d. J. in der „Bonner Rundschau": „Was heißt denn ‚außerparlamentarische Opposition'? Doch nichts anderes, als daß der erklärte, durch freie Wahlen hervorgegangene Parlamentarismus außer Funktion gesetzt werden soll." — „Die Staatsautorität", erklärte Eckardt weiter, „wird immer durch eine kleine Minderheit, die man nicht ernst genug nimmt, zerstört, niemals aber durch eine demokratisch gewählte Majorität." In Deutschland, so sollte auch Herr von Eckardt wissen, finden Revolutionen von links nicht statt, wohl aber legale Machtübernahmen durch die Unbelehrbaren im rechten Lager. Das erschreckendste Beispiel dafür, wie Konservativ-Reaktionäre Angriffe von links ausnutzen, um dem Rechtsradikalismus in die Hand zu arbeiten, stand freilich — wie sollte es anders sein — am 4. 11. in der „Welt". Nicht nur, daß Herr Hertz-Eichenrode den „Notstandsstreit" als „stichhaltigen Beweis der Führungsschwäche Bonns" wertete, er schrieb auch bezeichnenderweise: „Wir erleben, daß die freiheitliche Demokratie in der Bundesrepublik nicht nur von rechts, sondern entschiedener noch von links bedroht wird." Halten wir also fest: Der Rechtsradikalismus fügt sich unter kaum ernstzunehmenden offiziellen Protesten, die wie Pflichtübungen anmuten, legal in die westdeutsche Demokratie ein, die entschiedene deutsche Linke wird schlicht verboten. Hinzukommt, daß jedes Verlangen nach Neuorientierung der deutschen Politik als ein Angriff auf den Staat hingestellt wird, ganz im Gegensatz zu anderen westlichen Ländern. Senator William Fulbright etwa schreibt: „Wenn man sein Land kritisiert, so erweist man ihm einen Dienst und macht ihm ein Kompliment. Man erweist ihm einen Dienst, weil die Kritik das Land anspornen könnte, Besseres zu leisten als bisher; man macht ihm ein Kompliment, weil in der Kritik der Glaube zum Ausdruck kommt, daß das Land Besseres leisten kann, als es der Fall ist." [1])

Natürlich: Wer Staat und Regierung gleichsetzt, neigt dazu, Kritik an der Regierung mit Kritik am Staat zu verwechseln. Die Große Koalition hat dem Vorschub geleistet, zumal auch die SPD nicht freigeblieben ist von diesem Fehldenken. Sie hat sich angepaßt. So führte etwa der SPD-Pressedienst am 3. 11. d. J. einen Angriff gegen die Berliner CDU in der Methode des Herrn Franz-Josef Strauß. Der SPD-Pressedienst schreibt: „Klaus Schütz steht unter schwerem Beschuß der kommunistischen SED. Sie scheut kein Mittel der Diffamierung und Verleumdung, sie stempelt ihn zu einem ‚amerikanischen Agenten' ab, der die Geschäfte des deutschen und amerikanischen ‚Imperialismus' besorge. Von Kommunisten ist man solches gewohnt. Sie beschimpfen sich auch untereinander, sind nicht wählerisch in Ausdrücken und Unterstellungen. Natürlich besteht zwischen Amrehn und der SED kein Zusammenhang, und niemand wird ihm und der von ihm geführten Opposition die Gegnerschaft zur SED abstreiten. Doch was man Amrehn vorwerfen muß, nach seinen heftigen Angriffen auf Schütz, ist ein fast verkümmertes Gespür für nationalpolitische Verantwortung." Da haben wir es also: nationalpolitische Verantwortung! Die Saat, die Konrad Adenauer gesät hat, ist aufgegangen. Die SPD hat nicht die nachhaltige Wirkung vergessen, als man sie mit dem „Untergang Deutschlands" gleichsetzte. Sie hat sich als gelehriger Schüler der CDU erwiesen.

Kein Wunder also, daß das Unbehagen in den Untergliederungen und in den Gewerkschaften zunimmt. Kein Wunder auch, daß wachsendes Unbehagen über den Immobilismus dieser Koalition unausweichlich scheint. Kein Wunder schließ-

1) „Die Arroganz der Macht", Hamburg 1967.

lich, daß sich die Arbeit des Parlaments noch mehr in Ausschüsse und Koalitionsgremien verlagerte, daß das Parlament an Lebendigkeit verloren hat. Die außenpolitische Debatte im Oktober machte das für jedermann deutlich. Selbst das CDU-Blatt „Westfälische Nachrichten" bemerkte damals enttäuscht: „Da hätte man gewünscht, eine glänzende Rede über unseren außenpolitischen Status in bezug auf die weltweite Entwicklung auch mit Wegweisungen zu hören, wie wir nicht nur gegenüber den Franzosen und Engländern ein eigenes Konzept entwickeln können. Nichts dergleichen geschah in diesen Tagen. Das Parlament offenbarte sich als die Struktur des Willens oder Vorhabens, die die Regierung bereits vorgesetzt hat."

Was Professor Eschenburg schon vor einem Jahr im Deutschen Fernsehen gesagt hat, scheint sich zu bewahrheiten: „Die Große Koalition bedeutet zwangsläufig: in der institutionellen Dynamik eine Lahmlegung des Parlaments, und gerade das können wir nicht brauchen ... Bei 500 Abgeordneten 50 Oppositionelle. Ich fürchte, daß dadurch im Parlamentarismus ein Untergewicht der Opposition entsteht, und dieses Untergewicht der Opposition wird zu einem außerparlamentarischen, radikalen Übergewicht führen, und das kann sich bei den nächsten Wahlen Ausdruck verschaffen." Daß die NPD dabei die Oberhand behalten wird, liegt auf der Hand. Die Restauration ist das Treibhaus des Rechtsradikalismus. Um nur ein Beispiel zu nennen: Jahrelang hat man die Hoffnung auf „Wiedergewinnung" der polnischen Westgebiete genährt, bis man der Gefangene seiner eigenen Versprechungen wurde und heute nicht mehr zurück kann, weil man bei einer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze die Gefahr eines Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik drohen sieht, wie es jüngst Kanzler Kiesinger dem „stern" offenbarte.

II

An drei Beispielen sollen die Ursachen des Unbehagens dargelegt werden: An der mangelnden Demokratisierung der Hochschulen, dem Briefwechsel Kiesinger-Stoph und der Madrider Rede von Bundesfinanzminister Strauß.

Um die Studenten gab es in letzter Zeit viel Aufsehen, dabei ging unter, was sie eigentlich wollen. Zum Teil war die Art des Auftretens der Studenten selbst daran schuld, zum anderen Teil die Indolenz der Bürger. Bezeichnend dafür ist der Text eines studentischen Flugblattes, das nach dem Schah-Besuch auf dem Kurfürstendamm verteilt wurde: „Nicht über Demonstrationen, sondern über die dabei angeklagten Mißstände sollte in der Öffentlichkeit geredet werden."

Um welche Mißstände an den Universitäten also geht es? „Immer wieder wird kritisiert: die Vorherrschaft des Ordinarius, der hierarchische Aufbau, das Fehlen von Beziehungen zwischen den lehrenden und werdenden Wissenschaftlern, die Massenveranstaltungen, das Warten auf Laborplätze, die mangelnde Anleitung der Erstsemester, die übermäßige Verlängerung der Studienzeiten, der numerus clausus, die nicht ausreichende Zahl der Professoren- und Dozentenstellen, Raummangel und veraltete Institutsgebäude." [2]) Der wesentliche Grund des Unbehagens der studentischen Jugend liegt dennoch nicht im Quantitativen und in äußeren Bedingungen des Studiums. Vielmehr sind die Studenten mit ihren Forderungen an eine autoritäre Mauer gelangt.

Der Münchener Nobelpreisträger Rudolf Mößbauer hat dies bereits 1965 in einem Vortrag über „Strukturprobleme der deutschen Universität" [3]) anhand der bei-

[2]) Mager/Spinnarke: Was wollen die Studenten? Frankfurt 1967.
[3]) Bremen 1965.

den wesentlichsten Punkte dargestellt: dem Institutssystem nach Führerprinzip und den staatlichen Eingriffen in die Selbstverwaltung der Universitäten. Mößbauer schilderte die Vorteile des amerikanischen Departmentsystems vor allem für große Studentenzahlen und schrieb dann: „Der Übergang von dem auf dem Führerprinzip aufgebauten Institutssystem zu einem demokratischen Departmentsystem bedeutet ohne Zweifel eine Aufgabe an Machtposition und auch an persönlicher Freiheit seitens der Institutsdirektoren. Die Professoren eines Departments sind zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Anpassung mehr oder weniger gezwungen. Das Departmentsystem ist in der Tat für Geheimratsallüren wenig geeignet." [4])

Zur eingeengten Selbstverwaltung der Universitäten bemerkte Mößbauer: „In Deutschland besteht vor allem die drastische Beschränkung der Bewegungsfreiheit unserer Hochschulen durch dirigistische Maßnahmen des Staates." [5]) Damit meinte er vor allem die mangelnde finanzielle Freizügigkeit und das staatliche Berufungsverfahren für Professoren.

Daß die obrigkeitsstaatliche Struktur des Bildungswesens durch die Justiz geschützt wird, zeigt einmal mehr das Urteil der Zweiten Kammer des Berliner Verwaltungsgerichts vom 17. Oktober 1967, das dem studentischen Konvent das Recht zu allgemeinpolitischen Stellungnahmen absprach.[6]) In der Urteilsbegründung heißt es, der Konvent verkenne die „im Grundgesetz verankerte Garantie der Freiheit der Wissenschaft in ihrem Wesen, wenn er es als Aufgabe der Wissenschaft ansieht, einen ‚Beitrag' zur Gestaltung irgendeiner ‚Gesellschaftsordnung' zu leisten. Denn damit würde eine Bindung der Wissenschaft an andere außerhalb der Wissenschaft liegende Bereiche vollzogen, die gerade nicht in der Absicht des Grundgesetzes liegt."

In diesem Urteil gegen ein sogenanntes „politisches Mandat" der Studentenschaft wird klar zugunsten des traditionellen Elfenbeinturm-Denkens Stellung bezogen. Freiheit der Wissenschaft wird als Verbot politischer Betätigung interpretiert, die nach obrigkeitsstaatlichem Verständnis nur dem Staat und den „staatstragenden" Parteien zusteht. Der Vorgang ist exemplarisch, weil er deutlich macht, daß das studentische Unbehagen weit über örtliche Mißstände hinausreicht und unausweichlich zu einem Unbehagen an der Gesellschaft wird.

III

Viel ist geredet worden über die „neue" Ostpolitik der Bundesregierung. Inzwischen ist dem Glanz der schönen Worte die Ernüchterung gefolgt. Bedeutete schon die überfällige Aufnahme von Beziehungen zu Rumänien keine Neuorientierung, weil man sie als Mittel sah, Ulbricht in die Ecke zu drängen, so zeigten die Briefe des Bundeskanzlers an den DDR-Ministerpräsidenten noch erschreckender, wie wenig Neues, ja wie wenig überhaupt von dieser Bundesregierung ausging.

Während von östlicher Seite konkrete Anstrengungen unternommen und Vorschläge gemacht wurden, blieb die Bundesregierung bei ihren alten politisch undurchsetzbaren Rechtsstandpunkten und brachte nicht einmal die Buchstaben „DDR" aus der Feder. Kleinkariert ist es, an den Vorsitzenden eines Ministerrates zu schreiben, aber gleichzeitig zu leugnen, daß dieser Ministerrat einem Staat vorsteht!

4) a.a.O., S. 12.
5) a.a.O., S. 17.
6) Aktenzeichen VG II A 17. 67.

Der Briefwechsel begann genaugenommen mit der Neujahrsbotschaft Ulbrichts, in der er vorschlug: Die Aufnahme normaler Beziehungen, einen Gewaltverzichtsvertrag, die Anerkennung der bestehenden Grenzen, die gemeinsame Senkung der Rüstungsausgaben, den Verzicht auf Atomwaffen, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen beider deutscher zu allen anderen europäischen Staaten, die Neutralität beider deutscher Staaten, die Eigenständigkeit West-Berlins, die Garantie des Transitverkehrs von und nach West-Berlin und die Überprüfung, wieweit das Potsdamer Abkommen erfüllt wurde. Dieses „Zehn-Punkte-Programm" bezeichnete er als „die erste Etappe auf dem Weg zu einer Konföderation der beiden deutschen Staaten".

Kiesinger setzte dem am 12. April vor dem Bundestag sechzehn Einzelmaßnahmen „zur Erleichterung des täglichen Lebens in den beiden Teilen Deutschlands", „zur verstärkten wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Zusammenarbeit" und „für den wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Austausch" entgegen. Die wesentlichen Fragen wurden ausgeklammert. Schlimmer noch: In seiner Antwort auf den ersten Brief Willi Stophs vom 10. Mai d. J., die am 14. Juni d. j. erfolgte, hieß es wörtlich: „Mit unserer Rechtsauffassung, an der wir uneingeschränkt festhalten, beabsichtigen wir alles andere als die Bevormundung der Menschen im anderen Teil Deutschlands. Nur solange es diesen Menschen versagt bleibt, ihren Willen über das Schicksal unserer Nation zweifelsfrei zu bekunden, obliegt es der freigewählten Bundesregierung, auch für sie zu sprechen."

Es ist klar, daß eine solche Haltung die Aufnahme von Verhandlungen von vornherein unmöglich machen mußte. Sollte dies vielleicht bezweckt werden? Sollte der westdeutschen Öffentlichkeit plausibel gemacht werden, daß Verhandlungen sinnlos seien? So fiel denn auch der zweite Brief Kiesingers vom 28. September sehr kurz und lediglich deklamatorisch aus. „Der Tag wird kommen", hieß es da, „an dem dieses Recht (der Selbstbestimmung) auch dem deutschen Volk nicht mehr verweigert werden kann."

Unbehagen erzeugt jedoch nicht nur dieses undurchsichtige Spiel der Regierung, das auch durch andere Aktionen wie etwa den groß inszenierten „Mißerfolg" der Reise des CDU-Abgeordneten Majonica nach Moskau fortgesetzt wurde. Das Unbehagen entstand auch dadurch, daß die osteuropäischen Staaten der gezielten Tatenlosigkeit der Bundesregierung ein konkretes Programm entgegensetzten. Die ersten Schritte zur möglichen Auflösung des Warschauer Paktes wurden eingeleitet durch Schaffung eines bilateralen Bündnissystems, die Konferenz der kommunistischen Parteien Europas in Karlsbad unterbreitete Vorschläge für ein europäisches Sicherheitssystem und Gewaltverzichtsverträge, und Ministerpräsident Stoph übermittelte mit seinem Brief vom 18. September d. J. einen Vertragsentwurf zur Herstellung normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, der durchaus realistische Ansätze aufweist.

Dies alles zeigt, daß die Bundesregierung die Initiative verloren hat, wenn sie sie überhaupt je ergreifen wollte. Die BRD agiert nicht, sondern reagiert mehr denn je. Weder über die Zukunft der NATO, noch über die Zukunft der europäischen Einigung, noch über ein geregeltes Nebeneinander der beiden Staaten auf deutschem Boden besitzt die Regierung ein Konzept. Sie hält lediglich fest an ihrem „bewährten Rechtsstandpunkt" und klammert neue Probleme aus.

Den Worten der Baseler Nationalzeitung (13. 10.) ist nichts hinzuzufügen: „Es sind diese Widersprüche zwischen Worten und Taten, welche das angeblich Neue

in der Ostpolitik der Großen Koalition unglaubwürdig erscheinen lassen. Wenn nun Bundeskanzler Kiesinger auch noch die Terminologie mit dem schnöden Wort von der ‚Anerkennungspartei' belastet, womit im Grunde ‚Verzicht- und Erfüllungspolitiker' apostrophiert werden, dann bleibt von der durch die treuen SPD-Knappen Brandt und Wehner unentwegt glorifizierten neuen Ostpolitik überhaupt nichts mehr übrig."

IV

Wie in der Innen- und Deutschlandpolitik, so siedeln sich auch in der Außenpolitik in dem leeren Raum, den ein konzeptionsloser Kanzler läßt, andere rechtsstehende Kräfte an, die genau wissen, was sie wollen.

So benutzte Bundesfinanzminister Strauß bezeichnenderweise einen Aufenthalt in Madrid zu einer Generalabrechnung mit den „Entspannungsillusionen", zugleich aber auch — und dies ist das Alarmierende — zur Enthüllung seiner Vorstellungen von einem Europa, das wesentlich auf einer deutsch-spanischen Zusammenarbeit aufgebaut ist. Diese Vorstellungen unterscheiden sich grundlegend von der de Gaulle'schen Europa-Konzeption, deren wesentliches Moment eine Öffnung nach Osten ist. Dagegen Strauß: „Die Bundesrepublik Deutschland darf als ein Bollwerk gegen das aus dem Osten herandrängende Gedankengut angesehen werden."

Schon der Versuch einer engeren deutsch-spanischen Zusammenarbeit trägt antifranzösischen Akzent. Strauß war nur solange Gaullist, wie dies im Interesse nationaler Machtpolitik lag. Das hat sich inzwischen mit der konstruktiven Ost-Politik de Gaulles grundlegend geändert. Zwei Dinge erscheinen dafür bezeich-

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

nend: einmal der Versuch von Strauß zu einer europäischen Blockbildung unter deutscher Führung, zum anderen der Streit um den Eintritt Englands in die EWG. In seiner Madrider Rede forderte Strauß die europäischen Staaten auf, sich „allen Ansätzen eines neuen sowjetisch-amerikanischen Globalarrangements nach den Maßstäben von Jalta" zu widersetzen. Er sprach von einem „interessanten russisch-amerikanischen Doppelspiel" in der Weltpolitik zu Lasten der Europa- und Allianzpolitik. Strauß machte klar, daß er hinter der Entspannungspolitik nichts anderes sieht als einen sowjetisch-amerikanischen Bilateralismus, der Europa und besonders Deutschland nur schaden könne: „Die Sowjetunion wird am europäischen status quo festhalten und alles versuchen, die Gewinne der Nachkriegszeit abzusichern."

Damit wird zugleich erkennbar, daß hinter allen Beteuerungen der deutsch-französischen Partnerschaft ein elementarer Interessengegensatz auftaucht: Hinter der eigenwilligen nationalen Linie de Gaulles steht klassische Gleichgewichtspolitik, hinter den Europa-Vorstellungen von Strauß steht nationale deutsche Machtpolitik, deren Stoßrichtung, wie gehabt, nach Osten zeigt. Während de Gaulle das Weltgleichgewicht durch die USA und deren Einfluß auf Europa bedroht sieht, zeigt der Hinweis von Strauß auf die „geistige Verwandtschaft im Laufe der Jahrhunderte" zwischen Spanien und Deutschland und seine „Bollwerk-Theorie", daß ihm nicht ein Weltgleichgewicht, sondern eine deutsche Machtpolitik mit Hilfe der europäischen Einigung vorschwebt. Weitere Indizien dazu liefern seine Ausfälle gegen den Atomsperrvertrag („Super-Versailles") und das eiserne Festhalten an einer atomaren Komponente der Bundeswehr.

De Gaulles Haltung führt indes konsequent zur Anerkennung des Bestehens zweier deutscher Staaten, weil die Alleinvertretungstheorie nur unter amerikanischem Einfluß aufrechterhalten werden kann. Die Absicht der französischen Staatschefs, das angebliche amerikanische Übergewicht in der Weltpolitik zurückzudrängen, bedeutet zugleich eine Aufwertung der DDR. Nicht ganz von ungefähr wurde kürzlich eine geheime französische Studie bekannt, die eine de-facto-Anerkennung der DDR durch Frankreich prophezeit.

Auch in Punkten, wo de Gaulle und die konservativen Kreise in der Bundesrepublik unter Führung von Strauß anscheinend übereinstimmen, geschieht dies aus völlig verschiedenen Motiven. Dies ist beispielsweise in der Frage des Eintritts Englands in die EWG der Fall. Die Erweiterung der EWG wird vorläufig von beiden Seiten nicht gewünscht. Wie anders wäre es zu erklären, daß sich die konservativ geführte Bundesregierung so zurückhält und lediglich mit Lippenbekenntnissen aufwartet? Im Grunde genommen muß die Haltung des französischen Generals Strauß gelegen sein, weil England ein Hemmschuh sein könnte für eine europäische Politik unter anti-östlichen Vorzeichen.

Unbehagen über die Europapolitik der Bundesregierung ist unvermeidlich angesichts der zweideutigen Haltung der Bundesregierung, des aufkeimenden deutsch-französischen Interessengegensatzes in der Ostpolitik und der Ideen eines Franz-Josef Strauß.

Das große Unbehagen lastet auf der Bundesrepublik. Nach dem Krieg gab es keinen wirklichen Neubeginn, maßgebend blieben die überholten Ordnungsvorstellungen der Weimarer Zeit. Sie konnten Hitler nicht verhindern. Im Gegenteil! Und heute regt sich wiederum der Rechtsradikalismus. Karl Jaspers formulierte das Unbehagen als einer der ersten. Seine Frage bleibt: „Wohin treibt die Bundesrepublik?"

Peter Lösche / Gert Börnsen / Knut Nevermann / Hartmut Häußermann /
Dieter Fitterling

Kritik junger Sozialdemokraten an der Bundeskonferenz der SPD vom 13. — 15. November 1967 in Godesberg

Die Verfasser der nachfolgenden Gemeinschaftsarbeit sind Mitglieder der SPD und gehören dem Kreis „Junge Linke" in Berlin an. *D. Red.*

Zum Statut der SPD

Das Statut der Sozialdemokratischen Partei erklärt den Parteitag zum „obersten Organ der Partei". Zu seinen Aufgaben gehört es, „über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührende Fragen" sowie „über eingegangene Anträge" Beschluß zu fassen und den Parteivorstand zu wählen. Formal könnte man also vom Parteitag als vom Parteiparlament sprechen, doch bricht der Vergleich mit dem parlamentarischen Regierungssystem bereits in sich zusammen, sobald man berücksichtigt, daß das „oberste Organ der Partei" nur alle zwei Jahre und dann nur an fünf Tagen zusammentritt. Seit den Tagen Bebels ist die Position des Parteivorstandes als der Ort rational-bürokratischer Herrschaftsausübung immer mächtiger, die Funktion des Parteitages als Organ politischer Entscheidungen immer schwächer geworden. Die Dialektik von demokratischer Kontrolle durch Willensbildung von unten und Führungsaufgabe des Parteivorstandes scheint in den letzten Jahren einseitig zugunsten der Funktionsfähigkeit und Effektivität des Parteiapparates aufgehoben zu sein. Fach- und Bundeskonferenzen wie die Godesberger Konferenz vom 13.—15. November 1967, alle vom Parteivorstand ohne statuarische Grundlage veranstaltet, haben an der Aushöhlung innerparteilicher Demokratie entscheidenden Anteil, indem sie der Initiative von unten jeweils durch Vorschriften und Rezepte von oben zuvor kamen.

Das Statut der SPD sah ursprünglich vor, daß alljährlich ein Parteitag stattfindet. Sozialistengesetz und Erster Weltkrieg durchbrachen diese bindende Regel. In der Krisensituation des Jahres 1916, als die Spaltung der Sozialdemokratie kaum noch abwendbar erschien, rief der Parteivorstand zum September des Jahres zum ersten Mal in der Geschichte der Partei eine Reichskonferenz nach Berlin ein. Im Unterschied zu heutigen Bundeskonferenzen waren die einzelnen Agitationsbezirke entsprechend ihrer Mitgliederstärke vertreten. Die Delegierten wurden in ihren Wahlkreisen gewählt und nicht vom Parteivorstand zur Konferenz geladen. Erst im Inflationsjahr 1923 wurde die jährliche Folge der Parteitage wieder durchbrochen, als der Parteivorstand aus finanziellen Gründen sich nicht in der Lage sah, eine solche Versammlung einzuberufen. Dies fand im nächsten Jahr in den Statutenbeschlüssen des Berliner Parteitages seinen Niederschlag, als die Klausel, die jährliche Parteitage vorschrieb, durch den Absatz ergänzt

wurde: „Liegen wichtige Gründe vor, so kann er (der Parteitag) mit Zustimmung einer Dreiviertelmehrheit des Parteiausschusses um ein Jahr vertagt werden." [1]) Damit waren dem Parteivorstand Tür und Tor geöffnet, seine eigene Amtszeit administrativ um ein Jahr zu verlängern, der Kontrolle durch den Parteitag zu entgehen und in den zwei Jahren zwischen den Parteitagen die Mitgliedschaft entsprechend seinen Vorstellungen zu beeinflussen. Zwar fand noch 1925 der Heidelberger Programmparteitag statt, doch fielen die Parteitage 1926, 1928, 1930 und 1932 aus „wichtigen Gründen" aus. Der Parteiausschuß folgte bei diesen Entscheidungen willig dem Vorstand, da mindestens die Hälfte seiner Mitglieder Angestellte der Partei waren.[2]) In das Vakuum von zwei Jahren Zeit zwischen den Parteitagen hätte bereits jetzt der Parteivorstand durch Fach- und Reichskonferenzen hineinstoßen können. Diese Möglichkeit wurde jedoch erst in den vergangenen zehn Jahren genutzt.

Gleichwohl können wir bereits in der Weimarer Republik einen Präzedenzfall für die heutigen Parteikonferenzen nachweisen. Obwohl er das Land Preußen betrifft, ist er von ungeheurer Bedeutung für die Entwicklung der Sozialdemokratie. Bekanntlich regierte 1920—1932 in Preußen fast ununterbrochen eine sozialdemokratisch geführte Koalition unter Otto Braun. Die preußische Landtagsfraktion der SPD unter Ernst Heilmann bestimmte gemeinsam mit den sozialdemokratischen Staatsministern die Richtlinien der preußischen Politik. Anders als bei der Reichstagsfraktion stand der preußischen Fraktion wegen des zentralistischen Aufbaus der SPD kein Parteitag gegenüber, dem sie Rechenschaft schuldig gewesen wäre. Dem Kieler Reichsparteitag von 1927 lagen daher mehrere Anträge vor, entsprechend dem Paragraphen 4 des Statuts, der die Zusammenarbeit mehrerer Bezirksverbände in einem Land zur Erledigung landespolitischer Aufgaben vorsah, einen Preußenparteitag einzuberufen. Parteivorstand, preußische Landtagsfraktion und preußische Regierungsmitglieder wehrten sich jedoch ganz offensichtlich gegen diese Anträge. Ihre Annahme hätte nichts anderes bewirkt, als daß die preußische Politik von einem Parteitag kontrolliert und der Parteivorstand in seiner direkten Einwirkungsmöglichkeit auf die preußische Fraktion eingeschränkt worden wäre. Die Anträge wurden dem Parteivorstand als Material überwiesen.[3]) Im Februar 1928 trat der „Preußentag" der SPD zusammen, den der Parteivorstand einberufen hatte. Jeder der 19 Organisationsbezirke Preußens war mit drei Delegierten und seinen Parteiausschußmitgliedern vertreten. Die Repräsentation entsprach also nicht der Mitgliederzahl der Bezirksverbände. Die Tagung nahm — ohne Diskussion — Berichte des preußischen Innenministers Grzesinski und des Fraktionsvorsitzenden Heilmann entgegen. Damit wurde die Politik der preußischen Landtags- und Regierungsmitglieder bestätigt und zugleich der Landtagswahlkampf eröffnet. Die Majorität der Versammlung bestand aus Parteiangestellten.[4]) Hier bereits wurde die Funktion und Struktur derartiger Konferenzen deutlich: sie dienen der Quasi-Legitimation der Politik von Parteivorstand und Regierung; sie sollen werbewirksam sein; ihr Delegiertenschlüssel entspricht nicht der Mitgliederzahl der Unterorganisationen; der Anteil der Parteiangestellten an den Delegierten ist extrem hoch; letztlich sind sie ausführendes Organ der Politik des Parteivorstandes.

Diese Merkmale sind kennzeichnend für alle Fach- und Bundeskonferenzen nach dem Kriege. Fanden zunächst nach 1946 die Parteitage noch jährlich statt, so

1) Vgl. Protokoll Parteitag SPD 1924, S. 7.
2) Vgl. Richard N. Hunt, German Social Democracy 1918—1933. New Heaven und London 1964, S. 76 f.
3) Vgl. Protokoll Parteitag SPD 1927, S. 40, 69 f., 109, 267.
4) Vgl. Preußentag der SPD am 14. 2. 1928 in Berlin. o. O., o. J.

schreibt das Statut seit 1950 lapidar vor: „Alle zwei Jahre findet ein Parteitag statt" [5]). Doch erst nach der Verabschiedung des Godesberger Programms nehmen Fach- und Bundeskonferenzen als Mittel der Politik des „neuen Stils" die Funktion von Quasi-Parteitagen ein. Entscheidend ist, daß der Parteivorstand darüber befindet, wer zu solchen Konferenzen eingeladen wird, er also entweder Kritiker seiner Politik nicht einlädt oder gerade die Unzufriedenen zusammenruft, um ihren Widerstand zu überwinden. Protokolle dieser Konferenzen werden in großer Auflage gedruckt, oft als Wahlmaterial verbreitet und erhalten so den Charakter einer offiziellen Stellungnahme der SPD. Dabei renommiert man mit Professoren, die zu den geladenen Genossen gesprochen haben. Aufschluß darüber, wer denn eigentlich zu den Konferenzen eingeladen war, findet sich in keinem Protokoll.

Wir können drei Arten von Konferenzen unterscheiden: Fachkonferenzen, Deutschlandtage in den Jahren zwischen den Parteitagen und Bundeskonferenzen. Zwei Merkmale sind ihnen gemein: die Teilnehmer erhalten ihr Mandat vom Parteivorstand, und die Konferenzen treffen Entscheidungen, zu denen allein der Parteitag oder Parteiausschuß und Parteivorstand legitimiert sind. Dabei ist natürlich selbstverständlich, daß nicht allein formale Abstimmungen Entscheidungen herbeiführen, sondern daß „diskutieren", „überlegen", „klarstellen", „verdeutlichen" etc. entscheiden heißt. Die illegitime Entscheidungskompetenz von Bundeskonferenzen wird am Beispiel der jüngsten Godesberger Konferenz weiter unten erklärt. Hier soll nur exemplarisch gezeigt werden, daß Fachkonferenzen und Deutschlandtreffen ebenfalls Entscheidungen von Parteitagen präjudizieren oder sie überhaupt umgehen.

Im Herbst 1962 hatte der Parteivorstand der SPD den Kongreß „Deutsche Gemeinschaftsaufgaben" unter Teilnahme namhafter Wissenschaftler nach Berlin einberufen. In vier Arbeitskreisen wurden Probleme des Städtebaus, des Sozialwesens, der Gesundheitspolitik und der Bildungspolitik erörtert und bestimmte Positionen anschließend durch den Parteivorstand zur offiziellen Politik der Partei erklärt.[6]) Der Parteitag hat sich erst viel später mit den „Gemeinschaftsaufgaben" als Schwerpunktprogramm sozialdemokratischer Politik und Wahlkampftaktik beschäftigt. Dies führte nicht nur zur Entmündigung des Parteitages, sondern bringt zugleich die Gefahr der Entpolitisierung der SPD mit sich. Auf der unteren Ebene diskutiert man nicht mehr die konkreten politischen Probleme, die sich aus der politischen Kleinarbeit des Funktionärs im Betrieb und im Wohnbezirk ergeben. Diese Fragen werden vielmehr vom Fachmann beantwortet, so daß der Funktionär nur nach seiner technischen Fähigkeit, die Genossen abzukassieren und im Wahlkampf Plakate zu kleben, gewählt oder besser optiert wird.

Durch das 3. Deutschlandtreffen der SPD 1963 in Hamburg wurde das Godesberger Programm in einem für die bisherige Politik der deutschen Sozialdemokratie zentralen Punkt geändert. Der Godesberger Programmparteitag hatte 1959 entschieden, daß die Jugend „in den Schulen und Hochschulen gemeinsam ... zu erziehen" sei.[7]) Vier Jahre später erklärte im Namen des Parteivorstandes sein Mitglied Gustav Heinemann in Hamburg, daß der Elternwille zu respektieren sei und es dem „freiheitlichen Charakter unserer Demokratie" entspreche, wenn die Schüler konfessionell und weltanschaulich getrennte Schulen besuchen würden.[8])

5) Vgl. Protokoll Parteitag SPD 1950, S. 5.
6) Vgl. Dokumentation Deutsche Gemeinschaftsaufgaben. 5 Bde. Hannover 1963.
7) Vgl. Protokoll Außerordentlicher Parteitag SPD 1959, S. 25.
8) Vgl. Aufstieg durch Bildung. Dokumentation. Hrsg. vom Parteivorstand der SPD. Hannover 1963, S. 67 ff.

Ein Jahr später fand dieser Bruch mit jeder sozialdemokratischen Tradition seine Aufnahme in die vom Parteivorstand beschlossenen „Bildungspolitischen Leitsätze": „Die Sozialdemokratische Partei respektiert die Entscheidung der Eltern, die einer durch ihren Glauben oder ihre Weltanschauung besonders bestimmten Erziehung den Vorrang geben." [9]) Diese Frage hat keinem Parteitag zur Entscheidung vorgelegen. Vielmehr war es der Parteivorstand, der sich auf der Hamburger Tagung ein plebiszitäres Votum von einer dazu nicht legitimierten Versammlung holte.

Fach- und Bundeskonferenzen dienen lediglich der Stabilisierung der Macht des Parteivorstandes. Sie täuschen eine Kontrolle der Allmacht der Parteiexekutive vor, verhindern in Wirklichkeit aber gerade Kritik an der Politik des Parteivorstandes. Durch die ungeheure Publizität dieser Konferenzen — auch wenn sie unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagen und die Presse dann vom Parteivorstand „informiert" wird — wird gerade jeder Ansatz zur Kritik und zur Willensbildung von unten im Keime erstickt. Parteitage sind heute nichts anderes, als Schaustellungen des Parteireklamebetriebes SPD. Erst wenn die Entscheidungen, die heute illegitime Fach- und Bundeskonferenzen treffen, wieder auf Parteitagen fallen, und erst wenn die Parteitage wieder mindestens einmal jährlich tagen, wird der Parteitag die Chance erhalten, zum „obersten Organ" der SPD zu werden.

Peter Lösche

Sinn und Zweck der Bundeskonferenz

Die Entscheidung zur Bildung der Großen Koalition und die Politik der SPD-Minister in ihr haben die von der Mitbestimmung der Mitglieder weitgehend autonome Politik der Führungsgremien der SPD deutlicher gezeigt, als dies in der Oppositionszeit je möglich war. Die Parteiführung ist seit November letzten Jahres bestrebt, sich auf keinen Fall durch das oberste Beschlußgremium der Partei auf konkrete politische Zielsetzungen in dieser Koalition festlegen zu lassen. Die Hast, mit der die SPD-Oberen ihre Partei vor vollendete Tatsachen stellten, hatte schon im letzten Jahr die demokratische Entscheidung über das Ja oder Nein unmöglich gemacht. Die Entscheidung über das Wie, also das Vorgehen und die Konzeption der SPD-Minister in der Regierung, ist bis heute nicht der Partei vorgelegt worden. Das Hineinpfuschen der Partei in die Angelegenheiten der politischen Führung wird offenbar als störend empfunden. So gesehen war es konsequent, wenn der Parteivorstand eine nicht-beschlußfähige Bundeskonferenz einberief, um die Anträge für einen außerordentlichen Parteitag zu unterlaufen.[1])

Der Bundeskonferenz waren zwei Aufgaben gestellt: sie sollte Plattform sein für die Deklamationen der Vorstandspolitik, und sie sollte ein Ventil sein für innerparteilichen Unmut. Ein Drittel der 820 vom Vorstand Geladenen waren hauptamtliche Funktionäre (und damit weitgehend abhängig von den Führungs-

[9]) Vgl. Bildungspolitische Leitsätze der SPD. Hrsg. vom Vorstand der SPD. Bonn o. J., S. 12.

[1]) Bis zum Juli 1967 lagen 7 von 9 statuarisch erforderlichen Anträgen für einen außerordentlichen Parteitag vor: Landesverband Berlin, Bezirk Hessen-Süd, Bezirk Südbayern, Bezirk Westliches Westfalen, Bezirk Niederrhein, Bezirk Mittelrhein, Landesverband Schleswig-Holstein.

gremien der Partei), die übrigen wurden von den Führungskörperschaften der Partei auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene gestellt.[2])

Ursprünglich waren auch diesmal „Empfehlungen" geplant, mit denen wesentliche Beschlüsse des Parteitags in Nürnberg 1968 präjudiziert werden sollten.[3]) Die Auseinandersetzungen mit Gewerkschaftern innerhalb der SPD in den Wochen vor der Bundeskonferenz, die in einigen Gebietskonferenzen zu harter Vorstandskritik führten, rückten die Funktion der Konferenz, Ventil zu sein, mehr in den Vordergrund und ließen „Empfehlungen" nicht mehr opportun oder sogar als gefährlich erscheinen. Die Gefahr eines „Aufstandes" (selbst bei dieser so vorstandsfromm zusammengesetzten Versammlung) ließ die SPD-Führer zu stärkeren Disziplinierungsmaßnahmen greifen: die Anonymität der Konferenz wurde beschlossen. Die unterschiedliche Bewertung von Vorstandsmitgliedern, die öffentlich für die SPD sprechen durften, und Funktionären, die nur hinter verschlossenen Türen an der Diskussion um die Politik der Partei teilnehmen durften, ist evident.

Struktur und Organisation der Bundeskonferenz dienten dem Vorstand als innerparteiliches Alibi, sich der Kritik gestellt zu haben, während sie selber — die Kritisierten — die Interpretation für die Öffentlichkeit übernahmen. Die Arbeitsgemeinschaften wurden vom Verstand gelenkt, da diese nicht nur die Referenten und Diskussionsleiter, sondern auch die Berichterstatter vorher bestimmt hatte. Die wahllose Aneinanderreihung von Kritik, Forderungen, Vorschlägen und Anmerkungen in den Diskussionen wurde vom Referenten des Vorstands (Schiller, Wehner, Heinemann) abschließend pauschal beantwortet und später vom Berichterstatter (Alex Möller, Erhard Eppler, Heinz Ruhnau) verallgemeinernd zusammengefaßt. Konkrete Initiativen konnten aus dieser Art der Diskussion nicht erwachsen.

Die Bundeskonferenz war im Grunde genommen nichts weiter als eine große sozialdemokratische Werbeveranstaltung, bei der sich die Landes- und Bezirksfunktionäre als Claqueure willig einspannen ließen. Die Reden der Vorstandsmitglieder wurden in Rednerdiensten und Werbebroschüren an die unteren Parteichargen geschickt und füllten tagelang in abgewandelter und gekürzter Fassung die ersten Seiten der Parteipresse. Politische Initiativen des Vorstands wurden in einer Pressekonferenz am 15. November mit der Autorität der „breiten Diskussion" versehen. Hier findet die allen demokratischen Regeln widersprechende Handlungsweise des Vorstands ihren Höhepunkt: wenn keine „Empfehlungen" verabschiedet werden, dann interpretiert der Vorstand eben die „Ergebnisse". So konnte Helmut Schmidt erklären, die Notstandsgesetzgebung werde grundsätzlich nicht mehr in Frage gestellt. Brandt konstatierte ein verbessertes Verhältnis zu den Gewerkschaften, obwohl diese auf der Konferenz völlig unterrepräsentiert waren und daher die Spannungen zwischen der SPD-Führung und den sozialdemokratischen Gewerkschaftern nur am Rande und von Nicht-Betroffenen behandelt wurden. (Im übrigen hatten die Gewerkschafter auch dadurch wenig Chancen, dieses Problem anzusprechen, weil sie aufgeteilt waren in drei sie gleichmäßig stark interessierende Arbeitskreise: Notstandsgesetzgebung, Wirtschaftspolitik, aktuelle Probleme der Partei am Beispiel Jugend). Der Vorschlag Wehners, einen zweiten Parteirat zu schaffen, wurde

2) Eingeladen wurden alle Mitglieder der Bundestagsfraktion, der Bundesregierung, Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission, Unterbezirks- und Kreisvorsitzende, die Vorsitzenden der Ausschüsse beim Parteivorstand, die Landesminister bzw. Senatoren und die Landtagspräsidenten, die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen, Regierungspräsidenten, Unterbezirks- und Kreisgeschäftsführer, Landes- und Bezirksgeschäftsführer, Referenten des Parteivostandes und der Bundestagsfraktion. — Nach einer Aufzählung des SPD-Sprechers Sommer, Frankfurter Rundschau, 10. November 1967.
3) Parlamentarisch-Politischer Pressedienst, zitiert im „Berliner Extra-Dienst", 27, 19. Aug. 67, S. 1.

kaum andiskutiert, fand durch die Pressekonferenz aber dennoch starke Resonanz (so schrieb beispielsweise der Berliner „Tagesspiegel" unter der Überschrift „Bundeskongreß schlug ein neues Parteigremium vor": „Die SPD wird voraussichtlich einen zweiten Parteirat schaffen, dem solche Sozialdemokraten angehören sollen, die bei anderen Organisationen, besonders bei den Gewerkschaften, wichtige Positionen einnehmen. Dieser Vorschlag Wehners hat auf dem am Mittwoch beendeten Bundeskongreß so viel Zustimmung gefunden, daß mit seiner Verwirklichung gerechnet wird . . ." [4])

Nachträglich entschloß man sich, das Protokoll der Tagung zu veröffentlichen. Es hatte keinen „Aufstand" gegeben. Die oppositionellen Linken innerhalb der SPD haben bewiesen, daß sie nicht bereit sind, sich hinter verschlossenen Türen ausmanipulieren zu lassen.

Gert Börnsen

Arbeitsgemeinschaft A: „Die neue Wirtschaftspolitik"

Karl Schiller konnte sagen: „. . . wir sind dabei, die Verhältnisse im Sinne unserer sozialdemokratischen Grundsätze zu ändern" — und im Grundsätzlichen wurde nicht widersprochen. Zwar gab es eine Reihe sehr kritischer Reden zu Detailfragen. Auch die Forderung, ein über den Tag hinausgreifendes Programm zu erarbeiten, das aufbauend auf einer Analyse der gesellschaftlichen Machtverhältnisse konkrete Vorschläge zur Veränderung dieser Machtverhältnisse und eine Perspektive auf die kommenden Jahrzehnte enthalten sollte, wurde von Joachim Steffen (S. A36) gefordert, inhaltlich jedoch nicht angedeutet. Daß es in dieser Legislaturperiode keine Initiative zur Mitbestimmung mehr geben wird, stellte Steffen zwar bedauernd fest (S. A35). Ob denn aber dies nicht die Aufgabe einer inhaltlich sozialdemokratischen Politik ist, wurde nicht gefragt. Im Gegenteil konnte Georg Leber unwidersprochen behaupten, daß sogar die Grundforderungen des DGB von der Großen Koalition erfüllt werden (S. A99 ff).

Die Mittelfristige Finanzplanung wurde von allen Teilnehmern als modernes wirtschaftspolitisches Instrument begrüßt. Die Frage nach dem gesellschaftspolitischen Inhalt der konkreten Mifrifi 67 wurde freilich nicht gestellt (vgl.: K. H. Stanzick, „Blätter" 10/1967): Das Wort Rüstungsausgaben fiel im Arbeitskreis nicht einmal. Nur im Schlußplenum erwähnte es Walter Möller (S. 79) — schicklich in Paranthese gesetzt und „hinzugefügt". Begrüßt, und zwar häufig begrüßt, wurde die Erhöhung der Bildungsinvestitionen. Nur Albert Osswald (S. A22) relativierte die finanzpolitische Bedeutung dieser Entscheidung. Niemand aber erzwang eine Debatte darüber, daß Erhöhung der Rüstungsausgaben, unbedeutende Abnahme der Subventionen und der enorme Abbau der staatlichen Sozialaufwendungen in der Mifrifi politisch-inhaltliche Wertentscheidungen klarlegen, die selbst mit dem Godesberger Programm nicht in Einklang zu bringen sind. Auch die soziale Symmetrie wurde nur insofern kritisiert, als man die Befürchtung aussprach, daß die zweite Phase der konzertierten Aktion, in der die Arbeitnehmer den Gewinnvorteil der Unternehmer aus der ersten Phase sollen aufholen können, noch lange auf sich warten lasse oder gar zu spät für 1969 oder gar nicht komme. Nicht diskutiert wurde, ob das Vorhaben der sozialen Symmetrie nicht bereits ein eindeutiges Abrücken selbst von Godesberg darstellt:

[4]) Tagesspiegel, 16. November 67, S. 2.

Im Godesberger Programm heißt es: „Einkommen und Vermögen sind ungerecht verteilt." Karl Schiller freilich meint, daß die Verhältnisse gerecht sind, nämlich symmetrisch; es komme nur darauf an, daß die Ungerechtigkeit, die in der ersten Phase der konzertierten Aktion durch die Bevorzugung der Unternehmer eintritt, in der zweiten Phase durch entsprechende Lohn- und Gehaltsforderungen wieder ausgeglichen werde: Schon ist soziale Symmetrie, also Gerechtigkeit vorhanden. Die Feststellung, daß dies mit Godesberg 59 nichts zu tun hat, wurde in Godesberg 67 nicht getroffen (vgl. Huffschmid, „Blätter" 5/67).

Den Kampf des Bundeskartellamtes gegen die Mineralölfirmen bezeichnete Schiller als „bestandene Bewährungsprobe" (S. A15). Niemand widersprach (vgl. Stanzick, „Blätter" 11/67). Die Bürgschaft für Krupp hatte „harte Auflagen" (S. A103). Niemand rezitierte das Programm von Godesberg: „Eine weitgehende Publizität muß der Öffentlichkeit Einblick in die Machtstrukturen der Wirtschaft und in die Wirtschaftsgebarung der Unternehmen verschaffen . . ." „Wirksame öffentliche Kontrolle muß Machtmißbrauch der Wirtschaft verhindern. Ihre wichtigsten Mittel sind Investitionskontrolle und Kontrolle marktbeherrschender Kräfte."

Der Karajan des Kabinetts, Karl Schiller, könnte das Fazit selbst gezogen haben, wäre er nur bereit, den eingangs zitierten Satz umzustellen: „. . . wir sind dabei, unsere sozialdemokratischen Grundsätze im Sinne der Verhältnisse zu ändern."

Knut Nevermann

Arbeitsgemeinschaft B: „Die geistige Situation und die politische Wirklichkeit — Zur Diskussion mit der jungen Generation"

„Die geistige Situation und die politische Wirklichkeit — Zur Diskussion mit der jungen Generation" war der Arbeitsgemeinschaft B als Thema gestellt. Die Hilflosigkeit der Themenstellung bestimmte von vornherein die Unverbindlichkeit und Ziellosigkeit der Diskussion. Carlo Schmid meinte einleitend, es handele sich um ein „sehr komplexes Thema, bei dem man im Grunde durch den ganzen Kreis der durch . . . das Sosein unserer Wirklichkeit gesetzten Probleme . . . durchkommen muß" (S. B1). Vom „Sosein unserer Wirklichkeit" war denn im folgenden auch nur noch sehr oberflächlich die Rede: zwar war von einigen „Mißständen" oder gar Versäumnissen der bundesdeutschen Politik die Rede, aber zu einer Analyse der gesellschaftlichen Ursachen fand sich niemand bereit. Es war wohl auch niemand fähig, denn die Instrumente zur Gesellschaftsanalyse hat man längst aus der Hand gelegt. Die „Realpolitiker" „philosophieren" nicht mehr.

Wie soll man sich denn da jetzt die Rebellion der jungen Generation erklären? Carlo Schmid steigt noch vor der Einleitung ein: es gebe eine Art Malaise oder Verdrossenheit, die von der Bildung der Großen Koalition herrühre. Man nehme der SPD übel, daß sie in die Regierung gegangen sei, wohlgemerkt „daß" — nicht in welche. Und dies sei „weniger eine Sache der Reflexion als die Sache eines gekränkten Gefühls" (S. B2). Die Betrachtung darüber gipfelt in der Erkenntnis, daß das „ähnliche Gefühle" seien, „wie sie vor hundert Jahren die russischen Anarchisten" hatten. Die Diskussion um die Große Koalition ist für diese Arbeitsgemeinschaft damit grundsätzlich abgeschlossen, auch wenn manche Redner sich später wünschten, daß der Anteil der Sozialdemokraten an der gegenwärtigen Politik doch bitte deutlicher werden solle, oder daß man etwa in

den Bestrebungen nach mehr Mitbestimmung noch keine großen Fortschritte habe erkennen können.

Herbert Wehner fand in seinem Einleitungsreferat wieder einmal die geschickteste Methode, eine unliebsame Diskussion von vornherein aufzufangen: er zitierte aus dem Godesberger Programm und gab dazu progressive Interpretationen — etwa für die Wirtschaftspolitik, wo die politische Praxis solche Ansätze unter einem SPD-Minister allerdings vermissen läßt. Er konstatierte auch jenen Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit in unserer „politischen Landschaft", die „höchst irreführend beschildert" sei. Damit gelang ihm zu einem guten Stück, was er als „das eigentliche Problem" der Bundeskonfrenz bezeichnete: „die praktische Politik in ihren Zusammenhängen ... unserer Parteimitgliedschaft verständlich darzulegen". Die folgenlose Diskussion einer Angestelltenkonferenz gibt die Möglichkeit, Dinge auszusprechen, die man in Entschließungen nicht haben möchte. Wehner gelingt das Kunststück, die Politik der Parteiführung der letzten Jahre als Kontinuum zur Parteigeschichte darzustellen, indem er ein abstraktes „Arbeiten für den Menschen" zur Grundlage der Politik macht. Während der gesamten Diskussion über die „geistige Situation und die politische Wirklichkeit" wurde nie ein Zusammenhang zwischen ökonomischer Entwicklung und gesellschaftlichem Bewußtsein gesehen, autoritäre Tendenzen in der westdeutschen Gesellschaft wurden an diesem Ort nicht angesprochen: für Wirtschaftspolitik und Notstandsgesetze gab es ja auch spezielle Arbeitskreise.

Allgemeine Anerkennung und Hochachtung wurde Waldemar von Knoeringen gespendet, der nicht mehr sagte, als daß man sich von der Wissenschaft einige Informationen für die Politik geben lassen könne, die in einer Zeit der „Verdichtung der geschichtlichen Ereignisse" (S. B33) von Nutzen sein könnten. Wie und zu welchem Zwecke, vermochte auch er nicht anzugeben („Ich möchte jetzt nicht anfangen, über Programmpunkte ... zu sprechen", S. B37). Über die „Utopie", die Carlo Schmid als Methode vorschwebte, wird heute in der SPD nicht gesprochen.

Die Schwierigkeiten, wie man sich das Phänomen der „unruhigen" Jugend erklären solle, waren angesichts dieser „geistigen Situation" der Partei offensichtlich: vom Generationenkonflikt über Verharmlosung bis zu schwer zu verstehenden Realitäten war alles vorhanden, was die Zeitungen in den Monaten zuvor als Erklärungsschemata angeboten hatten.

Auch die Skala der Therapie-Möglichkeiten war beachtlich: Carlo Schmid vermißte Selbstgefühl und Selbstachtung der Nation („Wir Deutschen sind das einzige Volk, das sich selber nicht liebt"), außerdem wollte er der Jugend „echte Aufgaben" geben, in denen sie „Wesensbejahung" finden könne, worauf prompt ein Diskussionsredner vorschlug, man solle doch die aktiven Jugendlichen zum „Entwicklungsdienst" exportieren. Waldemar Ritter, Jugendreferent beim Bundesvorstand, erkannte, daß die Jugend „pluralistischer" sei als die Gesellschaft, und daß man neben den auffallenden Gruppen doch die vielen Jugendverbände nicht vergessen solle, in denen „wöchentlich harte Arbeit am jungen Menschen geleistet wird" (S. B67). Wenn Anspruch und Wirklichkeit in unserer Demokratie auseinanderfielen, dann könne das auch ja daran liegen, daß „Massenmedien und Institutionen politischer Bildung unsere Demokratie überidealisieren" (S. B68). Diese Äußerung blieb unwidersprochen, wen wundern da noch die Schwierigkeiten, die die sozialdemokratischen Jugendverbände immer mit der Baracke haben? Für das Verhältnis zum Sozialdemokratischen

Hochschulbund (SHB) hat Wehner auch wieder die alten Absichten propagiert: man wolle sich zwar nicht spektakulär trennen, aber man wolle doch endlich ein für allemal klarstellen, daß der SHB mit der SPD nichts zu tun habe. Das Mißverständnis, daß sozialdemokratische Politik des SHB mit der der SPD verwechselt werden könne, wäre dann ja gelöst. An dem Problem wird „operiert", und darin zeigt sich, daß bei allen wohltönenden Worten, die man verständnisvoll für die Beschwerden der Studenten äußerte, die politische Praxis sich weiterhin durch Kritikfeindlichkeit auszeichnet.

Das Abschieben der durch die Studenten-Revolte offengelegten politischen Probleme auf generationsmäßige oder psychologische Dimensionen machte eine politische Auseinandersetzung nicht zwingend. Wo sie von oppositionellen Diskussionsrednern versucht wurde, war sie partikularistisch und unsystematisch und konnte so leicht durch allgemeine Bemerkungen Wehners in der Schlußrede neutralisiert werden. Wenn man die Herausforderung der studentischen Opposition nicht als Anlaß zu politischer Grundsatzreflexion nimmt und die Analyse der gesellschaftlichen Ursachen für den ansteigenden Rechtsradikalismus nicht als Gegenstand einer Diskussion mit dem Thema „geistige Situation und politische Wirklichkeit" betrachtet, dann kann nur allgemeines Gerede dabei herauskommen.

Hartmut Häußermann

Arbeitsgemeinschaft C: „Rechtsstaatliche Demokratie in Notzeiten"

Diese Arbeitsgemeinschaft war die zeitlich längste. 163 Seiten beträgt das Protokoll. Zugleich war sie aber auch sehr sachbezogen und daher präzis, war ihr Thema doch durch die Vorlage einer Notstandsverfassung und das neue Arbeitssicherstellungsgesetz materialreich konkretisiert und abgegrenzt. Die Komplexität des Themas verbietet es, hier den Inhalt der Diskussion wiederzugeben. Aber die Arbeitsgemeinschaft C hat noch ein weiteres Kennzeichen: an ihrem Verlauf läßt sich wohl am leichtesten die Funktion ablesen, die der Bundesvorstand dem Kongreß zugedacht hat: eben jene politisch kunstgerechte Handhabung, — die das Ullstein-Fremdwörterbuch so einfältig als Übersetzung des Wortes Manipulation anzubieten beliebt.

Die Notstandsgesetze zählen ja nicht nur innerhalb der Partei zu den umstrittensten Themen. Auch das gespannte Verhältnis zu den Gewerkschaften ist sehr eng mit dieser Problematik verbunden. Und schließlich ist ja auch die Bundestagsfraktion selbst ob dieses Problems in Hader. So kann einiges nicht ohne Überraschung zur Kenntnis genommen werden.

Zunächst hielt Justizminister Gustav Heinemann ein eher hausbackenes Einführungsreferat, in dem nicht eine Information oder Stellungnahme enthalten war, die der interessierte Zeitungsleser nicht schon kannte. In der folgenden Diskussion hielt Heinemann sich zurück. Er verzichtete meist auf die ihm zustehenden Schlußbemerkungen und sprach nur zu einigen unverfänglichen Sachfragen. Den Part des Regierungsvertreters hatte dagegen Staatssekretär Horst Ehmke übernommen: Wurde es irgendwie brisant, so mußte der Professor aufs Podium, warf seine enorme Informiertheit in ansprechender Laxigkeit in die Debatte, um sein „Krisenmanagement" zu verteidigen, und schreckte auch nicht vor reiner Rabulistik zurück: „Im übrigen muß ich dem Genossen Hoffmann vorlesen, was in Punkt 4 des Kölner Parteitages steht. Du hast gesagt, es stünde in Punkt 4, daß Grundrechte im Gewerkschaftsbereich nicht beschränkt werden dürften. Das

steht da nicht drin. In Punkt vier steht, daß sie nicht unter dem Vorwand eines Notstandes gedrosselt werden dürfen. Das ist etwas ganz anderes! . . ." (S. C95) Weiter fällt auf, daß Kurt Gscheidel und Hans Matthöfer, die durch ihren fraktionsinternen Gegenentwurf bekannt sind, sich nicht zu Wort meldeten. Erst nachdem Helmut Schmidt dies ausdrücklich wünschte (S. C88), ergriff Matthöfer das Wort zu einem sehr speziellen Punkt der Diskussion. Dadurch aber wurde der Regierungsentwurf zum einzigen Diskussionsgegenstand. Die abweichende Meinung in der Fraktion wurde zwar von Martin Hirsch als gedankliche Bedenken formuliert, aber Kritik und Diskussion bezog sich nur auf die Regierungsvorlage.

Wie weit die Verteidigung der Regierungsvorlage geht, mag folgende Diskussion erhellen: Werner Hoffmann (Hamburg) sagte: „Ohne ausdrückliche Verankerung des Streikrechts und die ausdrückliche Erklärung, daß eine Dienstverpflichtung nicht zum Eingriff in das Streikrecht benutzt werden darf, — ohne solche Verfassungszusätze zugunsten der Arbeitnehmer kann es kein Ja der Sozialdemokraten zu den Notstandsgesetzen geben" (S. C92 f). Merkwürdigerweise verzeichnet das Protokoll an dieser Stelle keinen Beifall. Dafür aber greift Helmut Schmidt, wiewohl Verhandlungsleiter, in die Diskussion ein und sagt, daß die Kräfteverhältnisse in Regierung und Parlament es unmöglich machen, „daß solche apodiktischen Forderungen . . . verwirklicht werden können". Der folgende Diskutant beschimpft dann gar die „offenen und heimlichen Gegner in den Gewerkschaften", die solche Forderungen stellen.

Durch eine solcherart verschobene Diskussionsbasis wurde der Eindruck zu erwecken versucht, daß die Mehrheit dieses Kongresses sogar auf dem Boden der Regierungsvorlage steht. Zwar war der Bemerkung von Heinemann, „Dieser Kongreß will der innerparteilichen Willensbildung zu diesem Thema dienen" (S C2), noch scharf widersprochen worden. Kein Widerspruch aber regte sich, als der Berichterstatter Heinz Ruhnau nach jedem einzelnen Punkt der Diskussion eine Zusammenfassung kundgab, die eine Mehrheit für diesen oder jenen Teil der Regierungsvorlage feststellte. Dadurch wurde eine scheinbare Abstimmung doch durchgeführt. Im Bericht vor dem Plenum wird dann auch in der Tat das wesentliche Ergebnis der Diskussion als mehrheitliche oder übereinstimmende Meinung des Arbeitskreises berichtet. Das besondere Kennzeichen des Arbeitskreises C also ist, daß ein wichtiges, umstrittenes Thema nicht nur diskutiert, sondern im Ergebnis ein Votum für die Regierungsvorlage erreicht wurde.

Knut Nevermann

Die Bundeskonferenz zwischen Informationspolitik des Parteivorstandes und innerparteilicher Demokratie

Eine Analyse der Bundeskonferenz kann nicht abgeschlossen werden, ohne das Ergebnis an den Erwartungen zu messen, die der Parteivorstand in diese Konferenz setzte. Hier zeigt sich mit erschreckender Deutlichkeit, wie breit gegenwärtig in der SPD die Kluft zwischen dem Postulat innerparteilicher Demokratie und der Informationspolitik des Parteivorstandes ist.

In der vom Parteivorstand vorgelegten Geschäftsordnung wurde der Bundeskonferenz die Aufgabe zugewiesen, „der Information und Diskussion innerhalb der Partei" zu dienen.[1]) Diese Zielsetzung mag aus der richtigen Erkenntnis erwachsen sein, daß innerhalb einer demokratischen Partei neue Formen der

[1]) Bundeskonferenz 1967, Protokoll, a.a.O., S. 5.

Information gefunden werden müssen, um den unterschiedlichen Stand der politischen Kenntnisse und Erkenntnisse zu überbrücken, der zwischen Parteivorstand und dem einfachen Mitglied der Partei besteht. In diesem Sinne sprach Willy Brandt zurecht von einem „Nachholbedarf" der Partei, der gedeckt werden müsse.[2]) Wenn man diese Aufgabe der Informationsvermittlung der Bundeskonferenz zuweist, dann erscheint es gerechtfertigt, wenn Willy Brandt jener Arbeitskonferenz der Funktionäre den Rang einer „Neuerung" zubilligt, „die der innerparteilichen Demokratie zugute kommt".[3])

Es ist jedoch nicht einsichtig, warum diese notwendige Aufgabe der Informationsvermittlung von oben nach unten nicht von jenen Repräsentanten der Partei mit übernommen werden kann, denen in Statut als Delegierte die Willensbildung von unten nach oben zugewiesen ist. Mit anderen Worten: Die aus dem derzeitigen Stand des Informationswesens innerhalb der Partei erwachsenden neuen Aufgaben innerparteilicher Information können auch durch die Delegierten der Parteitage wahrgenommen werden. Ein neues Instrument der Informationspolitik in Gestalt der Bundeskonferenz ist nicht notwendig. Im Gegenteil, es bringt die Gefahr mit sich, daß die Meinungsbildung von oben nach unten und die Meinungs- und Willensbildung von unten nach oben bei zwei konkurrierenden Gewalten innerhalb der Partei institutionalisiert wird. Angesichts der Bedeutung umfassender Information für die politische Entscheidung würde binnen kurzem eine völlige Verlagerung des Willensbildungsprozesses von den Parteitagen auf die Funktionärskonferenzen stattfinden. Der vorgebliche Versuch einer Stärkung der innerparteilichen Demokratie durch bessere Information würde umschlagen in die Selbstabdankung innerparteilicher Demokratie vor der dann durchgängigen Herrschaft des Parteiapparates.

Um dieser Gefahr wirksam begegnen zu können, muß genau untersucht werden, welche Bedeutung gegenwärtig der Parteivorstand der innerparteilichen Information zumißt. Vom Ergebnis dieser Untersuchung hängt zugleich eine Antwort auf die Frage ab, ob im Blick auf den notwendigen Ausbau innerparteilicher Demokratie es sinnvoll wäre, die derzeit der Bundeskonferenz übertragenen Aufgaben dem Parteitag zuzuweisen, oder ob nicht ganz andere Gestaltungen innerparteilicher Informationspolitik gefunden werden müssen.

Herbert Wehner geht in seiner Eröffnungsrede von der Feststellung aus, Information sei die Voraussetzung für die innerparteiliche Meinungs- und Willensbildung und mithin die Voraussetzung für die Entscheidungen der Parteitage und der anderen Beschlußorgane der Partei.[4]) Den Funktionärskonferenzen billigt er immanent die Rolle von Nebenorganen zu, die lediglich der Information und Diskussion dienen, gleichwohl „für das Leben (sic!) und für die praktische Arbeit der Partei notwendig" seien.[5]) Brandt spricht in ähnlichem Tenor von einem „nützlichen Zwischenglied" der Bundeskonferenz „auf dem Wege hin zum kommenden Parteitag".[6]) Wehner wie Brandt begründen also die spezifische Informationsaufgabe der Funktionärstagung mit parteitaktischen Opportunitätserwägungen, die zunächst weit eher für eine jährliche Einberufung der Parteitage sprechen als für die Schaffung neuer Institutionen. Dies gilt selbst dann, wenn Wehner für „diesmal" die Orientierung in der noch ungewohnten politischen Landschaft der SPD-Regierungsverantwortung in den Vordergrund stellt. Seine damit verbundene Erwartung, Information und Diskussion möchten ein Beitrag zur Bekräftigung „der führenden Rolle der SPD in der deutschen Politik"

2) ebenda, S. 36.
3) ebenda, S. 10.
4) ebenda, S. 5 f.
5) ebenda.
6) ebenda, S. 98.

sein [7]), könnte doch wohl eher durch einen öffentlich tagenden Parteitag erfüllt werden als durch eine unter Ausschluß der Öffentlichkeit sich versammelnde Funktionärskonferenz, die auch nach der Bekundung der Veranstalter keine Entscheidungen fällen kann.

In der öffentlichen Meinung wird daher eine Bundeskonferenz keineswegs das Bild einer starken und handlungsfreudigen Partei entstehen lassen, sondern weit eher den Eindruck der parteitaktisch begründeten Vertagung anstehender Entscheidungen erwecken.

Der Vorrang parteitaktischer Opportunität gegenüber dem Willen zu umfassender Information von oben nach unten wird offenkundig, wenn man die im Instrument der Bundeskonferenz sich manifestierende Informationsmethode in den Rahmen des Gesellschaftsbildes stellt, wie es Willy Brandt zeichnete. So bemerkenswert es ist, daß in der SPD wieder offiziell über gesellschaftspolitische Interessenkonflikte gesprochen wird [8]), und so bedeutsam für die politische Zukunft der SPD und der Bundesrepublik es werden mag, daß Willy Brandt Demokratisierung und Modernisierung als Mittel der Humanisierung unserer Gesellschaft bezeichnet [9]), — den diesen Zielen angemessenen humanen Weg der Information hat die SPD mit der Bundeskonferenz nicht gefunden. Humanität in unserer Gesellschaft kann sich doch wohl nicht auf ein „Beistehen" [10]) beschränken. Humanität muß heißen, dem einzelnen Menschen die Informationen zu vermitteln, die er für eine eigenverantwortliche Selbst- und Mitgestaltung im gesellschaftlichen Rahmen benötigt.

Dies Ziel kann aber mit Sicherheit nicht durch eine einseitige Orientierung der Informationsaufgaben an der Zweckrationalität einer „modernen Leistungsgesellschaft" [11]) erreicht werden. Man wird vielmehr genau das machen müssen, wozu der Parteivorsitzende jetzt nicht bereit ist, nämlich „Prämien für soziale Immobilität zu verteilen".[12]) Die derzeit geführte „große Debatte" in und über die SPD „beweist" eben nicht, „daß wir demokratisch sind".[13]) Sie kann diesen Beweis nicht erbringen, solange die Willensbildungsgemeinschaft in einem kennzeichnenden lapsus linguae des Parteivorsitzenden zu einer „Willensgemeinschaft" reduziert wird.[14])

So bleibt nur der Appell an die Solidarität übrig, wie ihn Herbert Wehner an die versammelten Funktionäre richtete: „Die Vertrauensleute ... wollten wissen, wie die Leute ihres Vertrauens ... das Vertrauen ... rechtfertigen, wenn die SPD darauf angewiesen ist, sowohl das Vertrauen der Stammwähler als auch das Vertrauen neuer Wähler zu gewinnen. Es geht um Vertrauen in jeder Beziehung." [15]) Aufgabe einer die innerparteiliche Demokratie wirklich stärkenden Informationspolitik müßte es dagegen sein, jene „Mobilisierung des Geistes" in der Partei stets aufs neue voranzutreiben, von der Willy Brandt behauptet, man habe „keine Veranlassung, (sich) dieses Erstgeburtsrecht streitig machen zu lassen".[16]) Die SPD wird diese Erwartung nur erfüllen können, wenn sie Abschied nimmt von dem mit bloßen Funktionärskonferenzen beschrittenen Weg innerparteilicher Information. Man kann ein Erstgeburtsrecht auch verspielen.

Dieter Fitterling

---

7) ebenda, S. 7.
8) vgl. insbesondere a.a.O., S. 10 ff.
9) ebenda, S. 20.
10) ebenda, S. 15.
11) ebenda, S. 19.
12) ebenda.
13) ebenda, S. 38.
14) ebenda.
15) ebenda, S. 90.
16) ebenda, S. 10.

Hannes Heer

Die Monopole und die Festung Wissenschaft

Die Universität als Objekt der Politik

I

Eine Beschäftigung mit der Universität muß davon ausgehen, daß dieses Institut wie alle anderen Erziehungseinrichtungen sich nicht im herrschaftsfreien Raum befindet, sondern „dazu dient, die bestehende Kultur zu erhalten." [1]) Mehr als andere Ausbildungs- und Bildungsstätten ist die Universität aber selbst an der Produktion dieser „Kultur", verstanden als die Gesamtheit technisch-ökonomischer und ideologischer Kräfte, beteiligt. Das muß ihr von vorneherein die geschärfte Aufmerksamkeit derjenigen sichern, die auf die Perpetuierung des Bestehenden, bzw. auf seine Entwicklung nach Maßgabe der eigenen Interessen bedacht sind, wir meinen die Aufmerksamkeit der Herrschenden. Zwar können sie sich darauf verlassen, daß die Wissenschaft mit der Entwicklung der technisch fortschrittlichen und also arbeitsteiligen Gesellschaft ihr eigentliches, kritisches Agens verloren hat: „Sie verändert als eine Produktivkraft der industriellen Entwicklung die Basis des menschlichen Lebens, aber sie reicht nicht mehr kritisch über diese Basis hinaus, um das Leben selbst und für es auf eine andere Stufe zu heben." [2]) Aber die Komplizierung der gesellschaftlichen Prozesse zwingt dazu, sicher zu gehen. Oppenheimer können tödlich werden. Andererseits verlangt die Größenordnung der ökonomischen und politischen Ziele, die Aufgabenstellung der Wissenschaften und den Ausstoß an qualifiziertem Personal darauf abzustimmen. Demgegenüber die Autonomie der Universität, die Freiheit der darin Forschenden, Lehrenden und Lernenden als noch gegeben zu behaupten, ist eine lebensgefährliche Illusion.

Der vorliegende Beitrag will zur Erhellung dieser Zusammenhänge etwas beisteuern. Indem die Kräfte aufgezeigt werden, die Forschung und Lehre und die Organisierung der Studierenden bestimmen, müssen sich die Studenten und Professoren, die nicht nur über die Universität reflektieren, sondern sich ihrer praktisch und zu ihrem Besseren annehmen wollen, entscheiden, ob sie den Kampf um die Universität aufzunehmen gewillt sind. Sie müssen wissen, daß er nicht in der pädagogischen Provinz zu führen ist, sondern dort, wo sich der Anschlag auf die Universität mit der Repression in andern Gesellschaftsbereichen trifft, wo er seine gemeinsamen Wurzeln hat.

II

„Wirtschaftliche Kraft münzt sich um in politische Stärke . . .", so formulierte es Ludwig Erhard in seiner Regierungserklärung am 10. 11. 1965.[3]) Weiter ausholend fuhr er fort, „daß die schnelle Entwicklung von Forschung und Technik erheb-

---

1) O. G. Biem, Soziologie des Erziehungswesens, Heidelberg 1963.
2) J. Habermas, Dogmatismus, Vernunft und Entscheidung — Zu Theorie und Praxis in der verwissenschaftlichten Zivilisation, in: Theorie und Praxis, Neuwied und Berlin 1963.
3) Sonderdruck aus dem „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der BR", 1965, Nr. 179, S. 9.

licher zusätzlicher Anstrengungen bedarf. Nur so kann die Bundesrepublik ihre Stellung als eine der führenden Industrienationen behaupten." [4]) Die Wissenschaft wird über diese Zuordnung, Magd des Fortschritts zu sein, nicht schamvoll erröten. Es war dies immer ihre Obliegenheit. Sie wird auch dem Forschungsbericht I beipflichten, der feststellt: „Wissenschaftspolitik heißt in erster Linie: Prioritäten für einzelne Forschungsbereiche aufstellen." [5]) Allerdings wird sich spätestens bei Realisierung dieser Parolen entscheiden müssen, ob sie sich prostituiert: dann nämlich, wenn 1) die Rangfolge von Motiven bestimmt wird, die außerwissenschaftlich die Interessen nur einer speziellen gesellschaftlichen Gruppierung widerspiegeln, 2) wenn die mit der Wissenschaft Betrauten an der Abstimmung wissenschaftlicher Ziele mit den gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen selbst nicht beteiligt sind.

In dem Bericht vom VII. Deutschen Studententag des VDS heißt es in schöner Gläubigkeit: „Da nun aber die moderne geistig plurale Gesellschaft Westeuropas einen allen verbindlichen Maßstab nicht besitzt und ihre demokratische Verfassung die Durchsetzung der Prinzipien nur einer Gruppe der Gesellschaft verbietet, kann diese Gesellschaft über den Nutzen oder ‚gesellschaftlichen Unwert' einer Disziplin nicht entscheiden." [6]) Seitdem im Plan der „Formierten Gesellschaft" erstmals das „Gesamtgesellschaftliche Bewußtsein" nicht nur gefordert, sondern bereits als vorhanden konstatiert wurde, die CDU sich zudem erbötig machte und macht, das Volk „zu einer großen Willenseinheit" auf dieser Basis zusammenzuschließen [7]), gilt dies oben Behauptete zumindest nicht mehr für die Bundesrepublik. Sie hat ihren Maßstab gefunden und diejenigen, welche damit umgehen können: 1963 gab die Bundesregierung von insgesamt 1,62 Milliarden DM für Wissenschaft und Forschung 38,9 Prozent für die Verteidigungsforschung aus, 23 Prozent für die Kernforschung, 3,6 Prozent für die Weltraumforschung, das sind insgesamt zwei Drittel ihres Wissenschaftsetats.[8]) Das, was in der VDI-Zeitschrift neulich lautstark gefordert wurde, „daß das Odium, Arbeiten im Rahmen notwendiger Verteidigungsforschungen seien ethisch anfechtbar oder belastet, beseitigt wird" [9]), das ist schon lange in die Wege geleitet.

Es interessiert an solchen Zahlen und Zitaten nicht die sich darin manifestierende Politik der Stärke oder die Militarisierung des Bewußtseins, es geht um die Universität in der Bundesrepublik. Im Jahresbericht 1957/58 des Bundes Deutscher Industrieller heißt es dazu, nachdem emphatisch das Bild der Universitas Litterarum und also das Modell des allseitig frei sich entwickelnden Menschen entworfen wurde: „Allerdings dürfte es nicht unzweifelhaft sein, ob diese Wünsche angesichts der gegenwärtigen Struktur der deutschen Universitäten, deren geistige Wurzeln im Humanismus begründet sind, sich verwirklichen lassen." [10]) Es geht nicht an für die industrielle Gesellschaft, den deutschen Idealismus zu predigen. Nur meint der Verfasser, sicherlich einig mit dem geneigten Leser, daß Wissenschaft auch heute noch ein Geschäft sei, in dem Vernunft obwalte, eine Vernunft, die „dem Willen zum Vernünftigen noch nicht entsagt" hat. Die Monopolherren meinen dazu — im Organ des Stifterverbandes „Wirtschaft und Wissenschaft" —: „Durch die moderne Wehrtechnik übt die Wissenschaft bei weitem den größten Einfluß auf die internationalen Angelegenheiten aus." [11])

---

4) A.a.O., S. 36.
5) Forschungsbericht I, Drucksache IV, 1247, Bonn 1965, S. 123.
6) Student an neuen Universitäten, VII deutscher Studententag, hrsg. VSD, Bonn 1963, S. 227.
7) Die formierte Gesellschaft, hrsg. Presse- und Informationsamt der BR, o. J., S. 8.
8) „Deutsche Universitätszeitung (DUZ)", Bonn 1965, Heft 2, S. 26.
9) H. Jessen-Marwedel, in: „VDI Zeitschrift", Heft 1, 1966, S. 17.
10) BDI Jahrbuch 1957/58, S. 42.
11) G. Schrader, Wissenschaft im auswärtigen Dienst, in: „Wirtschaft und Wissenschaft", 1964, Nr. 5/6, S. 2.

III

Die moderne naturwissenschaftlich-technische Forschung ist Großforschung; big science sagen die Amerikaner. Nach Bundeswissenschaftsminister Stoltenberg „sprengt sie den Rahmen der Universität und führt zu einer neuen Verbindung von Forschung und Industrie." [12]) Es werden im einzelnen dazugerechnet: die Entwicklung von Raumfahrt und Kerntechnik, die Förderung der Elektronik, wie es der Forschungsbericht I definiert: „die für die Wirtschaft risikoreichen wissenschaftlich-technischen Entwicklungen (‚neue Techniken')." [13]) Es ist ein gar nicht so neues Bündnis, das hier vorgestellt wird. Neu ist nur das Ausmaß der Investitionen, die auf Kosten aller Mitglieder der Gesellschaft zum unmittelbaren Nutzen einiger weniger getätigt werden. Daß die Gewerkschaften in der beim Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung bestehenden Deutschen Atomkommission einen Vertreter haben, kann als Kuriosum bezeichnet werden. Wer in dem 25köpfigen Gremium entscheidet, liegt auf der Hand: die 13 Vertreter von Monopolen, darunter K. Winnacker, Vorsitzender des Vorstandes der Farbwerke Hoechst, W. A. Menne, Mitglied des Vorstandes der Farbwerke Hoechst, H. J. Abs, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, H. C. Boden, Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates der AEG, H. Goeschel, Mitglied des Vorstandes der Siemens Werke, K. Lotz, Vorsitzender des Vorstandes der Brown, Boveri und Cie, G. Geyer, Aufsichtsratsvorsitzender der ESSO, A. Haase, Vorsitzender des Vorstandes der Allianz Versicherung. Die 2 Vertreter des Staates, die 9 sonstigen Vertreter der Wirtschaft werden kaum eine von diesen Herren abweichende Konzeption entwickeln.

Das Mißverständnis zwischen denen, die zahlen, und denen, die profitieren, manifestiert sich darin in einer Weise, die den Wissenschaftsrat, ein Gremium, das späterhin behandelt wird, feststellen ließ, „es sei zweckmäßig, die Nutznießer an den Kosten der Forschung zu beteiligen".[14]) Die Kolonialwarenhändler-Verstimmtheit, die in dieser Ermahnung zum Ausdruck kommt — so als ob es der eine Partner am nötigen guten Willen fehlen lasse — verkennt allerdings völlig die Situation. Die gleiche Naivität zeigen diejenigen, die gegen die Pläne des Generaldirektors der zur IG Farben-Gruppe gehörenden Wacker Chemie GmbH, des Präsidenten der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und ersten Atomministers der Bundesrepublik, Prof. Dr. Siegfried Balke, ein Technologieministerium zu schaffen, das alle diese Groß- und Projektforschung zusammenfaßt, auftraten. Sie machten geltend, „daß das Wissenschaftsministerium sich auf diese Weise zu einem Industrieförderungsministerium entwickeln könnte und daß darunter die Förderung der Grundlagenforschung zwangsläufig leiden müsse".[15]) Die so lamentieren, sehen nicht die Zwangsläufigkeit dieser Entwicklung. Eine saubere Trennung der Sphären von Staat und Gesellschaft, wobei die letztere weiterhin in ihre Gruppen, darunter denn auch die „Unternehmer", zu differenzieren wäre, ist skurril. Ein solches Bild ist ebenso anachronistisch, wie mittlerweile die Trennung von Grundlagen- und angewandter Forschung überholt ist. Die Wissenschaften haben eine neue Qualität gewonnen. W. Koeck, der Hauptgeschäftsführer des Unternehmensverbandes der chemischen Industrie, formuliert das ganz präzise: „Läßt sich nicht klar erkennen, ob ein bestimmtes Forschungsvorhaben bei angemessenem finanziellem Aufwand innerhalb eines

---

12) G. Stoltenberg, Unsere Chancen, in: „Der Volkswirt", Beiheft zu Nr. 27, 8. Juli 1966, S. 8.
13) Zit. in: „DUZ", 1965, Heft 2, S. 24.
14) Zit. in: „Hochschuldienst", 1965, Nr. 21, S. 5.
15) „Die Welt", 24. September 1965.

nicht zu langen Zeitraumes durch seine gewinnbringende Anwendung in der Bilanz eines Unternehmens einen positiven Niederschlag finden wird, dann ist eine solche Forschung der Privatwirtschaft nicht zuzumuten." [16]) Die Größe der Objekte, die meist lange Entwicklungszeiten erfordern, einen nicht dagewesenen personellen und finanziellen Aufwand, das übersteigt in der Tat die Kapazität nicht nur kleiner und mittlerer Unternehmen: die Monopole verbünden sich mit dem Staat, sie werden zu Staatsmonopolen. Wenn in Frankreich ernsthaft diskutiert wird, „ein staatlich finanziertes Versicherungssystem" einzurichten, „das Forschungskosten zurückbezahlt, wenn die Arbeiten nicht zu einer ertragreichen Auswertung auf industrieller Ebene führen" [17]), dann zeigt sich auch die neue Qualität des Staates in diesem Verbündnis: das Nationaleinkommen im Interesse bestimmter gesellschaftlicher Gruppen zugunsten der 100 Mächtigen umzuverteilen.

IV

Aus dem Vorhergehenden ist zu entnehmen, daß eine mehr oder weniger auf eigene Faust betriebene Forschung der Vergangenheit angehört. Es zeigt den ganzen Feinsinn des Systems, daß die Öffentlichkeit, da die Wissenschaft schon in den staatsmonopolistisch betriebenen Kapitalismus integriert wird, noch nicht einmal Notiz genommen hat von ihrer privatkapitalistischen Organisiertheit.

Die chemische Industrie steht mit Forschungsinvestitionen von 3—4 Prozent ihres Umsatzes an der Spitze der Produzenten der Bundesrepublik. Diese Aufwendungen verteilten sich, nach der von Kennern geprägten Formulierung, auf „Wirtschaftseigene" und „wirtschaftsnahe Forschung".[18]) Zur wirtschaftseigenen Forschung gehört die unternehmereigene, verbandseigene und schließlich die Vertragsforschung. Für die ersten beiden Bereiche verwandten die drei IG Farben-Nachfolgegesellschaften innerhalb eines Jahres 500 Millionen DM.[19]) Für Auftragsforschung, die über eine Vermittlerstelle der Industrie für Vertragsforschung (VfV) mit den Hochschulen ausgehandelt wird, wurden — nach einer Schätzung der FAZ — in 15 Jahren von der gesamten chemischen Industrie 200 Millionen ausgegeben.[20]) Die Summe, die im gleichen Zeitraum über den „Fonds der chemischen Industrie" den Hochschulen zur Verfügung gestellt wurde (zur wirtschaftsnahen Forschung rechnet man die Hochschulforschung, die Forschung in den Max-Planck-Instituten und in den Bundesanstalten), betrug dagegen nur 50 Millionen DM.[21]) Davon gingen 57 Prozent als „Beihilfe" an Hochschullehrer, 23 Prozent waren zur Förderung des wissenschaftlichen Schrifttums bestimmt, 12 Prozent wurden als Stipendien vergeben, und 10 Prozent — also 5 Millionen DM — wurden dem „Stifterverband für die deutsche Wissenschaft", dem Fördergremium der Industrie, zur „zweckfreien" Verfügung überlassen.

Bedenkt man, daß in der Bundesrepublik, bezogen auf die naturwissenschaftlich-technische Forschung, die Hochschulen 50 Prozent der gesamten Forschungskapazität umfassen, daß z. B. 45 Prozent des Umsatzes der Farbwerke Hoechst auf Produkten beruhen, die in den letzten 10 Jahren entwickelt wurden [22]), wofür die Hochschulen die entsprechenden „wissenschaftlichen Rohstoffe" geliefert

16) W. Koeck, Die Technik von morgen muß heute entwickelt werden, in: „Atomwirtschaft", 1965, Heft 1, S. 21.
17) A. Frisch, Der Staat als industrielle Antriebskraft in Frankreich, in: „Wirtschaftsdienst", 1966, Heft 11, S. 624.
18) H. Gross, Wirtschaftswichtige Forschungs- und Wissenschaftsfinanzierung in Deutschland und den USA, Sonderdruck des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft, Kiel und Essen 1955.
19) „Der Volkswirt", 1965, Nr. 18.
20) FAZ, 28. Januar 1966.
21) „Handelsblatt", 12. Oktober 1964; „Chemische Industrie", 1966, Heft 2.
22) „Nachrichten Chemische Technik", 1965, Heft 13, S. 260.

haben [23]), dann wird man diese Unterinvestierung zunächst nicht verstehen. Der Leser wird, ehe er nicht Kenntnis genommen hat von dem gesamten Instrumentarium, daraus nicht den voreiligen Schluß ziehen dürfen, eine Manipulation der Universitäten durch die Monopole sei konstruiert. Die Monopole haben es nicht nötig, mehr zu investieren: Was an Diplom- und Doktorarbeiten an den Hochschulen angefertigt wird, muß, da die Verfasser der aufgewendeten Zeit, der aufgewendeten Kosten halber unter Verwertungszwang stehen, den industriellen Produzenten angeboten werden. Durch eine eigens geschaffene Registrier- und Abwerbungsstelle, die ADUC, werden Arbeiten und Verfasser erfaßt. Die Monopole sind bei diesem Vorgang naturgemäß favorisiert: von den 1952—1962 insgesamt enwickelten Patenten lagen 18 Prozent bei den 10 größten Gesellschaften der chemischen und elektronischen Industrie, davon 75 Prozent aller für diese Industriezweige nutzbaren Patente. Die Beobachtung, daß die zunehmende Vergesellschaftung der Wissenschaften in der Großforschung zwar auf Kosten der gesamten Gesellschaft, zum direkten Nutzen allerdings nur eines kleinen Teils geschieht, wird durch die hier auftretende Widersprüchlichkeit verifiziert: im Interesse der Marktbeherrschung werden wichtige Ergebnisse der Wissenschaften der gesellschaftlichen Nutzung entzogen. Eine in diesem Zusammenhang gemachte Untersuchung der Bundesregierung muß das verschlüsselt zugeben, wenn sie, unter dem Aspekt der Konzentration, bemerkt: „Der hohe Anteil der bei den Großunternehmen nicht ausgenutzten Patente bedeutet jedoch durch seine Existenz insgesamt eine Behinderung kleiner und mittlerer Unternehmungen, die in diesen Produktionsbereichen nicht tätig werden konnten, ohne Gefahr zu laufen, daß sie fremde Patente verletzten." Was dazu führt, „daß ein beträchtlicher Teil der mittleren und kleineren Unternehmen seine bisherige Selbständigkeit eingebüßt hat".[24])

V

Diese nicht ausgenutzten Patente — nach Angaben von Experten sind es 70 bis 90 Prozent aller Patente der Monopole — sind von vornherein als Sperrpatente gedacht: sie verhindern die mögliche Umgehung eines Grundpatentes durch die Konkurrenz. Für den Fortgang der Forschung bedeutet das eine entscheidende Fessel: ist es doch das Charakteristikum des Produkts der Forschung, des Wissens, daß es unendlich oft neben- und nacheinander angewandt werden kann, ohne sich zu verbrauchen. Je breiter es angewandt wird, desto größer wird der gesellschaftliche Nutzen der zu seiner Hervorbringung notwendigen Mittel sein. Aus dem oben Ausgeführten folgt, daß das in der Bundesrepublik, wie in Ländern gleicher oder ähnlicher Organisation der Wissenschaft, ein schöner Traum bleibt. W. Leontief, einer der bekanntesten amerikanischen Ökonomen, stellt dazu lakonisch fest, daß „die Privatwirtschaft nicht einmal annäherungsweise in der Lage ist, die gleichen Vorteile aus den neuen wissenschaftlich-technischen Ideen zu ziehen, wie es die ganze Volkswirtschaft bei deren voller Ausnutzung könnte." [25]) Da — außer dieser Beschränktheit der Ausnutzung — ja auch schon die Beschränkung bei der Vergabe von Forschungsmitteln, der objektiven Enge der Ziele des Privatkapitals wegen, also eine systematische Unterinvestition festgestellt wurde, schließt sich der Kreis.

Daß der Ausweg Großforschung, die bei Kooperation aller wissenschaftlich Arbeitenden, bei Verschmelzung der staatlichen Bürokratie und der industriellen

23) G. Schätzle, Forschung und Entwicklung als unternehmerische Aufgaben, Köln/Opladen, 1965, S. 86.
24) Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache I, 2330, Bonn 1964, S. 779.
25) W. Leontief, Das wirtschaftliche System der organisierten Forschung, in: Hamburger Jahrbücher für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Bd. 6, Tübingen 1961, S. 78.

Produzenten eine systematische Förderung aller irgend relevanten Forschungsergebnisse und deshalb eine umfängliche Kommunikation garantiert der gefährlichste Irrweg ist, sei am Beispiel der Vereinigten Staaten, die diese neue Form der Forschung am konsequentesten entwickelt haben, nachdrücklich und abschließend gezeigt. In einer Untersuchung von H. Gross zur Wissenschaftsfinanzierung in Deutschland und in den USA, die als Sonderdruck des Stifterverbandes erschien, wird ausgeführt, daß die Vereinigten Staaten in den Jahren 1954 und 1955 zwei Drittel ihrer Ausgaben für Wissenschaft und Forschung den Forschungsstätten der Industrie zukommen ließen. Ein Drittel wurde in eigenen Forschungsstätten verbraucht. Nur ein Zehntel der Summe kam den Hochschulen zu. 90 Prozent dieser Gesamtaufwendungen waren für Forschungen im Rahmen der Verteidigung bestimmt.[26]) Der in Deutschland so benannte Weinberg-Bericht gibt für das Jahr 1963 an, daß 75 Prozent der gesamten naturwissenschaftlich-technischen Forschung in den USA unter Regierungskontrolle standen. 25 Prozent der Forschungsberichte dieser Einrichtungen trugen Geheimnischarakter.[27]) Die Bearbeiter solcher als „classified" bezeichneten Forschungen befinden sich in der Lage, daß sie „nicht nur zum Schweigen verpflichtet sind, sondern sogar einer Überprüfung ihrer politischen Zuverlässigkeit, der sogenannten ‚personal clearings', bedürfen".[28]) Gegenüber einer solchen Perversion der Wissenschaften — nicht von ungefähr stellte der Stifterverband der Monopolherren den Vergleich BRD—USA an — erscheint der „Ruf nach dem ‚freien', dem ‚brave money', das eigenbestimmte, langfristige Forschung ermöglicht" [29]), professoral senil. Man ist an die deutsche Szene erinnert. Präziser ist das, was George Boas, Professor der Philosophie in den Vereinigten Staaten, resignierend konstatiert: „Wir befinden uns in einer nationalen Situation, wo täglich Millionen für Untersuchungen ausgegeben werden, deren Ergebnis eines Tages Waffen sind. Je tödlicher, um so besser. Reine Naturwissenschaft wird geduldet, weil man annimmt, daß sie gewisse Anwendungsmöglichkeiten für die Kriegsführung in sich birgt. Psychologie und Wirtschaftswissenschaft läßt man zu, weil man hofft, daß erstere uns vielleicht lehren kann, den Feind erfolgreich zu Landesverrat und Feigheit zu verführen, letztere, das für des Feindes Verteidigung lebensnotwendige Material zu erobern oder zu zerstören. Aber der Historiker und der Sprach- und Literaturwissenschaftler und besonders diese menschliche Stechfliege, der Philosoph, sind nicht gefragt. Sie sind ja nicht wesentlich für die Verteidigung. Sie sind nur wesentlich für die Kultur." [30])

VI

Es kann keine Frage sein, daß bei den bisher untersuchten Forschungsinvestitionen in der BRD außerwissenschaftliche Motive entscheidend sind. Es steht auch nicht in Diskussion, daß dabei „von den Tagesnotwendigkeiten, vom Interesse des einzelnen Unternehmers oder einer Branche her entschieden wird, nicht aber im Zusammenhang der ganzen wirtschaftswichtigen Forschung".[31]) Ja, es ist ganz natürlich, „daß dabei eine Reihe geisteswissenschaftlicher Fächer, die nicht unmittelbar von wirtschaftlicher Bedeutung sind, ganz leer ausgehen . . .".[32]) In eine Tabelle gebracht: 1949—1958 verteilten sich die Förderungsmittel der Industrie zu 72 Prozent auf naturwissenschaftliche und technische Disziplinen, zu 17 Prozent

---

26) Vgl. 18, S. 40.
27) Science, government and information, Panel of science information, dt. Übersetzung, Frankfurt/Main 1964, S. 11 und 33.
28) A. W. Fehling, Die Forschungsförderung der amerikanischen Bundesregierung und ihre Rückwirkungen auf die Hochschulforschung, Kiel 1964, S. 10.
29) Vgl. 18, S. 38.
30) Zit. bei 28, S. 25.
31) D. Bielenstein, Wissenschaft und Wirtschaft, in: „Die neue Gesellschaft", Bielefeld 1962, Heft 3, S. 211.
32) A.a.O.

auf die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, nur 11 Prozent wurden für medizinische Forschung aufgebracht.[33])

Das mag alles von wohlmeinenden Lesern verteidigt werden: die Ergebnisse der Großforschung kämen schon allen irgendwie zugute, die Verteidigungsausgaben der Bundesregierung garantierten doch letzten Endes unser aller Sicherheit und beträfen außerdem die Universitäten gar nicht direkt, die Förderungsmaßnahmen der Industrie seien bei ruhigem Hinsehen doch nicht so beunruhigend; schließlich gebe es ja noch die Ländermittel als Hauptfinanzierungsquelle, es gebe Professorengremien, die aus den Gegebenheiten der wissenschaftlichen Entwicklung deren Aufteilung bestimmten. Wer solches glaubt, ist gänzlich auf dem Holzwege. Gerade hier — bei den akademischen Selbstverwaltungsgremien und ihren Obliegenheiten: Forschung und Lehre hinsichtlich Zielsetzung und Durchführung zu organisieren — zeigt sich der Klammergriff der Monopole. Es geht im folgenden um dieses Phänomen, behandelt wird also das eingangs formulierte zweite Kriterium für freie Wissenschaft in einer demokratischen Gesellschaft. Um den Leser nicht rätseln zu lassen: die für Wissenschaft und Forschung relevanten Gremien sind von Monopolvertretern besetzt. Sie verteilen nicht nur die Mittel für Forschung, sondern sie sind auch dabei, die Stätten der Forschung zu reformieren.

VII

Der Stoßtrupp, dem diese offensive Aufgabe obliegt, ist der bereits vor Gründung der BRD ins Leben gerufene „Stifterverband für die deutsche Wissenschaft". Gemessen an seinen Beiträgen (1965: 36 Millionen DM) kann er sicherlich keinen großen Einfluß ausüben, vergleicht man etwa damit die über 2 Milliarden liegenden Aufwendungen der Länder im gleichen Jahre. Die Relation sieht aber sofort anders aus, bedenkt man, daß diese Summe immerhin ein Drittel des Etats der „Deutschen Forschungsgemeinschaft" ausmachte, der zentralen Stelle für Themenauswahl und Verteilung für Forschungsmittel.

Die DFG ist ein „wissenschaftliches Selbstverwaltungsorgan". Der Senat setzt sich daher nur aus Professoren zusammen, 33 an der Zahl. Daß darunter wichtige Konzernvertreter sitzen wie Prof. Winnacker von den Farbwerken Hoechst, Prof. Fröhlich von der Borsig AG, Prof. Butenandt, Aufsichtsratmitglied der Bayer AG, soll nicht weiter bekümmern. Daß allerdings im Kuratorium, das im Unterschied zum nur beratenden Senat die Haushaltspläne verabschiedet, zunebst elf Bund- und Länderdelegierten fünf Vertreter des Stifterverbandes mitwirken, muß aufhorchen lassen. Es sind im einzelnen der Generaldirektor der AEG, Boden, der Generaldirektor von Rheinpreußen, Kost, der Generaldirektor der Gutehoffnungshütte, Reusch, Plassmann von der Deutschen Bank und der ehemalige Generaldirektor von Mannesmann, Winkhaus. Während die Professoren für drei Jahre nur mitarbeiten dürfen, gehören von den fünf Konzernvertretern vier dem Kuratorium bereits seit 1955 an. Es entspricht deshalb durchaus den realen Gegebenheiten, wenn der Präsident der DFG zwar ein Professor ist (Speer), das Generaldirektorium aber der Vorsitzende des Stifterverbandes, Vits (Generaldirektor der Vereinigten Glanzstoffabriken) führt.

Der Eindruck, daß, je näher ein Organ an tatsächlichen Entscheidungen beteiligt ist, der Einfluß der Großindustrie und des Staates desto größer wird, bestätigt sich, wenn man sich die Zusammensetzung des „Ausschusses für angewandte For-

[33]) Vgl. 6, S. 212.

schung" ansieht: von 26 Mitgliedern sind neun Bund- und Länderdelegierte, neun Vertreter der Industrie, der Rest — vaut rien!

Die Mittel vergibt dieser Ausschuß nach zwei Verfahren, einem Normalverfahren und einem Schwerpunktverfahren. Immerhin gelang es den Vertretern der chemischen Industrie, von 1960—1964 im Normalverfahren 26 Millionen DM (das sind 13 Prozent der Gesamtsumme) und im Schwerpunktverfahren nochmals 11,6 Millionen (das sind 8 Prozent) durchzusetzen.[34]) Aber das ist nicht der entscheidende Anreiz, die Bildungsorgane zu kontrollieren. Bleiben wir bei der Chemie, um zu zeigen, worauf es hier ankommt: 1964 gab es 2,3 Prozent und 1963 1,6 Prozent weniger Chemiestudenten als im jeweiligen Vorjahr. Die Zahl der Promotionen ging von 645 im Jahre 1957 auf 538 im Jahre 1964 zurück.[35]) Die Lage in anderen Produktionsbereichen dürfte nicht anders sein. Nimmt es wunder, daß die Unternehmerorgane, allen voran der bereits erwähnte Arbeitskreis „Wissenschaft-Wirtschaft" seit Jahren nicht nur eine Verkürzung, sondern auch eine Straffung des Studiums, mit dem Ziel einer größeren und vor allem einzuplanenden Effektivität fordern? In einer Empfehlung aus dem Jahre 1961 wurde von ihnen gefordert: „Das Studium muß einen weiteren Bereich der Technik umschließen. Die Studienlänge sollte auf acht Semester abgestellt sein."[36]) Wenig später nahm der Wissenschaftsrat diese knappe Anregung auf. Nachdem vor allen Dingen von Hans Dichgans, dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, in der Folgezeit landauf, landab dafür geworben wurde, systematisierte der Wissenschaftsrat, mit seinen Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen", diese Forderungen in einer Weise, daß man mit Recht von den „weitreichendsten seit der Humboldtschen Reform"[37]) sprechen kann.

VIII

Der Wissenschaftsrat (WR) wurde 1957 durch ein Verwaltungsabkommen des Bundes mit den Ländern gegründet, das zunächst auf drei Jahre befristet war, allerdings dann zweimal verlängert wurde. Aufgabe des WR ist es, einen „Gesamtplan für die Förderung der Wissenschaften zu erarbeiten", sowie Empfehlungen für die Verwendung der zur Wissenschaftsförderung bereitgestellten Mittel zu geben.[38]) Er setzt sich zusammen aus Wissenschaftlern, Ministerialbeamten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Die insgesamt 16 Professoren werden von den Hochschulen gewählt, in einem Verfahren, das noch erörtert werden muß. Die 17 Ministerialbeamten rekutieren sich aus dem Bund (6) und den Ländern (11). Die 17, die die sogenannte Verwaltungskommission bilden, besitzen 22 Stimmen, genau soviel wie die 16 Professoren und die sechs „anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens", die die wissenschaftliche Kommission bilden.

Von den sechs Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sind ausschließlich Konzernvertreter: Dr. Mommsen vom Vorstand der Thyssenröhrenwerke, Heinrich Tröger, im AR der zur Thyssengruppe gehörenden Deutschen Edelstahlwerke; H. L. Merkle, Vorsitzender der Geschäftsführung der Bosch GMBH; V. Achter, Geschäftsführer der V. Achter Tuchfabrik. Hinzukommen, der Vollständigkeit halber sei es erwähnt, Dr. Schneider von der Max-Planck-Gesellschaft und Rolf Spaethen (DAG.).

---

34) Zusammengestellt nach Bericht der DFG, 1960—1964, Bad Godesberg.
35) „Nachrichten Chemische Technik", 1965, Heft 3, S. 260.
36) Gesprächskreis Wissenschaft-Wirtschaft, Empfehlungen, Essen-Bredeney 1964, Abschnitt E.
37) Prof. W. Müller-Seidel, Die Geisteswissenschaften wurden brüskiert, in: „Die Welt", 16. Juli 1966, S. 11.
38) Berichte über die Arbeit des WR, 1961—1964, erstattet von L. Raiser, 1965, S. 21.

Es gibt, oder besser, es gab Kreise, für die „Wirtschaft" nicht synonym ist mit „Unternehmer" und die unter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens nicht nur die letzteren verstehen wollen. Zu diesen ist der VDS zu zählen, der 1963 auf dem VII. Deutschen Studententag feststellte: „Bisher wurden die zwischen Wissenschaft und Wirtschaft relevanten Probleme von den Hochschulen und Wissenschaftsorganisationen einerseits, dem Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, den Arbeitgeberverbänden und dem IHT andererseits erörtert... Erst institutionelle Verbindungen und ein lebhafteres Gespräch zwischen den Wissenschaftsorganisationen einerseits, dem Stifterverband für die deutsche Wissenschaft und den Gewerkschaften ergäbe ein vielleicht notwendiges Korrektiv gegenüber den Einflüssen der partikularen Interessen der Wirtschaft auf die Hochschulen..."[39]) Es ist bei der Feststellung geblieben. Nicht die Öffentlichkeit ist repräsentiert, sondern ein knappes Hundert.

Ein Großteil dieser Herren sind Ordentliche Professoren, das verhindert unnötige atmosphärische Reibung. Aber die Herren Mommsen und Co. haben ihren Kollegen etwas voraus: sie haben etwas hinter sich — die Konzerne. Sie und das, was man im Umgang mit ihnen lernt an Ellenbogenkraft, Verhandlungsgeschick und sonstigen Raffinessen, eingesetzt gegen Kunsthistoriker, Jura- oder Geographieprofessoren, muß seine Wirkung haben, vor allem, weil diese sechs mit dem Vertrauen der Bundesregierung und der Länder operieren können, die sie auswählten. Man muß gar nicht auf den als Mitglied der wissenschaftlichen Kommission wirkenden Prof. Hettlage zu sprechen kommen, der als Staatssekretär im Bundesfinanzministerium weisungsgebunden ist, um feststellen zu können: die sechs Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sind das trojanische Pferd der straff nach Weisung arbeitenden Verwaltungskommission im Lager der wissenschaftlichen Vertreter, kein hölzernes, sondern ein höchst virulentes.

Noch von anderer Seite ist garantiert, daß die Arbeit der wissenschaftlichen Kommission erwartungsgemäße Arbeit leistet: durch das „Wahlverfahren". Jede Hochschule benennt ihrer Landesrektorenkonferenz (LRK) einen oder mehrere Kandidaten. Die LRK wählen dann je nach Zahl der in ihr vertretenen Hochschulen zwei oder vier Kandidaten. Diese (gegenwärtig 32) Kandidaten werden sodann dem Länderausschuß der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) vorgeschlagen, der die Auswahl trifft, wobei er „im übrigen das Recht zur Aufstellung weiterer, von der LRK nicht genannter Kandidaten hat."[40]) Ist hier schon die Möglichkeit gegeben, das Votum der Professoren ins Leere laufen zu lassen, so bietet der letzte Schritt des Verfahrens neue Möglichkeiten der Manipulation seitens der eingespielten Clique von Wissenschaftsmanagern: die schon von der WRK möglicherweise — vor allem in Zeiten der massiven Opposition der Professoren gegen ihre Vertreter in den Spitzengremien, wie zum gegenwärtigen Zeitpunkt — manipulierte Auswahl wird „der Präsident der WRK mit den Präsidenten der DFG und der MPG zwecks Zusammenstellung der dem Bundespräsidenten vorzulegenden Liste erörtern".[41]) Die Folge ist, daß sich die Universitäten nicht darauf verlassen können, daß ihre Interessen durch das einzige Organ, das wirklich nur aus Professoren besteht, die WRK, vertreten werden. Dies um so mehr, als das Verfahren, mit dem mögliche Kandidaten für den WR geworben werden — sie erfahren, wenn sie sich nach ihrer künftigen Arbeit erkundigen sollten, nichts darüber — den Verdacht nahelegt, „daß das ganze Nominationsverfahren im Endeffekt sowieso sich nur an Kandidaten wendet, die auf welchen

---

39) Student an neuen Universitäten, a.a.O., S. 214.
40) „Schwarze Hefte" hrsg. WRK, 1962, S. 187.
41) A.a.O.

Wegen auch immer, mit den Plänen, den Arbeiten, dem Geist des WR schon vertraut und womöglich innerlich schon eingespielt sind . . ." [42]); um es kurz zu sagen: „. . . die in den Trend des WR hineinpassen".

Die Namensliste der führenden Vertreter der Hochschulen in den Bildungsorganen zeigt, daß dieses System funktioniert und eine exklusive Gruppe herausgefiltert hat, die sich in die staatlichen und industriellen Interessen integriert hat und mit ihren Vertretern auf mannigfache Weise persönlich verbunden ist: Coing, Präsident der WRK (1956/57), Vorsitzender des WR (1958/61); Raiser, Präsident der DFG (1951/55), Vorsitzender des WR (1961/65); Speer, Präsident der WRK (1962/64), Präsident der DFG (seit 1964), Mitglied des WR (seit 1966); Hess, Präsident der WRK (1951), Präsident der DFG (1955/64), Mitglied des WR (1958/65), ständiges Mitglied der WRK; Leussink, Präsident der WRK (1960/62), Mitglied des WR (seit 1963), Vorsitzender des WR (seit 1965). Wie isoliert diese Hochschul-Vertreter von ihren Hochschulen sind — der Hamburger Professor Schöne spricht von der vielerorts ausgebrochenen „notwendigen Vertrauenskrise" [43]) — zeigen die zahlreichen Proteste, mit denen die Empfehlungen des WR, mehr noch die Methode des WR und damit auch der darin vertretenen Hochschulvertreter bedacht wurden: Wie früher schon der Medizinische Fakultätentag hat sich die Philosophische Fakultät der Universität Hamburg — um nur eine Verlautbarung zu nennen — am 7. 5. 1966 von der Arbeitsweise des WR distanziert, „insoweit diese darin besteht, daß der WR bei der Vorbereitung seiner Beschlüsse vom Kontakt mit den jeweils zuständigen akademischen Gremien absieht, diejenigen Gelehrten, die er als Ratgeber heranzieht, nicht bekanntgibt und sie, wie seine ordentlichen Mitglieder, zum Stillschweigen verpflichtet".[44])

Diese Methode ähnelt bis ins Detail einer Praxis, die bei der Durchsetzung der Notstandsgesetze von ebendenselben Kreisen angewendet wird.

IX

Nach diesen Ausführungen dürfte mancher Leser die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums aufmerksamer lesen. Sie sind das bisher umfassendste Zeugnis des Bemühens um eine verfügbare Wissenschaft, verfügbare Fachleute. Es zeugt von Realismus, wenn der Bundestagsabgeordnete Müller (SPD) in einer Diskussion erklärte: „Es ändert sich (sollten diese Empfehlungen durchgesetzt werden) gegenüber heute gar nichts." [45]) Gedacht hat er sich dabei gar nichts. Ähnlich lautende Äußerungen seiner Parteifreunde zeigen das. Die SPD hat keine Konzeption für Forschung und Universitäten. Die CDU/CSU hat eine. Und die Monopole haben eine. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates kodifizieren nur, was beide im Verbund schon davon realisiert haben. Die „Reform"-Vorschläge tragen dem Wunsch der Monopole und des Staates nach kalkulierbarem Arbeitskräftereservoir vollauf Rechnung, indem die bisher nur bei Sonderfällen und an einigen Hochschulen praktizierte Zwangsexmatrikulation nun durch die Einteilung des Studiums in ein acht Semester dauerndes Normalstudium, ein sich anschließendes vier Semester dauerndes Aufbaustudium obligatorisch wird. Zum zweiten wird dadurch verhindert, daß nun doch noch zu guter Letzt irgendwo sich ein kritischer Geist entwickeln könnte, der potentiell gefährlich ist.

---

42) W. Schöne, Der Kampf um die deutsche Universität, Hamburg, 1966, S. 46.
43) A.a.O., S. 43.
44) Zit. a.a.O., S. 48.
45) Zit. in: „Akut, Nachrichtenblatt der Bonner Studentenschaft", Dezember/Januar 1966/67, Nr. 29/30, S. 11.

Die Tatsache, daß bei fehlender genauer inhaltlicher Bestimmung der ersten Phase des Normalstudiums die zweite Phase schlicht als „freiere" bezeichnet wird, signalisiert diesen Zusammenhang, um so mehr, als es dann weiter ausholend heißt, daß der Student, „in einer gestuften, von Anfang an wissenschaftlichen Begegnung mit dem Fach lernen (soll), von der akademischen Freiheit den rechten Gebrauch zu machen . . .".[46]) Dem Verfasser sei erlaubt, daran zu zweifeln, daß die obengenannte Begegnung, aus der der rechte Gebrauch der Freiheit mit der Zeit sich erlernen lassen soll, eine solche mit dem Fache ist. Er erinnert sich einer Entschließung des schon öfter zitierten „Gesprächskreises Wissenschaft-Wirtschaft", wo zu lesen ist: „Ein erzieherisches Vakuum in den Altersklassen zwischen 19 und 24 ist unter den heutigen Gegebenheiten nicht zu verantworten." [47]) Für dieses Vakuum ist Abhilfe geschaffen: noch geistert der Kollegienhaus-Plan der WR durch die Neugründungsgutachten, der da vorsieht, jeden Studenten in die „geistige Gemeinschaft" eines Wohnheimes einzugliedern, aus der sich eine „akademische Lebensform" entfalten soll, reguliert oder besser: geordnet von einer Trias von Tutoren, Protektoren und dem Kollegienleiter.[48]) Da ist schon eine neue Chimäre geboren: die immer nachhaltiger erhobene Forderung nach einem gesellschaftspolitischen Grundstudium, das den Staatsbürger befähigen soll, die Erscheinungen und Ereignisse des Lebens „in die geltenden gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen" einzubauen.[49]) Es wird damit erreicht, was der WR als Haupt- und Staatszweck seiner „Reform" erwartet, daß ein für allemal keine „Reibungsverluste" mehr entstehen.[50]) Ein neuer glatter, kantenloser Mensch wird hier modelliert, ein Mensch, der, einmal zustandegebracht, nun von allein das bewerkstelligt, was einzig man von ihm verlangt: den Impulsen des gesamtgesellschaftlichen Bewußtseins zu folgen.

Daß dies keine Orwell-Vision ist, zeigt die Tatsache, daß die Professoren nicht ausgenommen sind von der Formierung: daß man eine genau fixierte Pflichtstundenzahl einzuführen gedenkt, mag noch angehen. Zukünftig aber werden die Professoren auch im Kern ihrer Tätigkeit betroffen werden. Sie sind — und damit schließt sich, mit dem Rückgriff auf einen bereits 1964 artikulierten verfassungswidrigen Repressionspassus das System — „hinsichtlich des Inhalts von Forschung und Lehre frei, im übrigen (?) an die bei der Berufung übernommenen Pflichten und an die Beschlüsse der Hochschulorgane gebunden, insbesondere (?) an die von den Fakultäten oder Abteilungen aufgestellten Lehrpläne".[51])

X

Man sollte nicht warten, bis eine neue kleine Drehung der Reform-Schraube Fakultäten und Abteilungen gleichgeschaltet hat. Schon gibt es Hochschulen, in denen ein Kurator als Vertreter des Staates Exekutivvollmachten ausübt, als Hochschulorgan. Schon lange rufen die Monopole danach, daß man ihnen ihr Recht einräume, „für die Entwicklung von (Bildungs)Institutionen ebenso wie für die stoffliche Planung".[52])

---

46) Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen, hrsg. WR (hektogr.), S. 55.

47) Gesprächskreis Wissenschaft-Wirtschaft, Entschließungen und Empfehlungen 1958—1964, Essen 1965, Empfehlung E.

48) Zit. „Informationen aus der Studentenschaft", hrsg. VDS, 1962, Nr. 15/16, S. 19.

49) L. Vaubel, in: Wirtschaft und Schule, Köln/Opladen 1965, S. 7.

50) Empfehlungen, a.a.O., S. 18.

51) Zit. Schöne, S. 86.

52) W. Eichler, Bildungsfeld Wirtschaft, Köln 1965, Heft 39, S. 78.

Neu im Dezember 1967

459 **Joseph Roth:**
Die Kapuzinergruft
Roman

460 **Geistliches Donnerwetter**
Bayerische Barockpredigten
Hrsg.: Georg Lohmeier

461 **Bruce Marshall:**
Der Monat der fallenden Blätter
Roman

"'462 **Buchheim / Broszat /**
"'463 **Jacobsen / Krausnick:**
Anatomie des SS-Staates
Zwei Bände in Kassette

"sr 61 **Thomas Mann / Karl Kerényi:**
Gespräch in Briefen
sonderreihe dtv

"'3062 **dtv-Lexikon. Band 12**
Ein Konversationslexikon
in 20 Bänden

Normalband	DM 2,80
"Großband	DM 3,80
"'Doppelband	DM 4,80

dtv

Alfred Frisch berichtet unter dem Titel: „Der Staat als industrielle Antriebskraft in Frankreich", wie so etwas realiter aussieht: „Es herrscht so die allgemeine Tendenz vor, die Universität aus der Sphäre der reinen Wissenschaft herauszunehmen und bis zur Grenze des Möglichen in den Dienst der Wirtschaft zu stellen. Recht methodisch ergänzt man das Lehrprogramm außerhalb der naturwissenschaftlichen Fächer, um eine spätere Einordnung des Studenten in das Wirtschaftsleben zu erleichtern, um den Übergang von der Theorie zur Praxis möglichst reibungslos und schnell sicherzustellen ... Das allgemeine Erziehungswesen, besonders der Mittelschulen, wird außerdem dem jeweiligen Bedarf der Wirtschaft angepaßt, bei systematischer Förderung des Berufsschulwesens. Selbstverständlich sind nicht alle Reformen erfolgreich, und es mangelt auch nicht an traditionellen Widerständen. Die Entwicklung verläuft jedoch deutlich in eine realistische Richtung ..." [53])

Es ist nicht Zeit, in den Spiegel Universität zu schauen, darin die Zuckungen, die widerspruchsvollen Bewegungen, die Versuche, sie zu lösen einer sich auf allerhand vorbereitenden, sich einübenden Gesellschaft zu suchen. Die Universität ist zum Frontabschnitt geworden: nachdem das Wirtschaftssystem gesichert, durch Liquidation, Zähmung und Unterwerfung aller relevanten innenpolitischen Gegner jede Alternative ausgeschlossen ist, gilt es Sorge zu tragen, daß dies Friedenswerk auch durch Krisenzeiten daure. Dazu dient die Notstandsgesetzgebung, dafür wurde das Konzept der „formierten Gesellschaft" entworfen: es der so befriedeten Volksgemeinschaft über den Kopf zu stülpen.

Während sich aber dies alles tut, während, um aus dem kürzlich veröffentlichten Brief eines erschreckten jungen Hochschullehrers zu zitieren „so ziemlich alles programmatisch verwaltet (!) wird, entdeckt man jetzt, daß es noch einen Hort von Selbständigkeit gibt, die deutsche Universität ... Der Haß gegen die Freiheit der Identität von Forschung und Lehre, diese Manifestation des Unnützen, mußte zu diesem Angriff führen. Ich habe auch von Männern, die das durchschauen, gehört, man müsse sich mit der neuen Entwicklung arrangieren, um das Schlimmste zu verhindern. Ich finde es erschreckend, daß diese Männer nicht aus der jüngsten Geschichte gelernt haben, wohin es führt, wenn man mit den Wölfen heulen will, um als Hund zu überleben." [54])

53) Vgl. 17, S. 624.
54) Vgl. 42, S. 8.

Martin Hall, Los Angeles

Politische Konfrontation in den USA

I

Aus verständlichen Gründen hat sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Konfrontation der Friedensbewegung mit der Regierung Johnson konzentriert, zu der es am 21. Oktober d. J. genau im Zentrum der Macht, in Washington, D.C., kam. Um jedoch die wirkliche Bedeutung dieser Ereignisse zu verstehen, muß man die neuen Elemente in der amerikanischen Friedensbewegung analysieren, die in den letzten Monaten zu einem Anwachsen dieser Bewegung geführt haben, und dabei vor allem die qualitative Veränderung berücksichtigen, die in Teilen der Friedensbewegung stattgefunden hat.

Im gegenwärtigen Stadium kommen zwei Trends zusammen. Da ist zunächst die wachsende und öffentlich artikulierte Opposition gegen Johnsons Kriegspolitik unter führenden Politikern im amerikanischen Senat und seitens einer Reihe von hochgestellten ehemaligen Beratern des verstorbenen Präsidenten John F. Kennedy; hinzu kommen die organisierte Revolte innerhalb der Demokratischen Partei gegen den Präsidenten, die das Ziel anstrebt, seine Wiederwahl im Jahre 1968 zu verhindern, sowie erste Anzeichen entschiedener Opposition von der Seite führender Persönlichkeiten aus Industrie und Finanz. Das ist eine der neuen Entwicklungen. Die andere wird gekennzeichnet durch die rasch wachsende Militanz derjenigen Kräfte, die in der Vergangenheit die Friedensbewegung entscheidend mitgetragen haben und deren Radikalisierung parallel mit der Radikalisierung der Negerbewegung verläuft. Bei den Studenten, den Professoren, Frauenorganisationen wie „Women Strike for Peace" und anderen Gruppierungen ist diese wachsende Militanz offensichtlich.

Die mit diesen neuartigen Tendenzen konfrontierte Regierung zeigt Anzeichen einer Nervosität, die bisweilen an Panik grenzt. Obwohl bis zu den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1968 noch über ein Jahr Zeit ist, gewinnt man aus Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehprogrammen oft den Eindruck, als fänden sie bereits im nächsten Monat statt. Die ständige Eskalation des Vietnamkrieges, die Bombardierung von bisher nicht freigegebenen Zielen, die immer näher an der chinesischen Grenze liegen — eine Entscheidung, bei der Verteidigungsminister McNamara übergangen wurde —, das völlige Fehlschlagen sowohl der Taktik des „Aufsuchens und Vernichtens" als auch des Befriedungsprogramms, die unbestreitbare Farce „demokratischer" Wahlen in Südvietnam — all das spiegelt sich hier bei uns in einer immer arroganteren Haltung der Regierungssprecher gegenüber jeder Art von Kritik wider, was nicht nur zu einem Gefühl wachsender Frustration in Teilen der Friedensbewegung geführt hat, sondern auch die Zusammenarbeit zwischen Kongreß und Weißem Haus hat zusammenbrechen lassen. Die Tatsachen zur Illustration dieser neuen Entwicklung sind zu zahlreich, als daß sie im Rahmen dieses Artikels aufgezählt werden könnten. Wir werden uns hier auf die wichtigsten beschränken.

II

In Johnsons eigener Demokratischen Partei brach die Rebellion gegen seine Wiederwahl zum Präsidenten im Jahre 1968 zuerst in Kalifornien aus. Am 30. September beschloß in Long Beach ein außerordentlicher Kongreß des California Democratic Council, der größten nach unten verzweigten Organisation der Demokratischen Partei in den USA, mit überwältigender Mehrheit, gegen die offiziell vorgesehene Delegiertengruppe zur „Democratic Convention" (der Tagung, die im kommenden Jahr den Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei nominiert), bei den Vorwahlen eine unabhängige Gruppe von Kandidaten aufzustellen, die angewiesen sind, nur einen Präsidentschaftskandidaten zu unterstützen, der sich verpflichtet, „für die sofortige Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam, für Verhandlungen zwischen allen Beteiligten mit dem Ziel, den Krieg zu beenden und die amerikanischen Streitkräfte zurückzuziehen, sowie für internationale Garantien über eine Nichteinmischung in Vietnam" einzutreten. Es stimmt zwar, daß militantere Kräfte auf diesem Kongreß, die die Einstellung aller Bombenangriffe auf Nord- und Südvietnam und den bedingungslosen Rückzug der amerikanischen Truppen forderten, keine Mehrheit erhielten, aber die Tagung stellte für den Präsidenten einen schweren Schlag dar, insbesondere aufgrund der Tatsache, daß das Weiße Haus bis zum letzten Augenblick durch alle möglichen Druckmittel von den Delegierten erreichen wollte, sich nicht gegen die Regierung zu wenden. So drohte man damit, allen kalifornischen Amtsträgern der Demokratischen Partei, die sich nicht öffentlich von der Resolution distanzierten, für ihre Wiederwahl-Kampagnen die Schirmherrschaft und jegliche finanzielle Unterstützung zu entziehen.

Es sieht nicht so aus, als sei Kalifornien — der Staat, der als der bevölkerungsreichste auch die stärkste Delegation des Parteikongresses im kommenden Jahr stellen wird — der einzige Herausforderer Johnsons aus den eigenen Reihen. Im Staate New York gewinnt eine Bewegung ständig an Boden, die Robert F. Kennedy zu den Vorwahlen als Präsidentschaftskandidaten aufstellen will, und es ist durchaus möglich, daß andere Staaten sich diesem Vorgehen anschließen. Dennoch scheint Kalifornien das Zentrum der Revolte in der Demokratischen Partei zu sein. Am 8. Oktober mißachtete in San Francisco eine Konferenz der „Jungen Demokratischen Clubs" aus den Weststaaten den leidenschaftlichen Appell des früheren Gouverneurs von Arizona, Sam Goddard, Johnsons Vietnampolitik zu unterstützen. Die Konferenz nahm stattdessen eine Resolution an, in der der Präsident aufgefordert wird, die Einstellung der Bombardierung Nordvietnams anzuordnen und „Verhandlungen mit allen Beteiligten über ein ehrenhaftes Disengagement der amerikanischen Streitkräfte in Südostasien" aufzunehmen.

Am darauffolgenden Tag, dem 9. Oktober, lautete die Schlagzeile der „Los Angeles Times": „Geschäftsführer fordern Frieden — Beträchtliche Verstärkung für die Opposition gegen den Krieg". Die Zeitung berichtete über eine am 27. September in New York durchgeführte Konferenz, auf der 700 leitende Geschäftsführer aus Industrie und Finanz vertreten waren. Die Gruppe nennt sich „Aktion der Geschäftsführer für Frieden in Vietnam". Sie veröffentlichte in allen führenden Zeitungen der USA ganzseitige Anzeigen. Ihre Zusammensetzung ist außerordentlich eindrucksvoll. Es handelt sich hier nicht um einige isolierte Idealisten; der Gruppe gehören vielmehr die Vertreter angesehener amerikanischer Industrie- und Bankunternehmen an, unter ihnen Henry E. Niles, Aufsichtsratsvorsitzender der Baltimore Life Insurance Co.; Max Palevsky, Präsident von Scientific Data Systems, Santa Monica, Kalifornien; Augustin H. Parker,

Aufsichtsratsvorsitzender der Old Colony Trust Co. in Boston; Graeme Lorimer, Direktor der Girard Trust Bank, Philadelphia; Raymond W. Ickes, Präsident der American President Lines, San Francisco; Wayne L. Horvitz, Vizepräsident der Matson Navigation Company, San Francisco; Clarence E. Heller, Partner der in ganz Amerika bekannten Firma Schwabacher & Co., San Francisco, und viele andere. Mariner Eccles, Vorsitzender des Federal Reserve Board unter Präsident Roosevelt, eröffnete die Konferenz.

Harold Willens, Vorsitzender der Factory Equipment Supply Co. in Los Angeles, sagte als Mitgründer und Ko-Präsident dieser Organisation in einem Interview mit der „Los Angeles Times": „Wir sind mit positiven Antworten geradezu überschüttet worden. Das hat unsere Erwartungen bei weitem übertroffen ... Und alle sagen, es ist großartig. Sie haben nur darauf gewartet, daß die Geschäftswelt ihre Meinung sagt."

Viele der Firmen, die sich der neuen Friedensorganisation angeschlossen haben, stellten bisher der Demokratischen Partei beträchtliche finanzielle Mittel für ihre Wahlkampagnen zur Verfügung. Ihre Forderungen sind die gleichen, wie sie der California Democratic Council erhebt. Ihr Hauptargument ist, daß eine Politik, die so offensichtlich zum Mißerfolg geführt hat, aufgegeben werden muß, genau so wie ein Geschäftsmann eine erfolglose Geschäftspolitik aufgibt, wenn er nicht bankrott gehen will.

Auf der Konferenz hielt Senator Thruston B. Morton ein Grundsatzreferat. Morton ist Republikaner aus Kentucky; einige Tage vor der Konferenz hatte er in einer Rede im US-Senat erklärt, er habe mit Johnsons Vietnampolitik gebrochen und er sei im Unrecht gewesen, als er den Präsidenten unterstützt habe. Im Senat nimmt die Opposition ständig zu. Weitere Senatoren haben sich in den letzten Wochen von Johnson getrennt: Senator John Sherman Cooper (Republikaner, Kentucky), Senator Charles H. Percy (Republikaner, Illinois, wird 1968 möglicherweise als Präsidentschaftskandidat nominiert), Senator Clifford P. Case (Republikaner, New Jersey) und Senator Jacob Javots (Republikaner, New York). Zuletzt hat Gouverneur George Romney, Michigan, einer der meistgenannten Anwärter auf das Weiße Haus, erklärt, während seiner letzten Vietnamreise sei er „von den Generalen und Diplomaten einer Gehirnwäsche unterworfen worden".

Der Präsident hat sein altes Rezept anzuwenden versucht und einige seiner prominentesten Kritiker aus den Reihen der Demokraten ins Weiße Haus geladen und sie gebeten, sich im Jahre 1968 nicht gegen ihn zu wenden. Aber 1968 ist noch weit, und es ist bezeichnend, daß der bekannteste und wirkungsvollste demokratische Kritiker Johnsons nicht ins Weiße Haus ging: der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses, Senator Fulbright.

Der Abfall politischer Führer, die ihn bis dato unterstützten, ist nicht das einzige, worüber Johnson verärgert ist. Von den engsten Beratern des früheren Präsidenten John F. Kennedy äußert einer nach dem anderen scharfe Kritik an Johnsons Vietnampolitik. Am 8. Oktober appellierte in Washington Arthur M. Schlesinger an Johnson, „sich von seiner fixen Idee zu befreien, in Vietnam einen militärischen Sieg zu erringen, und stattdessen daranzugehen, den Krieg einzudämmen." Theodore C. Sorensen, Hauptautor der Reden des verstorbenen Präsidenten Kennedy, veröffentlichte am 21. Oktober einen Artikel in der „Saturday Review", in dem er die bedingungslose Einstellung der Bombardierung Nordvietnams und die Einberufung einer geheimen Friedenskonferenz für Vietnam forderte. Er betonte, beide Seiten seien verpflichtet, zum Genfer Abkommen zurückzukehren,

die Feindseligkeiten einzustellen und die fremden Truppen abzuziehen, um zu einem neutralen, unabhängigen Südvietnam zu kommen und, falls notwendig, zu einer aus allen Beteiligten zusammengesetzten Koalitionsregierung. Selbst der demokratische Senator Symington, bislang einer der führenden „Falken", schlug am 3. Oktober die Einstellung aller militärischen Handlungen in Vietnam vor, „um die Verhandlungsbereitschaft Nordvietnams zu testen".

Es ist unmöglich, diese Lawine von Angriffen auf die Vietnampolitik der Regierung durch bisherige Anhänger Johnsons als bloße Manöver vor den Wahlen des kommenden Jahres abzutun. Drei oder vier Monate vor den Wahlen hätte eine solche Erklärung zutreffen können, aber nicht heute, über ein Jahr vor dem Urnengang der Wähler.

III

Da wir gerade von Wahlen sprechen: Meinungsumfragen wie die des Gallup Instituts bezeugen ein fortwährendes Absinken der Unterstützung für Johnson. Zum ersten Mal hat Senator Robert Kennedy Johnson in einer gesamtamerikanischen Meinungsumfrage überrundet. Obwohl Robert Kennedy erklärt, er sei kein Kandidat, sind seine Anhänger außerordentlich darin bestärkt worden, seinen Namen auf die Listen zu weiteren Vorwahlen zu setzen, so etwa in Wisconsin und vielleicht in Oregon.

Bis heute ist die Reaktion der Regierung auf die Attacken ihrer Kritiker vollkommen negativ geblieben. Außenminister Rusk und der Präsident selbst haben in ihren jüngsten Reden ihre harte und kompromißlose Linie beibehalten; in einigen ihrer letzten Erklärungen ist ein häßlicher Unterton zu vernehmen, wenn sie ihren Kritikern vorwerfen, „sich zu Helfershelfern des Feindes zu machen". Rusk sprach von der Gefahr eines „militanten asiatischen Kommunismus", und Vizepräsident Humphrey warnte vor „einer Milliarde Chinesen mit Atomwaffen". Selbst eine Pro-Johnson-Zeitung wie die „Los Angeles Times" hielt es am 18. Oktober für notwendig, einen Artikel von Joseph Kraft mit der Überschrift „Gelbe Gefahr — vorsichtig behandeln!" zu veröffentlichen. Der Artikel schließt mit den Worten: „Tatsache ist, daß die Regierung unser Land in einen Krieg hineingeführt hat, von dem sie nicht weiß, wie sie ihn beenden soll; sie weiß nur, wie man tiefer und immer tiefer hineingerät. Und genau das tut sie gerade jetzt in einer Haltung von Wut, Enttäuschung und purer Böswilligkeit." Vor diesem Hintergrund der wachsenden Opposition, der Enttäuschung und sogar der Verzweiflung angesichts der rasch steigenden amerikanischen Verluste in Vietnam und der Zahl der verlorengegangenen Militärflugzeuge, die in den letzten Wochen eine Rekordhöhe erreicht hat, muß man die qualitative Veränderung beurteilen und verstehen, die in der gesteigerten Militanz der organisierten Friedensbewegung zum Ausdruck kommt. Es ist eine Tatsache, daß die Polizeimethoden zur Unterdrückung von Massendemonstrationen und Aktionen gegen den Vietnamkrieg brutaler geworden sind, andererseits aber ist es ebenso wahr, daß nicht einmal ein Polizeiterror wie der am 23. Juni in Los Angeles die Friedenskräfte hat einschüchtern können. An diesem Tage wurden 25 000 Demonstranten gegen Präsident Johnson, der damals die Stadt besuchte, brutal angegriffen, fünfzig wurden inhaftiert und über vierzig mit schwereren oder leichteren Verletzungen in Krankenhäuser gebracht. Als wenige Wochen nach diesem Ereignis der Peace Action Council zu einer weiteren Demonstration „zur Verteidigung des Rechts, auf die Straße zu gehen" aufrief, prophezeite die Presse, nur einige wenige würden sich aufgrund der am 23. Juni gemachten Erfahrungen versammeln. Die Demonstration am 6. August, am Hiroshimatag, die von Nobel-

preisträger Dr. Linus Pauling angeführt wurde, hatte mindestens 20 000 Teilnehmer.

Die am 15. Oktober beginnende Woche brachte dann die im nationalen Maßstab bisher bestkoordinierte Manifestation des Widerstandes gegen die Einberufung zum Wehrdienst. Die Aktionen waren lange im voraus hauptsächlich von den großen Universitäten vorbereitet worden. Noch bevor die „Widerstandswoche gegen die Einberufung" begonnen hatte, demonstrierte die Organisation „Women Strike for Peace" in Washington. 600 bis 700 Frauen begaben sich am 20. September vor das Weiße Haus, um gegen eine neue Anordnung des Innenministeriums zu protestieren, in der die Zahl zulässiger Demonstranten vor dem Weißen Haus auf 100 herabgesetzt worden war. Als die Frauen am Weißen Haus ankamen, mußten sie feststellen, daß der ihnen zugewiesene Platz mit einem Holzzaun umgeben war. Hunderte von Frauen versuchten daraufhin, das Weiße Haus zu erreichen. Sie wurden von der Polizei brutal angegriffen, viele wurden zu Boden geworfen, mit Schlagstöcken geprügelt und festgenommen.

Aber die Frauen waren nicht einzuschüchtern. Dagmar Wilson, die gerade von einer Reise durch Nordvietnam zurückgekommen war, und andere übergaben dem Direktor der nationalen Einberufungsbehörde eine Erklärung, in der sie die wehrpflichtigen Männer, die sich weigern, nach Vietnam zu gehen, ihrer vollen Unterstützung versichern. In der Erklärung heißt es: „Wir glauben, daß nicht wir, sondern diejenigen, die unsere Söhne zum Töten und Getötetwerden hinausschicken, ein Verbrechen begehen."

Während der Widerstandswoche gegen die Einberufung war es das erklärte Ziel der Demonstranten, das normale Auswahlverfahren an den Sammelstellen für die gezogenen Wehrpflichtigen durch Sit-ins, Blockierung von Einfahrten usw. funktionsunfähig zu machen. Die größte Demonstration fand in Oakland, Kalifornien, statt. Eine ganze Woche lang blockierten Tausende von Demonstranten (allein an einem Tage waren es zehntausend) den Eingang der Einberufungsstelle. Über 450 wurden von Polizei festgenommen, die die Demonstranten mit Schlagstöcken und Tränengas bekämpfte. Selbst Zeitungs- und Fernsehreporter wurden bei einem dieser Vorfälle niedergeknüppelt und mit Gas angegriffen. Joan Baez, wohl die bekannteste Folk-Sängerin und sehr aktiv in der Friedensbewegung, befand sich unter den Festgenommenen. Sie wurde sofort zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.

Im ganzen Lande kam es zu ähnlichen Demonstrationen. Neunzehn Demonstranten wurden in Los Angeles festgenommen, 350 demonstrierten in New York, einige hundert in Chicago, Washington, Madison und Wisconsin (auch hier setzte die Polizei Tränengas ein). Eine der eindrucksvollsten Demonstrationen fand in Boston statt. Wie auch an anderen Orten gaben Hunderte von jungen Männern unter Protest ihre Gestellungsbescheide zurück — wohl wissend, daß sie sich mit einer derartigen Aktion eines Verbrechens schuldig machten. In der Arlington Street Unitarian Church, einer der ältesten Kirchen Bostons, verbrannten 70 junge Männer ihre Einberufungsbefehle auf dem Altar der Kirche und füllten die Asche in eine silberne Urne. Dr. George H. Williams, Professor an der Harvard Divinity School, gab das Signal zur Verbrennung der Papiere in der Kirche. Über 220 andere übergaben ihre Papiere Geistlichen ihres Bekenntnisses. Typisch für die moralische Entschiedenheit dieser Bewegung war auch die Tatsache, daß in Los Angeles auf den Stufen des Federal Building Professoren in ihren Roben zu einer Kundgebung erschienen, in deren Verlauf Einberufungspapiere an die Behörden zurückgegeben wurden. Die Professoren trugen ein

Transparent mit der Aufschrift: „Wir haben diese Kriegsdienstverweigerer ermutigt. Wir würdigen ihre Haltung und werden das auch weiterhin tun. Wir sind bereit, alle Repressalien, die gegen sie angewandt werden, zu teilen."

Auf den Stufen eben dieses Federal Building ließ Mrs. Florence Beaumont, die 56jährige Frau eines Graphikers, Mutter zweier Töchter im Alter von 18 und 20 Jahren, am ersten Tag der Widerstandswoche Benzin über ihre Kleider gießen und zündete sich selbst an, um den Feuertod zu sterben, mit dem vietnamesische Buddhisten gegen den Krieg protestieren.

Wenige Tage vor ihrer Selbstverbrennung sagte sie zu ihrem Mann: „Das Leben hat keinen Sinn mehr, wenn unsere Vertreter nicht auf uns hören. Das einzige, was man von ihnen bekommt, sind vorgedruckte Schreiben."

IV

Mit dem Näherrücken des 21. Oktober, des Tages also, für den der Marsch auf Washington mit dem Höhepunkt einer Massendemonstration vor dem Pentagon angekündigt worden war, verschärfte sich die gespannte Situation weiter. Das Weiße Haus gab den Einflug von 3000 Fallschirmjägern bekannt, die in der Hauptstadt die Polizeikräfte verstärken sollten. Eine Woche lang zogen sich die Verhandlungen hin, die zwischen dem National Mobilization Committee und den örtlichen Behörden geführt wurden. Zunächst hieß es, für eine Demonstration in der Nähe des Pentagons werde es keinerlei Erlaubnis geben. Die führenden Vertreter der Friedensbewegung blieben hart und erklärten öffentlich, die Demonstration werde stattfinden, mit oder ohne Genehmigung. Schließlich wurde ein Marsch vom Lincoln Memorial bis zu einem großen, zum Pentagon gehörenden Parkplatz genehmigt. Zur gleichen Zeit verabschiedete der Kongreß in aller Eile Sondergesetze, die Sit-ins im Repräsentantenhaus und im Senat zu einem Verbrechen erklären, das mit langfristigen Gefängnis- und hohen Geldstrafen geahndet werden kann.

In der Zwischenzeit trafen in Autos, Bussen und Flugzeugen die Demonstranten ein.

Am Sonnabend, dem 21. Oktober, fand dann bei strahlendem Sonnenschein die Massenkundgebung vor dem Lincoln Memorial statt. Die Zahl der Teilnehmer wurde von Dave Dellinger, dem Vorsitzenden des National Mobilization Committee, auf 150 000 geschätzt. Die Washingtoner Polizei gab eine Zahl von 60 000 aus. In jedem Fall war es die größte Friedensdemonstration, die die Hauptstadt der USA jemals gesehen hat. Unter den Teilnehmern war ein großer Teil Frauen, Studenten und Angehörige der Mittelschicht, während die Beteiligung der zahlenmäßig starken farbigen Bevölkerung Washingtons den Erwartungen nicht entsprach.

Der bekannte Kinderarzt Dr. Benjamin Spock sprach neben Dave Dellinger und anderen Rednern zu den Teilnehmern. Spock erklärte: „Nicht die Nordvietnamesen oder die Nationale Befreiungsfront, sondern Lyndon B. Johnson ist unser Feind." John Wilson, ein Negerführer des Student Non-Violent Co-ordinating Committee, rief der Menge zu: „Die weiße Bevölkerung fängt jetzt an zu begreifen, was es heißt, wenn man Grund zur Klage, aber keine Möglichkeit hat, die Regierung zu beeinflussen ... Schwarze und Weiße müssen dem ‚Honkie' (eine Bezeichnung der Black-Power-Bewegung für ihre Gegner) zeigen, daß wir Leute sind, die immer und immer und immer wieder Widerstand leisten werden ..."

Wie vorher angekündigt, versuchte dann ein Teil der großen Demonstration, die Barrikaden der Polizei zu durchbrechen und in das Pentagongebäude einzudringen. Rund 500 Demonstranten wurden festgenommen; an mehreren Stellen kam es zu Zusammenstößen mit Polizei und Fallschirmjägern. Unter den Festgenommenen befanden sich Dave Dellinger vom National Mobilization Committee und der bekannte Schriftsteller Norman Mailer.

Weitere Aktionen zivilen Ungehorsams schlossen sich an. Rev. William Sloane Coffin, Kaplan an der Yale Universität, zog mit einer Delegation von führenden Kirchenmännern, Wissenschaftlern und anderen in das Justizministerium. Im Ministerium übergaben die Delegationsmitglieder eine förmliche Erklärung, in der festgestellt wurde, sie alle hätten jungen Männern geraten, Widerstand gegen den Wehrdienst zu leisten, und hätten damit gegen das Gesetz verstoßen. Coffin forderte den Vertreter des Justizministeriums auf, ihn und die anderen Mitglieder der Delegation strafrechtlich zu verfolgen. Als der Beamte sich weigerte, beschuldigte Rev. Coffin ihn der Pflichtverletzung.

Zu einem dramatischen Ereignis kam es auf der Kundgebung, als Rev. Coffin eine Fackel übergab, die am Hiroshimatag in dieser japanischen Stadt angezündet, dann nach San Francisco geflogen und von dort durch Stafettenläufer quer durch den Kontinent getragen worden war. Sie erreichte Washington noch rechtzeitig am 21. Oktober.

Dave Dellinger charakterisierte die Ereignisse des 21. Oktober korrekt, als er in einer Pressekonferenz am folgenden Tage erklärte, der Marsch auf Washington habe bewiesen, daß die Gegner des Vietnamkrieges von der bloßen Äußerung abweichender Meinungen übergegangen seien zum Widerstand. Und das auf Kosten von Hunderten von Festgenommenen und über vierzig Demonstranten, die von der Polizei so zusammengeschlagen wurden, daß sie in Krankenhäuser gebracht werden mußten.

Außer dem Eindruck, den diese Massendemonstration in der Hauptstadt hinterließ, hatte Präsident Johnson gerade einen Tag zuvor eine politische Schlappe hinnehmen müssen, als sich die Konferenz der amerikanischen Gouverneure weigerte, eine Resolution zur Unterstützung seiner Vietnampolitik auch nur in Erwägung zu ziehen.

Am 21. Oktober erklärte der republikanische Senator Mark Hatfield aus Oregon und frühere Gouverneur dieses Staates in einer Rede in Troy, New York, die Republikanische Partei müsse eine Friedenspartei werden, wenn sie die nächsten Präsidentschaftswahlen gewinnen wolle. Hatfield sagte unter anderem: „Wenn alles, was die Republikaner anzubieten haben, nur darin besteht, größere Bomben zu bauen, um Johnson zu übertrumpfen (to out-Johnson Johnson), dann wird die Bevölkerung bei den Wahlen nicht vor eine wirkliche Wahl gestellt."

Der Senator wandte sich scharf gegen die Theorie der Regierung, eine Eskalation der Bombenangriffe könne Nordvietnam zu Verhandlungen zwingen. Dieses Konzept sei ebenso falsch wie das der Römer, die das Christentum dadurch unterdrücken wollten, daß sie den Löwen Märtyrer vorwarfen. Er forderte, die amerikanischen Truppen in Vietnam durch asiatische Truppen zu ersetzen, und fügte hinzu: „Wenn wir sagen, nur US-Truppen können den Feind besiegen, dann sagen wir damit, daß die Sache des Kommunismus eine Unterstützung findet, die wir nicht finden ... Wenn asiatische Nationen unsere Sache nicht der Unterstützung wert erachten, dann müssen wir der Tatsache ins Gesicht sehen, daß wir dort keine Sache zu vertreten haben, dann sollten wir uns zurückziehen."

Vor einem Jahr wäre dies die Sprache der extremen Linken gewesen. Daß diese Worte heute von einem konservativen politischen Führer der Republikaner geäußert werden, beleuchtet die qualitativen Veränderungen, die in der amerikanischen Friedensbewegung stattgefunden haben. Diese Bewegung ist sich in keiner Weise einig über die bei allen Gelegenheiten anzuwendenden Methoden des Protestes und des Widerstandes. Sie hat jedoch eine große Vielfalt verschiedener Möglichkeiten ihres Vorgehens entwickelt — die zahlreichen Vorstöße, die Vietnamfrage per Volksbefragung zu einem Wahlkampfthema des Jahres 1968 zu machen, zeigen eine dieser Methoden —, und vor allem hat sie die Reife entwickelt, das Recht eines jeden Individuums und einer jeden Gruppe zu respektieren, selbst darüber zu entscheiden, welche Schritte zu unternehmen sind, um eine Regierungspolitik zu bekämpfen, die im ganzen Lande rapide an Unterstützung verliert.

Aus dem Amerikanischen von Rudolf Schultz

Hans-Jürgen Haug

Demokratisierung der Schule durch politische Schülerorganisationen

Kritik, Praxis und Pläne des AUSS

Den Initiativen der Studenten zur Demokratisierung der Hochschule folgen nunmehr auch demokratische Aktivitäten der Ober-, Mittel- und Berufsschüler. Zum erstenmal in der Geschichte der zweiten deutschen Republik gibt es eine politische Schülerorganisation: Das Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler, kurz AUSS.

Es begann im letzten Winter in Berlin. Fünfzig Schüler — unter ihnen die beiden Söhne des Außenministers — hatten sich im Club „ca ira" versammelt, um über Maßnahmen gegen die „allmächtige Schulleitung" zu beraten. Anfang Februar d. J. gründeten sie die „Unabhängige Schülergemeinschaft". Mitinitiator Peter Brandt sagte dazu: „Es kann nicht zugelassen werden, daß in der Schule systematisch Leute ohne Rückgrat, verschüchterte Befehlsempfänger gezüchtet werden." Die nächste Station war Göttingen. Dort erregte Ende Februar d. J. ein Flugblatt Aufsehen, das in einer Auflage von zweitausend Exemplaren vor sämtlichen Gymnasien verteilt wurde. „Die Schüler", so hieß es darin, „sind in unserer Gesellschaft eine unverhältnismäßig rechtlose, unterdrückte und von nichtdemokratisch kontrollierten Instanzen abhängige Gruppe."

Als am 18. Juni d. J. der erste Schülerkongreß veranstaltet wurde, waren Fernsehen, Funk, Presse, Film und achthundert Schüler dabei. Die Einleitungsreferate

wurden gehalten von Prof. Wolfgang C. Müller, Dr. Erich Reichwein, Dr. Sebastian Herkommer und dem Göttinger Gymnasiasten Reinhard Kahl. Am Nachmittag versammelten sich Arbeitskreise zu den Themen Schülermitverwaltung, Deutsch- und Geschichtsunterricht, Sexualtabus an der Schule, 17. Juni.

Viele hatten gehofft, daß der Elan der Schüler über die Sommerferien abklingen würde. Doch Schülerbünde schossen wie die Pilze aus dem Boden. Bei der zweiten Delegiertenkonferenz (14./15. Oktober d. J.) hatte das AUSS bereits siebenundvierzig Gruppen mit insgesamt eintausenddreihundert Mitgliedern. Heute — Anfang Dezember — registriert die AUSS-Zentrale (Frankfurt/Main, Wilhelm-Hauff-Straße 5) sechsundfünfzig Gruppen.

Im folgenden veröffentlichen wir die überarbeitete und erweiterte Fassung eines Referates, das der zwanzigjährige Abiturient und jetzige Soziologiestudent Hans-Jürgen Haug am 18. Juni d. J. zum Thema "Kann die SMV unsere Interessen vertreten?" gehalten hat. *D. Red.*

I

Kann die Schülermitverwaltung (SMV) unsere — der Schüler — Interessen vertreten? Die Antwort fällt von vornherein negativ aus. Das gestehen Lehrer ebenso ein wie angepaßte Schüler. Dennoch reagiert fast jeder auf diese Fragestellung allergisch. Sie provoziert. Sie rührt an eine Übereinkunft dieser Gesellschaft, nach der es Schülern nicht ansteht, Interessen zu haben. Also brauchen sie auch keine Interessenvertretung. Das klingt ebenso logisch, wie es falsch ist. Nur die wenigsten Schüler stoßen sich daran. Für sie ist eine Schülermitverwaltung, eine SMV, nicht notwendig. Sie glauben ihre Interessen von den Lehrern besser wahrgenommen. Ihr Ziel ist es — wie es im Jargon heißt — möglichst gut „über die Runden zu kommen", nicht aufzufallen, ein Abitur ohne Fehl und Tadel zu erhalten. Radfahrer sind sie mit Leidenschaft.

Was also ist gemeint, wenn von „unseren Interessen" die Rede ist?

Da ist beispielsweise der 17jährige Hans-Christoph Göttges aus Rheydt, dem der Vater verbot, an der Schulfeier zum 17. Juni teilzunehmen. Die Begründung: „Als Unternehmer kann ich an gesetzlichen Feiertagen meine Angestellten auch nicht zu politischen Veranstaltungen zwingen." Das Kultusministerium freilich war anderer Meinung. Es argumentierte: „Mit der Anmeldung und Aufnahme in die Schule mit Willen der Eltern" sei rechtlich ein „sogenanntes besonderes Gewaltverhältnis" entstanden. Durch die Anstaltsgewalt der Schule könnten die Grundrechte eingeschränkt werden. Hans-Christoph Göttges drohte die Verweisung vom Gymnasium.

Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Jede Woche beinahe hat irgendwo eine Schule ihren Skandal. Da wird die Post des Schulsprechers kontrolliert. Da muß ein Schülerkabarett sich auflösen. Da werden Fragebögen eingezogen. Da verbietet der Direktor das Verteilen von Flugblättern.

Interessenkonflikte also sind vorhanden. Aber sie werden nicht geregelt, nur einseitig gelöst. Die SMV, wenn sie schon beansprucht wird, hat dann lediglich den Schüler zu besänftigen. Eine Interessenvertretung ihrer Mitglieder ist sie nicht.

II

Dazu war sie in Deutschland selten in der Lage. Als um die Jahrhundertwende der Gedanke eines „selfgovernments" der Schüler aus England übernommen wurde, dachte man an die Beschaffung von Kreide und Schwamm. Der Münchener

Stadtschulrat Kerschensteiner schlug immerhin die Einführung von Arbeitsgemeinschaften vor. Auch an einer, von den Schülern selbst ausgearbeiteten, Schulordnung war ihm gelegen. Freilich bestand er auf der institutionellen Autorität der Lehrer, die ein Vetorecht behalten sollten.

Was Georg Kerschensteiner vor einem halben Jahrhundert vorschlug, entspricht der Stellung, die die SMV heute einnimmt. Radikalere Pläne fanden keinen Anklang: Sie rochen zu sehr nach Sozialismus. Und doch ist von einigen Ausnahmen zu berichten. Vom Landerziehungsheim Wickersdorf etwa, das sich eine demokratische Ordnung gab. Dort waren Intimsphäre und Privatleben der Jugendlichen für die Lehrer tabu. Niemand durfte zum Besuch des Gottesdienstes gezwungen werden. Kritik am Unterricht war nicht nur erlaubt, sie war erwünscht. Fühlte ein Schüler sich ungerecht behandelt, so mußte der Lehrer sich vor der Schulgemeinde rechtfertigen. Zur Schulgemeinde gehörten alle: Schüler wie Lehrer. Sie tagte in regelmäßigen Abständen. Jeder duzte jeden, und es galt gleiches Stimmrecht.

Zeitweiliger Direktor dieser Privatschule war Gustav Wyneken. Er hat mehrere Aufsätze verfaßt, die auch heute noch lesenswert sind. Seine Analyse des Schulklimas hat unverändert Gültigkeit. In „Die Schulgemeinde" schreibt Wyneken: „Das allgemein übliche Belügen der Lehrer und die mancherlei Täuschungsmethoden bei der Herstellung der Arbeiten, der Vorbereitung der Lektüre usw. sind durch das System der Schule einfach erzwungen, durch Überbürdung einerseits und durch die polizeimäßige Haltung der Lehrer und ihr Zensurensystem andererseits."

Es waren wenige, die sich in der Weimarer Republik für die SMV stark machten. Zwar gab Preußens Kultusminister im November 1918 einen fortschrittlichen Erlaß heraus, der jedoch von den meisten Lehrern sabotiert wurde. Unter Hitler nahm man den Schülern noch die paar Rechte, die sie sich bis dato vereinzelt erkämpft hatten.

Als mit der Kapitulation des Dritten Reiches der Krieg beendet war, hofften viele auf einen Neubeginn. Das Schulwesen war in einer schwierigen, aber aussichtsreichen Lage. Schulen waren ausgebombt, Unterrichtsräume mußten hergerichtet werden, die nötigsten Hilfsmittel fehlten, und viele Pädagogen warteten auf ihre Entnazifizierung. In dieser Situation halfen die Schüler sich selber. Sie übernahmen Verwaltungsaufgaben, sammelten Brennholz und besserten die Klassenzimmer aus.

Dieser Einsatz wurde ausgiebig gewürdigt. Er war erwünscht, weil er auch im Interesse der Pädagogen lag. Daß man dennoch keine Gemeinschaft der Lernenden und Lehrenden anstrebte, machten bereits die ersten Verordnungen der Kultusministerien deutlich. So wurden den niedersächsischen Schülern — außer der Redefreiheit, die man ihnen ohnehin nicht verwehren konnte — nur Pflichten zugestanden. „Die Schüler", so heißt es dort unter anderem, „sorgen mit für unterernährte, kränkliche oder durch Ausbombung in Not geratene Schüler." Oder: „Schüler helfen bei der Beschaffung und Einholung von Heizmaterial." [1])

III

Mit den Jahren ließ bei den meisten Schülern das Interesse an der SMV merklich nach. Darüber ist die pädagogische Literatur sich einig, und pathetisch beklagt sie es: Die Jugend stehe abseits von der Gemeinschaft, sie engagiere sich nicht und

[1]) Dr. Wolfgang Scheibe, Schülermitverantwortung, Berlin 1962, 2. Auflage.

sei so schrecklich desinteressiert. Ein hoher Beamter in der Schulverwaltung formuliert das so: „Der Begriff der Gemeinschaft muß positiv gesehen werden, und den Schülern muß klar werden, daß Politik nichts Schlechtes ist, sondern das freiwillige Dienen für die Gemeinschaft und das Gemeinwohl. Politik ist alles. Schulordnung, pünktliches Erscheinen der Lehrer (ebenso) wie Schluckimpfung. Wer nicht mitmacht, schadet der Gemeinschaft." [2])

Hier wird als demokratische Erziehung angepriesen, was den unpolitischen Kleinbürger hervorbringt. Ordnung und Anpassung werden als Tugenden ausgegeben. Interessen schaden angeblich dem Gemeinwohl, ihre Vertretung gilt als undemokratisch. Was denn das Gemeinwohl sei, wird selbstverständlich nicht gesagt; und auch nicht, wem es dient. Gefordert hingegen wird das Dienen. Dies gilt auch für die Schülermitverwaltung. So schreibt Peter Rödl im Jahre 1961: Der SMV „Ziel muß stets sein, wirklich tätige Hilfe zu leisten, ohne daß damit Ansprüche erhoben werden".[3])

Was die Erlasse der Kultusministerien zu bemänteln versuchen, spricht Rödl aus: Den Schülern steht es nicht an, aus den Pflichten Rechte abzuleiten. Daß dies mit den Prinzipien der Demokratie nicht vereinbar ist, weiß jeder. Doch schnell und elegant lösen manche den Widerspruch. So schreibt der Journalist Günter Zehm in der „Welt": „Demokratie ist zuerst für Erwachsene da" [4]) — also gelten ihre Spielregeln für Jugendliche nicht. So einfach ist das!

Selbst Karl Jaspers vertritt diese Auffassung. In der Hauszeitschrift der SMV „Wir machen mit" schreibt der Baseler Philosoph: Die Oldenburger Schüler „sprechen zu mir aus ihrer Schülermitverwaltung. Meine Frage ist, worauf sich diese Mitarbeit erstrecken dürfte, worauf nicht. Ich denke: Diese Mitarbeit ist eine großartige Möglichkeit zu politisch-demokratischer Erziehung durch eine frühe, alles Spätere begründende Übung. Diese soll sich dem Gehalt nach nur auf das beziehen, worüber der Schüler ein selbständiges Urteil gewinnen kann: etwa auf Schulausflüge, Arbeitsmethoden, Freizeit, Sammlungen und vieles andere, worin die freie Initiative der Schüler zur Durchführung der Sache selbst gehört. Sie darf sich nicht beziehen auf das, was dem Gehalt nach durch die Autorität der Überlieferung und der Lehrer gegeben ist." [5])

Dies ungefähr ist auch der Standpunkt, den die Kultusminister einnehmen. So ist — beispielsweise — im Schulverwaltungsgesetz Hessens vom „Maßhalten" die Rede. Rücksicht solle man nehmen auf „bestehende erziehlich wertvolle Bindungen". „Die Schülermitverwaltung soll nicht eine Art Schülergewerkschaft" sein. „Streikende und demonstrierende Schüler stellen sich außerhalb der Schülergemeinschaft." „Der Presse und dem Rundfunk dürfen Informationen nur mit Genehmigung des Schulleiters gegeben werden." [6])

Natürlich — so will man uns weismachen — dient die Einschränkung der Grundrechte „positiven" Zielen. Die SMV soll die Schüler „mitverantwortlich machen für das Leben und Gedeihen der Schule, für die Einhaltung der Schulordnung und die Pflege des Schuleigentums". Schließlich soll die „Achtung vor den Lehrern" gestärkt werden.[7])

Neueren Datums ist der Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 7./8. November 1963. Dort heißt es in Punkt 3: „Tätigkeitsgebiete der Schülermitverantwor-

---

2) Zur Wirkung politischer Bildung. Frankfurter Institut für Sozialforschung (Im Auftrag der Traeger-Stiftung), Frankfurt 1966.
3) In der Zeitschrift „Jugend in Staat und Gesellschaft", Berlin 1961.
4) „Die Welt", 13. Mai 1967.
5) Scheibe a.a.O.
6) ebenda.
7) ebenda.

tung sind beispielsweise Schülergemeinschaften, Interessengruppen (Theatergruppen, Schach- und Buchbesprechungsgruppen, gemeinsames Musizieren, Sportgruppen), Aktivität in der Schulöffentlichkeit (Schülerzeitungen, Veranstaltung von Vortragsreihen, von Festen) oder auch Mitarbeit etwa in einem Sozialpraktikum, in einer Jugend-Rotkreuz-Gruppe oder bei der Osthilfeaktion."

IV

Die Zitate ähneln sich. Unterschiede sind in den einzelnen Bundesländern kaum feststellbar. Überall soll die Sprache den wahren Tatbestand verschleiern. Schon der Begriff SMV ist eine Lüge, ein alter, aber dennoch verfänglicher Trick. Man bezeichnet die formale Mitwirkung einer rechtlosen Gruppe als Mitverwaltung, als Mitverantwortung oder als Mitbestimmung, und schon hat man die gerechtfertigte Empörung und Auflehnung verhindert.

Auch die Konzeption, die der Schule zugrunde liegt, ist überall die gleiche. Vorausgesetzt wird ein Schulleben ohne Konflikte, ein harmonisches Modell, das an das Vertrauen der Schüler ihren Lehren gegenüber appelliert. Das allein schon erweckt unser Mißtrauen. Denn wo immer man Vertrauen wünscht anstatt Einsicht, da ist etwas faul.

Daß da etwas faul ist, zeigen auch die Bilder, die das Schulsystem rechtfertigen sollen. Die Zeitschrift „Wir machen mit" wünscht in der Schule einen „Garten" zu sehen: „so etwas wie einen Garten jungen Lebens mit froh und bunt zum Licht strebenden Blumen und Blüten, liebevoll betreut von sorgenden Gärtnerhänden".

Hier spätestens wird deutlich, daß die SMV die Interessen der Schüler nicht vertreten soll und auch nicht kann. Ihr erzieherischer Auftrag prangt in großen Lettern im Berliner Schülerparlament: „Lebe anständig". Anständig leben, das heißt den Lehrern und den Älteren unbedingt gehorchen, mit seiner Meinung tunlichst hinterm Berg halten, erstmal älter werden und Lebenserfahrung gewinnen, keine Interessen haben und vertreten.

Das Resultat dieser Erziehung ist erschreckend. Weil den Schülern verwehrt wird, was die Demokratie ausmacht, sind sie keine Demokraten. Über die Hälfte der Oberschüler, 51 Prozent genau, glauben nicht, daß eine Diktatur ihr Leben ändern würde. Bei den Volksschülern sind es sogar 61 Prozent.[8]) Und „Emnid" ermittelte gar, daß nur 15 Prozent aller Jugendlichen zwischen 16 und 26 Jahren der Auffassung sind, man solle „Politik in Parteien, Verbänden, Schule und Beruf praktisch anwenden".[9])

Diese Zahlen sind fast ausschließlich das Ergebnis unseres Schulwesens. Sie machen sein Versagen und seine Misere deutlich. Denn eine „demokratische Gesinnung", die erklärtermaßen auch zu den Erziehungszielen gehört, ist bei den wenigsten Schülern feststellbar. Darüber kann kein Zweifel bestehen. Die Gründe dafür sind weniger bei den schlechten Gemeinschaftskundebüchern zu suchen als vielmehr in der autoritären Schulstruktur.

Das haben einige Pädagogen vorausgesehen und analysiert. In einem Aufsatz über Schülergerichte schreibt der Studienrat Felix Messerschmid: „Was taugt aller sozialkundliche Unterricht, wenn diejenige Sozietät, welcher der junge Mensch in seinen erziehlich wichtigsten Jahren zugehört, nach ganz anderen

[8]) Wie [2]).
[9]) Jugend, Bildung und Freizeit. 3. Untersuchung der deutschen Jugend im Bundesgebiet, Bielefeld 1966.

Grundsätzen geordnet ist als diejenigen, die wir ihm als Leitbilder einer freiheitlichen Rechtsordnung in Gesellschaft und Staat vorstellen." [10])

Der Schüler kann noch so gut wissen, was der Hammelsprung ist und was der Fraktionszwang. Ein Demokrat ist er deshalb noch lange nicht. Es genügt nicht, über die Formalien einer Demokratie informiert zu sein und ihre Theorien zu kennen. Weit wichtiger für den Jugendlichen ist, daß er in einer Ordnung lebt, die diesen Prinzipien entspricht, und daß er diese Prinzipien so früh wie möglich praktisch anzuwenden lernt.

V

Dazu freilich ist eine radikale Änderung der Schulstruktur, die noch aus feudalistischen Zeiten stammt, notwendig. Sie blieb in der Weimarer Republik, wie sie unter Bismarck gewesen war, Hitler brauchte sie nicht zu ändern, und auch die Deutsche Bundesrepublik behielt die hierarchische Ordnung bei: Oben steht der Minister, die Schulaufsichtsbehörde folgt seinen Anweisungen, die Lehrer gehorchen der Schulaufsichtsbehörde, und die Schüler sind von den Lehrern abhängig. Die Abhängigkeit des Schülers wiegt in diesem System am schwersten. Denn in der Schule wird sein sozialer Status bereits weitgehend festgelegt. Die Eltern machen dies ihren Kindern sehr bald klar und üben somit einen zusätzlichen Druck aus. Der Lehrer ist dem Schüler von vornherein überlegen. Daß er mit einer undemokratischen institutionellen Autorität ausgerüstet ist, macht jede Auflehnung gegen ihn sinnlos.

Indem ich das sage, wende ich mich nicht gegen jede Art von Autorität. Nur dann ist sie illegitim, sobald sie im schulinternen Bereich mit einem überkommenen Herrschaftsanspruch einhergeht. In einer totalitären Ordnung, wie die Schule das ist, hat sie freilich ihre Funktion. In einem System, das die Gleichheit aller Bürger voraussetzt, darf und muß Autorität auf dem Wissen des einzelnen — des Lehrers —, auf dessen intellektueller Redlichkeit und auf der Überzeugungskraft der Argumente beruhen.

Wir stellen also fest: Auf der einen Seite herrscht in der Schule eine totalitäre Ordnung, die den Schüler zum Objekt macht, und auf der anderen Seite besteht der Anspruch einer demokratischen Schule, in der der Schüler Subjekt ist. Die Wirklichkeit ist mit den Zielsetzungen nicht vereinbar.

Nicht der Staatsbürger ist das Ergebnis der Schule, sondern der Untertan; der Biertischpolitiker bestenfalls, der „die da oben" sagt, wenn er seine Regierung meint, der jegliche Verantwortung ablehnt und mit nichts was zu tun haben will. Die Erziehungsziele der Schule sind identisch mit dem Ideal, das der Bürger vom Erwachsenen hat. Wir können deshalb nicht — und wir haben das auf allen unseren Flugblättern gesagt — die Schule isoliert von der Gesellschaft betrachten. Wo einer Freiheit fordert und Demokratie, da fordert er sie für alle Lebensbereiche. Denn die Freiheit ist unteilbar. Sie darf ebensowenig vor den Klassenzimmern halt machen wir vor den Fabriktoren.

VI

Dieses Land hat eine lange Geschichte; eine Geschichte der Demokratie hat es kaum. Ihre Führer waren immer geneigt — und persönlich kann man ihnen das schwerlich verdenken —, ihre Macht mit der Hilfe von Metaphern zu legalisieren und auszubauen. Eugen Gerstenmaier hingegen — nicht umsonst häufig Interpret

[10]) In der Zeitschrift „Gesellschaft Staat Erziehung" („Das Schülergericht"), 4. Jahrgang.

von Erhards „formierter Gesellschaft" — verzichtet oft schon auf sämtliche Tarnung. Sätze wie der folgende sind bei ihm schon an der Tagesordnung: „Es ist eindrucksvoll zu sehen, wie von sehr verschiedenen Standpunkten aus derselbe Ruf ergeht nach Führerschaft und Autorität." [11]) Das — mit Verlaub — ist beschämend: Der Präsident unseres Parlaments, der zweithöchste Mann im Staate, scheint von der Demokratie kaum mehr begriffen zu haben als ein Adolf von Thadden. Legal und opportun ist es, von der „echten" und „wahren" Demokratie zu reden. Was darunter zu verstehen sei, wird expressis verbis nicht gesagt. Scheel wird angesehen, wer meint, daß nicht Führerschaft und Volksgemeinschaft die Prinzipien der Demokratie sind, sondern Freiheit und Gleichheit.

Beispiele, die dies belegen können, gibt es genug. Kritik, wenn überhaupt, darf nur in netter Form geübt werden. Wer die herrschenden Normen in Frage stellt, gilt als zersetzend. Wer Opposition betreibt, „beschmutzt" — um mit Franz-Josef Strauß zu sprechen — „unser eigenes Nest". Intellektueller ist schon wieder ein Schimpfwort. Wer bei einer Demonstration ermordet wird, hat sich das selbst zuzuschreiben: weshalb auch demonstriert er! Das Blatt vor dem klugen Kopf, die Frankfurter Allgemeine Zeitung, hielt das Demonstrationsverbot des Berliner Regierenden Bürgermeisters für eine Maßnahme, „die sich nicht gegen die Studenten richtet".[12]) Und unser ehemaliger Kanzler, der Interessenkonflikte müde, propagierte die „formierte Gesellschaft", deren Ziel es ist, wie Reinhard Opitz sagt, den Staat „wieder zu einer der Gesellschaft übergeordneten Instanz zu machen".

Demokratie, was ist das in diesem Lande anderes als eine Utopie?! 1955 sagte unser Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger über die Volksbewegung, die gegen eine Wiederaufrüstung eintrat: „Soweit es sich um derart komplizierte Fragenkomplexe handelt, sei die Masse des Volkes nicht zur Mitentscheidung kompetent." [13]) Und Heinrich Lübke, der Präsident unserer Republik, verkündete letztes Jahr in Berlin, daß der 1. Mai „kein Kampftag mehr" sei. Dann beklagte er „das Unbehagen und die Unzufriedenheit, die hemmungslose Lust am Kritisieren . . .". „Damit gefährden wir aber gerade das, was wir mit dem Wohlstand erreichen wollen, nämlich die politische und wirtschaftliche Stabilität und damit eine maßgebliche Voraussetzung für die sittliche und kulturelle Entwicklung unseres Volkes . . ." [14])

Mit einem Wort: In die Konzeption unserer gewählten Führer paßt das herrschende Schulsystem, das — wie sie — Konflikte nicht wünscht. Nur vergessen sie dabei, daß, nach einem Wort von Dahrendorf, der „Konflikt, wenn schon gezügelt durch die Wirkung gewisser formaler Spielregeln, das Wesen der politischen Demokratie ist". Hier — das muß man erkennen — liegen die Widerstände gegen eine demokratische Schule und eine SMV, die zur Interessenvertretung berechtigt ist.

VII

Der hierarchischen Schulstruktur entsprechen die autoritäten Unterrichtsmethoden der Lehrer. Allein an der Architektur schon wird deutlich, wer etwas zu sagen hat und wer nicht. Noch immer sind erhöhte Podeste keine Seltenheit. Es nimmt nicht Wunder, daß 89 Prozent der bundesdeutschen Lehrer einen auto-

11) Walter Jens, Politik ohne Vernunft, Reinbek bei Hamburg, 1965.
12) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 5. Juni 1967.
13) Frankfurter Rundschau, 1. Februar 1955.
14) Kurt Hirsch, Kommen die Nazis wieder?, München 1967.

Soeben erschienen

Wider die Untertanenfabrik

Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule

Herausgegeben von Stephan Leibfried

mit Beiträgen zur Analyse der Situation von Studentenschaft und Hochschule von

Elmar ALTVATER, Hubert BACIA, Margherita v. BRENTANO, Ernst ELITZ, Gert v. EYNERN, Uta GERHARDT, Reiner GEULEN, André GORZ, Jürgen HABERMAS, Hannes HEER, Wulf HOPF, Susanne KLEEMANN, Wolfgang LEFEVRE, Stephan LEIBFRIED, Klaus MESCHKAT, Peter MULLER, Knut NEVERMANN, Wolfgang NITSCH, Friedhelm NYSSEN, Claus OFFE, Ulrich K. PREUSS und Walter WELLER

Die Formen studentischer Selbstorganisation, wie sie z. B. an der Kritischen Universität Berlin praktiziert werden, sind ausführlich dargestellt.

388 S., zweifarbig glanzkartoniert, DM 9,30.

prv Pahl-Rugenstein Verlag · Köln
Barbarossaplatz 2

kratischen Unterricht führen. In einer Schulstunde geben sie durchschnittlich 51 Anweisungen. In der gleichen Zeit stellen die Schüler nur drei Fragen.[15]) Eigentlich müßten diese empirischen Ermittlungen die Pädagogen erschüttern. Denn 78 Prozent von ihnen halten die Unterrichtsaktivität der Schüler für doppelt so groß wie ihre eigene. In Wirklichkeit aber ist die Lehreraktivität 17mal größer als die der Schüler. Dabei vertreten die gleichen Lehrer, die autokratisch unterrichten, die Theorie einer Unterrichtsform mit vorrangiger Schüleraktivität.[16])

So kann Prof. Wolfgang C. Müller mit Recht behaupten: Die Schüler „lernen in der Schule ja nicht nur das ABC und das große Einmaleins, die linken Nebenflüsse des Rheins und Einsteins Energie-Masse-Formel, sie lernen auch meist — wortlos und sprachlos — am Verhalten ihrer Lehrer, wie in diesem Land Mächtige mit Machtlosen, Mündige mit Unmündigen, Vorgesetzte mit Untertanen umgehen. Sie lernen häufig sich zu beugen und anzupassen; sie lernen, daß individuelle Unterwerfung erfolgreicher ist als kollektiver Protest; sie lernen, daß man besser untertaucht, um zu überleben.

Solange unsere Lehrer nicht begreifen können, daß ein partieller Sieg der Schüler über ihre Lehrer von Fall zu Fall bessere Demokraten produziert als die Kunde vom Parlament und ein Besuch an der Mauer; solange unsere Schüler aber auch nicht begreifen, daß Adornos und Horkheimers Formel von der autoritären Persönlichkeit nicht nur den Diktator meint, sondern auch die Untertanen, die ratlos schweigen und sich häuslich einrichten im Mief der Unterwerfung — solange werden unsere Schulen eine junge Generation produzieren, die vorbereitet ist, auf Kosten ihrer Kameraden zu überwintern." [17])

VIII

In diese Situation will das Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler hineinwirken. Doch nur durch das Bestehen einer Organisation können selbstverständlich weder Schule noch Gesellschaft geändert werden. Und auch das AUSS alleine ist machtlos. Es braucht Bundesgenossen, und es findet sie in der Wissenschaft (soweit sie in ihrem Selbstverständnis Aufklärung ist), in Studentengruppen, in der Gewerkschaft, in der linken außerparlamentarischen Opposition.

Obgleich das AUSS sich als politische Gruppierung versteht, liegt sein wichtigstes Wirkungsfeld in der Schule. „Wir wollen die Schüler aus ihrer Lethargie herausreißen. Wir müssen daran arbeiten, uns Schülern ein kritisches Bewußtsein zu vermitteln, das zu bilden die Schule nicht imstande und nicht willens ist. Wir Schüler müssen uns durch unsere Arbeit emanzipieren von dem Bewußtsein, das die Schule vermittelt und das sich darauf beschränkt, Leute heranzubilden, die den bestehenden Ordnungen dienen, weil sie sie nicht durchschauen können.

Die konkrete Praxis dieser Arbeit ist verschieden nach den unterschiedlichen Voraussetzungen in den Städten. So stößt beispielsweise der Schülerbund in Michelstadt im Odenwald in ein politisches Vakuum. Die Flugblätter des dortigen Schülerbundes waren die ersten seit der Gegenreformation. Die Existenz einer politischen Schülerorganisation, einer sozialistischen dazu, dies allein ist für

15) Reinhard und Anne-Marie Tausch, Erziehungspsychologie — Psychologische Vorgänge in Erziehung und Unterricht. Göttingen 1965, 2. Aufl.
16) ebenda.
17) In der Rede beim AUSS-Kongreß am 18. Juni 1967 in der Frankfurter Universität. Erscheint demnächst im Voltaire-Verlag, Berlin.

Michelstadt ein Skandal. Die nach außen zielende Aufklärungsarbeit des Schülerbundes und die theoretische Arbeit innerhalb des Schülerbundes ist mühsam. Denn kompetente Referenten zu engagieren ist fast unmöglich, die notwendige Literatur zu beschaffen schwer, da es die finanzielle Lage der meisten Schüler nicht möglich macht, sich viele Bücher zu kaufen. Die Möglichkeiten, sie sich auszuleihen, sind gering.

Ganz anders ist die Situation in Göttingen. Enger Kontakt zwischen den Schülern ist hier Voraussetzung für intensive Arbeit. Eine Reihe von Professoren und anderen Universitätsleuten unterstützt den Göttinger Schülerbund durch Vorträge, durch ihre Autorität und durch Spenden. Hier wurde die Konzeption einer Art demokratischen Gegenschule entwickelt." [18]) Diese hat sich drei Aufgaben gestellt:

1) Themenkreise, die aus der Schule verbannt bleiben, sollen besprochen und diskutiert werden;

2) Kritik an der Schule soll erarbeitet, artikuliert und mit Kompetenz vertreten werden;

3) Die Gegenschule soll in ihrer Organisation Alternativen zum herkömmlichen Unterrichtsbetrieb bieten.

„Neben dieser Arbeit außerhalb der Schule steht die Arbeit innerhalb der Schulen. Sie soll die dort latent vorhandenen Konflikte aufgreifen und damit den Schülern ihre Situation in der Schule deutlich machen. Damit stehen wir in fast dauerndem Widerspruch zur Schulleitung und -verwaltung, die mit ihren harmonisierenden Modellen von konfliktfreien Schulfamilien Interessenvertretungen unterdrücken, strukturelle Konflikte vernebeln und als Konflikte von Personen ausgeben will. Die von solchen Ideologien im Bewußtsein vieler Schüler verschütteten Strukturen der Schulwirklichkeit wollen wir deutlich machen."[19])

IX

Auch außerhalb des AUSS gibt es Schüler, die sich ihrer Machtlosigkeit bewußt sind und sich deshalb Gedanken über eine demokratische Schulstruktur gemacht haben. So schlagen in Niedersachsen die SMV und der „Arbeitskreis Schule" ein Modell vor, an dessen Spitze ein Gremium stehen soll, das sich aus fünf Schülern und fünf Lehrern zusammensetzt. Dieses Gremium soll die Stellung einnehmen, die heute der Direktor innehat. Für die Verwaltungsaufgaben soll ein Beamter eingestellt werden, der nicht gleichzeitig Lehrkraft ist.[20]) Doch wirkliche Demokratisierung wird erst innerhalb der Gesamtschule möglich sein. Dort sollen die bisher getrennten Schularten (Volks-, Berufs-, Mittel- und Oberschule) abgelöst werden von einer organisatorischen Einheit mit maximaler Durchlässigkeit. Um milieubedingte Chancenungleichheit aufzuheben, wird die Einführung der Ganztagsschule unumgänglich sein. Das bisherige Fächersystem vermittelt eine Fülle von disparaten Kenntnissen, aber den Einblick in Zusammenhänge verwehrt es. Um den Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden, müssen die Schüler in tendeziell wissenschaftlicher Arbeit lernen, sich Einsichten in gesellschaftliche Zusammenhänge und Widersprüche zu erarbeiten. Auch muß der Unterricht unter dem Gesichtspunkt stehen, ihre Anlagen und Interessen zu fördern.

18) Reinhard Kahl, Mitglied des AUSS-Vorstandes, in einem unveröffentlichten Aufsatz.
19) ebenda.
20) In der Zeitschrift „Wir Schüler", Sept./Okt. 1966, Hannover.

Deshalb fordert das AUSS:

1) Einschränkung der Pflichtfächer;

2) Polytechnischen Unterricht;

3) Ein Projektsystem mit: a) Lernkursen (Fremdsprachen, Mathematik, etc.); b) Colloquien (Literatur, Ökonomie, Soziologie, Psychologie, Geschichte, etc.); c) Experimentiergruppen, Seminare und Arbeitskreise; d) einem Rollentausch des Lehrers. Er soll sein ein der Wissenschaft verpflichteter Berater und Koordinator und ein sachverständiger Arrangeur von Lernprozessen.

Es darf kein autoritärer Leistungszwang bestehen. Denn je stärker der Zwang ist, desto geringer ist die Leistungsbereitschaft, desto weniger wird sich schöpferische Initiative entfalten können. Das starre Versetzungsprinzip soll abgelöst werden von einem Gruppensystem, wie dies in England der Fall ist.

X

Jeden Monat schließen sich ungefähr sieben Gruppen dem „Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler" an. In der gleichen Zeit steigt die Mitgliederzahl um mindestens 150 Schüler, die vorwiegend aus Gymnasien, aber auch aus Berufs- und Mittelschulen kommen. Noch hat das AUSS viele Gegner, aber auch intensive Fürsprecher. Lapidar telegraphierte Friedenspreisträger Ernst Bloch dem ersten Kongreß: „Bin mit dem AUSS durchaus einverstanden. Habe noch zureichende Erinnerungen an die eigene Schulzeit."

Hans G. Helms

Kritik der westdeutschen Marx-Engels-Ausgaben

Zur politischen und ideologischen Situation in der BRD

I

Als David Rjazanov 1927 im Auftrage des Moskauer Marx-Engels-Lenin-Instituts, des jetzigen Instituts für Marxismus-Leninismus, den 1. Band der Historisch-kritischen Gesamtausgabe der Werke von Karl Marx und Friedrich Engels, der sogenannten MEGA, veröffentlichte, geschah dies nicht in der Annahme, die Marx-Engels-Forschung wäre abgeschlossen. Das treibende Moment war der Druck der politischen Situation und das Bedürfnis nach Aufklärung über Entstehung, Strukturen und Inhalte der marxistischen Theorie und Praxis, befreit sowohl von den orthodoxen als auch von den revisionistischen Zutaten und Verkürzungen der sozialdemokratischen Kirchenväter.

Rjazanov war dessen inne, daß noch manche unbekannten Materialien auftauchen würden. Er wußte, daß die Familie Engels auf einem umfangreichen Konvolut von Engels-Briefen und -Manuskripten hockte, in das sie keinem Forscher — nicht einmal dem gutbürgerlichen Engels-Biographen Gustav Mayer — Einblick gestatten mochte, weil sie befürchtete, das Bekanntwerden dieser Materialien könnte dem kapitalistischen Ruf der Familie Schaden zufügen. Rjazanov und sein Nachfolger Vladimir Adoratskij beabsichtigten nicht mehr und nicht weniger, als dem Interessierten vermittels der nacheinander in Frankfurt, Berlin und Moskau publizierten MEGA möglichst exakte Auskunft über Entstehung und zeitgeschichtliche Hintergründe der Texte, über die Lesarten und die von den Autoren bestimmte endgültige Textgestalt und dadurch auch über die Entwicklung ihres Denkens zu geben. Für den vorzeitigen Abbruch des Unternehmens sorgten Hitlers Machtübernahme und deren Auswirkungen auf die Politik Stalins.

Seit 1935, als der letzte Band der MEGA erschien, hat die Marx-Engels-Forschung außerordentliche Fortschritte gemacht. Manche Texte, die damals als verschollen galten, sind — oft in Privatarchiven früher Sozialisten, die sie eifersüchtig gehütet hatten — entdeckt worden. Wohl nahezu alle der mehr als 500 Beiträge Marxens und Engels' für die „New York Daily Tribune" sind auf Grund von Korrespondenzen, Tagebuchnotizen etc. identifiziert worden; ebenso die meisten der vielfach nicht namentlich gekennzeichneten Artikel für die „New American Cyclopaedia". Erst vor wenigen Jahren sind einige der fehlenden Manuskriptblätter der „Deutschen Ideologie" unter den im Amsterdamer Institut für Sozialgeschichte befindlichen Marx-Engels-Materialien aus dem ehemaligen SPD-Archiv wiederentdeckt und entziffert worden.

Die neuesten Forschungsergebnisse Bert Andréas' und Wolfgang Mönkes u. a. lassen erwarten, daß noch manch wichtiges Dokument aufzuspüren sein wird, vor allem aus den Korrespondenzen Marxens und Engels' mit dritten Personen. Obwohl auch eine neue MEGA noch gewisse Lücken aufweisen würde, ist es an der Zeit, sie zu beginnen und diesmal zum Abschluß zu bringen.

Bis dahin muß man sich mit einem immerhin sehr nützlichen Provisorium behelfen, einer Art MEGA fürs Volk, nämlich mit der seit 1956 erscheinenden und kurz vor dem Abschluß stehenden Edition: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, in der Literatur meist als MEW abgekürzt. Von ihr sind bisher 36 Bände erschienen, d. h. faktisch 38, rechnet man die unter der Bandnummer 26, Teile 1 bis 3, publizierten 3 Bände mit den „Theorien über den Mehrwert", dem 4. Band des „Kapitals", als separate Bände. 3 Bände mit dem Engels'schen Briefwechsel von 1888 bis zu seinem Tode 1895 stehen noch aus. Desgleichen die als in Vorbereitung avisierten Ergänzungsbände mit einigen Jugendschriften.

Die vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED herausgegebenen und bei Dietz in Ostberlin verlegten Marx-Engels-Werke entsprechen im Wesentlichen der 2. russischen Ausgabe, enthalten jedoch eine Reihe von Korrekturen und auch zusätzliche Materialien.

Die vermeintlichen Mängel dieser Edition beruhen zumeist auf mangelhafter Kenntnis westlicher Kritiker. So ist oft behauptet worden, die redaktionellen Fußnoten und Anmerkungen seien parteiisch eingefärbt. Tatsächlich sind sie sachlich formuliert und geben dem Leser präzise Auskünfte über historische und literarische Daten, wann immer sie zum Verständnis der Texte erforderlich sind. Einige westdeutsche Marx-Engels-Ausgaben haben denn auch den Fußnoten- und Anmerkungsapparat komplett oder gekürzt übernommen.

Günther Hillmann, der Herausgeber eines bundesrepublikanischen Pocket-Marx, hat die MEW so attackieren zu müssen gemeint: „Das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED behauptet in seinem Vorwort, mit dieser Ausgabe das gesamte Werk von Marx und Engels vorzulegen. Die Kluft zwischen diesem Anspruch und den Tatsachen liegt auf der Hand. Die Lücken sind derart, daß hier von einer Verschneidung gesprochen werden kann." [1]) Hätte der kritische Herausgeber außer den ersten beiden Seiten des Vorworts zu Band 1 der MEW [2]) auch dessen übrige Seiten und das Ganze genau gelesen, so hätte ihm nicht verborgen bleiben können, daß „die vorliegende Ausgabe ... für einen breiten Leserkreis gedacht (ist) und ... keine vollständige, akademische Ausgabe aller Werke" darstellt [3]) und daß „diese frühen Arbeiten von Marx und Engels", deren Fehlen Hillmann als gezielte Irreführung des Lesers anprangert, „in einem besonderen Sammelband erscheinen" werden.[4]) Das 1966 publizierte Marx-Engels-Verzeichnis zu den MEW weist die fehlenden Texte als in jenen Ergänzungsbänden befindlich aus, deren Veröffentlichung kurz bevorsteht.[5])

Zu bedauern ist indessen, wenngleich aus den zitierten redaktionellen Intentionen erklärbar, daß das Redaktionskollektiv darauf verzichtet hat, in den Brief-Bänden 27—39 auch die Briefe dritter Personen an Marx und Engels abzudrucken. Selbst noch so ausführliche Anmerkungen können den genauen Wortlaut der Briefe nicht ersetzen, auf die Marx und Engels in ihren Korrespondenzen antworten oder sich beziehen.

Als bedenklich will die Praxis des Redaktionskollektivs bedünken, sämtliche Arbeiten in deutscher Sprache zu veröffentlichen. Dazu muß man wissen, daß Marx und Engels ein gutes Drittel ihres gesamten Oeuvres in Englisch, Französisch und in sonstigen Sprachen verfaßt haben. Französisch sind Marxens Polemik gegen Proudhon, „Misère de la philosophie", und die Auseinandersetzungen mit Bakunin; in englischer Sprache geschrieben sind Engels' große Arbeiten „Revolution and Counterrevolution in Germany" und „Notes on the war" wie überhaupt das Gros der zwischen 1851 und 1861 entstandenen Arbeiten beider. Zwar sind die Übersetzungen in den MEW vortrefflich; mit viel Geschick und stilistischem Feingefühl haben die Herausgeber für Marx und Engels typische Formulierungen gefunden; aber gerade das irritiert; denn, wer Erfahrung im Umgang mit fremden Sprachen hat, weiß, das gewisse Denkstrukturen sich nicht beliebig von einer Sprache in eine andere übertragen lassen, daß also in Deutsch anders gedacht wird als in Englisch. Die Ausdrucksmöglichkeiten einer Sprache sind bedingt durch die gesellschaftlichen Verhältnisse, als deren Kommunikationsmedium sie benutzt wird. Die Differenzen zwischen den Produktions-, Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen in England, Frankreich und Deutschland waren im 19. Jahrhundert weit größer als zu unserer Zeit. Die Vielzahl der englischen Worte aus dem ökonomischen und der französischen Worte aus dem politischen Bereich in Marxens und Engels' deutschen Texten signalisieren diese Differenzen. Und feine Modifikationen des Denkens sind auch in den nicht deutsch verfaßten Arbeiten von Marx und Engels zu beobachten, freilich nur dann, wenn die Originale zur Hand sind. Da das Redaktionskollektiv die in deutsche Texte eingestreuten Worte, Sätze und Zitate aus fremden Sprachen stehen gelassen und lediglich in Fußnoten übersetzt hat, ist nicht recht einzusehen, warum dieses Verfahren nicht auch bei den im Original englischen, französischen und anderssprachigen

1) Hillmann I, 199
2) MEW 1, IX s.
3) L.c., XXII
4) L.c., XXXI
5) MEV passim

Texten hat Anwendung finden können: nämlich das Original abzudrucken und eine deutsche Version in kleiner Type unter dem Strich oder im Anhang. — Die westdeutschen Herausgeber haben sich desselben Übersetzungsunwesens befleißigt.

II

Das Wenige, was in der Bundesrepublik von Marx und Engels publiziert worden ist — an Textmenge macht es nicht einmal 5 Prozent des Gesamtwerks aus —, fordert ungleich schärfere Kritik heraus als die Marx-Engels-Werke des Ostberliner Dietz Verlages.

Momentan sind in der Bundesrepublik 6 Textsammlungen und 8 Einzeltexte erhältlich. Als erste dieser Editionen ist 1953 bei Kröner eine Neuausgabe der zuerst 1932 von Siegfried Landshut und Jakob Peter Mayer herausgegebenen Marx'schen Frühschriften erschienen. Die Neuausgabe ist um rund die Hälfte von 2 Bänden auf 1 Band gekürzt worden, vor allem zu Lasten der „Heiligen Familie" und der „Deutschen Ideologie", von denen einige zusammenhanglose Fragmente übriggeblieben sind. Seine rigorosen Striche begründet Landshut folgendermaßen: „Der Verzicht auf die Herausgabe großer Teile der ‚Deutschen Ideologie' bedeutet keineswegs eine Lücke in dieser Entwicklung des Marx'schen Denkens, da diese Teile so gut wie ausschließlich einer mehr bissig-artistischen als produktiven Polemik gewidmet sind und häufig auch schon durch die vielen Anspielungen auf personelle und zeitliche Einzelheiten dem heutigen Leser unverständlich bleiben." [6]) In ebensolcher Rücksichtnahme auf den offenbar als ziemlich dumm vorgestellten potentiellen Leser ist auch die „Heilige Familie" kastriert worden. Landshuts Begründung mutet seltsam an, weil die beiden angeblich so unproduktiven Texte zusammen mit den „Pariser Manuskripten", von denen ebenfalls nur ein Verschnitt präsentiert wird, gemeinhin und zu Recht als Entwicklungsbasis des Marxismus gelten, und sie klingt heute um so merkwürdiger, als diese Schriften einen zentralen Platz in der Marxismus-Diskussion eingenommen haben. Zudem ist das der Neuausgabe erhalten gebliebene Feuerbach-Kapitel aus der „Deutschen Ideologie" in der total falschen Textgestalt der Erstausgabe der Frühschriften reproduziert, obwohl schon Rjazanov 1932 im 5. Band der I. Abteilung der MEGA die korrekte Textfolge publiziert hat. Endlich hat Landshut eigenmächtig einige Texte mit eigenen Titeln versehen. Aus diesen Gründen sind die Frühschriften unbrauchbar.

In der Chronologie ihrer Publikationsdaten folgen sodann: 1956 in der Fischer Bücherei ein von Franz Borkenau ediertes Auswahlbändchen „Marx" und 1957 bei Kröner „Das Kapital", von Benedikt Kautsky eingeleitet und von 3 Bänden auf einen Band zusammengestrichen.

Schon das Inhaltsverzeichnis des Marx-Bändchens von Borkenau enthält Fehler: die Proklamation „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland" ist erstens nicht von Marx allein verfaßt, sondern von Marx und Engels gemeinsam; sie ist zweitens nicht in der „Neuen Rheinischen Zeitung" erschienen, sondern als Flugblatt. Der Aufsatz „Deutschland und der Panslawismus" stammt nicht von Marx, sondern von Engels. Die von Borkenau getroffene Auswahl ist willkürlich und sinnlos. Aus dem „Kapital" ist lediglich das 24. Kapitel des 1. Buches abgedruckt, doch ohne die zum Verständnis unerläßlichen Fußnoten Marxens. Dennoch — oder vielleicht just deshalb — erdreistet sich Herr Borkenau, der im Vorwort aus seiner Abneigung gegen Marx und den Marxismus kaum ein Hehl

[6]) Landshut VI

macht, „vor den zahlreichen in kommunistischen Verlagen erschienenen Sammelbändchen" zu warnen, „da sie willkürlich auswählen und kürzen".[7]) Borkenaus Bändchen offeriert einen für anti-marxistische Seelen fürsorglich präparierten Marx.

Kaum minder verantwortungslos ist Kautskys Edition des „Kapitals" in einem Band. Seine Beschneidungslust erklärt Kautsky damit, daß „eine Ausgabe zu einem Preise veranstaltet werden sollte, der breiten Massen den Ankauf" — den Ankauf! — „ermöglicht. Ich ging dabei stets nur so weit, wie die Raumgründe es dringend erforderten." [8]) Da selbst einem Kautsky bei dieser rein kommerziellen Argumentation nicht ganz wohl ist, ernennt er, was lediglich Kapital und Mehrwert des Verlegers und seiner selbst betrifft, flugs zu einem „wesentlichen Vorzug" seines „Kapital"-Verschnitts. Der „wesentliche Vorzug" bestehe nämlich in der „Kürze". Noch einige Zeilen weiter versteigt sich Kautsky zu der dreisten Behauptung, er habe nur Stellen fortoperiert, „die sich in großer Zahl in den erst von Engels herausgegebenen Büchern, dem zweiten und dritten, vorfinden, und die sicherlich nicht in dieser Form in das Werk eingegangen wären, wenn es Marx selbst hätte vollenden können." Seine operativen Eingriffe deklariert Kautsky als „Befreiung des Werkes von Ballast".[9]) Nun wird niemand, der mit Marxens Arbeitsmethoden und mit seinem kritischen Verhältnis zur eigenen Arbeit vertraut ist, wähnen, Marx hätte die Bände 2 und 3 vor ihrer Publikation nicht noch einmal überarbeitet. Selbst den 1. Band hat er für jede zu seinen Lebzeiten erfolgte Neuauflage bzw. Übersetzung erneut kritisch durchgesehen. Aber man darf gewiß sein, daß Engels die Intentionen Marxens ein wenig besser gekannt hat als Herr Kautsky. Freilich, Kautskys Rechtfertigungen sind ohnehin nicht ernst zu nehmen; denn auch den von Marx selbst herausgegebenen 1. Band hat er von „Ballast" befreit, d. h. ihn um 4 komplette Kapitel und um Teile von 4 weiteren Kapiteln erleichtert.

Seit 1960 erscheint bei Cotta die von Hans-Joachim Lieber besorgte 8-bändige Kollektion: Karl Marx: Werke — Schriften — Briefe, deren 2. und letzter Band noch ausstehen. Nach Liebers Worten ist „die vorliegende Marx-Ausgabe ... alle für die Auseinandersetzung mit Marx' Denken wichtig erscheinenden philosophischen, politisch-historischen und ökonomischen Schriften aufzunehmen bemüht und berücksichtigt dabei vor allem solche Schriften, die in bisherigen Marx-Editionen fehlen oder nur stark verkürzt wiedergegeben sind." [10]) Da Lieber zwei Absätze vorher alle bis dahin in Westdeutschland erschienenen Marx-Editionen mit höflichen Worten disqualifiziert hat [11]), ist unklar, warum die Lücken und Striche in jenen dennoch ein Kriterium für sein eigenes Unternehmen sein sollen, zumal dieses Kriterium sein anderes bis zu einem gewissen Maße unwirksam macht. Überhaupt ist — an ihrem Anspruch gemessen — diese bisher umfänglichste westdeutsche Marx-Edition unbefriedigend, vornehmlich aus diesen Gründen: es ist eine Marx-, nicht eine Marx-Engels-Ausgabe; was von Engels dennoch enthalten ist — meist Vor- und Nachworte zu Marx-Schriften —, ist in den Anhang verbannt. Marxens Arbeiten aus der zweiten Hälfte seines Lebens sind recht spärlich vertreten. In 9 Fällen weichen die Titel, mitunter erheblich, von denen in den MEW ab. Der in den 3. Band aufgenommene, Marx zugeschriebene Aufsatz „Der Chartismus" aus der „New American

7) Borkenau 223
8) Kautsky V
9) L.c., VI
10) Lieber I, 989
11) L.c., 988

Cyclopaedia" hat nicht Marx, sondern einen gewissen William Humphrey zum Verfasser.

1962 [12]) ist in der Reihe der List Taschenbücher ein Kuriosum aufgelegt worden: „Karl Marx privat", eingeleitet und kommentiert von Wolfgang Schwerbrock. Ein Kuriosum insofern, als der Herausgeber eine Reihe von Briefen Marxens an Mitglieder seiner Familie — zuerst 1958 in den „Annali" des Mailänder Istituto Giangiacomo Feltrinelli im Original veröffentlicht — in eine rührselige und oft schadenfroh-gehässige Rahmengeschichte verpackt hat, dabei Marx mal als Bourgeois [13]), mal als Lumpenproletarier [14]) und mit Vorliebe als Antisemiten [15]) portraitierend und ansonsten jegliche editorische Sorgfalt vermissen lassend. Das zusammengeschluderte Bändchen ist voller Druck- und Übersetzungsfehler, ungefähr so wie die Kriminalromane des Hauses. Ein Beispiel. Der Brief ist im Juli 1870 geschrieben; es ist von Napoleon III. als Objekt des Satzes und von der englischen Oberklasse — im Original: „the English upper classes", also Plural — als Subjekt die Rede. Dann heißt es: „At the same time, they know the man to be seated on a volcano the which unpleasant position forces him to trouble peace periodically, and makes him — beside his parvenuship — an unpleasant bedfellow." [16]) Schwerbrock hat den Satz so verdeutscht: „Sie wünschen ihn in einen Vulkan, an welch unbequemem Ort er in seiner Position bestärkt wird, einen dauerhaften Frieden zu unterminieren; gleichzeitig machen sie ihn zum Parvenü und unbequemen Bettgenossen." [17]) Da stimmt kaum noch ein Wort. Im Juli 1870 brauchte die englische Oberklasse den dritten Napoleon nicht erst à la Schwerbrock auf einen Vulkan zu wünschen, weil er, wie es bei Marx heißt, bereits darauf saß, nämlich durch Bismarcks und Preußens Dazutun. Von „wünschen" ist weit und breit nirgends die Rede. Herrn Schwerbrock ist es rätselhaft und muß es sein, wer oder was Napoleon „in seiner Position bestärkt", während Marx zufolge seine „unerfreuliche Position ihn zwingt, den Frieden periodisch zu stören", keineswegs jedoch „einen dauerhaften Frieden zu unterminieren". An einen „dauerhaften Frieden" unter kapitalistischer Herrschaft und gar unter dem Kaiser der Hochfinanz hat Marx nicht einmal als utopische Möglichkeit je zu glauben vermocht. Endlich „machen" weder „sie" noch die englische Oberklasse Napoleon „zum Parvenü und unbequemen Bettgenossen". Ein Parvenü ist er aus eigenem Vermögen gewesen, und bei Marx heißt es, daß Napoleons „unerfreuliche Lage" auf dem Vulkan und „sein parvenuhaftes Wesen" „ihn zu einem unerfreulichen" — oder unangenehmen, nicht jedoch „unbequemen" — „Bettgenossen" machen.

Das Jahr 1965 hat westdeutschen Marx-Engels-Interessenten zwei Editionen beschert. Herbert Marcuse hat in der sammlung insel Marxens „18. Brumaire des Louis Bonaparte" veröffentlicht. Der Text ist einwandfrei, die Anmerkungen sind aus dem Band 8 der MEW übernommen. Das Bändchen enthält auch das Vorwort Joseph Weydemeyers zu dem von ihm in New York in deutscher Sprache herausgegebenen Aperiodikum „Die Revolution", als deren 1. Heft Marxens Schrift 1852 erschienen ist. Marcuses Nachwort ist knapp und zur Sache.

Bei dem zur gleichen Zeit im westdeutschen Dietz Verlag verlegten Engels-Band „Die Lage der arbeitenden Klasse in England" handelt es sich um einen photo-

---

12) 1962 hat Boris Goldenberg einen starken Band Marx Ausgewählte Schriften bei Kindler veröffentlicht. Er ist mittlerweile vergriffen und wird deshalb nicht berücksichtigt.
13) Privat 10
14) L.c., 20, 28
15) L.c., 11, 13
16) L.c., 138
17) L.c., 62

mechanischen Nachdruck der 1892 bei Dietz in der berühmten Reihe „Internationale Bibliothek Sozialistischer Klassiker" noch von Engels selbst veranstalteten 2. deutschen Auflage seiner Schrift. Die neue Einleitung von W. O. Henderson ist bemüht, die außerordentliche Bedeutung des Engels'schen Werks zu zerreden. Stattdessen wünschte man der Ausgabe Wolfgang Mönkes Untersuchung über „Das literarische Echo in Deutschland auf Friedrich Engels' Werk ‚Die Lage der arbeitenden Klasse in England'" als Vorwort; denn von Mönke erfährt man, welch immense Wirkung Engels mit dieser Schrift auf seine Zeitgenossen in allen Klassen geübt hat, nicht zuletzt auch auf Marx.[18])

In den letzten beiden Jahren haben Westdeutschlands Verleger den Boden des Marxismus besonders üppig und — wie man aus den Auflagenziffern schließen darf — mit erhöhter Rendite bestellt.

Dietz-West hat einen Faksimiledruck der Erstausgabe des „Kommunistischen Manifests" vorgelegt. Als Beigaben enthält der Band 6 Vorreden von Marx und Engels zu diversen Ausgaben in deutscher, englischer, polnischer und italienischer Sprache, alle in deutscher Übersetzung, und Engels' „Grundsätze des Kommunismus", eine Vorstudie zum Manifest von 1847. Hermann Webers Einleitung gibt Informationen zur politisch-ökonomischen Situation der Zeit und zur Entstehungsgeschichte. Obwohl diese Edition sorgfältig veranstaltet worden ist, muß gegen sie und ähnliche photomechanische Reprints eingewandt werden, sie erzeugen — schon durch ihr heute als altväterisch bieder empfundenes Druckbild und durch ihre gesamte Aufmachung — eine zu passivem Verhalten verleitende Nostalgie und provozieren eher sentimentale Reaktionen denn Anstrengungen der Vernunft.

Für die Fischer Bücherei hat Iring Fetscher eine 4-bändige Marx-Engels Studienausgabe hergestellt. Obzwar sie als einzige westdeutsche Edition ein unverzerrtes Bild vom Denken und von der politischen Aktivität Marxens und Engels' zu vermitteln bestrebt ist, hat sie einige Mängel, die leicht hätten vermieden werden können. Die „Pariser Manuskripte" zu zerschneiden, auf zwei Bände zu verteilen und wie selbständige Texte zu behandeln, nur um der inhaltlichen Grobeinteilung der Bände Genüge zu tun, ist wenig sinnvoll und erschwert Lektüre und Verständnis, zumal die Bandeinteilung in die Abteilungen „Philosophie", „Politische Ökonomie" und „Geschichte und Politik" 1 und 2 wiederum die verbreitete Annahme unterstützt, das Werk Marxens und Engels' ließe sich tatsächlich solchen Kategorien unterordnen, ohne Schaden zu nehmen. Fraglos wäre es auch besser gewesen, auf das „Kapital" ganz zu verzichten, als das 1. Kapitel aus dem 1. Buch herauszulösen und isoliert abzudrucken; denn laut Titel soll ja nicht nur des Lesers Appetit gereizt werden, vielmehr will die Edition dem Studium dienen. Aus Fetschers Einleitung verdient ein Satz hervorgehoben zu werden, da er Licht auf zwei unerfreuliche Aspekte der hierzulande üblichen editorischen Behandlung Marxens und Engels' wirft. Mit Recht kritisiert Fetscher — und seine Kritik ist, wie oben angemerkt, zum Teil auch auf seine eigene Edition zu applizieren —, „daß bei uns die philosophischen Schriften des frühen Marx von den späteren Kritiken der politischen Ökonomie und der zeitgenössischen politisch-militärischen Ereignisse ganz isoliert worden sind." Zusätzlich werden „die übrigen kritischen Aktivitäten von Marx gleichsam abgeblendet".[19])

---

18) Mönke, Wolfgang, Das literarische Echo in Deutschland auf Friedrich Engels' Werk ‚Die Lage der arbeitenden Klasse in England'. Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Vorträge und Schriften, Heft 92. Berlin, Akademie-Verlag, 1965.
19) Fetscher I, 20

Unter Fetschers Verdikt fällt in besonderem Maße das von Rowohlt drei Monate früher gestartete Konkurrenzunternehmen unter dem Titel Karl Marx: Texte zu Methode und Praxis. Den 1. Band hat Herausgeber Günther Hillmann mit Gedichten, Schulaufsätzen, einem Brief und Marxens Dissertation nebst deren Vorarbeiten angefüllt. Der 2. Band enthält die „Pariser Manuskripte", der 3. eine in fragwürdiger Weise gekürzte Fassung der „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie", des umfangreichsten zusammenhängenden Konvoluts von Vorarbeiten zum „Kapital". Die Auswahl enthält somit ausnahmslos entweder nicht zur Publikation bestimmte oder von Marx verworfene Arbeiten wie die „Grundrisse". Dieser — gelinde gesprochen — sehr einseitigen Auswahl entspricht Hillmanns weitschweifige und schlecht freudianische Interpretation, in der der überraschte Leser vom „Dreiecksverhältnis ... zwischen (Marx) Vater, Sohn und (Gattin) Jenny" [20]) erfährt, in der Marxens Lebenswerk aus einer Protesthaltung gegen die väterliche Autorität abgeleitet wird [21]), wo Hegel, „da entfernter und vieldeutiger, als weniger bedrohlich als der Vater" erscheint [22]), wo Friedrich Engels — wie könnte es anders sein — als „guter" Herr Papa auftritt, weil er „Geld gibt und das Genie (Marxens) anerkennt" [23]), und Bruno Bauer, das Oberhaupt der „Heiligen Familie", als „böser Vater" [24]). Am Ende erweist sich die banal philiströse Escamotage allerdings bloß als öffentlich zur Schau gestellte Selbstanalyse des Herausgebers, und Herr Hillmann gesteht dem Leser, daß er bei seiner Erdichtung des Marx'schen Vaterkomplexes im 1. Band seiner Edition Marxens „Mutterbindung' übersehen habe, weil er zu dem Zeitpunkt, als er das schrieb, „noch nicht in der Lage war, die entscheidenden Fragen meines Lebens aufzugreifen".[25]) Mit derlei Unsinn hat Herr Hillmann rund ein Viertel der Druckseiten seiner Marx-Edition zu füllen vermocht.

Für die Europäische Verlagsanstalt hat Iring Fetscher „Die heilige Familie", Marx' und Engels' erste große gemeinsame Arbeit, herausgegeben. Der Text ist entweder unter Verwendung der Druckstöcke oder im photomechanischen Verfahren dem 2. Band der MEW nachgedruckt worden. Typen, Satzspiegel, Anmerkungen etc. sind jedenfalls identisch. Dem beigegeben ist eine kurze Einleitung Fetschers. — Die gleichfalls von der Europäischen Verlagsanstalt angebotenen Editionen der „Grundrisse" und des „Kapitals" sind laut Impressum in der DDR hergestellt. Bis auf ein abweichendes Titelblatt — in den 3 Bänden des „Kapitals" ist es eingeklebt — entsprechen sie vollkommen den Ausgaben des Ostberliner Dietz Verlages. Diese Editionen profitieren von der verbreiteten Meinung, man könne die DDR-Ausgaben in der Bundesrepublik nicht erwerben, wiewohl gut geführte Buchhandlungen sie heutigentags vorrätig haben, zu einem wesentlich bescheideneren Preis.

Als vorläufig letzte in der Reihe einheimischer Marx-Engels-Ausgaben hat Dietz-West Engels' „Anti-Dühring" neu veröffentlicht. Es ist ein photomechanischer Nachdruck der 1914 publizierten 8. Auflage in der „Internationalen Bibliothek Sozialistischer Klassiker". Die Einleitung stammt von Hans-Josef Steinberg.

III

Es lassen sich verschiedene Gründe denken, aus denen selbst in einem Gemeinwesen wie der BRD, wo man der Aufklärung mit Argwohn und der marxistischen

20) Hillmann I, 219
21) L.c., 218 ss.
22) L.c., 221
23) L.c., 223
24) Hillmann II, 207
25) Hillmann III, 228

Aufklärung gar am liebsten mit Polizeimaßnahmen begegnet, das Verlegen der Schriften von Marx und Engels zu einem offenbar risikolosen und einträglichen Geschäft hat werden können. Vor allem anderen besteht ein nicht unbeträchtliches Informationsbedürfnis, ein informatorischer Nachholbedarf, nach der antimarxistischen Hysterie der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte. Man möchte wissen, was denn nun wirklich in jenen Texten zu lesen steht, die in der tabuierten Welthälfte als Basis des gesellschaftlichen Handelns betrachtet werden. Die wachsende Verbreitung marxistischer Überzeugungen und einer von ihnen abgeleiteten Praxis hat auf das Geheimnis des marxistischen Erfolges neugierig gemacht. Die wachsende Menge der Sekundär-Literatur, die von vorgeblichen Studien der marxistischen Theorien bis zu mehr oder weniger sentimental-heroischen Biographien der Gründer und der Erben des Marxismus reicht und noch durch Neuauflagen von Schriften jeglicher pseudo-marxistischer Spielart aus den ersten drei Jahrzehnten dieses Jahrhunderts fortlaufend vermehrt wird, mag den Wunsch, nun endlich auch die Primär-Quellen kennenzulernen, nicht wenig verstärkt haben. Doch das reicht nicht aus, um die gegenwärtige Marx-Engels-Hausse zu erklären.

Auf entschieden gewichtigere Ursachen weist ein im sozialdemokratischen „Vorwärts" abgedruckter Aufsatz über die anhaltende Gültigkeit des „Kapitals" von J. Scholmer hin; die Redaktion hat sich übrigens vorsichtig davon distanziert.[26]) Scholmer bezieht sich auf in den USA vorgenommene kybernetische Untersuchungen der vorherrschenden kapitalistischen Organisationsformen, die die Strukturmängel des Kapitalismus als grundsätzliche, dem System immanente, nachgewiesen haben. Als rationale Konsequenz der Untersuchungsergebnisse wird „Vergesellschaftung der Industrie" gefordert. Das aber bedeutet — was bei Scholmer nicht mehr zu lesen steht — radikale Aufhebung der bestehenden Eigentumsverhältnisse, Verwirklichung der zentralen Forderung Marxens. Gestützt auf Thesen des verstorbenen Kybernetikers Norbert Wiener bezeichnet Scholmer die „gravierenden negativen gesellschaftlichen Auswirkungen" der progressiven Automation, der sogenannten zweiten industriellen Revolution, und zieht das Fazit: „Die Automation fordert gebieterisch eine Antwort auf die von Marx aufgeworfene Frage: Wie kann die soziale Demokratie verwirklicht werden? Solange dieses Problem nicht gelöst ist, bleibt die Marx'sche Kritik an der Industriegesellschaft ... gültig, wenn auch nicht alle ihre Konsequenzen für das 20. Jahrhundert verbindlich sind."

In Scholmers Darstellung sind manche Voraussetzungen unberücksichtigt geblieben und darum auch die Ziele ungenau visiert worden. Die durch die erste industrielle Revolution entwickelten gesellschaftlichen Mißverhältnisse sind bisher nicht aufgehoben, nicht einmal — wie ich es in einem Fernsehfilm über die Geschichte einer Arbeitersiedlung in Düsseldorf-Gerresheim für den Bereich des Arbeiterwohnungswesens dokumentiert habe — bis zu einem erträglichen Maße moderiert worden. Wenn nun die Automation zu Marx-Texten um Rat greifen läßt, so ist das nicht minder legitim als zugleich eine Don Quixoterie; denn erstens können die Folgen der Automation nicht zum Guten gewendet werden, solange die Folgen der ersten industriellen Revolution nicht gesellschaftlich organisiert worden sind, und zweitens geben Automation und ihre Nebenerscheinungen Probleme auf, die nur mit dem „Kapital" in der Hand nicht zu lösen sind, weil Marx sie nicht hat voraussehen können, und die allein durch

[26]) Scholmer, J., Was heute noch gilt. Vor einhundert Jahren erschien das ‚Kapital' von Karl Marx. In: Vorwärts. sozialdemokratische wochenzeitung für politik, wirtschaft und kultur. Nr. 37. (Bad Godesberg), 14. Sept. 1967, p. 1. — Von hier auch die folgenden Zitate aus dem Aufsatz Scholmers.

Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht gelöst werden können, die aber die Vergesellschaftung zur unerläßlichen Voraussetzung haben.

Da ohnehin nur, wer von Automation unmittelbar betroffen und dessen bewußt ist oder wer sie sorgfältig studiert hat, zu ermessen imstande sein wird, wie sie sich auf die gesellschaftlichen Prozesse modifizierend oder revolutionierend auswirkt, darf unterstellt werden, daß der Zusammenhang zwischen der Automation und der hiesigen Marxismus-Renaissance ein — bedauerlicherweise! — eher oberflächlicher ist. Wesentlich vehementer und unmittelbar scheint sich indessen eine wenn auch unbestimmte, so doch allgemeine Unzufriedenheit mit der bestehenden politisch-gesellschaftlichen Situation auszuwirken und eine besorgte Ratlosigkeit, wie sie zu beseitigen sei. Daneben eine Angst vor der Zukunft, vor dem künftigen Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse, die schon seit geraumer Zeit von Wirtschaft und Staat mit repressiven Maßnahmen bedrängt werden — seien es die jegliche bisherige Erfahrung übersteigenden Konzentrationsbewegungen in der Industrie, seien es die Notstandsgesetze der Legislative oder die Gewaltmaßnahmen der Exekutive.

Die bemerkenswerte Eskalation der Verlagstätigkeit in Sachen Marx' und Engels' — seit 1965 sind 9 der 14 verfügbaren Editionen erschienen — koinzidiert mit der Eskalation solcher repressiver Aktionen und mit der durch sie in Gang gesetzten Entfaltung des politischen — oder doch zumindest eines pseudo-politischen — Bewußtseins vor allem bei jüngeren Bürgern der Bundesrepublik. Es will scheinen, als sollten Marx und Engels aus einer politischen Notstandssituation heraushelfen, gegen welche unsere Zeitgenossen kein Korrektiv und kein wirkungsvolles Remedium wissen. So ist zweierlei zu untersuchen: ob erstens die von den Herausgebern getroffene Auswahl die Intentionen des Marx-Engels'schen Gesamtwerks erkennen läßt bzw. was sie suggeriert, und ob sie zweitens der aktuellen Situation überhaupt angemessen ist.

In den 14 Ausgaben sind insgesamt 72 verschiedene Texte bzw. Gruppen zusammengehöriger Texte versammelt. Vergleicht man die Inhaltsverzeichnisse, fällt auf, daß nicht wenige Texte mehrfach vorkommen. In der Tat sind 27 Texte — also ein Drittel aller — in mehr als einer Edition vorhanden. Entspräche die Häufigkeit eines Texts zugleich seiner Bedeutung, so wäre das „Kapital" nicht Marxens wichtigste Arbeit; es ist zwar 5mal vertreten, doch nur 2mal im vollständigen Textlaut. Der 4. Band des „Kapitals" mit den „Theorien über den Mehrwert" wäre demzufolge quantité négligeable: für die Bundesrepublik existiert er nicht.

Besonders zugetan sind die Herausgeber Marxens „Pariser Manuskripten" — oder korrekt: den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten aus dem Jahre 1844" — und dem „Kommunistischen Manifest". Beide liegen je 4mal vor, davon je 3mal komplett. Marxens Thesen „ad Feuerbach" sind sogar 4mal vollständig abgedruckt, davon einmal ergänzt um die Fassung in der Engels'schen Redaktion. Je 3mal ungekürzt kann man erwerben: Marxens Brief an seinen Vater von 1837, seine Schriften „Zur Judenfrage", „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung", „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte", „Der Bürgerkrieg in Frankreich". Immerhin noch je 2mal komplett erhält man Marxens deutschen Abituraufsatz, seine Dissertation, die „Kritik des Hegelschen Staatsrechts", einen in den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern" 1843 veröffentlichten Briefwechsel mit Arnold Ruge, „Die heilige Familie", das unter Engels' Mitwirkung verfaßte Flugblatt mit den „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland",

Marxens Vortrag „Lohn, Preis, Profit", die „Kritik des Gothaer Programms" und einige andere kleinere Texte.

Ordnet man die 72 Texte und Textgruppen nach ihren Entstehungsdaten, wird ersichtlich, daß die Herausgeber größere Sympathien für den jungen als für den alten Marx hegen. Bis zum Jahr 1852 hält ihr Interesse an, ab 1853 fällt es rapide ab. Genau die Hälfte der Texte entstammt den Jahren 1835—52, die andere Hälfte ist späteren Datums. Unter den mehrfach publizierten Texten überwiegen die Arbeiten bis einschließlich 1852, sogar im Verhältnis 16 zu 11; addiert man sie, ist das Verhältnis 38 zu 17. Diese Prädilektion für die frühen Schriften entspricht keineswegs dem Marx-Engels Gesamtwerk. Den 8 Bänden der MEW, die die Schriften bis einschließlich 1852 enthalten — mit den geplanten Ergänzungsbänden mögen es 10 oder 11 werden —, folgen 20 Bände mit späteren Arbeiten. Die wirkliche Relation ist also entgegengesetzt der durch die westdeutsche Auswahlpraxis vorgespiegelten.

Das Jahr 1853 ist nicht zufällig ein guter Prüfstein für Intensität und Art des Marxismus-Interesses. Bis zu diesem Jahr hatten Marx und Engels mangels eines geeigneten Forums auf jene Form der Kritik verzichten müssen, die ihnen stets als eine von zentraler Bedeutung erschienen war, nämlich auf die kontinuierliche, den offenen und verborgenen Details der politisch-ökonomischen Ereignisse nachspürende Analyse der Zeitgeschichte. Nur in den Revolutionsmonaten der Jahre '48—49, als sie in Köln, getragen von einer Gruppe Demokraten, die „Neue Rheinische Zeitung" publizierten, war ihnen solch Arbeiten vergönnt gewesen. 1851 hatte Marx in London ein Angebot des Redakteurs Charles Dana erreicht, für die „New York Daily Tribune" — eine der beiden 1924 zur „New York Herald Tribune" verschmolzenen Zeitungen — regelmäßig über die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Ereignisse in Europa und speziell in England, dem Mutterland des Kapitalismus, zu berichten. Bis 1853 machte Marx von dieser Offerte nur beschränkt Gebrauch, teils, weil er mit anderen Arbeiten beschäftigt war, teils wohl auch, weil er sich des Englischen noch nicht ausreichend mächtig wußte. Den ersten unter Marxens Namen veröffentlichten Beitrag, die 1851—52 erschienene Artikelfolge „Revolution and Counterrevolution in Germany" über die 48er Revolution, verfaßte Engels auf Marxens Bitte. Seine eigenen Beiträge schrieb Marx zunächst noch in deutscher Sprache und ließ sie von Engels übersetzen.

Die politischen Ereignisse des Jahres 1853 bestimmten Marx, seine anfängliche Zurückhaltung aufzugeben und Dana beim Wort zu nehmen. Alternierend mit Engels oder gemeinsam mit ihm begann Marx eine Serie von Artikeln über die englische Kolonialisierungspraxis in Indien. Der Krieg zwischen Rußland und der Türkei, der als Krimkrieg unter Beteiligung Englands und Frankreichs als türkischen Alliierten seine Fortsetzung fand, wurde von Marx und Engels während seiner gesamten Dauer minutiös analysiert und kommentiert. Nicht bloß die militärischen Taten und Nichttaten wurden analytisch geprüft, sondern stets auch deren politische und ökonomische Hintergründe. Ein Meisterstück solcher Berichterstattung, die zum Teil auch in die Spalten der Breslauer „Neuen Oder-Zeitung" Eingang fand, ist die 4-teilige Artikelfolge „The fall of Kars" über ein Begebnis vom Ende des Krimkriegs 1856. Hierin hat Marx das englisch-französische Engagement als kapitalistisch-imperialistisches Profitunternehmen demaskiert. Der Text ist in keiner westdeutschen Edition enthalten.

In den folgenden Jahren 1857—60 kommentierten Marx und Engels alle bedeutenden und manche an der Oberfläche unwesentlich erscheinenden Begebnisse

der englischen und französischen Innenpolitik. So untersuchte Marx mehrmals die Transaktionen der französischen Großbank Crédit mobilier und deren geheime Geschäftsverbindungen zur Privatschatulle Napoleons III. Dem westdeutschen Leser bleiben sie vorenthalten. Beide Autoren verfaßten längere Artikelserien über den britischen Kolonialkrieg in Persien, den 2. Opiumkrieg gegen China, den großen zweijährigen Aufstand in Indien gegen die brutale Exploitation durch die East India Company und die sie stützende englische Kolonialmacht, über den spanischen Kolonialfeldzug in Marokko, der die Voraussetzung für den Sieg des Faschismus im spanischen Bürgerkrieg geschaffen hat, über den in Oberitalien ausgetragenen Krieg zwischen Österreich und Frankreich, über einen weiteren Krieg gegen China und über Garibaldis Feldzug in Süditalien 1860. Erst zu Beginn des amerikanischen Bürgerkriegs lösten Engels und Marx ihre Verbindung mit der „New York Daily Tribune", weil ihnen die unklare Haltung der Redaktion zur Sklavenfrage zuwider war. Die letzten großen zeitkritischen Aufsatzfolgen über den amerikanischen Bürgerkrieg 1861—64, über den preußisch-österreichischen Krieg von 1866 und über den deutsch-französischen Krieg '70—71 veröffentlichten sie in der Wiener „Presse" respektive im „Manchester Guardian" und in der „Pall Mall Gazette'. Von diesen mehr als 500 Aufsätzen sind in westdeutschen Ausgaben 5 über China und Indien, 8 über den amerikanischen Bürgerkrieg und 3 oder 4 isolierte zu anderen Themen abgedruckt, bis auf einen Aufsatz bei Borkenau, der wegen seiner scheinbar antirussischen Tendenz ausgewählt ist, sämtlich in den Editionen von Lieber bei Cotta und von Fetscher bei Fischer. Hat es der Zufall gewollt, daß bei dieser spärlichen Auslese die beiden Herausgeber in 6 von 13 Fällen denselben Text gewählt haben?

Da von der analytisch-zeitkritischen Arbeit zweier Jahrzehnte, die in der gesamten Geschichte nicht ihresgleichen hat, in westdeutschen Editionen nur ein paar vereinzelte Aufsätze zu finden sind, muß der Verdacht entstehen, daß die Herausgeber durchaus nicht „Texte zu Methode und Praxis" vorzulegen bemüht gewesen sind, sondern im Gegenteil — wie Iring Fetscher es an der vorhin zitierten Stelle kritisiert hat — ihre editorische Aufmerksamkeit auf die Trennung von Texten zur Theorie und solchen zur Praxis und Unterdrückung letzterer gerichtet haben. Der Verdacht wird noch dadurch genährt, daß die Editoren, wie es bei Fetscher heißt, „das Werk seines Mitstreiters Friedrich Engels allzu schnöde unterschlagen haben".[27]) Ein Blick in die Inhaltsverzeichnisse bestätigt das: 44 Texten von Marx stehen 10 gemeinsame und 18 Texte von Engels gegenüber, die letzteren vielfach im Anhang versteckt. Den Engels'schen Anteil an der gemeinsamen Arbeit mit solch peinlicher Akribie herauszuoperieren, mag den Editoren notwendig erschienen sein, weil Engels bei der Analyse der aktuellen politisch-ökonomisch-militärischen Praxis wenn auch vielleicht nicht den schärferen Blick bewiesen, so gewiß die spitzere Feder geführt hat. In weit stärkerem Maße als Marx hat Engels — überhaupt viel sprachgewandter als sein Freund — die Fähigkeit besessen, so zu formulieren, daß auch der nur wenig geschulte Kopf seine lieben Illusionen verlieren und begreifen muß, wie und von wem die Gesellschaft manipuliert wird. Zudem implizieren Engels' Erfahrungen und intimen Kenntnisse im ökonomischen und militärischen Bereich, daß Marxens große theoretische Werke ohne Engels' Mitarbeit und dessen ständige Kritik so nicht hätten geschrieben werden können. Wie Auguste Cornu in seiner Marx-Engels-Biographie dokumentiert[28]), kann das Werk von Marx und Engels nicht ohne erhebliche Einbuße zertrennt werden.

27) Fetscher I, 20

28) Cornu, Auguste, Karl Marx und Friedrich Engels. Leben und Werk. 2 Bde. Berlin, Aufbau-Verlag, 1954 u. 1962 (Bd. 3 erscheint 1968).

IV

Die Neigung westdeutscher Herausgeber zu Marxens Früh- und Frühestschriften und die Unterdrückung der Engels'schen Arbeiten verfälscht die historische Wirklichkeit. Der Leser bekommt einen gleichsam abstrakten Marx serviert, ähnlich wie in dem Gros der Sekundär-Literatur, einen Marx, den die politische Praxis nur am Rande interessiert hätte, als wäre Marx ein glaubensfrommer Utopist gewesen, der die Gesellschaft nicht hier und jetzt zu verändern bestrebt gewesen ist.

Damit nicht genug, von den Auseinandersetzungen mit der kleinbürgerlichen Ideologie und deren anarchistischen Varianten fehlen entscheidende Texte. Man vermißt vor allem jene, die heute in besonderem Maße unsere Aufmerksamkeit verdienen, weil die in ihnen attackierten ideologischen Vorstellungen immer noch, wenn auch in modifizierter Gestalt, die Gehirne vernebelt.

Um chronologisch vorzugehen: es fehlen nahezu alle Polemiken gegen die „wahren Sozialisten", die im Vormärz jenes kleinbürgerliche Element im Sozialismus verkörpert haben, das später die Führung der deutschen Sozialdemokratie übernommen hat. Bis auf die Feuerbach-Thesen und das Feuerbach-Kapitel fehlt die ganze „Deutsche Ideologie", deren Zentralteil über Max Stirner die ideologischen Prozesse und Inhalte des kleinbürgerlichen Bewußtseins bloßlegt, jene Prozesse und Inhalte, die — wie ich in meiner Arbeit über „Die Ideologie der anonymen Gesellschaft" [29]) gezeigt habe — sich in unserem Jahrhundert zum Hitler-Faschismus gesteigert haben und heute nicht allein die BRD beherrschen. Von den Auseinandersetzungen mit Proudhon sind 6 Fragmente aus Marxens „Misère de la philosophie", nicht aber Engels' Schrift „Zur Wohnungsfrage" vorhanden. Gerade diese könnte gegenwärtig als hervorragende Waffe gegen die ideologischen Verklärungen des parzellierten Kleineigentums — mag es sich als Volksaktie oder als Eigenheim darstellen — benutzt werden. Seit Engels sie 1872 geschrieben hat, ist sie konstant aktuell geblieben. Unter den gegen den spezifischen Anarchismus Bakunins gerichteten größeren Arbeiten fehlt die wichtige Broschüre „L'Alliance de la Démocratie Socialiste et l'Association Internationale des Travailleurs" von 1873. Die kleineren Anti-Bakunin-Texte fehlen samt und sonders. Die editorische Zurückhaltung in Sachen der Marx-Engels'schen Kritik am Anarchismus korrespondiert merkwürdig genau mit der pro-anarchistischen Gemütsverfassung vieler westdeutscher Intellektueller.

Eine besonders auffällige Lücke ist durch die radikale Unterdrückung der Engels'schen militär-theoretischen Arbeiten entstanden. Es fehlen, um lediglich die größeren zu verzeichnen, „The armies of Europe", 1855 in „Putnam's Monthly" abgedruckt, die Broschüren „Po und Rhein" und „Savoyen, Nizza und der Rhein" von '59 und '60. Es fehlen die militär-theoretischen Artikel für die „New American Cyclopaedia" und seine Aufsätze für das englische Fachblatt „Volunteer Journal" und die deutsche „Allgemeine Militär-Zeitung" von 1860 bis 1864. Es fehlt die Broschüre „Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei" von 1865. Vorhanden ist einzig — in Fetschers Ausgabe bei Fischer — der Aufsatz „Kann Europa abrüsten?", 1893 für den sozialdemokratischen „Volksstaat" geschrieben.

Alle diese Arbeiten sind heute von höchster Aktualität; denn Engels hat in ihnen — zuerst 1849 in dem Artikel „Die Niederlage der Piemontesen" über die Schlacht bei Novara — eine Guerillastrategie entwickelt, auf der die Lehren Maos

[29]) Helms, Hans G., Die Ideologie der anonymen Gesellschaft. Köln, DuMont Schauberg, 1966.

ebenso fußen wie diejenigen Che Guevaras, die sich in Indochina und Kuba bewährt hat und den Krieg in Vietnam entscheiden wird. Die realen Chancen der Entwicklungsländer, sich politisch, wirtschaftlich und militärisch von der europäisch-amerikanischen Exploitation zu befreien, können ohne Kenntnis dieser und der sie ergänzenden Arbeiten über wirtschaftliche und politische Entwicklungen kaum ermessen werden. Diese Arbeiten sind unseres Interesses auch deshalb wert, weil aus ihnen — z. B. aus der Broschüre „Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei" — abzulesen ist, infolge welcher politischen Irrtümer, Versäumnisse und Kompromisse die deutsche Sozialdemokratie 1914 vor Kaiser Wilhelm und seinen Militärs zu kapitulieren und 1918 jenes verhängnisvolle Bündnis mit der Reichswehr zu schließen willens war, das nicht nur die deutsche, sondern die Weltgeschichte auf den Marsch in den faschistischen Totalitarismus vorbereitet hat. Schließlich vermögen nur wenige andere Texte aus dem Marx-Engels-Gesamtwerk so gut wie diese in der gegenwärtigen Situation das Bewußtsein auf jene Dinge zu lenken, von denen es abhängt, ob die Gesellschaft durch die Machtmittel des Staats — z. B. sein absolutes Waffenmonopol, seine stehenden militärischen und polizeilichen Kader, seine nahezu lückenlose Kontrolle sämtlicher Kommunikationsmittel — vollends zertrümmert wird, oder ob ihr eine wenn auch nur geringe Aussicht bleibt, dem von Marx und Engels visierten Ziel der Auflösung der Herrschaftsverhältnisse näherzukommen.

Die Marx-Engels'schen Modelle, die dem Leser zeigten, wie die je aktuelle politisch-ökonomische Situation analysiert und kritisiert werden muß, damit das Bewußtsein eine bessere Zukunft entwerfen und praktisch realisieren kann denn jene, die die herrschenden Mächte planen, diese Modelle werden dem Leser vorenthalten. Statt akkurat zu informieren, sieht die Mehrzahl der Herausgeber ihre Aufgabe offensichtlich in der Erzeugung und Verbreitung neuer Vorurteile und diffusen Halbwissens. Bezeichnend ist, was Günther Hillmann über seine Editionsprinzipien verrät: „Texte von Marx sollten ohne Interpretation nicht mehr veröffentlicht werden ... Der reine Text ist ... uns zu gut bekannt, als daß wir mit ihm noch etwas anfangen könnten. Es ist immer dasselbe: Der Text ist fertig, sein Sinn ist fertig, wir sind mit ihm fertig, und unser Interesse geht andere Wege. Jede neue Interpretation aber verfremdet den Text und ermöglicht es so, daß wir eine neue Seite von ihm kennenlernen." [30])

Hillmanns Behauptung wird durch die faktische Unkenntnis des Marx-Engels-Oeuvres in diesem Lande widerlegt. Seine Insistenz auf interpretatorische Manipulation, auf Zubereitung der Texte für den Leser mit den Mitteln einer Garküche, läßt durchblicken, daß jene, die sich zu Verwaltern der Marx'schen Erbmasse für die BRD selbst ernannt haben, kaum etwas mehr fürchten als die Möglichkeit, durch unbeeinflußte Marx-Engels-Lektüre könnten die noch nicht völlig zermürbten Gehirne des Landes zu politisch-praktischer Aktivität angeregt werden. Vielmehr möchte man die Arbeiten Marx' und Engels' als Rohmaterial für eine dem herrschenden System adäquate Ideologie mißbrauchen und sie dadurch zugleich neutralisieren.

Um zur neuen Ideologie oder — wie es bei Hillmann heißt — zur „neuen Theorie der Gesellschaft wie des Individuums" zu gelangen, nehme man: „die Hegelsche Denkmethode in ihren verschiedenen Momenten, die Marxsche Methode des Handelns, seine allgemeine Produktions- und Konsumtionstheorie, sowie seine Zielsetzung einer herrschaftsfreien Gesellschaft, die Freudsche Theorie des gesellschaftlichen Individuums, die Wienersche Kybernetik, den Sartreschen

30) Hillmann I, 203

Existentialismus, die Brechtsche Theatertheorie und selbstverständlich die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung und der Psychoanalyse. Aber auch Elemente der modernen Kunst (z. B. Jazz, Surrealismus, Brecht-Theater) müßten aufgenommen werden. Und endlich wären die verschiedenen Arten von revolutionärer Tätigkeit (auch der Anarchismus, der Syndikalismus, der Gildensozialismus, die Rätebewegung, die kommunistischen Oppositionsströmungen, die sexualpolitische Bewegung), vor allem auch die Ergebnisse der verschiedenen Revolutionen, zu verarbeiten." [31]) Haben sich die Geister der Bundesrepublik erst einmal an dieser Melange gelabt, dann braucht kein Besitzender mehr ums Bestehende zu bangen.

Liest man Herrn Hillmanns „Interpretation", erwartet man beständig, daß dahinter spezifische Privatinteressen zum Vorschein kommen, und man muß nicht lange auf sie warten. Im 2. Band seiner Edition wird die Geschichtsklitterung mit verächtlichem intellektuellem Hochmut — mit dem Tenor: die armen, unwissenden Arbeiter, um die wir Allwissenden uns ein bißchen kümmern wollen — auf den ideologischen Gipfel getrieben: „Die Proletarier, auf deren Existenz hin die Marxsche Konzeption der Entfremdung entworfen worden war, hatten keine Möglichkeit, sich dies ihnen entfremdete gesellschaftliche Wesen" — ein Fabelwesen, das wunderschön in den Trollreigen der Stirner'schen „Spuks" und „Sparren" sich einfügte — „in vollem Umfange anzueignen. Die Intellektuellen, Funktionäre, Aktivisten aber, überhaupt die Spezialisten, die in der Mitte des 20. Jahrhunderts die Problematik der Entfremdung und der Praxis aufgreifen" und die Isolation der Individuen durch ihre Verwaltungspraktiken erheblich verstärkt haben, „haben auf Grund ihrer Fähigkeiten und Leistungen, ihrer Beziehungen und Informationen sehr wohl den Willen wie die Kraft, ihre maßgebliche Mitwirkung an den gesamtgesellschaftlichen Entscheidungen durchzusetzen." [32]) Hier spricht der Geistesverwalter pro domo, als Lobbyist einer Funktionärsschicht. Richtig zwar, daß eine Änderung der heutigen Gesellschaftsverfassung ohne aktive Beteiligung der technischen Spezialisten (Ingenieure, Physiker, Chemiker, Mediziner, etc.) und gewisser administrativer Spezialisten (aus den Funktionsbereichen von Produktion, Distribution und der Kommunikationsmedien) sicherlich nicht möglich ist. Doch gelingen kann sie nur, wenn sie von der arbeitenden Klasse (den primären Produzenten) getragen wird. Aber Hillmann meint ohnehin nicht die technischen und administrativen Spezialisten, er meint jene ideologischen Fach- und Vorarbeiter, die — wie er selbst — an den Sprachverhalten herumnagen, unbelastet durch Kenntnis der materialen Wirklichkeit und Praxis und ohne Interesse daran. Es sind solche der Herrschaft so überaus nützlichen Ideologen, die nun wieder — wie schon einmal 1933 — „den Willen wie die Kraft" haben, „ihre maßgebliche Mitwirkung" an der Beherrschung der Gesellschaft „durchzusetzen".

Von der kritischen Durchsicht westdeutscher Marx-Engels-Ausgaben bleibt ein fader, wenn nicht fauler Geschmack zurück. Ist es gelungen, ihn zu beseitigen, regt sich der — eingestandenermaßen wenig hoffnungsvolle — Wunsch, ein couragierter Verleger möchte sich mit den beiden Institutionen, in welchen die meisten Marx-Engels-Originale und -Dokumente aufbewahrt werden — dem Moskauer Institut für Marxismus-Leninismus und dem Amsterdamer Institut für Sozialgeschichte —, und mit dem Ostberliner Dietz Verlag ins Benehmen setzen und gemeinsam mit ihnen das von Rjazanov und Adoratskij begonnene Werk der Historisch-kritischen Gesamtausgabe wiederaufnehmen und zu Ende bringen.

---

31) L.c., 235
32) Hillmann II, 203.

Es ist höchste Zeit. Kein buchhändlerisches Unternehmen kann folgenreicher sein. Freilich eben deswegen, welcher Verleger sollte es riskieren? Bis dahin ist deutschen Lesern ernstlich nur die Edition Marx-Engels-Werke von Dietz-Ost zu empfehlen.

Für diese Untersuchung benutzte Ausgaben:

MEGA — Marx, Karl, und Friedrich Engels: Historisch-kritische Gesamtausgabe. Hrsg. v. D. Rjazanov u. V. Adoratskij. Frankfurt, Berlin, Moskau, Marx-Engels-Verlag, 1927—1935.

MEW — Marx, Karl, Friedrich Engels, Werke. Hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin, Dietz, 1956 ss.

MEV — Marx/Engels-Verzeichnis. Werke, Schriften, Artikel. Zusammengestellt u. bearbeitet v. Manfred Kliem, Horst Merbach u. Richard Sperl. Berlin, Dietz, 1966.

Marx, Karl: Der historische Materialismus. Die Frühschriften. Hrsg. v. S. Landshut u. J. P. Mayer unter Mitwirkung v. F. Salomon. 2 Bde. Leipzig, Kröner (1932).

Landshut — Marx, Karl: Die Frühschriften. Hrsg. v. Siegfried Landshut. Kröners Taschenausgaben, Band 209. Stuttgart, Kröner (1953).

Borkenau — Karl Marx. Auswahl u. Einl. v. Franz Borkenau. Fischer Bücherei 112. Frankfurt, S. Fischer, 1956.

Kautsky — Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Im Zusammenhang ausgewählt u. eingel. v. Benedikt Kautsky. Kröner Taschenausgaben, Band 64. Stuttgart, Kröner (1957).

Lieber — Marx, Karl: Werke, Schriften, Briefe. In 7 Bänden (8 Teilbände). Hrsg. v. Hans-Joachim Lieber. Stuttgart, Cotta, 1960 ss. (Bde. 2 u. 7 fehlen noch).

Privat — Karl Marx Privat. Unbekannte Briefe. Eingel. u. Kommentiert v. Wolfgang Schwerbrock. List Bücher 230. München, List, 1962.

Marx, Karl: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. Nachwort v. Herbert Marcuse. sammlung insel 9. (Frankfurt), Insel, 1965.

Engels, Friedrich: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen. Eingel. v. W. O. Henderson. Sozialistische Klassiker in Neudrucken. Hrsg. v. Georg Eckert. Hannover, Dietz, 1965.

Marx, Karl, und Friedrich Engels: Das Kommunistische Manifest. Faksimiledruck der Erstausgabe von 1848 mit sechs Vorworten v. Marx u. Engels sowie Engels' ‚Grundsätze des Kommunismus'. Neu eingel. v. Hermann Weber. Hannover, Dietz, 1966.

Fetscher — Marx, Karl, Friedrich Engels: Studienausgabe in 4 Bänden. Hrsg. v. Iring Fetscher. Fischer Bücherei 764—767. Frankfurt, S. Fischer, 1966.

Hillmann — Marx, Karl: Texte zu Methode und Praxis. 3 Bde. Mit einem Essay ‚Zum Verständnis der Texte', Erläuterungen u. Bibliographie hrsg. v. Günther Hillmann. Rowohlts Klassiker der Literatur und der Wissenschaft. Philosophie der Neuzeit, Bde. 7, 9 u. 11. (Reinbek), Rowohlt, 1966—67.

Engels, Friedrich, Karl Marx: Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bruno Bauer und Konsorten. Hrsg. u. eingel. v. Iring Fetscher. Politische Texte. Frankfurt — Wien, Europäische Verlagsanstalt — Europa Verlag, 1967.

Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. (Rohentwurf) 1857—1858. Anhang 1850—1859. (Frankfurt), Europäische Verlagsanstalt, s. a.

Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. 3 Bde. (Frankfurt), Europäische Verlagsanstalt, 1967.

Engels, Friedrich: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Eingel. v. Hans-Josef Steinberg. Sozialistische Klassiker in Neudrucken. Hannover, Dietz, 1967.

Günther Anders

Neue Vietnam-Glossen

Aus der Schule geplaudert I

Am 22. August 1966 hat Mr. McNamara vor Veteranen in New York aus der Schule geplaudert; mindestens hat er verraten, was er sich von Schulen erhofft. Das Pentagon, so erklärte er nämlich, verfüge über den „weitaus größten Erziehungskomplex in der Welt", dessen restlose Ausnutzung Amerika in die Lage versetzen würde, jährlich etwa 100 000 Jugendliche, die ohne solche Schulung für den Militärdienst nicht tauglich wären, doch in die Armee aufzunehmen und in dieser für eine bessere Zukunft auszubilden. Für wessen bessere Zukunft, das bleibt zwar, da es sich ja um Boys handelt, die nach Vietnams (wo immer diese liegen mögen) geschickt werden sollen, etwas undeutlich. Deutlich ist dagegen, zu welchem Zwecke in den Augen von Mr. McNamara amerikanische Jugendliche lernen sollen: nämlich um fähig zu werden, zu töten und zu sterben. „Non scholae sed morti discimus" sollte er zum Motto seines „Educational Program" machen.

Aus der Schule geplaudert II

Die GIs, die in oder über Vietnam ihre militärischen Pflichten gewissenhaft erfüllt haben, genießen, nicht anders als die GIs nach dem Zweiten Weltkrieg, Privilegien. Sie haben nicht nur Anspruch auf Kredit für Hausbau, sondern sogar auf die Finanzierung ihrer college education — was bedeutet, daß alle diejenigen, die in Vietnam mitgemordet, mindestens durch Nichtverweigerung des Wehrdienstes in der Zeit des Vietnamkrieges ihre Mordbereitschaft offiziell nachgewiesen haben, dadurch automatisch ein Reifezeugnis in ihrer blutigen Hand halten, ein Zeugnis nämlich, das ihnen bestätigt, daß sie nun fortgeschritten genug sind, um das Studium der Philosophie oder der Theologie oder der Jurisprudenz gratis aufzunehmen. — Und da wagt man noch, denjenigen Philosophen, die die Voraussetzungen der Kultur „mörderisch" nennen, nachzusagen, daß sie übertreiben.

Definition der Immoralität

Es gibt nichts Erbärmlicheres als den Wunsch, moralisch sauber zu bleiben. Eine Reuter-Meldung vom 15. Mai 1967 berichtet von einer bekannten, im Osten der Vereinigten Staaten gelegenen Privatuniversität, daß deren Kuratoren beschlossen hätten, den dieser Universität übergebenen Forschungsauftrag betr. Kriegsführung vermittels von Bazillenkulturen („germ warfare") „sobald als practicable" an eine andere Institution zu transferieren. Was heißt „so bald als praktikabel"? Kann das etwas anderes bedeuten als: „so bald sich eine andere Institution dafür verbürgen kann, die bereits geleistete Vorarbeit weiterzuführen, damit das Projekt nicht versande"? Die Kuratoren selbst wollen saubere Finger behalten und am Bösen nicht teilhaben. Aber um Gottes willen erst dann, wenn feststeht, daß andere Herren so freundlich sind, am Bösen teilzuhaben und sich ihre Finger zu beschmutzen.

Nach einer besseren Definition von Immoralität würde man wohl vergeblich suchen.

Vernichtungen

Es ist das Verdienst des furchtlosen republikanischen Fraktionsvorsitzenden im Kongreß der Vereinigten Staaten, Ford, seine Mitbürger auf einen Skandal aufmerksam gemacht zu haben, der tatsächlich beweist, daß die Moral in den USA vernichtet ist, und daß selbst in den Armeed Forces von moralischen Maßstäben keine Rede mehr sein kann. Die Sternstunde, in der diese Wahrheit aufgedeckt wurde, trat am 8. August 1967 ein. Es habe sich nämlich herausgestellt, berichtete Ford an diesem Tage — und die Ungläubigkeit seiner Zuhörer war gewiß nicht geringer als seine eigene Indignation —, es habe sich herausgestellt, daß nahezu die Hälfte aller jener Ziele in Nordvietnam, die nicht nur angreifbar und vernichtbar seien, sondern die anzugreifen und zu vernichten auch wirklich lohnen würde, aus rätselhaften Gründen nicht angegriffen und nicht vernichtet würden. Ich wiederhole, um Mißverständnissen vorzubeugen: „Nahezu die Hälfte solcher Ziele". Es müsse, so fuhr Ford fort, geheimgehaltene Beschränkungen geben, die den Piloten gewissermaßen Sabotage auferlege, also sie daran hindere, solche Zielobjekte, wie es sich gehöre, zu vernichten.

Man kann es gewiß keinem rechtschaffenen Manne verübeln, wenn er solchen Verdacht vor der Öffentlichkeit ausbreitet. Ein Mann, der das tut, obwohl er weiß, daß er damit höchste Stellen des Establishments suspekt macht, der beweist damit sogar ganz ungewöhnliche Zivilcourage. Hut ab also vor dem Fraktionsvorsitzenden der Republican Party. Bedeutsam ist seine Zivilcourage nicht allein im Interesse der Aufrechterhaltung der Freiheit der demokratischen Gesellschaft als solcher, sondern vor allem im Interesse derer, die dadurch, daß sie Tausende von Objekten und Menschen nicht treffen dürfen, aufs direkteste betroffen sind, also im Interesse der bedauernswerten amerikanischen Bomberpiloten. Für Menschen — und zu diesen gehören natürlich auch diese Piloten —, die von frühauf dazu erzogen worden sind, ihre Pflichten gewissenhaft zu erfüllen und ihre Suppenteller leer zu essen, für die muß es natürlich qualvoll sein, zur Nachlässigkeit verurteilt zu sein, also dazu, Zielobjekte möglicher Vernichtung aus- und übrigzulassen. Ohne eine gewisse seelische Beschädigung kann solche Repression wohl kaum vor sich gehen. Jedenfalls wäre es für keinen Psychologen, und zu allerletzt für amerikanische Psychologen, die ja eine „Psychology of Frustration" ausgebildet haben, überraschend, wenn eine große Anzahl jener Bombenpiloten, die tagein tagaus in nahezu 50 Prozent der Fälle dem Reiz, um nicht zu sagen: der Verpflichtung, Objekte zu vernichten, hatten Widerstand leisten müssen, die also chronisch und systematisch dazu gezwungen waren, Pfuscherarbeit zu leisten, oder, sexualpathologisch ausgedrückt, täglich die peinvolle und ungesunde Askese-Erfahrung der „aggressio interrupta" hatten durchmachen müssen — wenn also ein sehr hoher Prozentsatz dieser Männer schließlich entweder im Gangstermilieu landen oder in den „Mental Hospitals" der Armed Forces ihr vernichtetes Leben abschließen würden.

Das noch Infamere

Als wir vor Jahren zum erstenmal davon hörten, daß die Leiber der in den Lagern Vergasten zuweilen nicht nur verbrannt wurden, sondern daß deren abfließendes Körperfett kanalisiert und zu Seife verarbeitet wurde, da wagte keiner von uns, den anderen anzublicken. Da Menschen solches Menschen angetan hatten, schämten wir uns, Menschen zu sein. Wie hätten wir damals ahnen können, daß es eines Tages noch Schlimmeres würde geben können? Daß wir uns eines Tages noch tiefer würden schämen müssen? Aber dieser Tag ist eingetreten. Denn noch schlimmer als der Produktionsvorgang der Fettgewinnung, an dem die zu dieser

Arbeit Gezwungenen vermutlich wenig Vergnügen gefunden hatten, noch schlimmer als der ist der Witz, der mehr als zwanzig Jahre später an diese Fettgewinnung anknüpfte. „Wiedergutmachung ist", so lautet dieser Witz, den ein Unteroffizier der Bundeswehr, und nicht etwa im Kasino, sondern im Ausbildungsunterricht, also seinen Rekruten, erzählte — man möchte sich die Ohren verstopfen, um das Beifallsgröhlen nicht hören zu müssen —, „Wiedergutmachung ist, wenn man oben ein Stück Seife hineinsteckt, und unten kommt ein Jude heraus".[1]) Die Infamie dieses Witzes ist zwar unauslotbar. Erkennbar ist aber doch, daß er

die Verarbeitung der Juden zu Seife blinzelnd zugibt;

diese Produktion als einen so lustigen Vorgang unterstellt, daß dieser — warum nicht? — zur Abwechslung auch einmal in umgekehrter Richtung ausprobiert werden kann;

den Haß auf die Wiedergutmachung dadurch bewältigt, daß er diese verhöhnt. — Ob auch dieser Infamie eine noch infamere wird folgen können?

V o r w e m ?

Wie gut es Karl Kraus noch gehabt hatte! Denn gleich, ob er durch den Hohn, den er über seine Opfer ausgoß, seine stupiden, vulgären und blutbefleckten Zeitgenossen wirklich blamiert hat, und ob es ihm wirklich gelungen ist, ein bißchen gegen die Gemeinheit seiner Mitwelt auszurichten — undenkbar scheint es mir, daß er diesen Erfolg für völlig unmöglich gehalten habe. Ohne diese Hoffnung würde seine Unermüdlichkeit rätselhaft bleiben. — Und selbst diese Minimalhoffnung bleibt uns mißgönnt.

Blamieren erfordert stets drei: einen Ersten, der einen Zweiten blamiert; diesen Zweiten; und schließlich — denn ohne ein „coram" gibt es keine Blamage — denjenigen, vor dem man diesen Zweiten blamiert.

Nun, an Blamablen mangelt es gewiß nicht. Und Männer, die das Zeug haben, die Blamablen von heute zu blamieren und die dazu auch die moralische Legitimierung besitzen, die gibt es gewiß ebenfalls. Aber wie steht es mit dem „coram"? Gibt es denn noch Gruppen oder Instanzen, vor denen die zu Blamierenden sich blamieren könnten? Gruppen oder Instanzen, die die Blamierten oder die sich Blamierenden als blamiert empfänden? Vor wem hat sich denn Adenauer blamiert, als er ohne jede Unterlage, aber auch ohne sich verpflichtet zu fühlen, auch nur den Schatten einer Unterlage vorzuweisen, den „Spiegel" als einen „Abgrund von Landesverrat" bezeichnete? Und vor wem hat sich denn Augstein blamiert, als er sich trotz dieser Infamie mit Adenauer zu einem gemütlichen Plausch zusammensetzte? Und vor wem hat sich denn — um das vulgärste Beispiel zu nennen — Johnson blamiert, als er den Komiker Bob Hope, ehe er diesen als Spaßmacher für die dortigen Mörder nach Vietnam schickte, mit dem Ausspruch entließ, daß „ohne Bob Hope's Witze kein Krieg ein wirklicher Krieg" sei? Und vor wem denn, als er diese Worte, die er offenbar überwältigend komisch fand, für pressereif hielt und für die Agenturen freigab? Ich wiederhole: vor wem? Vor uns Europäern vielleicht? Reden wir uns doch nichts ein. Um keine Spur besser sind wir als die drüben. Da wir ja in derselben Zeitung, nein, in derselben Korrespondentenmeldung, und zwar nur zehn Zeilen später, den Mann, der den Hanswurst aufs Schlachtfeld geschickt hat, als den selbstverständlich achtungs-

[1]) „Der Stern", 22. 1. 67, S. 103. — Unteroffizier Lehmann, der Witzeerzähler, ist unterdessen an die Kampftruppenschule Hammelburg versetzt und zum Stabsunteroffizier befördert werden. (Ebenda, S. 104)

würdigen und ernstzunehmenden Präsidenten der Vereinigten Staaten wiederfinden.

Nehmen wir diesen Fall als Beispiel. Gehen wir die Aktoren, die zu dieser Situation gehören, der Reihe nach durch.

Ist Johnson auf den Gedanken gekommen, daß er sich durch seine Gemeinheit blamiert habe oder auch nur hätte blamieren können? — Nein.

Ist der von Johnson zum Hanswurst der Blutbäder ernannte Bob Hope auf den Gedanken gekommen, daß er dadurch blamiert sei oder auch nur blamiert sein könnte? — Nein.

Sind die Korrespondenten auf den Gedanken gekommen, daß sie Johnson und Bob Hope durch ihre Reports blamiert haben oder hätten blamieren können? — Nein.

Oder auf den Gedanken, daß sie (da sie diese Vulgaritäten ja veröffentlichten, ohne deren Anstößigkeit zu kommentieren) auch sich selbst blamierten oder hätten blamieren können? — Nein.

Oder auf den Gedanken, daß sie ihre Leser (da sie von diesen ja erwarteten, daß sie auf Grund der Erwähnung des Komikernamens den Vietnamkrieg erfreulich finden würden) blamiert haben oder hätten blamieren können? — Nein. Oder sind diese Leser schließlich auf den Gedanken gekommen, daß sie sich durch ihre Indolenz oder durch den Spaß, den sie an diesen Gemeinheiten wirklich hatten, blamiert haben oder hätten blamieren können? — Wiederum nein.

Nein, heute jemanden zu blamieren, das ist, da es keine Instanzen mehr gibt, vor denen man ihn blamieren könnte, nicht mehr möglich. Und die blamable Tatsache, daß das nicht mehr möglich ist, die hängt ebenfalls in der Luft, denn wer fühlte sich denn durch diese blamiert, wer könnte sich denn durch sie blamiert fühlen? „Difficile satyram non scribere", hatte es einmal geheißen. Gute Zeiten! Denn heute müßte es leider, da die Hand, die nicht mehr weiß, für wen sie eigentlich schreibt, immer in der Gefahr schwebt, zu erlahmen, heute müßte es nun heißen: „Difficile satyram scribere".

Verräter heute

Nichts ist heute beliebter als der Ruf „Verrat!". So beliebt ist er deshalb, weil, die ihn rufen, mit seiner Hilfe das wirkliche Verbrechen von heute geheimhalten können: nämlich ihr Verbrechen der Geheimhaltung.

Als Hochverräter haben wir heute nicht diejenigen zu klassifizieren, die ihren Mund zu weit aufreißen, sondern diejenigen, die ihren Mund zu fest versiegeln, die nämlich diejenigen Tatsachen nicht verraten, die, wenn die Menschheit überleben soll, jedermann wissen muß.

„Lasciate ogni speranza"

Nichts schreckenerregender als die Stimme des guten Gewissens. Wenn ihr erfahrt, daß jemand behauptet, diese Stimme gehört zu haben, dann laßt alle Hoffnung fahren, der Barbarei steht dann nichts mehr im Wege. Denn die mit gutem Gewissen aus 15 000 feet Höhe unter dem Titel „mopping up operations" durchgeführten Abschlachtungen sind viel gewissenloser, als es die bösartigsten Mafia-Morde in Sizilien gewesen waren. Solange noch bösartig gemordet wurde, lag es ja noch im Bereich der Möglichkeit, daß das Fehlen von Gewissen als Lücke erkannt und registriert wurde, sogar vom Mörder selber. Und selbst die Möglichkeit einer Sinnesänderung war damals noch nicht ausgeschlossen. Seit dagegen

mit gutem Gewissen gemordet wird, ist es unmöglich, daß eine solche Lücke noch als Lücke erkannt wird.

Die systematische Produktion von Unmoralität, die nun seit 25 Jahren vor sich geht, die vollzieht sich niemals als ausdrückliche Demontierung von Moral, sondern umgekehrt stets als deren scheinbare Rettung oder Aufrechterhaltung. — Was heißt überhaupt „die Stimme des guten Gewissens"? Gibt es denn überhaupt etwas, was diesem Ausdruck entspricht? Ist eine solche Stimme denn jemals zu vernehmen? Auf ebenso unbestreitbare Weise zu vernehmen wie die Stimme des schlechten Gewissens? Oder ist nicht die Rede von einem, dem schlechten Gewissen analogen, „guten Gewissen" eine Erfindung der — Gewissenlosen? Besteht nicht das, was man als die „Stimme des guten Gewissens" bezeichnet, einfach in der Tatsache, daß die Stimme des schlechten in uns verstummt ist? Oder darin, daß wir zu taub geworden sind, um diese zu vernehmen? —

Die wirklichen Anständigen können es sich nicht nur ersparen, ihr gutes Gewissen auf dem Präsentierteller herumzutragen, sondern auch, ein gutes Gewissen zu haben.

Betrug vermittels falscher Sprachform

Wo Schuldige unterschlagen werden sollen, da werden deren Aktionen als selbstständig funktionierende Prozesse hingestellt. „Der Vietnamkrieg droht", so behauptet die Wiener „Presse" vom 23. August 1966, „sich immer mehr auf weitere Länder Hinterindiens auszudehnen". Offenbar ist dieser Krieg ein selbständiges Wesen, das sich von sich aus ausdehnen kann, nein, sogar die noch raffiniertere Fähigkeit hat, mit Selbstausdehnung zu drohen. Wenn solche Ausdehnung automatisch vor sich geht, dann ist sie natürlich höchst gefährlich. Kein Wunder also, wenn die Amerikaner darauf reagieren. Was um so berechtigter ist, als ihre Reaktion den höchsten moralischen Erfordernissen genügt. Der übernächste Satz in diesem Zeitungstext teilt nämlich nicht nur mit, daß die Amerikaner auf Grund der mysteriösen Selbstausdehnung, vermutlich um diesen beunruhigenden Vorgang unter Kontrolle zu halten, fünf militärische Flugplätze anlegen, vielmehr „haben die USA" — auch heute gibt es eben noch wahre Selbstlosigkeit —, „wie am Montag aus informierten Kreisen in Bangkok verlautete, beschlossen, für die Kosten der Vergrößerung von fünf militärischen Flugplätzen in Thailand aufzukommen".

Hut ab! Man stelle sich das vor: Da dehnt sich also aufs unheimlichste und ohne alle Schuld Amerikas in Vietnam ein automatischer Krieg aus. Und die armseligen USA, die doch weiß Gott nicht dazu verpflichtet wären, sich um diesen fernen Kontinent zu kümmern, die springen ein, so als wäre das fremde Land ihr eigenes Land, um dort den sich automatisch ausdehnenden Vietnamkrieg in Schach zu halten. Also diese Leute greifen in die eigene Tasche und lassen harte Dollars springen, damit es in einem fernen Lande Flugplätze gebe . . .

So sehen Vietnamkrieg-Nachrichten in führenden Zeitungen Europas aus. Als Quellen für diese eine Nachricht hat die „Presse" gleich die ap, afp, dpa, upi und Reuter zusammen zitiert. Die Meldung kann also nicht nur nicht falsch sein, vielmehr strahlt sie sogar die fünffache Wahrheit der fünf Agenturen aus.

Tauben und Habichte

Die Propaganda dafür, nur im Süden zu morden, nicht dagegen im Norden, die erfordert ungewöhnlich große Zivilcourage. Keine vernünftige „Taube" wird daher von denjenigen, die er zu fellow-Tauben zu machen wünscht, verlangen, ihr revolutionäres Taubenprinzip so ohne weiteres und über Nacht zu akzeptie-

ren. Zwischenpositionen müssen gefunden werden. So hat z. B. die unter dem Namen „Sane" bekannt gewordene amerikanische „Action on Disarmanent and the Peace Race" Pamphlete veröffentlicht und verbreitet, deren Titel nicht etwa lauten: „Be a dove and no longer a hawk!" („Sei eine Taube und nicht mehr ein Habicht!") sondern: „Not a dove, but no longer a hawk" („Keine Taube, aber auch kein Habicht mehr"). Welcher politische Vogel in der Mitte zwischen diesen beiden sein Nest baut, das müßten Berufsornithologen feststellen.

Man glaube aber nicht etwa, daß diese Zwischenvögel oder die für Zwischenvögel eintretenden Männer als Kompromißler oder als Konformisten gelten, oder daß sie sich selber als solche einstufen. Im Gegenteil: auch sie gelten als Oppositionelle und betrachten sich selber als Oppositionelle; und für diese Zwischenvögel-Position zu werben, halten sie sogar für eine beinahe revolutionäre Tätigkeit. — So sehen Revolutionäre von heute aus.

E s t a b l i s h m e n t

Ein für allemal muß „established" werden, daß der Ausdruck „Establishment" nichts anderes ist als eine verharmlosende Bezeichnung, mit der die herrschende Klasse sich selbst bezeichnet, um nicht offen zugeben zu müssen, daß sie die herrschende Klasse sei. Hinter dem Worte steht, genauso wie hinter dem Worte „formierte Gesellschaft", die Politik des verschämten Klassenkampfes. — Nichts fragwürdiger als die Mitbenutzung des Wortes „Establishment" durch diejenigen, die zu diesem Establishment nicht nur nicht gehören, sondern von diesem von vornherein als dessen Opfer bestimmt gewesen waren.

M o d e n

„Ich denke", erklärte der Stellvertretende Außenminister Katzenbach in einem Gespräch mit Senatoren, das am 21. 8. 1967 stattfand, „daß die Erklärung eines Krieges in der internationalen Arena altmodisch geworden ist." Hitler hätte das niemals gesagt, freilich hat er diese Mode der Nichtkriegerklärung eingeführt. Es ist immerhin bemerkenswert, mit welcher Selbstverständlichkeit sich Regierungsmitglieder auf von Hitler eingeführte „Moden" berufen.

D e m o k r a t i e

Definition: Demokratie ist das Recht, diejenigen, von denen man in einer Wahl unter Umständen besiegt wird, militärisch zu bekämpfen. Und zwar hat man dieses Recht, weil Demokratie ja in dem „Recht, mit anderen uneinverstanden zu sein" besteht und weil militärische Bekämpfung eben eine unter anderen Methoden darstellt, ein solches Uneinverständnis zu verwirklichen.

Das ist kein Witz, nein das ist wahrhaftig nicht witzig. Vielmehr ist das eine Erklärung, die laut Washington Post Marshall Ky am 14. Mai 1967 in einer Pressekonferenz abgegeben hat. Wörtlich lautet sie: „I am going to fight (the winning candidate with whom he disagrees) militarily. In any democratic country you have the right to disagree with others."

Jetzt wissen wir also, zur Unterstützung welcher Art von Demokraie der Demokrat Johnson Hunderttausende von Asiaten und Tausende von Amerikanern auf dem Altar der freien Welt opfert.

D a s h ö c h s t i n d u s t r i a l i s i e r t e L a n d d e r W e l t,

mindestens das Land mit den meisten strategisch wichtigen und für die freie Welt bedrohlichen Industrieanlagen ist — darüber gibt es keinen Zweifel — Nordvietnam gewesen, und das ist es auch heute, und das wird es vermutlich auch morgen sein, und das wird so lange gelten, wie das Land von der amerikanischen

Luftwaffe zerbombt wird. Seit mehr als zwei Jahren werden wir täglich amtlich darüber informiert, daß Fabrikinstallationen, Raffinerien, Brücken, Ölanlagen, vor allem Eisenbahnknotenpunkte, angegriffen worden seien; aber offensichtlich sind diese Objekte gegen Schläge gefeit — warum müßten sonst die Angriffe täglich wiederholt werden? Oder das Potential des Landes ist so gigantisch, daß die paar Zerstörungen, die die armseligen amerikanischen Bomben vorgestern, gestern und heute angerichtet haben, unerheblich bleiben. Gleichviel, es nutzt nichts, jeden Tag müssen neue Einsätze geflogen werden.

Welch eigentümlicher Existenzbeweis! Vom Dasein dieser Knotenpunkte, und wie die anderen Objekte alle heißen mögen, und von deren sensationeller Zahl und von deren atemberaubendem Ausmaß hatten wir früher niemals etwas gehört. All das wird nun erst bekannt, nun erst durch deren Vernichtung. „Ich bin zerbombt worden", scheint jeder Knotenpunkt auszurufen, „also bin ich". Oder richtiger: „also war ich."

Gott als Diffamierungsgerät

„Ungeachtet", heißt es in Fettdruck im Wiener „Kurier" vom 1. August 1967, „ungeachtet Präsident Johnsons Aufruf zum Gebet für Bürgerfrieden und nationale Versöhnung brachen Sonntag abend in Portland, Riviera Beach, Wichita und Cleveland Negerunruhen aus."

Diese Worte wollen uns nahelegen, nun in den aufbegehrenden Negern nicht mehr nur Rebellen gegen Wohn-, Sanitäts-, Schul-, Arbeits- bzw. Arbeitslosigkeitsverhältnisse zu sehen, sondern auch einen Mob, der gegen Gott selbst aufbegehrt, da er ja, statt für Versöhnung zu beten, und sogar trotz des ausdrücklichen Ersuchens um ein solches Gebet, auf den Straßen herumlärmt.

Letztlich anzuklagen ist in diesem Falle natürlich nicht der „Kurier", der diese Nachricht nicht anders als zehntausend andere Blätter gebracht hat, sondern der öffentlich zum Beten aufrufende Johnson. Wenn Unpolitische oder Verzweifelte unter den Bedrohten im Beten ihren letzten Ausweg sehen, so ist das menschlich natürlich begreiflich, wenn auch, da ja politische Freiheit noch niemals als Manna vom Himmel gefallen ist, traurig. Aber wenn derjenige, der die Macht in Händen hält, den Entmachteten, die er jederzeit mit Gewalt zum Verstummen bringen könnte, anempfiehlt, zu Gott zu beten, dann stellt das den Höhepunkt der Scheinheiligkeit dar. Diejenigen in Amerika, die effektiv gläubig sind, sollten im Interesse ihrer Religion und zu Ehren ihres Gottes Johnson als Gotteslästerer bezeichnen.

Was Harmonie ist

Am 3. September 1967 meldete der Rundfunk, Präsident Johnson habe erklärt, daß es im Kreise seiner Mitarbeiter keinerlei Meinungsverschiedenheit über den Vietnam-Krieg gebe. Offenbar liegt für Panik wirklich kein Anlaß vor, wir dürfen wirklich mit gutem Gewissen ruhig einschlafen. Denn, so heißt es bei Johnson weiter, ausnahmslos Alle befürworteten die Fortsetzung der eskalierten Bebombung von Nordvietnam, in dieser Hinsicht herrsche in ihrem Kreise vollkommene Harmonie.

Es fehlt nur, daß er gesagt hätte: „die friedlichste Harmonie", aber „Harmonie" hat er gesagt — was uns dazu nötigt, „Harmonie" neu zu definieren.

Unter „Harmonie" haben wir nun also die Tatsache zu verstehen, daß sich Kriegsverbrecher über die Antworten auf die Frage, wen sie wo und mit welchen Mitteln ausrotten sollen, einig sind.

„We have nothing to hide"

In der gesamten Presse der Welt, vor allem aber in der der USA, erscheinen seit langem und immer wieder Photos, von denen jedermann im ersten Augenblick annehmen muß, daß sie hochmodern ausgerüstete Feuerwehrleute bei ihrer Arbeit darstellen. Jedenfalls halten die abgebildeten Männer ihre Schlauch-Geräte genau so, wie Feuerwehrmänner ihre Schläuche halten; und auch sie spritzen etwas — was, das läßt sich nicht sofort erkennen — in brennende Häuser und in lodernde Dachstühle, kurz: wenn uns diese Bilder mit größtem Vertrauen erfüllen, so ist das sehr begreiflich. Nur daß wir leider, wenn wir die erläuternde Bildunterschrift lesen, eines besseren, bzw. etwas sehr viel schlechteren belehrt werden: nämlich daß die abgebildeten Männer im Unterschied zu üblichen Feuerwehrleuten nicht auf Flammen zielen, sondern mit Flammen zielen, und daß sie auf die Häuser und die Menschen nicht deshalb zielen, weil sie diese zu erretten wünschen, sondern umgekehrt deshalb, weil sie sie einzuäschern wünschen. Eine „negative fire-brigade" sind sie also.

„Ganz üble Fälschungen, Montagen, Retouchierungen und Verleumdungen", könnte man denken. Oder: „Selbst wenn die Photos, und sogar deren Unterschriften, keine Fälschungen sein sollten — die abgebildeten Männer, die die traurige Pflicht auf sich genommen haben, eine so unerfreuliche und so leicht als Brandstiftung mißdeutbare Arbeit zu leisten, die werden schon wissen, warum sie das getan haben. Und selbst wenn sie sich über die Bewandtnis ihres Tuns persönlich nicht ganz im klaren sein sollten, selbst dann wird die Sache schon in Ordnung sein, objektiv wird es schon seinen Grund, seinen sehr legitimen Grund haben, wenn sie damit betraut sind; vermutlich ist es eben ohne zu solchen Opfern bereite Männer nicht möglich, unsere freie Welt von kommunismus-verseuchten Dörfern und Menschen zu befreien und zu reinigen. Übel dagegen, ganz üble Kreaturen, müssen diejenigen sein, die ein Interesse daran haben und daran gehabt haben, Amerikaner in Uniform bei solchen leicht mißdeutbaren Arbeiten abzuphotographieren. Viet Congs vermutlich, die das hinterrücks getan haben; schon den Japanern und den Franzosen haben die ja ähnlich mitgespielt, diese Brüder kennt man ja, die sich aus blindem Haß auf die freie Welt darauf kaprizieren, das Land, in dem sie zufällig zur Welt gekommen waren, von den 450 000 legitim nach Vietnam importierten Vertretern der freien Welt zu befreien. Oder vielleicht sind die Photos von jenen Nordvietnamesen aufgenommen worden, die die bodenlose Frechheit hatten, sich heimlich in den Süden einzuschleusen. Wenn man dahinter nicht sogar Mitglieder des Russellschen Kriegsverbrechertribunals zu suchen hat, da diese ja bekanntlich und zugegebenermaßen nichts besseres zu tun wissen, als die freie Welt mit Wahrheiten zu beglücken, nach denen diese kein Bedürfnis gezeigt hat — was letztlich natürlich auf Freiheitsberaubung herausläuft . . ."

Bedauere. Alles schief, alles falsch, schief und falsch von A bis Z. Gleich ob Bilder oder erläuternde Unterschriften, weder von Viet Congs stammen diese, noch von Nordvietnamesen, noch von unsereins. Sondern durchweg von Amerikanern.

Auch das wird man als Möglichkeit vielleicht zugeben. „Illoyale Bürger", wird man erklären, und Unamerican activities hat es ja schließlich auch früher schon gegeben. Die Chance, daß irgendeine Kreatur der civil rights-Bewegung oder der End the Draft-Gruppe oder ein foolish member of a foolish committee die Tatsache, daß heute die Vereinigten Staaten traurigerweise dazu gezwungen sind, täglich Tausende von Bürgern nach Vietnam zu fliegen, ausgenutzt hat,

um sich, als Photograph oder Reporter getarnt, in den Feuerzauber des Dschungelkrieges unautorisiert einzuschleichen — diese Chance ist natürlich nicht aus der Welt zu schaffen.'

Bedauere noch einmal. Alles schief, alles falsch, schief und falsch von A bis Z. Denn die Bilder sind nicht hinterrücks aufgenommen worden, sondern in aller Offenheit von ganz normalen und amtlich akkreditierten Pressephotographen. „. . . und von diesen heimtückisch an die Viet Cong oder an eine nordvietnamesische oder sowjetrussische oder chinesische Agentur für gutes Geld verkauft worden."

Bedauere zum letztenmal. Verkauft worden ist dieses Bildmaterial nämlich auf Grund fester Verträge an amerikanische Agenturen, an sehr große sogar und an zuhause und international angesehene. Und diese haben das Material an amerikanische Zeitungen verkauft, und ebenfalls an sehr große und zuhause und international angesehene, und in diesen sind die angeblich anstößigen Textierungen dann vorgenommen worden. Sofern es aber wirklich zutreffen sollte, daß diese Bilder auch in Nordvietnam oder in China oder in Sowjetrußland bekannt gemacht worden sind, so allein deshalb, weil diese zuvor in amerikanischen Blättern erschienen waren, weil sich also die Nordvietnamesen und die Chinesen und die Sowjetrussen haben bedienen können. Kurz: alles hat sich völlig offen und ohne jede Heimtücke abgespielt. Denn nichts gilt heute genereller und unbestreitbarer als jene Maxime, die Präsident Eisenhower einmal geprägt hat (wenn ich mich recht entsinne, anläßlich der TV-Sendung über eines seiner Unterleibsorgane, an dem er sich hatte operieren lassen und das er keinem seiner Zweihundertmillionen Mitbürger hatte mißgönnen wollen), und wie es auch in dem berühmten Reklametext einer großen bug-Firma heißt: denn nichts gilt heute genereller und unbestreitbarer als die Maxime: „We have nothing to hide."

Bogislaw v. Bonin

Abrechnung mit einem Monstrum

Zu Herman Kahns Buch „Eskalation"

Nach der Lektüre des neuesten Buches von Herman Kahn „Eskalation" (Propyläen-Verlag, Berlin) fällt es mir noch schwerer als nach dem Lesen seiner beiden ersten Bücher „Vom Nuklearkrieg" (1960) und „Denken über das Undenkbare" (1962), diesen amerikanischen Wissenschaftler als ernst zu nehmenden Wehrexperten, geschweige denn als den „Clausewitz des Kernzeitalters" und sein Werk „Eskalation" als „die gültige Doktrin des Nuklearkrieges" anzuerkennen. Ich halte Herman Kahn vielmehr heute mehr denn je für den Prototyp des „war monger", eines Mannes also, der zwar dank hoher Intelligenz, immensen Fleißes und flüssiger Feder Hunderte von Seiten mit Theorien über das Thema „Krieg" zu füllen vermag, dem es dabei aber weit mehr um die Befriedigung dunkler Triebe und um das Einheimsen harter Dollars als um die Wahrheit geht.

Vermutlich werden nur wenige Leser dieser Zeilen das zur Diskussion stehende Buch „Eskalation" gelesen haben oder noch lesen wollen und somit in der Lage sein, sich selbst ein Urteil zu bilden. Deshalb will ich nachstehend in der gebotenen Kürze versuchen, meine Ablehnung der neuen „Denk"-Arbeit des Herrn Kahn zu begründen. Das fällt um so leichter, als der Verfasser es für zweckmäßig gehalten hat, Deutschland als Schauplatz der von ihm modellierten „Standard-Krise" auszuwählen und dieses Modell zumindest gedanklich als Ausgangspunkt und Basis seiner weiteren Überlegungen zu benutzen.

In dem notabene im Jahre 1965 erschienenen Buch Hermann Kahns wird der Handlungsablauf einer als Musterbeispiel hingestellten Krise auf deutschem Boden wörtlich wie folgt geschildert:

1) Unruhen und ein die Dinge auf die Spitze treibender gewaltsamer Zwischenfall in Ostdeutschland oder Berlin.

2) In Ostdeutschland kommt es zu großen Demonstrationen der Bevölkerung und zu Straßenkämpfen.

3) Die Zonengrenze oder die Berliner Mauer wird an verschiedenen Stellen von ostdeutschen Aufständischen geöffnet.

4) Westdeutsche („Freiwillige") greifen zwar beschränkt, aber nachhaltig ein.

5) Die Sowjets lassen Westdeutschland und der NATO eine Warnung zukommen.

6) In Europa und den Vereinigten Staaten werden Teile der Bevölkerung evakuiert.

7) Die NATO antwortet auf die sowjetische Warnung mit einer Gegenwarnung vor dem sowjetischen Eingreifen.

8) Anhaltende Verletzungen und Überschreitungen der Grenze unter starker Beteiligung von Westdeutschen.

9) Die Sowjets greifen ein, führen einen begrenzten Stoßangriff über die Grenze oder andere größere Gewaltakte durch und unternehmen möglicherweise eine nicht-tödliche nukleare Demonstration.

10) Weiterer Notenwechsel.

11) Einstellung oder Nachlassen der Kampfhandlungen.

12) Der „Waffenstillstand" wird gebrochen.

13) Evakuierungen in größerem Maße und Anlaufen von weiteren Notstandsmaßnahmen.

14) Einheiten beider Seiten überschreiten weiterhin die Grenze.

15) Eine Seite stellt ein Ultimatum.

16) Volle Durchführung der Notstandsmaßnahmen.

17) Die Sowjets führen entweder einen beschränkten Angriff auf Westeuropa, um ihre Entschlossenheit unter Beweis zu stellen und die NATO zu spalten — in der Hoffnung, einen der Hauptbeteiligten zur Kapitulation zu zwingen oder wenigstens in diesem Sinne zu beeinflussen —, oder die Vereinigten Staaten führen einen begrenzten Schlag, um die Sowjets abzuschrecken.

18) Die Vereinigten Staaten verkünden eine Strategie der offenen Städte und der Aussparung der Städte von Angriffsschlägen.

19) Die NATO erklärt in ähnlicher Weise Europa westlich des Rheins und wahrscheinlich auch bestimmte Teile Deutschlands zum offenen Gebiet.

20) Entweder die Vereinigten Staaten oder die Sowjets führen einen großen Schlag gegen feindliche Waffenziele bei Vermeidung von Nebenschäden, stellen gleichzeitig ein weiteres Ultimatum oder machen ein Friedensangebot.

Wenn ich diese zwanzig sogenannten Entwicklungsstufen nicht schwarz auf weiß gedruckt vor mir sähe, würde ich nicht glauben, daß ein Mann, der ernst genommen werden will, es wagen könnte, solch ein Übermaß an politischer Naivität, konventionell-militärischer Ignoranz und leichtfertiger Einschätzung des Wesens von Atomwaffen zu Papier zu bringen.

Wie man zwölf Jahre nach dem Aufstand in Mitteldeutschland eine noch viel weitergehende Wiederholung der damaligen Vorgänge überhaupt in Erwägung ziehen kann, ist mir rätselhaft. Offenbar hat Herr Kahn die Entwicklung in der DDR während des letzten Jahrzehnts nicht mitbekommen. Ich rate ihm, bald einmal eine Reise in den anderen Teil Deutschlands zu unternehmen. Dann würde er zweifellos sehr schnell erkennen, daß seine in den Punkten 1 bis 3 aufgestellten Hypothesen völlig irreal, ja einfach närrisch sind. An der wahren innen- und machtpolitischen Lage jenseits des Eisernen Vorhangs gingen sie jedenfalls schon 1965 und gehen sie heute erst recht meilenweit vorbei.

Gänzlich abwegig sind meines Erachtens auch die Punkte 4 und 8. Bei den westdeutschen „Freiwilligen" Kahn'scher Prägung könnte es sich doch nur um Teile der Bundeswehr handeln. Diese aber untersteht bekanntlich aus gutem Grund dem amerikanischen NATO-Oberbefehlshaber. Man darf überzeugt sein, daß dieser auch und gerade in etwaigen Spannungszeiten in der Lage wäre, jede Eigenmächtigkeit bundesdeutscher Truppen zu unterbinden.

Im übrigen: Wie stellt sich wohl der „Stratege" Kahn ein zwar beschränktes, aber „nachhaltiges" Eingreifen westdeutscher „Freiwilligen"-Verbände vor? Ich kann ihm angesichts der auf der Gegenseite vorhandenen Kräfte nur versichern, daß ein solches Amoklaufen schon wenige Meter ostwärts der quer durch Deutschland verlaufenden Demarkationslinie mit einem völligen Desaster enden

würde. Sinngemäß das gleiche Ergebnis hätte auch ein Herrn Kahn vielleicht vorschwebender Einsatz westdeutscher Luftlande-„Freiwilliger" in der Tiefe der DDR.

Außer der ihm bereits angeratenen Belehrungsreise nach Mitteldeutschland sollte der „Clausewitz des Kernzeitalters" schleunigst Nachhilfeunterricht in den primitivsten Grundlagen konventionell-militärischen Denkens und Handelns nehmen, ehe er erneut zur Feder greift und sich mit Annahmen lächerlich macht, die den Stempel totaler Ignoranz tragen.

Nicht weniger anfechtbar sind zumindest für den Bereich der Bundesrepublik die in den Punkten 6 und 13 aufgeführten Evakuierungsmaßnahmen. Es mag sein, daß das Bonner Kabinett samt sogenanntem „Notparlament" sich beim Heraufziehen drohender Gewitterwolken am weltpolitischen Horizont sehr schnell in seinen Bunker im Ahrtal verzieht. Ich könnte mir auch vorstellen, daß in einer solchen Spannungszeit ein Run gewisser bundesdeutscher Kreise auf Fluggelegenheiten in südlich gelegene Länder einsetzt. Die große Masse der Bundesbürger aber würde sich richtigerweise weigern, etwaige Evakuierungsanordnungen zu befolgen, und es unter allen Umständen vorziehen, ruhig zu Hause zu bleiben, statt sich völlig sinnlos als Flüchtlinge auf die Straße jagen zu lassen. Die Vorstellungen des Herrn Kahn über den Verlauf einer etwaigen Krise in Deutschland sind in dieser Hinsicht ebenso unrealistisch wie seine von mir schon vorher ad absurdum geführten Theorien.

Indes, der Aberwitz, den Herman Kahn seinen Lesern aufzutischen wagt, ist damit längst nicht beendet. Es kommt vielmehr noch schlimmer.

Liest man den Punkt 9, so erhebt sich zunächst die Frage, wie Herr Kahn die Sowjets für so närrisch halten kann, erst zu diesem späten Zeitpunkt einzugreifen, praktisch also tagelang nach dem Ausbruch eines phantastischen Tohuwabohus beiderseits der quer durch Deutschland verlaufenden Demarkationslinie Gewehr bei Fuß zu stehen und zuzusehen, wie sich die Dinge entwickeln. Es gehört schon eine gehörige Portion Dreistigkeit dazu, ein derart eklatantes Versagen der sowjetischen Führung nicht nur als möglich, sondern sogar als mehr oder weniger selbstverständlich hinzustellen.

Gleichwohl könnte man bis dahin den von Kahn erdachten Ablauf einer krisenhaften Entwicklung in Deutschland bei einigem Wohlwollen gerade noch als Phantastereien eines verhältnismäßig harmlosen Irren abtun und sich diesem Mann gegenüber vielleicht auf den Vorwurf beschränken, die politisch-militärische Situation im Herzen des alten Kontinents ohne auch nur annähernd ausreichenden Sachverstand behandelt zu haben.

Mit dem Moment jedoch, wo Herman Kahn im Punkt 9 und sodann in den Punkten 17 und 20 atomaren Boden betritt, wird er gemeingefährlich und kann nicht rücksichtslos genug bekämpft werden.

„Wer so spricht, schießt auch" — an diese Worte, die der alte FDP-Politiker Reinhold Maier vor Jahren anläßlich einer Bundestagsdebatte über die nukleare Bewaffnung der Bundeswehr dem damaligen Verteidigungsminister Strauß an den Kopf warf, mußte ich sofort denken, als mir die Kahn'schen Vorstellungen vom Einsatz atomarer Waffen im Zuge einer krisenhaften Entwicklung hier in Europa vor Augen kamen.

Was Reinhold Maier seinerzeit einem Franz Josef Strauß mit vollem Recht zum Vorwurf machte, war dessen unverhüllte Bereitschaft zum Spiel mit dem atoma-

ren Feuer, seine ebenso maßlose wie leichtfertige, jeder Vernunft hohnsprechende Forderung nach sofortiger massiver Vergeltung mit Kernwaffen, „sobald auch nur ein Gewehrschuß von drüben über die Grenze peitscht".

Nun, die Zeiten, in denen derart wahnsinnige Ideen öffentlich propagiert werden konnten, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen, sind glücklicherweise längst vorbei. Wenigstens diese Entwicklung hat Herman Kahn allem Anschein nach begriffen, es jedenfalls vermieden, sich auf so plumpe Art und Weise von vornherein unglaubwürdig zu machen.

Um so gefährlicher ist meines Erachtens sein Versuch, die frühere Holzhammer-Theorie à la Strauß durch eine neue Atomkriegs-Doktrin zu ersetzen, die zwar nach außen hin weniger auffallend wirkt, im Grunde aber noch ausgeprägter die Züge zynischen Leichtsinns, ja, eines widerwärtigen Sadismus aufweist.

„Wer so schreibt, ist ein Verbrecher" — diese Anklage erhebe ich in sinngemäßer Abwandlung der einst an eine andere Adresse gerichteten Worte Reinhold Maiers nunmehr vor aller Öffentlichkeit gegen Herman Kahn. Meine Begründung ist folgende: Niemand kann — leider — behaupten, daß ein Atomkrieg zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR gänzlich ausgeschlossen ist. Wir wissen aber, daß spätestens seit der Kuba-Krise, bei der die verantwortlichen Staatsmänner in Washington und Moskau sich erstmals ernsthaft mit der Möglichkeit einer atomaren Auseinandersetzung konfrontiert sahen, beide Seiten mit der allergrößten Vorsicht taktieren und vor allem jede Gefahr auszuschalten versuchen, unversehens — sei es durch eigenen Leichtsinn, sei es durch die Schuld eines Dritten — in eine Lage zu geraten, die mehr oder weniger zwangsläufig zu einer Katastrophe fürchterlichen Ausmaßes führt.

Eines steht jedenfalls fest: Sowohl die amerikanische als auch die sowjetische Führung betrachten Atomwaffen heute als „ultima ratio" im wahrsten Sinne des Wortes. Es ist deshalb undenkbar, daß eine der beiden Seiten ohne wirklich zwingenden Grund zu diesem letzten Mittel greift, geschweige denn sich zu einer unüberlegten, voreiligen und in ihren Folgen gar nicht zu übersehenden Provokation des anderen Giganten durch irgendwie gearteten Einsatz von Kernwaffen hinreißen läßt. Das weiß nach meiner festen Überzeugung auch Herr Kahn ganz genau. Dennoch — und hier beginnt die kriminelle Seite seines Tuns — hält dieser Mann es in seinem Krisenmodell für möglich, daß

— die Sowjets eine nicht tödliche nukleare Demonstration unternehmen (Punkt Nr. 9), die laut Interpretation des „Spiegel" (Nr. 15/67) in 18 km Höhe ausgerechnet über Bonn erfolgen und offenbar eine verrückt spielende Bundesregierung (Entsendung von „Freiwilligen") zur Raison bringen soll;

— die Vereinigten Staaten einen begrenzten (Atom-) Schlag führen, um die Sowjets abzuschrecken (Punkt Nr. 17);

— entweder die Vereinigten Staaten oder die Sowjets einen großen (Atom-) Schlag gegen feindliche Waffenziele bei Vermeidung von Nebenschäden führen (Punkt Nr. 20).

Ich sehe in diesen atomaren Hypothesen, deren Wahnwitz jedem normal und unvoreingenommen denkenden Menschen sofort klar sein muß, den bewußten Versuch, die Wirkung von Kernwaffen zu verharmlosen, die Bedeutung dieses 1945 neu in Erscheinung getretenen machtpolitischen Instruments herunterzuspielen und dadurch der Menschheit unter dem Motto „Es ist alles halb so schlimm" den Gedanken an einen dritten Weltkrieg zu suggerieren.

Von welchen Motiven auch immer sich Herman Kahn hat leiten lassen — seine Absicht ist und bleibt verbrecherisch. Denn offensichtlich will er falsche Vorstellungen erwecken oder zumindest erhalten, die nur allzu leicht zu verhängnisvollen Fehlentscheidungen führen und die Menschheit über Nacht in ein grauenvolles Inferno stürzen können.

Wir Deutschen haben allen Grund, schärfsten Protest zu erheben gegen den von dem Monstrum Kahn mit uns und unserem Lande vor der Weltöffentlichkeit betriebenen Mißbrauch als „Krisenmodell". Diese Feststellung bedarf wohl kaum einer näheren Erläuterung.

Um so befremdender wirkt die Tatsache, daß der heutige Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und „Wehrexperte" dieser Partei, Helmut Schmidt, in seiner fünfzehn Seiten langen Einleitung zu dem Kahn'schen Buch „Eskalation" praktisch kein Wort der Kritik äußert, sondern im Gegenteil über dieses Machwerk eine Laudatio hält, wie sie in höheren Tönen gar nicht gesungen werden könnte. Seine merkwürdige Einstellung gegenüber dem in jeder Hinsicht notorischen Unsinn, den der „Clausewitz des Kernzeitalters" zumindest mit der Darstellung vom Entstehen und Verlauf einer Krise auf deutschem Boden uns zumutet, wird allerdings nur denjenigen überraschen, der das 1961 erschienene Buch des Herrn Schmidt „Verteidigung oder Vergeltung" nicht kennt.

Denn auch dort vermied er es peinlichst, irgendwie konkret auf die tatsächliche militärisch-militärpolitische Situation beiderseits des Eisernen Vorhanges in Deutschland einzugehen, sie ganz nüchtern zu beurteilen und die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Vielmehr konnte man damals ebenso wie jetzt beim Lesen der Einleitung zu „Eskalation" nur den reichlich niederziehenden Eindruck mitnehmen, daß Helmut Schmidt den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht oder aus bestimmten Gründen nicht sehen will.

Angesichts solcher Geisteshaltung, die bedauerlicherweise heute noch immer in den Spitzengremien der SPD und natürlich der CDU/CSU vorherrscht, ist das wenigstens nach außen hin nach wie vor unverändert starre Festhalten der Bundesregierung an Vorstellungen auf dem konventionell-militärischen und vor allem dem atomaren Sektor, wie sie etwa von Herman Kahn vertreten werden, nicht verwunderlich.

Gewiß, allmählich beginnt es — nicht zuletzt unter dem Druck einer immer untragbarer werdenden Belastung der Bundesfinanzen durch einen Rüstungsetat von annähernd 20 Milliarden DM — auch in den Hirnen einiger prominenter Sozial- und Christdemokraten zu dämmern. Offiziell aber haben von den im Bundestag vertretenen Parteien bisher nur die Freien Demokraten den Absprung zu einer grundlegenden Überprüfung der wehrpolitischen Lage Westdeutschlands im Zeitalter der Atomwaffen gefunden.

Das Resultat dieses zwar längst überfällig gewesenen, dennoch einige Zivilcourage beweisenden Schrittes der Freien Demokraten sind die sensationell neuen und hoffentlich bahnbrechenden Beschlüsse zur Verteidigungspolitik, die im Frühjahr 1967 auf dem Parteitag der FDP in Hannover verkündet wurden und damit parteiamtlichen Charakter tragen.

Sie decken sich in der grundsätzlichen Auffassung von der Lage und in den daraus abgeleiteten entscheidenden Schlußfolgerungen weitestgehend mit den von mir seit vielen Jahren vertretenen und im Spätherbst 1966 mit Hilfe des „Spiegel" (Nr. 48/66 vom 21. Nov.) einer breiten Öffentlichkeit nahegebrachten militärpolitischen Thesen.

Fernseh-Spalte

BILANZ UND POPANZ

ARD und ZDF haben sich das Jubiläum der Oktoberrevolution etwas kosten lassen. An Filmen, Berichten, Diskussionen und Fernsehspielen war in den letzten zwei Monaten kein Mangel. Ein besonderes Lob verdient die noch laufende Serie „Der russische Revolutionsfilm" (ZDF). Die Besessenheit aber, mit der das ZDF Zeitgeschichte in sogenannten Dokumentarspielen zu bewältigen glaubt, nimmt langsam groteske Ausmaße an. So wertete der vielbeschäftigte Hellmut Andics die Ereignisse des Jahres 1917 zur talmihistorischen Klamotte ab. „Bürgerkrieg in Rußland" hieß das Fernsehspiel, in dem ein Schauspieler namens Nikolaj Rytjkov die Aufgabe hatte, Lenin zu mimen. Er schien seine Rolle im Wachsfigurenkabinett einstudiert zu haben. Ebenso peinlich war die Stilisierung Kerenskis zum tragischen Helden der Provisorischen Regierung, zum tapferen Streiter wider den revolutionären „Radikalismus". Alles an diesem Bilderbogen war Kolportage. Das urdeutsche Ressentiment gegen das revolutionäre Element an sich: an diesem Beispiel konnte es sich wieder einmal abreagieren. „Die sozialen Ursachen der Revolution zu zeigen", hieß es denn auch folgerichtig in der Ansage, „war aus Zeitmangel nicht möglich."

Die sechsteilige dokumentarische Sendereihe des ZDF „Im Schatten der Weltrevolution" (warum eigentlich Schatten?) rekapitulierte „50 Jahre deutsch-sowjetische Beziehungen". Daß die Autoren ein kaum vorstellbares Arbeitspensum bewältigten, sei respektvoll bemerkt. Auch ihr Bestreben, einige der zahlreichen Vorurteile auszuräumen, aus denen sich noch immer das hierzulande gepflegte „Geschichtsbild" zusammensetzt, verdient Anerkennung. Aber es blieb bei einigen Ansätzen. Die selbstgestellte Aufgabe lautete: „Einer über Jahrzehnte hinweg durch Ideologie und Propaganda verstellten Sicht versucht das Zweite Deutsche Fernsehen die Darstellung der historisch greifbaren und wissenschaftlich untermauerten Tatsachen entgegenzustellen." Der schönen Botschaft folgte eine von der Materialfülle völlig erdrückte Chronik sowjetischer und deutscher Zeitgeschichte, ein zunächst mühsames verbales Schattenboxen gegen den „bolschewistischen" oder „kommunistischen" Bürgerschreck. Man spürte direkt, wie dauernd auf eingewurzelte Vorurteile Rücksicht genommen wurde. Das Ergebnis war Konfusion, ein häufiges Wiederkäuen eben der Klischees, die man beseitigen wollte. Schon die erste Sendung, die Jahre von 1917 bis 1920 behandelnd, unterschlug selbst elementare Einzelheiten über das unter den Romanows praktizierte terroristische Mittelalter. Flüchtigkeit hieß das Prinzip gerade hier, wo klare und detailbezogene Kommentare notwendig gewesen wären. Der Zuschauer wurde zwar unentwegt mit Termini der Revolution und der Sprache einer unruhigen Zeit traktiert, aber der Schlüssel zu ihrem Verständnis wurde nicht mitgeliefert. Die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion wurde nur flüchtig gestreift, die Innenpolitik fast nur mit negativer Tendenz. Die Enthüllung des historisch so folgenschweren Antikommunismus in Deutschland unterblieb. Lediglich im dritten Teil wurde die von Hitler beschworene „rote Gefahr" als Propagandalüge entlarvt. Überraschend klar umriß der vierte Teil den Krieg Hitlers gegen die Sowjetunion als eine Raub- und Vernichtungsaktion von bislang undenkbarem Ausmaß. Präzise Hinweise auf die Ausnutzung der traditionellen Kommunistenfurcht der Deutschen durch Hitler, auf die Verschleppung russischer Menschen als Zwangsarbeiter, auf die Ermordung von Millionen sowjetischer Kriegsgefangener, auf die mit teuflischer Konsequenz geschürte Angstpsychose vor dem „ostischen Untermenschen" gaben dieser Sendung moralisches Gewicht. Die beiden letzten Folgen aber erschöpften sich in einem Aufguß sämtlicher Klischees des Kalten Krieges. Was nicht ins Schema paßte, wurde rigoros weggelassen. Der brutale Kommunismus und der freie Westen, die totalitäre DDR und der in neuem Glanz erstrahlende bessere Teil Deutschlands, der verschlagene Osten, dem man eben nur mit der „Politik der Stärke" imponieren konnte. Statt Bilanz: Popanz! Es war eine meiner deprimierendsten Erfahrungen als Fernsehkritiker: wie perfekt läßt sich doch dokumentarisches Bildmaterial agitatorisch mißbrauchen.

E. H. Wahl

Die politische Satire

GEFÄHRLICHE DEMOKRATEN

Lieber Leser, in viele, um nicht zu sagen die meisten Blätter des schöngeistigen Konsums hat die nützliche Übung des psychologischen Lesertests Eingang gefunden. Auch wir können uns im Interesse unserer Auflagenziffer nicht mehr davon ausschließen. Hier nun unsere erste Testaufgabe: Wir bringen in folgendem Auszüge aus dem Tagebuch einer Person, die, wiewohl der Redaktion bekannt, nicht nur aus Testgründen im Dunkeln bleiben muß. Aus den Hinweisen, die der Schreiber unfreiwillig gibt, sollen Sie nun seinen Beruf erraten.

Die Wertung richtet sich allein nach der Zeit, die Sie zur Lösung der Aufgabe benötigen.

1/2 Minute oder weniger: Sie sind ein gefährlicher Linksradikaler, sehen Sie zu, daß Sie Ihre politische Aktivität etwas bremsen, besuchen Sie weniger Veranstaltungen, sonst nimmt es ein schlechtes Ende mit Ihnen.

Ca. 1 Minute: Sie sind Idealist und Demokrat. Lassen Sie sich in Ihrer Haltung nicht beirren, aber werden Sie etwas wacher.

Bis zu 10 Minuten: Lesen Sie ruhig weiter die WELT, eines Tages werden Sie es schon allein merken.

Über 10 Minuten: Sie sind ein gefährlicher Illusionist und sollten sich den Realitäten etwas mehr anpassen.

Wenn Sie die Lösung nicht finden oder es nicht wahrhaben wollen: Machen Sie ruhig so weiter, Staatsbürger wie Sie braucht die Große Koalition.

Sie haben es g l e i c h gewußt: Koffer packen, ab ins Exil!

Prüfen Sie also sorgfältig, und übersehen Sie auch kleine Hinweise nicht: „9. November 1967. Heute mit etwas wehmütigem Gefühl aufgestanden. Welchen Glanz hatte dieser Tag doch noch vor 23 Jahren. Aber nach fünf Kniebeugen ist man wieder der alte. Im Laden nichts los. K. erzählte einen guten Witz. Wiedergutmachungsautomat: Man steckt oben ein Stück Seife rein, unten kommt ein Jude raus. Die Stimmung war gerettet.

Nachmittags Routinearbeit: Schießübung — noch muß das ja unter der Oberfläche vor sich gehen; aber Spaß macht es doch, und ich kann mir vorstellen, daß es gar nicht mehr so lange dauert, bis wir wieder ernsthaft... na, Schwamm drüber. Abends beim HIAG Kameradschaftsabend. Etwas gedrückte Stimmung wegen der neuen Frankfurter Prozesse. Kamerad Knösebier sang lauthals das Horst-Wessel-Lied, wollte nicht einsehen, wie unklug das ist. Der Nachwuchs ist da besser. Machen offiziell nur in Antikommunismus. Meinen das vielleicht sogar ehrlich. Trotzdem gutes Material. Im Ernstfall sehen die schon ein, wo's lang geht.

10. November. Nachmittags auf einer Protestveranstaltung gegen Notstandsgesetze. Auffallend viel Uni-Geschnösel und das ganze Links-Gesocks. Natürlich auch die Kommune und ein paar Jüdlein. Das alte Theater: Geschrei nach der Verfassung. Merken die Spinner denn nicht, daß der Quatsch sowieso schon längst passé ist? Habe nur etwas provoziert; dem lautesten Schreier schnell eine geschmiert und mich dann sachte verdrückt. Wieder im Laden, schnell aufgeschrieben, wer da war. Kenne die Brüder zwar sowieso alle, aber wir haben da so eine Kartei, damit wir im Fall X wissen, wer zuerst dran ist.

11. November. Dienstfrei!!!"

Welchen Beruf hat der Mann? Na also, Sie haben es schon heraus! Nur, finden Sie nicht auch, daß es ein Satiriker gewesen sein muß, der den Betrieb ausgerechnet V e r f a s s u n g s s c h u t z amt genannt hat?

Dietrich Kittner

Bücher

Soziale Diktatur und parlamentarische Demokratie

Rudi Ver, Requiem auf einen Rechsstaat. Luchterhand-Verlag, Neuwied 1967, 84 S., 6,80 DM

Die Notstands- und Antinotstandsliteratur füllt Regale. Einen besonderen Platz darf die Streitschrift von Rudi Ver, die als bisher einzige Buchveröffentlichung sich mit dem geltenden Entwurf befaßt, beanspruchen. Hinter dem Pseudonym muß ein Bundesverfassungsrichter vermutet werden, der sich mit der Notstandsgesetzgebung, wie sie von der Großen Koalition als „nationales Rettungswerk" betrieben wird, unter verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Aspekten beschäftigt. (In der Ankündigung des Verlages ist von einem „prominenten Verfassungsjuristen, zum Hüter der Verfassung berufen und aus der täglichen Praxis mit den verfassungsrechtlichen Problemen der Notstandsentwürfe vertraut", die Rede.) Die Notstandsbefürworter werden sich mit seinen Argumenten auseinanderzusetzen haben, man wird den Autor nicht gemeinsam mit „aufsässigen Gewerkschaftern" und „notorisch demokratiebesessenen Professoren" diffamieren oder totschweigen können. Für Ver ist die Notstandsverfassung „nur die signifikanteste Marke in einem Prozeß, in dem sich stiller Verfassungswandel mit einer Flut förmlicher Revisionsnovellen vereint". Die 15. Änderung des Grundgesetzes zur „Finanzreform", verbunden mit dem „Stabilitätsgesetz", habe die Phase des „kooperativen" Föderalismus abgeschlossen und führe in die Phase des „konzertierten" Föderalismus (S. 73) hinüber. Das Parlament habe unter der Zuchtrute antizyklischer Steuerpolitik „widerspruchslos die Grundnorm aufgehoben, die historisch den Beginn der parlamentarischen Herrschaft markiert; die Grundnorm nämlich, daß die Ermächtigung zur Steuererhebung allein in den von der Volksvertretung beschlossenen Steuergesetzen liegt" (S. 74). Ver zitiert das „Gutachten über die Finanzreform", in der die „Starrheit des Grundgesetzes" beklagt werde. Mit der mythischen Formel der „Gemeinschaftsaufgabe" werde die Verfassung politischem Belieben geöffnet, die „normative Kraft des Taktischen" triumphiere und drohe das Grundgesetz zu einer „Summierung von Situationsrecht" zu machen. Ver verweist auf die Lehre Hermann Hellers, daß die juristische Dogmatik des Verfassungsrechts entstanden sei aus dem Zweck, „die historische und systematische Kontinuität der Staatswirklichkeit normativ zu planen, den Machtaufbau und die staatlichen Machtäußerungen zu rationalisieren und zu verstetigen" (S. 77). Er macht sich die Forderung des Bundesrates zu eigen, die Bundesregierung solle zunächst die Gesamtkonzeption über die künftige Gestaltung des Grundgesetzes, die 84 Grundgesetzänderungen, von denen man sprach, vorlegen (S. 78/81). Ver konstatiert eine zunehmende Entfernung der Verfassungswirklichkeit von der „sehr liberalen, rechtsstaatlich gesicherten Verfassung" (S. 16), er rügt die „innere Entdemokratisierung, die äußere Immobilität, die politische Nuancenlosigkeit der ‚formierten' Mandatsparteien, die tödliche Langeweile ihrer Losungen, die die demokratische Willensbildung gefährden", er mißt das Sekuritätsstreben, das hypertrophe strafrechtliche Staatsschutzinstrumentarium, den Ruf nach verstärktem staatlichem Rüstzeug für Katastrophen-, Krisen- und Kriegszeiten an der wirklichen Bedrohung (S. 9/10), doch der Hauptstoß seiner Philippika richtet sich gegen die Gründung des „oppositionsleeren Machtkartells", die mit dem „rasanten Verschleiß demokratischer Substanz" bezahlt werde. Als ihre Voraussetzung erkennt er die bürokratisierten „Volksparteien", in denen sich Autorität und Führungsanspruch der Parteileitungen zunehmend von Kontrolle, Kritik und Auftrag der Parteibürger freigesetzt habe. Mit der Entdemokratisierung der innerparteilichen Meinungs- und Willensbildung sei „das Risiko herrschaftshemmender Diskussion" weitgehend entfallen. Ursache der Großen Koalition sei keine Staatskrise gewesen, sondern eine „Krise der Loyalität gegenüber den politischen Grundnormen der parlamentarischen Demokratie", verbunden mit einer Nerven- und Bewußtseinskrise

der bisherigen Opposition (S. 79). Die Große Koalition besitze zwar die „verfassungsrechtliche overkill-Majorität", um die Notstandsverfassung „in den Formen der Legalität und ohne Geräusche im Publikum" zu beschließen, sie sei aber mangels einer „Gesamtkonzeption" kaum in der Lage, die politischen Existenzfragen zu lösen: das Verhältnis zur ostdeutschen Gegenrepublik und zur ostdeutschen Grenze, den Beitrag der BRD zur Liquidierung des Weltkrieges und ihre zukünftige Rolle in einer gesamteuropäischen Friedensordnung (S. 78/79).

Nachdem er die Notstandsverfassung in 7 Kapiteln detailliert und gewissenhaft auf ihre Vereinbarkeit mit den Normen liberaler Rechtsstaatlichkeit geprüft und in ihren politischen Auswirkungen interpretiert hat, resümiert Ver: „Ein so geändertes Grundgesetz kann das Schlußgesetz der Demokratie sein" (S. 72). Besondere Beachtung dürfte sein Kapitel „Der Staat hört mit" finden, in dem er sich mit dem noch wenig kritisch gewürdigten „Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses" beschäftigt. Sein Fazit: „Das Grundrecht aus Art. 10 GG wird in seinem Wesensgehalt zerstört. Die vorgeschlagenen Regelungen der Regierungsvorschläge sind unvereinbar mit Art. 79 Abs. 3 GG, der in Verbindung mit Art. 19 Abs. 2 GG den unantastbaren Menschenrechtsgehalt eines jeden Grundrechts auch gegenüber Verfassungsänderungen garantiert" (S. 26/27). Ein prinzipielles „Mißtrauen in die Funktionstüchtigkeit demokratischer Staatsgestaltung" zeichne sich in diesem Gesetzesvorschlag ab. "Das demokratische Gemeinwesen wird wirklich, wenn die Herrschaftsstruktur der freien Information aller geöffnet ist, aber die private Intimsphäre des Bürgers ebenso wie sein herrschaftsbestimmender Akt, die Wahl, der öffentlichen Gewalt verschlossen sind... Die Ausuferung der Landesverratsnormen und die uferlose Durchbrechung des privaten Nachrichtengeheimnisses bezeichnen zwei Seiten derselben Sache: den Verlust demokratischer Substanz. Dort, wo der Bürger als potentieller Verräter und Rebell gesetzlich vermutet und inspiziert wird, wo die öffentliche Gewalt ihre Geheimnisse definitionslos mit Strafandrohungen schützt, aber in die Geheimnisse des Bürgers zum Zwecke der Bestrafung und Beschattung straflos eindringt, dort gedeihen Willkür

courage

courage hat man
oder hat man nicht.

SIE können sie haben.

Bestellen Sie
courage
die pazifistische
Monatszeitschrift

courage
5 Köln-Bocklemünd
Georg-Weerth-Straße 2
Jahresabonnement DM 6,-
Ansichtsexemplar DM 0,50
in Briefmarken

und autoritäres Regiment" (S. 24/25). Auch das Grundrecht des Art. 12 GG sieht Ver in seinem Wesensgehalt zerstört, „die Institution der freien Berufs- und Arbeitsmarktordnung unter den Totalvorbehalt der Verteidigungsplanung gestellt" (S. 39). Dem Regierungskonzept liege die „Annahme zugrunde, daß ein Volk nur im Zustand der Unfreiheit, nur als verplanbares Arbeitskräftereservoir, zur Verteidigung seines Staates mobilisiert werden" könne (S. 31). Die Aufhebung von Art. 12 GG sieht der Autor nur unter dem Aspekt tradierter liberaler Rechtsstaatlichkeit, nicht unter dem Aspekt des sozialen Rechtsstaats, Art. 20 GG. Er stellt nicht die Frage des *cui bono*, er sieht nicht die Relation zwischen allgemeiner Dienstverpflichtung und privatem Profit. Er vermag nicht die Bedeutung der rechtlichen Freiheit von Arbeitszwang für die lohnabhängige Bevölkerung zu erkennen, es bleibt ihm verborgen, daß für sie das Recht auf menschliche Würde, Art. 1 GG, sich erst über Art. 12 GG realisieren läßt.

Die Streikschutzklausel in Art. 91 Abs. 4 des Entwurfes wird als Scheingarantie entlarvt. Das Streikrecht sei reduziert nach Maßgabe der kontroversen Rechtssprechung des Bundesarbeitsgerichts und gelte nur für den „inneren Notstand"; im Zustand der „äußeren Gefahr", d. h. schon nach Feststellung eines angeblich drohenden Angriffs (Art. 115a) bleibe es der Bundesregierung unbenommen, einen Streik als Gefahr für den Bestand des Bundes zu deklarieren (S. 35). Ver verlangt eine ausdrückliche Garantie der Streikfreiheit in Art. 9 Abs. 3, auch in der Form des politischen Demonstrationsstreiks und des verfassungsbewahrenden politischen Kampfstreiks; sowohl im Spannungszustand als auch im Zustand der inneren und äußeren Gefahr verlangt er eine Gewährleistung, daß in Streiks weder durch Zwangsverpflichtungen (Art. 12 Abs. 2 und 3), noch durch Maßnahmen nach Art. 91 (Einsatz der Streitkräfte als Polizeikräfte) eingegriffen werden darf (S. 36).

Zur „Verpolizeilichung" der Bundeswehr als Büttel im Bürgerkrieg bemerkt er, hier werde die von schlimmen Geschichtserfahrungen bestimmte Grundentscheidung der Verfassung aufgegeben, daß „die Armee nie und nirgends innenpolitisches Kampfinstrument der Regierenden gegen die Regierten sein sollte", Art. 143 GG (S. 49); denn „wenn einmal Militär aus den Kasernen auf den ‚bewaffneten Aufstand' losgelassen wird, dann kann der Rechtsstaat nicht mehr nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit regiert werden. Dann wird geschossen, und zwar aus allen Rohren. Nur beim ersten Schritt ist der Notstandsplaner frei, beim zweiten ist er Knecht" (S. 50). Weiterhin wird die Osmose von Kriegs- und Friedensrecht durch die Notstandsgesetzgebung und die Entmachtung des Parlaments durch den „Gemeinsamen Ausschuß" untersucht. Ver hält die Errichtung des GA sogar für den zentralen Punkt der Notstandsverfassung (S. 40). Das überrascht, wenn gleichzeitig die autoritäre Struktur der Parteien beschrieben wird, die das „Schattenparlament der Parteistäbe" permanent zum eigentlichen Entscheidungsträger macht. Es sei erinnert an die „Schubladengesetze", über die offenbar alle Fraktionsspitzen unterrichtet waren, es sei erinnert an die Geheimentscheidung der Regierung Adenauer über die Waffenlieferung an Israel, von der auch die Fraktionsspitze der Opposition Kenntnis hatte (vgl. Agnoli/Brückner, Die Transformation der Demokratie, Berlin 1967, S. 55 ff). Die Bedeutung einer verfassungsrechtlichen Sanktionierung einer verfassungswidrigen Verfassungswirklichkeit soll nicht verkannt werden, doch wird man hier am ehesten nachgeben können und sich evtl. auf die Vorstellungen der FDP einigen. Rechtsstaatliche Formen wird man soweit wie möglich bewahren, wenn der Charakter der sozialen Diktatur gewahrt bleibt. Das Sekuritätsstreben der politisch und wirtschaftlich Herrschenden ist kein reiner Nonsens. In „Rechtsstaat oder Diktatur" schrieb der sozialdemokratische Staatsrechtler Hermann Heller 1930 angesichts der faschistischen Gefahr: „Auf dem Umweg über die Politik wird das nunmehr juristisch-politisch gleichberechtigte Proletariat dem Bürgertum auch wirtschaftlich gefährlich. Der wirtschaftlich Schwache versucht mittels der Gesetzgebung, den wirtschaftlich Starken zu fesseln, ihn zu größeren sozialen Leistungen zu zwingen und ihn gar aus dem Eigentum zu verdrängen. So hat der Kapitalismus das demokratische Prinzip zu Konsequenzen geführt, die dessen eigenen Schöpfer, das Bürgertum, in seiner Herrschaft bedrohen . . ., bedeutet doch die Forderung der sozialen Demokratie des Proletariats nichts anderes als die Ausdehnung

des materiellen Rechtsstaatsgedankens auf die Arbeits- und Güterordnung."

Wenn Vers Forderung nach Bewahrung und Wiederherstellung des Rechtsstaates nicht zum Schwanengesang der parlamentarischen Demokratie werden soll, wird man an dieses erkenntnisreiche Buch die Fragen knüpfen müssen nach den demokratischen Kräften in diesem Lande, nach den Ursachen der Entdemokratisierung, nach dem Zusammenhang zwischen sozialer Restauration und Abbau der Rechtsstaatlichkeit, nach der Verbindung von sich abzeichnender Wirtschaftskrise und Verfassungsumbau.

Bertram v. Wintzingerode

Orientierungshilfen in schwieriger Zeit

Zur Buchreihe „Politica" des Luchterhand-Verlages

Die Vorstellung geht um, das innere und äußere Umwandlungen, Umwälzungen und Umstürze den Boden unter unseren Füßen haben wanken lassen. Als Folgen dieses Prozesses, der Altes zerstörte und Neues schuf, Traditionelles revolutionierte und Revolutionäres noch nicht tradierte, werden allenthalben Entwurzelung und Entfremdung, Devitalisation und Dezivilisation, Kulturzerfall und Wertzertrümmerung, „Verlust der Mitte" und „Aufstand der Massen" angezeigt. Beunruhigung und Sorge seien am Platze, so wird versichert. Denn: Orientierungshilfen gebe es nicht mehr, das abendländische Menschenbild löse sich auf, die Epoche verliere ihr Gesicht.

Tatsächlich ist es schwierig geworden, sich zu orientieren oder Maßstäbe der Orientierung zu finden. Wer sich vor der Notwendigkeit sieht, die Gegenwart zu beschreiben, begegnet unermeßlichem Material und außergewöhnlichen Schwierigkeiten, „weil ihn eine Überfülle von Bildentwürfen bedrängt, zwischen denen sich unüberbrückbare und unversöhnliche Gegensätze auftun, so daß er angesichts eines gärenden Durcheinanders in seinem Mühen um Ordnung und Klärung müde und mutlos wird" (Paul Luchtenberg). Übersicht fällt immer schwerer: wissenschaftliche Disziplinen, weltanschauliche Systeme, politische Parteien, Kirchen, Religionen, sektiererische Gruppen haben ihre eigenen und verschiedenartigen Menschen- und Weltbilder, Erklärungen unserer Epoche und Orientierungen in unserer Zeit.

Das verheißt Positives und Negatives zugleich: die vielfältigen Entwürfe und Interpretationen, die sich allenfalls noch typologisch erfassen lassen, machen sichere Orientierung unmöglich; andererseits verdeutlichen sie, daß die Frage nach Zeit und Zeitgenossen im Zentrum gegenwärtigen Denkens steht. Dem ist in der Tat so. Jede Wissenschaft, jeder Wissenschaftszweig sorgt sich heute mit Anstrengung und Ausdauer um Probleme und Strukturen der Epoche und ihrer Menschen. Dieses Fahnden und Recherchieren, Ringen und Analysieren ist kein Zufall, sondern im Gegenteil eine Notwendigkeit: „Denn fast alle früheren Epochen durften sich noch in einer unbefragt hingenommenen Wesensbestimmung des Menschen geborgen fühlen ... Wir Heutigen dagegen halten nach einer fest umrissenen Vorstellung dessen, was wir essentiell sind und sollen, vergeblich Ausschau. Alle jene Traditionen sind uns zwar noch geläufig, aber keine besitzt für uns volle Überzeugungskraft ... Ein neues Menschenbild ist die Sehnsucht und Programmatik unserer Zeit; von ihm erhofft man sich den Schlußstein der Philosophie als ganzer". Innerhalb des Suchens und Fahndens nach dem Verbindlichen kommt dem Wirken des Luchterhand-Verlages zu Neuwied am Rhein besondere Bedeutung zu mit seinen drei wissenschaftlichen Reihen „Soziologische Texte", „Soziologische Essays" und „Politica".

Heute soll einmal beschrieben sein, was die letztbezeichnete Reihe beinhaltet. Im ersten Band der „Politica" analysiert Iring Fetscher „Rousseaus politische Philosophie", indem er die Ideen des Genfer Gelehrten zu politischen Dingen sorgsam aus dessen Gesamtwerk herausschält. Fetscher versucht zunächst deutlich zu machen, daß sich Rousseaus Gegenwartskritik vom ersten Discours an nicht so sehr gegen die überwundene Feudalgesellschaft als vielmehr gegen die entstehende bürgerliche

Gesellschaft richtet. Zugleich zeigt Fetscher etwas, das immer wieder mißverstanden wird: daß Rousseau nämlich sich durchaus der Unumkehrbarkeit der sozialen Entwicklung und der mit ihr verbundenen Veränderung des Wesens des Menschen bewußt war. Im entscheidenden vierten Kapitel seines Buches veranschaulicht Fetscher, daß Rousseau entgegen einem verbreiteten Fehlurteil nicht jener abstrakte und weltfremde Denker war, als der er oftmals hingestellt wird. So legte er sich deutlich davon Rechenschaft ab, daß seine Verehrung für die antike Demokratie sich nicht auf die modernen Großstaaten bezog. Fetscher schließt seine Analyse mit dem vorsichtig formulierten Bekenntnis: „So wenig wie der alte Liberalismus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts kann der Rousseausche Demokratismus für unsere Gegenwart normbildend sein. Wird dem Contrat Social damit alle Bedeutung für unsere Zeit genommen? Ich glaube nicht. In seiner Konzentriertheit und in der Beschränkung auf ein überschaubares Modell kann er uns Zusammenhänge sehen und Kategorien brauchen lehren, die zwar nicht unmittelbar auf die Massendemokratien übertragbar sind, aber doch Grundprobleme der Demokratie sichtbar machen."

Im zweiten Band der Luchterhandschen Reihe „Politica" behandelt H. R. G. Greaves die „Grundlagen der politischen Theorie", als da sind: Staat, Individuum, Sozialität, Sittlichkeit, Gemeinwohl u. a. Den dritten Band widmet Dieter Groh „Rußland und dem Selbstverständnis Europas". Dieser gelungene Beitrag zur europäischen Geistesgeschichte untersucht die Rußlandbilder, -interpretationen und -prognosen von der Aufklärung bis zur Epoche der Tocqueville, Fröbel und Nietzsche. Einer der bedeutendsten Denker des heutigen Deutschland, Professor Jürgen Habermas, analysiert im vierten Band der „Politica" den „Strukturwandel der Öffentlichkeit". Anhand der subtilen Untersuchung von Idee und Praxis der Öffentlichkeit innerhalb der bourgeoisen Gesellschaft kann Habermas folgern: „Am Strukturwandel der bürgerlichen Öffentlichkeit läßt sich studieren, wie es vom Grad und der Art ihrer Funktionsfähigkeit abhängt, ob der Vollzug von Herrschaft und Gewalt als eine gleichsam negative Konstante der Geschichte beharrt — oder aber, selber eine historische Kategorie, der substantiellen Veränderung zugänglich ist."

Eine Arbeit, die bislang noch viel zu wenig Aufsehen bereitet hat, legt T. D. Weldon mit seiner „Kritik der politischen Sprache" vor. Der Autor zeigt, daß jene traditionellen Überlegungen der Philosophie, wie sehr die Demokratie dem Totalitarismus überlegen sei und was es an Differenzen zwischen diesen beiden Staats- und Regierungsformen gibt, auf falschen Voraussetzungen beruhen. Er schließt mit der Feststellung: „Alle Probleme der politischen Philosophie sind konfuse Formulierungen rein empirischer Schwierigkeiten. Das bedeutet nicht, daß sie deshalb schon einfach zu lösen wären, wohl aber, daß zu ihrer Lösung die Fachleute der politischen Wissenschaft und die Staatsmänner berufen sind, nicht die Philosophen. Da es sich um empirische Fragen handelt, gibt es darauf auch Antworten. Diese sind weder einfach, noch in dem Sinn als wahr erweisbar, daß sie keiner weiteren Korrektur bedürfen. Sie lassen sich auch nicht mittels Intuition ausfindig machen. Wir haben bisher an unsere politischen Probleme zu wenig Verstand und zu viel Gefühl gewandt; um mit ihnen fertig zu werden, müssen wir viel mehr nachdenken und uns viel weniger aufregen."

Jean Dabin beschreibt im sechsten Band der „Politica" den „Staat" und nennt sein Buch im Untertitel „Untersuchungen über das Politische"; im siebten Band der Reihe kümmern sich die Herausgeber um die Lehre des französischen Utopisten Saint-Simon, während das folgende Buch dem altliberalen Staatsgelehrten Robert von Mohl gewidmet ist. Der konservative Politologe Bertrand de Jouvenel meditiert im neunten Band der „Politica" über die Souveränität und Leo Strauss im zehnten über „Tyrannis". Der elfte Band der Reihe gehört unzweifelhaft zu den brillantesten: Jürgen Habermas publiziert Aufsätze über Naturrecht und Revolution, Hegels Kritik der Französischen Revolution, Marxismus als Kritik, Ernst Bloch, Karl Löwiths stoischen Rückzug vom historischen Bewußtsein. Im folgenden führt Georges Burdeau in die politische Wissenschaft ein, Hans Maier stellt die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre dar, Wilhelm Hennis untersucht die Beziehung zwischen Politik und praktischer Philosophie, Alfred Voigt widmet dem „Herrschaftsvertrag" und seiner historischen Entwicklung eine Beschreibung, und Otto Kirchheimer prüft die Verwen-

dung juristischer Verfahrensmöglichkeiten zu politischen Zwecken in seinem Werk „Politische Justiz".

Der Frankfurter Soziologe Gottfried Salomon-Delatour analysiert im achtzehnten Band der „Politica" die modernen Staatslehren, während Hasso Hofmann eine Arbeit dem quasi-faschistischen Rechtsgelehrten Carl Schmitt widmet. Auch die folgenden Arbeiten, bei denen es um Guillaume Guizot, Hobbes, das deutsche Staatsdenken im 18. Jahrh. und um Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit bis 1848 geht, sind historischen Themen vorbehalten, bis im 25. Band der Luchterhandschen Reihe Michael Oakeshott das aktuelle Problem des „Rationalismus in der Politik" scharfsinnig untersucht. Das folgende Werk stellt „Theorie und Soziologie der politischen Parteien" dar und füllt damit eine lang bedauerte Lücke. Bertrand de Jouvenel ist der Autor jener beiden Bände, die bislang die letzten dieser wertvollen Reihe sind: „Reine Theorie der Politik" und „Kunst der Vorausschau".

Die Aussichten, die diese 28 Bände „Politica" anzeigen, und die Prognosen, die sie entwerfen, sind nicht immer ermutigend. Damit indessen unsere Zeit heller werde und unsere Epoche sinnvoller, gilt es zu befolgen, was Jürgen Habermas in seinem Aufsatz über Dogmatismus, Vernunft und Entscheidung postuliert: „Erst eine Vernunft, die sich des in jeder vernünftigen Diskussion unvertilglich arbeitenden Interesses am Fortschritt der Reflexion zur Mündigkeit inne ist, wird die transzendierende Kraft aus dem Bewußtsein ihrer eigenen materialistischen Verflechtung gewinnen. Erst sie wird die positivistische Herrschaft des technischen Erkenntnisinteresses aus dem Zusammenhang einer die Wissenschaft als Produktivkraft integrierenden Industriegesellschaft, welche sich so im ganzen vor kritischer Erkenntnis schützt, reflektieren. Erst sie kann darauf verzichten, eine schon erreichte dialektische Rationalität der Sprache den zutiefst unvernünftigen Maßstäben einer technologisch beschränkten Rationalität der Arbeit aufzuopfern ... Wissenschaft als Produktivkraft wirkt, wenn sie in Wissenschaft als Kraft der Emanzipation einströmt."

Walter Hollstein

Deutschlandpläne . . .

Deutschlandpläne. Dokumente und Materialien zur deutschen Frage, hrsg. von Kurt Hirsch mit einer Einleitung von Dr. Harry Pross. Rütten + Loening Verlag, München 1967, 400 S., 28,— DM.

Daß die zeitgeschichtliche Dokumenten-Literatur gerade in Deutschland, in dem die vergangene und gegenwärtige Realität Themen aufdrängt und Fragen aufwirft, immer stärkere Bedeutung gewinnt, liegt auf der Hand. Die Suche nach der noch ungetrübten Quelle, nach einem weder durch Kommentar noch Interpretation verstellten Dokument, entspringt einem Drang nach präziser Information, der lange genug unterdrückt wurde: Denn häufig ist bei uns Geschichte mehr zurechtgelegt als vorurteilslos erfaßt worden. Der historische Selbstbetrug feierte durch Jahrhunderte Triumphe ...

In einer Dokumentation, wie sie in dieser Art bisher noch nicht versucht wurde, hat Kurt Hirsch „Deutschlandpläne" von 1798 bis 1966 gesammelt und damit eine Zusammenschau erreicht, die verdeutlicht, wie aus einer oftmals „zurechtgelegten" Nationalgeschichte Pläne wurden, die in kleinbürgerlicher Verengung in die Sackgasse oder in utopischer Erweiterung in die Katastrophe führen mußten. Der Gedanke fasziniert, mit „Dokumenten und Materialien zur deutschen Frage" die deutsche Geschichte aufzublättern. Der Gefahr, daß der Leser die Dokumente allzu sehr aus seiner Gegenwartsperspektive sieht und sich nur schwer in die historische Ursprungssituation versetzen kann, begegnet Hirsch, indem er die Pläne mit persönlichen Bekenntnissen und individuellen Meinungen profilierter Zeitgenossen umgibt und so die offiziellen durch private Zeugnisse erhellt, ergänzt und verständlicher macht. Beispielsweise, wenn eingestreut wird, wie 1828 Johann Wolfgang v. Goethe über die deutsche Einheit meditiert oder wie 1834 Georg Büchner die Fürstenhöfe verdammt: „Friede den Hütten! Krieg den Palästen! Über ein kleines, und Deutschland, das jetzt die Fürsten schinden, wird als ein Freistaat mit einer vom Volk gewählten Obrigkeit wieder auferstehen ..."

Grundlegende Gemeinsamkeiten und eine Fülle widersprüchlicher Aspekte machen Dokumentenpapier durchsichtig und den Leser hellhörig: Da sind die Manifeste der Staatsgründung von 1871, der Versailler

Friedensvertrag, die Deutschlandpläne im Zeichen der nationalistischen Aggression im Gegensatz zu den Plänen des antifaschistischen Widerstandes, da sind die Pläne der Alliierten, die Nachkriegsprogramme der Parteien zur Überbrückung der deutschen Spaltung und die erschreckenden Deutschlandvorstellungen eines extremen Nationalismus in der Bundesrepublik. Dazwischen stehen demagogische Äußerungen unserer Politiker heute, die den von ihrer Parteien programmierten (und hier in einem eigenen Kapitel dargestellten) Deutschlandplänen zu widersprechen scheinen. Eine Widersprüchlichkeit, die zum Nachdenken zwingt...

Neben Deutschlandplänen aus Vergangenheit und Gegenwart, die in politischer Vernunft die Achtung nachbarlicher Verbindlichkeiten und die Notwendigkeit eines europäischen Miteinanders dokumentieren, stehen die zahllosen Pläne der Unvernunft, Ausgeburten alldeutschen Größenwahns und groteske Utopien politischer Krimineller. So sah sich der Reichsführer SS Heinrich Himmler bereits als Reichsverweser eines von ihm projektierten und von Hitler befürworteten nationalsozialistischen SS-Staates Burgund, in dem er „die grundlegenden Programmpunkte der SS über die Welt in die Tat umsetzen" wollte.

In einer Einleitung zu den „Deutschlandplänen" gibt Harry Pross zu bedenken, daß sich die Gemeinsamkeit des Deutschseins, der „Völker, die Deutschland bewohnen" — wie Kleist sagte —, in der Vergangenheit stärker erwiesen hat als soziale und ideologische Verschiedenheiten. Und er knüpft daran die aktuelle Frage, „ob das in der Zugehörigkeit zu verschiedenen Währungssystemen und Wirtschaftsorganisationen auf die Dauer anders sein muß? Die Deutschlandpläne der Vergangenheit erwiesen sich nur dann als praktikabel, wenn sie der europäischen Gesamttendenz entsprachen. Die zahlreichen nationalistischen Entwürfe, die Kurt Hirschs Dokumentation enthält, haben nirgendwohin geführt. Das gleiche muß man von den jüngsten Plänen sagen, die der allgemeinen Weltlage nicht mehr entsprechen. Der Gedanke an die Wiederherstellung des Bismarck-Reiches ist müßig. Er kann weder zur Sicherung des Friedens beitragen, noch die Sicherheit der Bundesrepublik fördern. Der diesbezüglichen Landkartenideologie entspricht keine Wirklichkeit." Rolf Seeliger

Neuerscheinungen
Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Cesare Pavese, Schriften zur Literatur. Die Entdeckung Amerikas — Literatur und Gesellschaft — Der Mythos. Claassen Verlag, Düsseldorf, 400 S., Ln. 24,— DM.

Günther Anders, Die Schrift an der Wand. Tagebücher 1941—1966. Verlag C. H. Beck, München, VII, 428 S., Ln. 24,— DM.

David Kettler, Marxismus und Kultur. Mannheim und Lukács in den ungarischen Revolutionen 1918/19. Aus dem Amerikanischen von Erich Weck und Tobias Rülcker. Luchterhand Verlag, Neuwied, 72 S., kart. 6,80 DM (Soziologische Essays). — Die Untersuchung besteht aus drei Abschriften: 1. Das politische Leben der Budapester Intellektuellen im Jahre 1918; 2. „Szellemek": Die Lukács-Gruppe 1917 und 1918; 3. Revolutionäre Kulturpolitik unter Béla Kun.

Karl Korsch, Karl Marx. Erste Ausgabe des deutschen Originaltextes. Herausgegeben im Auftrag des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte von Götz Langkau. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, XVI, 282 S., kart. 15,— (Reihe „Politische Texte"). — In der gleichen Reihe erschien: Ludwig Feuerbach, Anthropologischer Materialismus. Herausgegeben von Alfred Schmidt (2 Bände, 256 u. 267 S., kart. je Bd. 12,— DM).

Mythen der Völker (Ausgabe in drei Bänden). Herausgegeben von Pierre Grimal. Bd. I: Ägypter, Sumerer, Babylonier, Hethiter, Westseminiten, Griechen, Römer (316 S.); Bd. II: Perser, Inder, Japaner, Chinesen (304 S.); Bd. III: Kelten, Germanen, Slawen, Finnen, Nord-, Mittel- und Südamerikaner, Ozeanier, Afrikaner, Sibirier, Eskimos (344 S.). Fischer Bücherei, Frankfurt, kart., je Band 4,80 DM (Fischer Bücherei / Bücher des Wissens / Bd. 789, 799 und 805). — Es handelt sich um die ungekürzte deutsche Ausgabe der Sammlung „Mythologies" (Verlag Larousse, Paris 1963).

Marion Gras-Rasić, Jugoslawien. Glock und Lutz Verlag, Nürnberg, 372 S. mit Karte und Abb., Ln. 22,50 DM (Kultur der Nationen, Bd. 21). — Weit mehr als eine Kulturgeschichte wird in dieser Reihe geboten.

So erfährt man etwa Einzelheiten über die geologische Formung des Landes und seine Geographie; der breit angelegte historische Teil beginnt im Mittelalter und führt den Leser bis in die Gegenwart. Weitere Kapitel: Rechtswesen, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, Heutige Bevölkerung. Der zweite Teil, die eigentliche „Geistesgeschichte", folgt ebenfalls dem chronologischen Prinzip und trägt umfangreiches Material zu Literatur, Kunst und Folklore zusammen. Im Anhang: „Latinica und Aussprachebezeichnungen" sowie viele Literaturangaben. — Als Bd. 20 liegt vor: Ion Popinceanu, Rumänien (276 S., Ln. 22,50 DM). — Als Bd. 22 erschien soeben: Christo Ognjanoff, Bulgarien (496 S., Ln. 25,— DM).

Geschichte und Zeitgeschichte

Fischer Weltgeschichte / Bd. 4: Die Altorientalischen Reiche III. Die erste Hälfte des 1. Jahrtausends. Herausgegeben von Elena Cassin, Jean Bottéro und Jean Vercoutter, 380 S. / Bd. 12: Die Grundlegung der modernen Welt. Spätmittelalter, Renaissance, Reformation. Herausgegeben und verfaßt von Ruggiero Romano und Alberto Tenenti, 364 S. / Bd. 34: Das Zwanzigste Jahrhundert I (1918—1945). Herausgegeben und verfaßt von R. A. C. Parker, 379 S. / Fischer Bücherei, Frankfurt, br. je Band 4,80 DM. — Die Gesamtausgabe soll 34 Bände umfassen (vgl. „Blätter", Heft 12/1965. S. 1052 f. und Heft 12/1966, S. 1173 f.). DTV-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts / Bd. 2: Gerhard Schulz, Revolutionen und Friedensschlüsse 1917—1920. 301 S., br. 4,80 DM / Bd. 8: Karl-Heinz Ruffmann, Sowjetrußland. Struktur und Entfaltung einer Weltmacht. 291 S., br. 4,80 DM / Bd. 10: Lothar Gruchmann, Der Zweite Weltkrieg. Kriegführung und Politik. 526 S., br. 6,80 DM / Bd. 13: Franz Ansprenger, Auflösung der Kolonialreiche. 308 S., br. 4,80 DM / Deutscher Taschenbuch Verlag, München (DTV Bd. 4002/8/10 und 13). — Eine knappe aber doch detaillierte Einführung in das Thema bietet Ansprengers „Auflösung der Kolonialreiche". Aus den beigegebenen Tabellen ergibt sich: am Ende des Ersten Weltkrieges standen fast 72 Mill. qkm und mehr als 550 Mill. Menschen unter Kolonialherrschaft, im vergangenen Jahr waren es auf mehr als 5. Mill. qkm fast 30 Mill. Menschen. Im Jahre 1914 verwaltete Großbritannien das größte Kolonialreich, heute nimmt Portugal diese Position ein. Jede der in sich abgeschlossenen Darstellungen ist mit Literaturnachweisen und Register versehen. Von den geplanten 15 liegen jetzt acht Bände der „Weltgeschichte" vor (vgl. „Blätter", Heft 12/1966, S. 1048 f.).

Otto von Bismarck in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Dargestellt von Wilhelm Mommsen. Rowohlt Verlag, Reinbek, 187 S., br. 2,80 DM (Rowohlts Monographien, Bd. 122).

Edward Crankshaw, Der Niedergang des Hauses Habsburg. Econ-Verlag, Düsseldorf, 508 S., 37 Fotos, Ln. 25,— DM.

Jörg K. Hoensch, Geschichte der Tschechoslowakischen Republik 1918—1965. Stuttgart, 180 S., kart. 4,80 DM (Urban-Bücher, Bd. 96).

Andreas Hillgruber, Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege. Göttingen, 138 S., br. 9,80 DM (Die deutsche Frage in der Welt, Bd. 7).

Dieter Aspelmeier, Deutschland und Finnland während der beiden Weltkriege. Verlag Christoph von der Ropp, Hamburg, 180 S., br. 9,— DM (Schriften aus dem Finnland-Institut, Bd. 7).

Maxime Mourin, Der Vatikan und die Sowjetunion. Aus dem Französischen von Hildegard Krage. Nymphenburger Verlagshandlung, München, 380 S., Ln. 38,— DM. Paperback 24,— DM.

Wilfried Daim, Der Vatikan und der Osten. Kommentar und Dokumentation. Europa Verlag, Wien/Frankfurt/Zürich, 456 S., Ln. 28,70 DM. — Der bekannte österreichische Publizist, aus dessen Feder u. a. die vielbeachteten Bücher „Zur Strategie des Friedens" (Wien 1962), „Kirche und Zukunft" (gemeinsam mit Friedrich Heer und August M. Knoll, Wien 1963) und „Linkskatholizismus" (Wien 1965) stammen, behandelt mit einem Rückblick auf die „historischen Spezifika" die vatikanische Ostpolitik der letzten Jahre und die Beziehungen des Heiligen Stuhls zur Sowjetunion, den osteuropäischen Ländern einschließlich der DDR und deren mögliche Perspektiven. Der umfangreiche Dokumententeil (S. 177—456) enthält in erster Linie ebenfalls Texte der Gegenwart, so etwa das Material zum Briefwechsel zwischen dem polnischen und

deutschen Episkopat (dazu zum Vergleich auch die Denkschrift der EKD zur Ostpolitik) sowie seltene Materialien aus italienischen, ungarischen und jugoslawischen Quellen.

Aktuelle Themen

Rororo Weltatlas. Herausgegeben und bearbeitet vom Kartographischen Institut Meyer. Rowohlt Verlag, Reinbek, 72 sechsfarbige Kartenseiten, 36 Hinweiskarten, 152 Registerseiten mit über 20 000 geographischen Namen, kart. 5,80 DM (Rororo Bd. 6019—22).

Basil P. Mathiopoulos, Athen brennt. Der 21. April 1967 in Griechenland. Franz Schneekluth Verlag, Darmstadt, 224 S., 5 Fotos auf Tafeln, Paperback 9,80 DM.

Harrison E. Salisbury, Hinter den feindlichen Linien. Ein Amerikaner in Hanoi. Aus dem Amerikanischen von Günther Danehl und Hellmut Haesrich. S. Fischer Verlag, Frankfurt, 256 S. mit acht Bildtafeln, br. 14,— DM. — Als stellvertretender Chefredakteur der „New York Times" konnte Salisbury das Kriegsgeschehen und die Folgen amerikanischer Bombenangriffe auf Nordvietnam an Ort und Stelle beobachten.

Klara Marie Fassbinder, Wolga! Wolga! Erlebte Sowjetunion. Progress-Verlag Johann Fladung, Gundershausen über Darmstadt, 220 S., kart. 9,80 DM. — Frau Prof. Fassbinder reiste kreuz und quer durch das Land; ihr Bericht ist reich illustriert.

Bemerkungen

Peter Lösche, geboren 1939; Wissenschaftlicher Assistent am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin; Promotion über „Der Bolschewismus im Urteil der Deutschen Sozialdemokratie von 1903 bis 1920".

Gert Börnsen, geboren 1943 in Wilster/Holstein, studiert Politologie am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin; 1. Vorsitzender des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB); Veröffentlichungen zur außerparlamentarischen Opposition.

Hartmut Häußermann, geboren 1943 in Waiblingen, studiert Soziologie an der FU Berlin; 1. AStA-Vorsitzender 1967; Zeitschriftenveröffentlichungen.

Dieter Fitterling, geboren 1936, studierte in Tübingen, Göttingen und Berlin Geschichte und politische Wissenschaft; z. Z. wissenschaftlicher Hilfsassistent am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin.

Hans-Jürgen Haug, geboren 1946 in Gerstetten bei Heidenheim/Brenz; Abitur 1967; studiert Soziologie in Köln.

Bertram v. Wintzigerode, geboren 1940 in Unna, studiert Theater- und Rechtswissenschaft in Köln, vorher in Berlin und Lausanne.

Wir bitten unsere Leser, zum Weihnachtsfest auch diesmal, wie in den vergangenen Jahren, von der Möglichkeit eines Geschenk-Abonnements auf die „Blätter" Gebrauch zu machen. Geschenk-Abonnements können bis zum 5. Januar 1968 bestellt werden.

Die für dieses Heft angekündigte Fortsetzung des Aufsatzes „Die völkerrechtlichen Aspekte des Vietnamkrieges" von Prof. Schick muß aus Raummangel auf Januar 1968 verschoben werden.

Diesem Heft liegen Beilagen der Verlage Schweizer Verlagshaus und Werner Dausien bei, deren Beachtung wir unseren Lesern empfehlen.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,25 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,25 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch. 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,– jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 31,50 jährlich; belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr. 435,– jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.– jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,– halbjährlich, dkr 66,– jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,– jährlich; nkr 31,– halbjährlich, nkr 62,– jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

Es schrieben bisher u. a.

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Prof. Dr. Max Bense
Carl Bloice
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin, Oberst a. D. i. G.
William Borm, MdB
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis
Kanonikus John Collins
Prof. Dr. Hans Conzelmann
Eberhard Czichon
Dr. Wilfried Daim, Wien
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Dr. Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Dr. Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Dr. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D. †
Ragnar Forbech
Dr. Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Wilfried Gottschalch
Dr. Walter Grab, Tel-Aviv
Dr. Jacques Otto Grézer
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Max von der Grün
Prof. Dr. Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W.F. Hallgarten
Staatssekretär Dr. Hildegard Hamm-Brücher
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Hanns-Jochen Hauß
Dr. Friedrich Heer
Horst Heiden
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto v. Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Kurt Hirsch
Egbert Hoehl
Dr. Emil Hoffmann
Prof. Dr. Werner Hofmann
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Prof. D. Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Dr. Robert M. W. Kempner
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Dr. Fritz Köhler
Dr. Oswald A. Kohut
Prof. Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Kerl Kupisch
Prof. Dr. Dr. Manfred Lachs
Prof. Dr. Heinz Langerhans
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Sidney Lens
Dr. jur. Walter Lewald
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Dr. Lily E. Marx
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h. Dr. phil. e. h. Ernst May
Dr. Peter Meier, Zürich
Prof. Seymour Melman
Prof. Dr. Daniil Melnikow
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Jules Moch, Paris
Herbert Mochalski
Senator Wayne Morse
Kalixte Mukandi
Prof. Dr. Oswald v. Nell-Breuning S. J.
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Reinhard Opitz
Prof. D. Dr. Leszlo Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Dr. Wolfgang Plat
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen (Dänemark)
Ulrich K. Preuß
Prof. Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Marcel Reding
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Dr. Anton Reithinger
Dr. Felix Rexhausen
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Senator Henry Rolin
Rudolf Rolfs
Earl Bertrand Russell
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz B. Schick
Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard Schmid
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rudolf Schottlaender
Prof. Dr. Levin Schücking †
Hermann Schwann
Prof. Dr. Dr. Hans-Adalbert Schweigart
Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silvermann, M. P.
Karl Stankiewitz
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf v. Stauffenberg †
Prof. Dr. Max Steenbeck
Kurt Steinhaus
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Stephen Swingler, M. P.
Horst Symanowski
Dr. Jerzy Sztucki, Warschau
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvig
Dragoljub Tralfović
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. John E. Ullmann
Prof. Dr. Imre Vajda
Prof. Dr. Todor Vladigerov
Prof. D. Heinrich Vogel
H. Günter Wallraff
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Dr. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Dr. Wilhelm Wengler
Prof. Dr. Aloys Wenzl †
Jochen Willke
Hans Wirtz
Claudia Wolff
Konni Zilliacus, M. P. †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Bemerkungen

Peter Lösche, geboren 1939; Wissenschaftlicher Assistent am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin; Promotion über „Der Bolschewismus im Urteil der Deutschen Sozialdemokratie von 1903 bis 1920".

Gert Börnsen, geboren 1943 in Wilster/Holstein, studiert Politologie am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin; 1. Vorsitzender des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB); Veröffentlichungen zur außerparlamentarischen Opposition.

Hartmut Häußermann, geboren 1943 in Waiblingen, studiert Soziologie an der FU Berlin; 1. AStA-Vorsitzender 1967; Zeitschriftenveröffentlichungen.

Dieter Fitterling, geboren 1936, studierte in Tübingen, Göttingen und Berlin Geschichte und politische Wissenschaft; z. Z. wissenschaftlicher Hilfsassistent am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin.

Hans-Jürgen Haug, geboren 1946 in Gerstetten bei Heidenheim/Brenz; Abitur 1967; studiert Soziologie in Köln.

Bertram v. Wintzigerode, geboren 1940 in Unna, studiert Theater- und Rechtswissenschaft in Köln, vorher in Berlin und Lausanne.

Wir bitten unsere Leser, zum Weihnachtsfest auch diesmal, wie in den vergangenen Jahren, von der Möglichkeit eines Geschenk-Abonnements auf die „Blätter" Gebrauch zu machen. Geschenk-Abonnements können bis zum 5. Januar 1968 bestellt werden.

Die für dieses Heft angekündigte Fortsetzung des Aufsatzes „Die völkerrechtlichen Aspekte des Vietnamkrieges" von Prof. Schick muß aus Raummangel auf Januar 1968 verschoben werden.

Diesem Heft liegen Beilagen der Verlage Schweizer Verlagshaus und Werner Dausien bei, deren Beachtung wir unseren Lesern empfehlen.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,25 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,25 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch. 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,– jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 31,50 jährlich; belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr. 435,– jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.– jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,– halbjährlich, dkr 66,– jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,– jährlich; nkr 31,– halbjährlich, nkr 62,– jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

XII. Jahrgang | Dezember 1967 | Heft 12

Chronik des Monats November 1967

1. 11. — Griechenland. Ministerpräsident Kollias ernennt mehrere neue Minister und Staatssekretäre, nachdem einige zivile Mitglieder der Militärregierung ihre bisherigen Ämter niedergelegt haben. — Am 2. 11. übermittelt Kollias dem eingesetzten Verfassungsausschuß ein Memorandum. Die Regierung fordert darin in der künftigen Verfassung „gesetzliche Sondervollmachten", um in „dringenden Fällen" Gesetze auch auf dem Verordnungswege erlassen zu können. Die „Autorität der Exekutive" müsse gegenüber der Legislative gestärkt und die Immunität der Parlamentsmitglieder eingeschränkt werden. Ein neu zu gründender „Oberster Verfassungsgerichtshof" solle befugt sein, „totalitäre politische Parteien und Gruppen zu verbieten".

2. 11. — DDR. Das Presseamt beim Ministerpräsidenten bezeichnet den Brief des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Schütz, vom 24. 10. an den stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, Alexander Abusch, als „einen Schritt rückwärts". Offizielle Verhandlungen zwischen der DDR-Regierung und dem Senat von Westberlin seien die Voraussetzung für jede „Normalisierung der Beziehungen".

5. 11. — Jemen. Der Präsident der Republik, Sallal, wird in Abwesenheit durch das Oberkommando der Streitkräfte gestürzt; Sallal hält sich zur gleichen Zeit zu Gesprächen mit der irakischen Regierung in Bagdad auf. Der neue Vorsitzende des Präsidentschaftsrates Abdul Rahman el-Iriani beruft ein Kabinett unter Ministerpräsident Moshen el-Ainy.

7. 11. — Sowjetunion. Anläßlich des 50. Jahrestages der Oktoberrevolution findet auf dem Roten Platz in Moskau eine Massendemonstration und eine Militärparade statt, auf der neuartige moderne Waffen gezeigt werden. An den Feierlichkeiten, die schon am 3. und 4. 11. mit einer gemeinsamen Festsitzung des Parlaments und der obersten Partei- und Regierungsgremien beginnen, nehmen die führenden Politiker der sozialistischen Länder und die Vorsitzenden der meisten kommunistischen Parteien teil. Gäste der sowjetischen Regierung sind außerdem der indische Ministerpräsident Frau Gandhi und der finnische Staatspräsident Kekkonen.

9. 11. — Notstand. Vor dem Innen- und Rechtsausschuß des Bundestages findet ein erstes öffentliches „Hearing" zur ge-

planten Notstandsgesetzgebung statt. Es kommen Professoren verschiedener Fakultäten zu Wort. — Am 16. 11. äußern sich der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg und der 1. Vorsitzende der IG Metall Otto Brenner vor den Ausschüssen. Brenner erklärt, die Gewerkschaften sähen in der Notstandsfrage ein politisches Problem. Die bisher vorgeschlagenen Regelungen richteten sich gegen Sinn und Gehalt des Grundgesetzes und verletzten die gegenwärtige Verfassungsordnung der Bundesrepublik.

10.—11. 11. — N P D. In der Niedersachsenhalle von Hannover hält die Nationaldemokratische Partei ihren Parteitag ab und verabschiedet ein revidiertes Parteiprogramm. Den Vorsitz übernimmt Adolf v. Thadden. — Am 10. 11. fordern der DGB-Landesvorsitzende Helmut Greulich und der VDS-Vorsitzende von Niedersachsen Gerd Förch auf einer Protestkundgebung des Kuratoriums „Schutz der Demokratie" auf dem Opernplatz Maßnahmen gegen die NPD.

13. 11. — U S A. Der demokratische Senator Robert Kennedy übt heftige Kritik an der Vietnampolitik Präsident Johnsons. Im vergangenen Winter habe der Präsident „eine falsche Siegesfährte" verfolgt und die „größte Chance" verpaßt, um zu einem Verhandlungsfrieden mit Hanoi zu kommen. Gegenwärtig könne der erste Schritt nur in einer völligen Einstellung der Bombardierung Nordvietnams bestehen. — Am 21. 11. empfängt Präsident Johnson den Oberkommandierenden der US-Streitkräfte in Saigon, General Westmoreland. Zur Diskussion steht eine weitere Erhöhung der amerikanischen Streitkräfte in Vietnam von gegenwärtig 480 000 auf 525 000 Mann. Am 26. 11. tritt der Leiter der Kulturabteilung des Außenministeriums, Dr. Charles Frankels, aus Protest gegen die Vietnampolitik der Regierung zurück. — Am 28. 11. befürwortet der ehemalige Präsident Eisenhower im Fernsehen eine militärische Besetzung der demilitarisierten Zone an der Grenze Nord- und Südvietnams, eine „Verfolgung der feindlichen Streitkräfte bis nach Laos und Kambodscha" sowie eine „Verfolgung feindlicher Flugzeuge nötigenfalls bis in den Luftraum der VR China". Ähnlich äußert sich der frühere General Bradley. — Am 29. 11. bestätigt das Weiße Haus die Demission des bisherigen Verteidigungsministers McNamara zum Frühjahr nächsten Jahres, die politische Beobachter ebenfalls mit der Fortführung des Vietnamkrieges in Zusammenhang bringen.

13.—15. 11. — S P D. Auf einer Bundeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei verteidigen der Parteivorsitzende Willi Brandt, sein Stellvertreter Herbert Wehner und Wirtschaftsminister Schiller den von ihnen eingeschlagenen politischen und wirtschaftspolitischen Kurs in der Koalition mit der CDU/CSU. Zu den Beratungen sind Pressevertreter nicht zugelassen.

15. 11. — Z y p e r n. Ein siebenstündiges Feuergefecht zwischen griechischen und türkischen Zyprioten in der Nähe des Dorfes Ayios Theodoros im Süden der Insel ist Anlaß einer neuen Krise und verschärfter Spannungen zwischen der Türkei und Griechenland. — Am 18. 11. spricht der zypriotische UN-Vertreter in seinem Lagebericht an den Sicherheitsrat von einer „Kanonenboot-Diplomatie", mit der versucht werde, die Bevölkerung seines Landes von außen her zu terrorisieren. — Am 22. 11. appelliert UN-Generalsekretär U Thant an die beteiligten Staaten, „ihre Streitigkeiten ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu bereinigen und von Drohungen oder Gewalt abzusehen". An einer Vermittlungsaktion in Ankara, Athen und Nikosia beteiligen sich als Vertreter der Vereinten Nationen der guatemaltekische Diplomat Roltz-Bennett und im Auftrage Präsident Johnsons der frühere stellvertretende Verteidigungsminister Cyrus Vance.

18. 11. — G r o ß b r i t a n n i e n. Die Regierung ordnet eine Abwertung des Pfund Sterling um 14,3 Prozent an und verfügt gleichzeitig eine Erhöhung des Diskontsatzes auf 8 Prozent. Mehrere Länder, darunter Dänemark, Israel, Irland und Spanien, folgen dem britischen Beispiel. Premierminister Harold Wilson begründet die getroffenen Maßnahmen mit dem Handels- und Zahlungsbilanzdefizit und der hohen Auslandsverschuldung. Großbritannien beantragt und erhält zur Stützung seiner Währung einen weiteren Kredit des Internationalen Währungsfonds, an dem sich auch Frankreich beteiligt. Eine nachträgliche Abstimmung im Unterhaus ergibt eine Mehrheit von 335 gegen 258 Stimmen für die Regierung. — Am 19. 11. wird in London und Kairo die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Großbritannien und der VAR bekanntgegeben.